

# SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER 4 2015

Zeitschrift für  
Sächsische  
Geschichte,  
Denkmalpflege,  
Natur und Umwelt  
61. Jahrgang  
Heft 4/2015  
12,00 €



## 25 Jahre Freistaat Sachsen



**Editorial**

Stanislaw Tillich <b>25 Jahre Freistaat Sachsen</b>	<b>323</b>
Ulf Morgenstern <b>Vom Verschwinden und der Wiederkehr Sachsens in der DDR</b>	<b>324</b>
Michael Richter <b>Die Neubildung Sachsens 1989/1990 und der Festakt am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg in Meißen</b>	<b>333</b>
Karlheinz Blaschke <b>Festrede zur Neugründung des Landes Sachsen am 3. Oktober 1990 in der Albrechtsburg zu Meißen</b>	<b>342</b>
Werner J. Patzelt <b>Parteien und Demokratie in Sachsen 1990 bis 2015</b>	<b>345</b>
Helge Paulig und Annett Kirschke <b>Weniger, älter, klüger – aber nicht überall Betrachtungen zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen seit 1990</b>	<b>360</b>
Uwe Ulrich Jäschke <b>Karte Freistaat Sachsen</b>	<b>368</b>
Jens Baumann <b>Sachsen in neuer Gestalt Zur Verwaltungsgliederung Sachsens 1990 bis 2015</b>	<b>370</b>
Konstantin Hermann <b>Sachsens Wirtschaft im Wandel 1990 bis 2015</b>	<b>382</b>
Heiner Sandig <b>Ganz andere Schulen Veränderungen in Sachsens Bildungslandschaft</b>	<b>389</b>
Hans Müller-Steinhagen, Achim Mehlhorn und Robert Denk <b>Wandel als Programm Die Entwicklung der sächsischen Hochschulen seit 1990</b>	<b>394</b>
Reiner Zimmermann <b>Bewahrung der sächsischen Kulturpolitik aus demokratischer Verantwortung</b>	<b>404</b>
Winfried Müller <b>Der Neubeginn der sächsischen Landesgeschichte nach 1990</b>	<b>422</b>
Gerhard Lindemann <b>Wegsuchen und Wegfindungen Die christlichen Kirchen im Freistaat Sachsen seit 1990</b>	<b>425</b>

# 25 Jahre Freistaat Sachsen

Vor 25 Jahren wurde der Freistaat Sachsen wiedergegründet. Friedliche Revolution und Deutsche Einheit waren der Aufbruch in bewegte Zeiten. Kreativität und Tatkraft konnten sich wieder Bahn brechen. Wir Sachsen haben aus eigener Kraft und mit solidarischer Hilfe von außen unsere Wirtschaft in Schwung gebracht, die sächsischen Städte vor dem Verfall gerettet und die Wunden geheilt, die der Umwelt geschlagen wurden.

Darüber hinaus haben wir uns auf den Weg gemacht, Sachsen zu einer guten Heimat zu machen: für die, die hier leben und für die, die zu uns kommen. Gerade in diesen Tagen stellt sich diese Aufgabe immer wieder neu. Wir haben in den vergangenen 25 Jahren viele Veränderungen erlebt, sowohl schöne als auch anstrengende. Aus dieser Erfahrung heraus können wir aber auch Zuversicht und Kraft schöpfen, die vor uns liegenden Aufgaben anzugehen.

Wie wir in Sachsen gemeinsam das vergangene Vierteljahrhundert gestaltet haben, das führt uns das Sonderheft der „Sächsischen Heimatblätter“ noch einmal vor Augen. Es ist wie ein Album, das uns zeigt, wie sich Kultur, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft entwickelt und verändert haben. Nutzen wir also den Blick auf das Vergangene als Inspiration, um unsere Zukunft noch besser zu machen. Damit wir uns – unserer eigenen sächsischen Identität bewusst – weiter allem Neuen öffnen können.

Stanislaw Tillich,  
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen



Foto: Sächsische Staatskanzlei/Jürgen Jeibmann

## Liebe Leserinnen, liebe Leser,

25 Jahre Freistaat Sachsen! Ein Vierteljahrhundert des Aufbaus und der Um- und Neugestaltung. Der am 3. Oktober 1990 wiederbegründete Freistaat Sachsen besteht nun schon fast doppelt so lange wie der erste, in den Wirren der Novemberrevolution 1918 entstandene Freistaat, der nach nur 14 Jahren untergegangen ist, als die Nationalsozialisten jegliche demokratische Mitbestimmung ausschalteten.

Eine Generation ist seit 1990 im Freistaat herangewachsen, eine Generation, die die Wendezeit und die Jahre des Anfangs nicht bewusst erlebt hat. Zeit also, auf das Erreichte zurückzuschauen. So lassen wir im vorliegenden Heft die letzten 25 Jahre Revue passieren und werfen auch einen Blick auf die schwierigen Bedingungen für den Neubeginn. Es waren zweifellos erfolgreiche Jahre, in denen unglaublich viel Neues geschaffen wurde, auch wenn vielleicht nicht alle Blühträume reiften, was in den Beiträgen nicht verschwiegen wird. Wir sind den Autoren zu Dank verpflichtet, dass sie bereitwillig unserer Bitte nachgekommen sind, als einstige Akteure und Gestalter des Neuanfangs oder als kluge Beobachter mit dem nötigen wissenschaftlichen Abstand profunde und kenntnisreich verschiedene Facetten der gesellschaftlichen Entwicklung Sachsens vorzustellen. Wir danken, dass der

Druck dieses thematischen Sonderhefts der „Sächsischen Heimatblätter“ aus Mitteln des Landesprogramms „25 Jahre Deutsche Einheit und Freistaat Sachsen“ gefördert wurde.

In Sachsen, in Deutschland überhaupt hat sich eine stabile Demokratie entwickelt, wofür wir dankbar sein können. Und vielleicht erweist sich die Etappe eines Vierteljahrhunderts im Rückblick tatsächlich einmal als Zäsur, denn mit dem Flüchtlingszustrom des Jahres 2015 steht unserer Gesellschaft eine dramatische Veränderung bevor. Wie und wohin sich Sachsen entwickelt, können wir nicht wissen. Dass wir aber gewaltige kulturelle und soziale Brüche zu bewältigen haben, scheint gewiss. Vielleicht hilft das stabile Fundament der sächsischen Geschichte, unsere Identität zu bewahren und den Herausforderungen mutig zu begegnen. Die „Sächsischen Heimatblätter“ haben seit ihrer Gründung vor mehr als sechzig Jahren ein sächsisches Landesbewusstsein gefördert, auch bereits in den Jahren der DDR, als Sachsen von der Landkarte verschwunden war, aber dennoch in den Köpfen und Herzen der Menschen weiterlebte.

Dr. Lars-Arne Dannenberg und  
Dr. Matthias Donath  
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“



# Vom Verschwinden und der Wiederkehr Sachsens in der DDR

## Eine Spurensuche

Ulf Morgenstern

Überarbeitete und aktualisierte Fassung von Ulf Morgenstern: Sächsische (Dis-)Kontinuitäten und die „Sachsenrenaissance“. Von Verschwinden und Wiederkehr Sachsens in den vier Jahrzehnten der DDR. In: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven. Beucha 2010, S. 28-45. Für Anregungen und Hinweise danke ich Herrn Pfarrer Dr. Arnd Haubold (Markleeberg) und Herrn Dipl.-Hist. Uwe John (Leipzig).

- 1 Vgl. die betreffenden Beiträge des Sammelbandes Robert Kretzschmar/Anton Schindling/Eike Wolgast (Hrsg.): Zusammenschlüsse und Neubildungen deutscher Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2013.
- 2 André Thieme: Sächsische Mythen und sächsische Mentalitäten. Historische Anmerkungen zu Landesbewusstsein und Identität in Sachsen. In: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven. Beucha 2010, S. 13-27.
- 3 Vgl. Thomas Schaarschmidt: Regionalkultur und Diktatur. Sächsische Heimatbewegung und Heimat-Propaganda im Dritten Reich und in der SBZ/DDR, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 275-405. Zuvor auch Thomas Schaarschmidt: Der Kulturbund als Heimatverein? Anmerkungen zu Anspruch und Realität des Kulturbundes in den vierziger und fünfziger Jahren aus regionalhistorischer Sicht. In: Heiner Timmermann (Hrsg.): Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates. Berlin 2001, S. 357-388. Einen Aspekt heimatkundlicher Arbeit in diesen Jahren behandelt bilanzierend Werner Schmidt: Heimatkundliche Bestandsaufnahme in Sachsen von den Anfängen bis 1957. In: Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz 1993, Heft 1, S. 51-56.

Sachsen ist, gefolgt von Thüringen, ohne Zweifel dasjenige der sogenannten neuen Bundesländer, dem der erfolgreichste Start in die eigenständige Zukunft nach 1990 bescheinigt wird. Zwar waren auch Brandenburg und die Bindestrich-Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern mit einem unübersehbaren Enthusiasmus aus dem Jahr der Wiedervereinigung als Bundesländer hervorgegangen, allerdings fehlten ihnen gegenüber den beiden Erstgenannten zwei identitätsformende Momente. Anders als die Südflanke der DDR hatten die schwächer bevölkerten Landstriche der Mitte und des Nordens weniger zur politischen Wende des Herbstes 1989 beigetragen und konnten ihre Unabhängigkeit daher auch weniger als selbst errungenen Erfolg feiern. Und zweitens hatten sie keine direkte Anknüpfungsmöglichkeit an eine eigenständige Staatsform. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern waren je zur Hälfte aus Preußen hervorgegangen, und wie Brandenburg, das ohne seine Metropole Berlin auskommen musste, hatten sie nur während weniger Nachkriegsjahre bestanden. Ihre damalige Existenz war im Bewusstsein der Bürger lediglich alliierten Siegerentscheidungen geschuldet, die Preußen mit einem Federstrich aufgelöst hatten. Sachsen und Thüringen schauten dagegen auf eine mehrhundertjährige Geschichte zurück, die lediglich 38 Jahre unterbrochen war.<sup>1</sup> Für Sachsen soll die Zeit dieses Bruchs genauer untersucht werden.

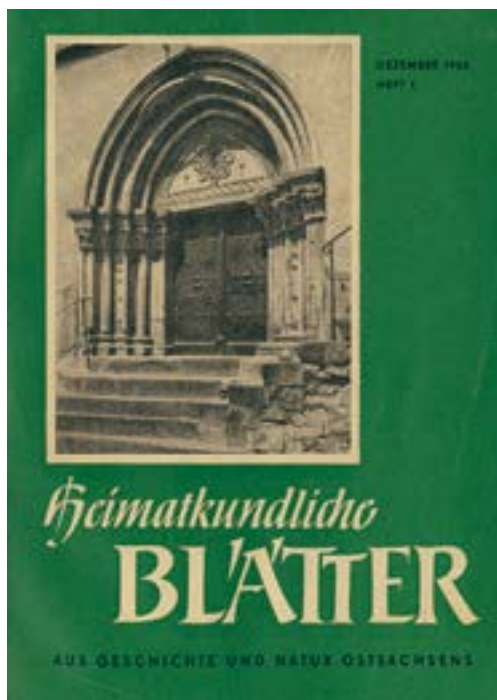
Nach der Beseitigung der grundherrschaftlichen Strukturen in der Bodenreform sollte etwas später durch die 1952 verfügte Einführung von „Bezirken“ auch die regionale Identität beseitigt werden. Effektive Verwaltungseinheiten sollten im Sozialismus den Gesamtstaat zusammensetzen und die alten Landestraktionen alsbald vergessen machen. Seit 1952 bestand die DDR aus vierzehn willkürlich zugeschnittenen Bezirken die als deckungsgleiche Verwaltungseinheiten von Partei und Staat ihren jeweiligen Leitungsgremien in

der „Hauptstadt der DDR“ unterstanden; der zentralistische Nutzen für die Staatspartei und deren Herrschaftsausübung ist evident, kann aber nicht genug betont werden. Eine mögliche spätere Renaissance der Länder war in der als gesetzmäßig angenommenen Abfolge der Gesellschaftsformen ausgeschlossen. Dem Kurfürstentum und späteren Königreich Sachsen wurde nach Zwischenstationen als Freistaat und Land scheinbar letztmalig eine neue staatsrechtliche Form gegeben: Es zerfiel in die Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt, wie Chemnitz seit 1953 offiziell hieß. Da aber im Herbst 1989 die weiß-grünen Fahnen wie aus dem Nichts wiederauftauchten, stellen sich Fragen nach dem Erfolg bzw. Misserfolg der sozialistischen Umgestaltungen von oben. Wie muss man sich das Überleben des Sachsenbewusstseins in der Zeit seiner konsequenten Nichtmedialisierung vorstellen? Wer waren die Träger sächsischer Identität<sup>2</sup>, als Einzelpersonen und auf Vereinsebene? Wie versuchte die marxistische Obrigkeit Einfluss auf das Heimatbewusstsein zu nehmen? In welchen Phasen sind welche konkreten Entwicklungen zu beobachten? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Anfangs sollte allenfalls auf der Ebene von Heimat- und Ortsgeschichte das Eingehen auf das historisch gewordene „Sachsen“ noch möglich bleiben, wenn auch nur unter dem Dach der „Kulturbundes“. Die traditionellen Organisationen „Landesverein Sächsischer Heimatschutz“, „Erzgebirgsverein“ und „Sächsischer Verband für Volkskunde“ waren bereits 1949 zerschlagen worden. Thomas Schaarschmidt hat allerdings herausgearbeitet, dass die sachsenaffine Basis wenig von den ideologischen Änderungen hielt: Bald fand man sich als „Natur- und Heimatfreunde“ im Kulturbund wieder zusammen; 1951 waren es bereits 6.800, was einem Viertel der Mitglieder überhaupt entsprach.<sup>3</sup>

Wenn die Kulturbundmitglieder nur widerwillig an den vorgeschriebenen politischen Abenden teilnahmen und vielmehr an den traditionellen

Themen und deren traditioneller, nun als „kleinbürgerlich“ diffamierter Behandlung festhielten, musste der SED-Staat eigene Entwürfe für das Feld vorlegen. Seine ahistorischen politischen Beschlüsse mussten also herrschaftsstabilisierend übersetzt werden.<sup>4</sup> Das fiel bei den Beharrungskräften des Landes zunächst schwer, und es zeigte sich etwa in der mehrheitlich staatsnahen Landes- bzw. Territorialgeschichte, dass trotz der Deutungshoheit der SED nichts planbar war, auch nicht das Verschwinden der Länder oder der historischen Landschaften.<sup>5</sup> Über die willkürlich wirkenden ideologischen Wendepunkte „Regional- und Territorialgeschichte“ statt schlicht „Landesgeschichte“, „Tradition-Erbe-Diskussion“ in der „Entwickelten Sozialistischen Gesellschaft“ sowie die Schlagworte „Preußen-Renaissance“, „Lutherjahr“, „Bismarck-Neuentdeckung“ und gelangten Einige am Beginn der achtziger Jahre zur „Sachsen-Renaissance“.<sup>6</sup> Hörbar wurde diese für SED-Ideologen unerhörte, jedoch machiavellistisch geduldete Wiederkehr Sachsens in Jürgen Harts Ende der siebziger Jahre entstandenem Lied „Sing, mei Sachse, sing“. Mehr als 600.000 Mal verkaufte sich der Titel in Ost und West und schnellere Nachpressungen in der chronisch materialknappen Planwirtschaft hätten die Auflage und damit die Tantiemen für Hart und den Komponisten Arndt Bause noch höher treiben können.<sup>7</sup> Fast ein Jahrzehnt nach dem Verschwinden des unbeliebten Walter Ulbricht, der durch die verbreitete Gleichsetzung einer unmenschlichen Politik mit seinem hanebüchernen Idiom dem Sächsischen in der DDR einen Bärendienst erwiesen hatte, hatte der Dialekt aus dem Süden des Landes wieder etwas Sympathisches. Selbstironisch von Jürgen Hart vorgetragen, konnte er sogar zur gesungenen Modellierung eines sächsischen Landesbewusstseins verwendet werden. Drei Jahre später, im November 1982, stand bei dem Leipziger Kabarett im „Academixer-Keller“ mit dem aus Mundart-Klassikern bestehenden Programm „D'r Saggse. Mänsch und Miedos“ ein ganzer Abend unter den Vorzeichen latent antiberlinerischen sächsischen Selbstbewusstseins. Zwar lautete der Untertitel betont nüchtern „Sächsische Impressionen und Miniaturen der 20er Jahre“ und der amtliche Covertext sprach im offiziellen Duktus der Zeit davon, dass hier „auf eigene Art Erbpflege betrieben“ worden sei, „zum ersten Mal in dieser Art, denn einen Vorläufer gab es nicht.“<sup>8</sup> Die Art, in der Katrin Hart, Gisela Oechelhaeuser, Gunter Böhnke und Bernd-Lutz Lange das erste Stück, Erich Kästners „Sächsisches Sonett“, vortrugen und jenem, der „über den Dialekt lachte“ mit



„Dinnamit im Bluhd“ androhten, ihm „schon noch mal de Knochen [zu] brechn“, hatte nichts mehr von germanistischem Lokalkolorit. Den Berliner Regierenden wurde hart an der Grenze des humoristisch Zulässigen gezeigt, zu welcher Aggression die unterschätzten Sachsen fähig wären. Hinter der Toleranz der SED gegenüber der kabarettistisch-musikalischen Wiederkehr Sachsens eine Lockerung zu sehen, geht zu weit, wie es überhaupt eine Verkenning der Zeitumstände ist, die scheinbare Zunahme menschlicher Züge und die Betonung kultureller Belange in der späten Honecker-Ära als Liberalisierung zu deuten.

Nach wie vor galt nämlich ohne Abstriche die Parteilinie bzw. das als Parteilinie Angenommene. Die sozialistischen Funktionäre litten allerdings an Phantasielosigkeit, ih-



**Der Kulturbund der DDR gab mit den „Sächsischen Heimatblättern“ die wohl wichtigste heimatkundliche Publikation Sachsens heraus. Die ersten Jahrgänge erschienen noch unter dem Titel „Heimatkundliche Blätter“.**

- 4 Vgl. Karlheinz Blaschke: Die „marxistische“ Regionalgeschichte. Ideologischer Zwang und Wirklichkeitsferne. In: Die DDR-Geschichtswissenschaft als Forschungsproblem. München 1998, S. 341-368, dort bes. Anm. 5.
- 5 Trotz sozialistischer Einsprengsel war etwa der Band von Hermann Heinz Wille: Silbernes Erzgebirge, Dresden 1958, ein im Grunde zeitloser Heimatbildband, dessen noch nicht ausgereifte Identitätskonstruktion eines Erzgebirges in der DDR leicht überlesen werden konnte.
- 6 Vgl. Eberhard Kuhr: Das ganze Erbe soll es sein. Die Erweiterung des Erbe- und Traditionsverständnisses im Geschichtsbild der DDR. In: Eberhard Kuhr/Henning von Löwis (Hrsg.): Griff nach der deutschen Geschichte. Erbeaneignung und Traditionspflege in der DDR. Paderborn u. a. 1988, S. 15-172.
- 7 Ulf Morgenstern: Sing, mei Sachse, Sing. In: Matthias Donath/André Thieme (Hrsg.): Sächsische Mythen. Menschen, Orte, Ereignisse. Leipzig 2011, S. 311-320.
- 8 Wolfgang U Schuller: Covertext zu „D'r Saggse – Mensch und Miedos. Sächsische Impressionen und Miniaturen der 20er Jahre“, LP LITERA 8 65 351 (1982).
- 9 Für die Aufnahmephase bis Mitte der 1950er Jahre liegen mittlerweile Arbeiten aus einem Projekt am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte am Historischen Seminar der Universität Leipzig vor.
- 10 Kurt Arnold Findeisen: Der goldene Reiter. Dresden 1954.
- 11 Vgl. dazu Dieter Riesenberger: Heimatgedanke und Heimatgeschichte in der DDR. In: Edeltraut Klutzing (Hrsg.): Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, S. 320-343;

**Sing, mei Sachse, sing.**  
Single, um 1980

- 12 Unerwünscht war etwa Dieter Wildt: Deutschland, deine Sachsen. Eine respektlose Liebeserklärung. Hamburg 1966 (vgl. zur Rezeption von Wildts Buch: Tom Pauls/Peter Ufer: Deutschland, deine Sachsen. Eine respektlose Liebeserklärung, Dresden 2012, S. 143-149).
- 13 Vgl. dazu Jan Hermann Brinks: Die DDR-Geschichtswissenschaft auf dem Weg zur deutschen Einheit. Luther, Friedrich II. und Bismarck als Paradigmen politischen Wandels. Frankfurt am Main/New York 1992, S. 189–293.
- 14 Zuletzt in einem von heftigen Reaktionen in der Folgeausgabe begleiteten Aufsatz in den Sächsischen Heimatblättern, vgl. Karlheinz Blaschke: Sächsische Landesgeschichte und marxistisch-leninistische Regionalgeschichte. Zum Gedenken an den 60. Todestag von Rudolf Kötzschke am 3. August 2009. In: Sächsische Heimatblätter 55 (2009), Heft 4, S. 355-364.
- 15 Karlheinz Blaschke: Die landesgeschichtliche Arbeit in Sachsen. In: Annali dell' Istituto storico italo-germanico in Trento / Jahrbuch des italienisch-deutschen historischen Instituts in Trient 7 (1981), S. 155-197.
- 16 Winfried Müller: Landes- und Regionalgeschichte in Sachsen 1945–1989. Ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaften in der DDR. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 144 (2008/2010), S. 87–186; Enno Bünz: Landesgeschichtsschreibung und Heimatgeschichte. In: Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz 2013, Heft 1, S. 2-7.
- 17 Schmidt, Walter: Nationalgeschichte der DDR und das territorialstaatliche historische Erbe. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 29 (1981), 399–404; sowie Peter Bachmann / Inge Knoth (Bearb.), Preußen. Legende und Wirklichkeit, Berlin (Ost), 1983.
- 18 Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie. Berlin 1979, 2. Aufl. 1982; Ingrid Mittenzwei/Karl-Heinz Noack (Hrsg.): Preußen in der deutschen Geschichte seit 1789. Berlin 1983.
- 19 Ingrid Mittenzwei: Friedrich II. von Preußen. Eine Biographie. 2. Aufl. 1982
- 20 So 1983 der CDU-Vorsitzende Gerald Götting, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Martin-Luther-Komitees der DDR; vgl. Gerald Götting: Das kostbare Erbe unseres Volkes liegt bei uns in den besten Händen. In: Neues Deutschland, 14. November 1983, S. 2.

re oft genug unscharfen, lebensfernen Vorgaben ließen sich häufig auch bei bestem sozialistischen Willen in keine generelle Linie umsetzen, auch und erst recht nicht, wenn wie im Falle Sachsens das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen über einen lokalen Rahmen hinausreichte und als subkutaner Rest einer veritablen Landesidentität unausrottbar war. Hier muss vereinfacht werden, denn etwa die zahlreichen in Sachsen lebenden Vertriebenen sind in Bezug auf ihre Einbindung in eine sächsische Kollektivmentalität kaum untersucht, zu-mindest für die zweite Hälfte der DDR.<sup>9</sup> Auch für sie galt: Sächsische Geschichte und sächsische Identität waren überall greifbar.

In Bezug auf die innersächsische Identitätsstiftung durch die Erinnerung an die Wettiner verfolgte die SED lange eine ambivalente Politik, deren Hintergründe nur aus den Untersuchungen hunderter Einzelbeispiele erhellen und eventuell Grundmuster erkennen lassen. So wurden in den 1950er Jahren nicht nur das Sinnbild des augusteischen Sachsen, der Zwinger, wieder aufgebaut, sondern die Kader zeigten sich auch beim symbolträchtigen Reiterstandbild Augusts des Starken auf der Hauptstraße, nunmehr „Straße der Befreiung“, kunsthistorisch vorbildhaft und ließen den „Goldenen Reiter“ wiederaufstellen.<sup>10</sup> Beiden wurden später zeitgenössische Bauten aus Beton an die Seite gestellt, die das „feudale“ Architekturerbe gewissermaßen einrahmen sollten, die Prominenz der königlich-polnischen und kurfürstlich-sächsischen Wahrzeichen aber kaum überdecken konnten.

Eine unterschwellige Verwobenheit von sächsischer Geschichte und sozialistischer Gegenwart war also durch den ständigen Kontakt mit den überkommenen Baudenkmalern unvermeidlich. Wenn Pioniere und FDJler am restaurierten Fürstenzug vorbeizogen, SED-Funktionäre mit Parteiabzeichen in der wiedereröffneten Semperoper in Dresden oder dem neuen Gewandhaus in Leipzig saßen oder Transparente, Plakate und rote Nelken auf Mai- und sonstigen Demonstrationen durch die Innenstädte getragen wurden, wunderte sich niemand über das alltägliche Nebeneinander von Alt und Neu. Das Zusammengehen von sozialistischer Optik nach Moskauer Vorbild und dem gegenständlichen Erbe aus der Zeit vor 1945 war in den Augen der Sachsen der 1970er und 1980er Jahre wie der Staat an sich und sein merkwürdiger Umgang mit der Geschichte längst Normalität geworden.

In den Jahren während der innerdeutschen Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau war das noch anders gewesen. Unsicher im Umgang mit

den dialektischen Maximen der sozialistischen Staats- und Geschichtswissenschaft in Bezug auf die lebensweltlichen Gegebenheiten Mitteldeutschlands griff die Mehrheit der SED-treuen „Gesellschaftswissenschaftler“ hilflos zum sichersten Mittel und schrieb der Auflösung des regional verwurzelten Heimatbegriffs den Weg.<sup>11</sup> Eine diffuse Zukunftsgläubigkeit, aus der heraus nicht nur im Ostblock industrielle Retortenstädte wie Eisenhüttenstadt entstanden, schien das Auflösen traditioneller Gesellschaftstrukturen möglich und das Festhalten an alten Strukturen überflüssig zu machen. „Sachsen“ und „Preußen“ wurden ähnlich wie die im öffentlichen Gebrauch fast schon verbotenen Begriffe „Schlesien“ oder „Ostpreußen“ zu unerwünschten Chiffren. Ihre Behandlung durch den revanchistischen Klassenfeind in der Bundesrepublik musste seit 1961 nicht mehr eigens kommentiert werden, denn die Werke bundesdeutscher Landeshistoriker kamen wie die sonstigen Sachsen-Titel westdeutscher Provenienz<sup>12</sup> wie beispielsweise die Periodika der sächsischen Landsmannschaften, die sich politisch ebenfalls als Vertriebene betrachteten, in kaum mehr nennenswerter Stückzahl über die Grenze.

Die wohl am besten mit „sozialistischer Sinn-suche“ zu überschreibenden Jahre bis etwa 1970 brauchten am wenigsten eine auf Identität und Geschichte eines verschwundenen Landes ausgerichtete Landesgeschichte. Ein erster theoretischer Unterbau für den historischen Umgang mit den deutschen Ländern tauchte zu Beginn der 1970er Jahre auf. In der Folge des VIII. Parteitags der SED 1971 und des Grundlagenvertrags aus dem Jahr 1972 wurde die sogenannte „Zwei-Staaten-Doktrin“ entwickelt, die, das versprach man sich allen Ernstes, bald Auskunft darüber geben sollte, welche Teile der gemeinsamen deutschen Geschichte man der Bundesrepublik zuschieben und welche man mit ihr teilen bzw. allein für sich beanspruchen sollte. Innerhalb der „Nation neuen Typs“ war dabei zunächst kein Platz für das historische Land Sachsen.<sup>13</sup> Das alles lässt sich in den seltsam sterilen und vor Redundanzen strotzenden Texten der Zeit nachlesen. Zusammenfassend hat sich aus der landesgeschichtlichen Tradition her wiederholt Karlheinz Blaschke dem sozialistischen Phänomen „Landesgeschichte ohne Land“ angenommen, polemisch und zornig<sup>14</sup>, und, was die wenigsten wissen, schon längst vor 1989, etwa in entlegenen italienisch-bundesdeutschen Fachzeitschriften.<sup>15</sup> Eine kenntnisreiche Zusammenschau der teils disparaten Forschungen zur sächsischen Geschichte in der DDR legte zuletzt

auch Blaschkes Nachfolger auf dem Dresdener Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, Winfried Müller, vor.<sup>16</sup>

Die Wiederkehr Sachsens, wie sie dann in den 1980er Jahren mit Händen zu greifen war, kam mangels primärer sächsischer Gestaltungsmöglichkeiten auf doppelt indirektem Wege über die „preußische“ Bande. Schützenhilfe, um im militärischen Bild zu bleiben, leisteten also ausgerechnet die Berliner Kader unter den Historikern der DDR. Diese setzten sich teils äußerst prominent mit den sogenannten „progressiven Traditionen“ Preußens auseinander, d. h., sie überprüften Teile der brandenburgisch-preußischen Geschichte unter dem Aspekt ihrer Anwendbarkeit auf das sozialistische Geschichtsbild und kondensierten brauchbar erscheinende Abschnitte und Herrscherbiographien aus dem Gesamtkontext heraus.<sup>17</sup> Dass in diesem eklektizistisch anmutenden Umfeld auch hervorragende, die eigenen ideologischen Auflagen im Grunde unterlaufende Arbeiten entstanden, ist ein Kuriosum der Historiographie der DDR.<sup>18</sup> Die Masse der Historiker „glaubte“ aber nach wie vor an den gesetzmäßigen Ablauf der Geschichte im Sinne von Karl Marx und nahm auf Geheiß der nach staatlich-historischer Autarkie strebenden Partei- und Staatsführung auch gern eine Uminterpretation des bisher als verbindlich Angenommenen vor: Die Hinwendung zu Preußen, die Stilisierung Luthers als reformatorischem, prärevolutionärem Kopf und schließlich sogar die Darstellung Bismarcks als ungewolltem, reichseinigendem Vorbereiter des Sieges der Arbeiterklasse sind nur im Kontext der eigenstaatlichen Ambitionen des um Anerkennung ringenden DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zu verstehen. Als er 1981 das Reiterstandbild Friedrichs des Großen unter den Linden wiederaufrichten ließ, bezeichnete er persönlich den preußischen König als „den Großen“. Schon 1982, in der zweiten Auflage der Biografie Friedrichs konnte Ingrid Mittenzwei feststellen, dass sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass sich „die sozialistische Gesellschaft als Resultat der gesamten bisherigen deutschen Geschichte dem ganzen Erbe in all seiner Widersprüchlichkeit zu stellen habe“, wozu denn auch „Territorialstaaten und Epochen“ gehörten, „in denen die Repräsentanten [...] eine reaktionäre Politik betrieben“ hätten.<sup>19</sup> Ein ähnlicher dialektischer Spagat wurde im Zusammenhang mit der Erinnerung an die 500. Wiederkehr der Geburt Martin Luthers vollzogen. Ein „neues Lutherbild“ schien inzwischen dem „Entwicklungsstand

der sozialistischen Nation“ zu entsprechen<sup>20</sup>, weswegen sich 1980 das „Martin-Luther-Komitee der DDR“ konstituieren konnte, ausgerechnet unter Vorsitz Erich Honeckers. Etwa zeitgleich sind erste Aktivitäten aus Dresden überliefert, wobei manche der beteiligten Wissenschaftler bei der Vorbereitung des Jubiläums von 1983, das mit dem Karl-Marx-Jahr und dem Evangelischen Kirchentag zusammenfiel, ihre ganz eigenen „Sachsen-Interessen“ verfolgten.<sup>21</sup>

Diese auffälligen, wenn auch nicht plötzlichen Änderungen der geschichtspolitischen Großwetterlage fielen hier insofern auf einen fruchtbaren Boden, als Sachsen neben Thüringen und Mecklenburg das einzige historische Land auf dem Gebiet der DDR war, das die preußischen Expansionen des 19. Jahrhunderts überlebt und in dem sich ein unterschwellig weiterwirkendes, ausgeprägtes regionales Bewusstsein erhalten hatte, wobei drei Jahrzehnte „Nichtstaatlichkeit“ (Michael Richter) und die schon im Kaiserreich beginnende Entkirchlichung deutliche Risse im Geschichtsbild der Sachsen hinterlassen hatten.

Ein wichtiger Träger dieses ideologisch als unbedenklich angesehenen, da vermeintlich auf die Ebene „Folklore“ und „Ortschronistik“ zurückgestuften Regionalbewusstseins waren die seit 1954 erscheinenden „Sächsischen Heimatblätter“, die eigentlichen Wahrer landeskundlicher und -geschichtlicher Traditionen. Anders als die stadtgeschichtlichen Periodika hatten sie eine sachsenweite Perspektive und waren trotz obligatorischer Verbeugungen vor dem Zeitgeist viel weniger von diesem durchdrungen und aus diesem heraus angetrieben.<sup>22</sup> Das von Karl Czok ins Leben gerufene „Jahrbuch für Regionalgeschichte“ war das fachwissenschaftliche Pendant, hatte aber eine deutlich geringere Reichweite.

In einem ähnlichen Sinne wie die „Sächsischen Heimatblätter“ versah auch das „Institut für Denkmalpflege Dresden“ seine konservatorischen Tätigkeiten in einer sachsenweiten, also die Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt einschließenden Perspektive – wozu freilich in erster Linie die lange Amtszeit des Landeskonservators Hans Nadler beitrug.<sup>23</sup> Der noch heute eindrucksvolle Band „Denkmale in Sachsen“ umriss schon 1979 klar die geographischen Grenzen der sächsischen Denkmalpflege.<sup>24</sup> Gleiches galt auch für andere Kunsthistoriker.<sup>25</sup>

Auch die landeshistorischen Traditionen wurden nicht völlig abgebrochen<sup>26</sup>, wenn auch merklich eingeschränkt, denn der als reaktionär diffamierten bürgerlichen Landesgeschichte konnte ohne die Existenz von Ländern leicht

21 Vgl. etwa: Exemplar der „95 Thesen“ aufgefunden. Interview mit dem Leiter des Staatsarchivs Dresden, Dr. Reiner Groß. In: Sächsische Zeitung, 20. Februar 1981, Beilage „wir“, S. 2.

22 Lokale und regionale Periodika waren mit unterschiedlichem Umfang und Anspruch u. a. das „Jahrbuch zur Geschichte Dresdens“ (1968-1990), die „Beiträge zur Heimatgeschichte von Karl-Marx-Stadt“ (1954 bis 1988), die „Regionalgeschichtlichen Beiträge aus dem Bezirk Karl-Marx-Stadt“ (1979-1990), der „Karl-Marx-Städter Almanach“ (1981-1990), das „Görlitzer Magazin. Beiträge zur Geschichte, Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Görlitz“ (1987-1990), „Erzgebirge: ein Jahrbuch für Heimatkunde und Heimatgeschichte“ (1973-1990), die „Sächsische Gebirgsheimat“ (1960-1990) oder die „Heimatgeschichtlichen Blätter des Kreises Borna“ (1986-1990).

23 Heinrich Magirius: Denkmalpflege. In: Holger Starke (Hrsg.): Geschichte der Stadt Dresden. Bd. 3. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 623-629.

24 Hans Müller/Heinrich Magirius (Red.): Denkmale in Sachsen. Ihre Erhaltung und Pflege in den Bezirken Dresden, Karl-Marx-Stadt, Leipzig und Cottbus. Weimar 1979.

25 Ein gesamtsächsisches Blickfeld hatte auch der Band des Hallenser Kunsthistorikers Hans-Joachim Mrusek: Drei sächsische Kathedralen. Merseburg – Naumburg – Meißen. Dresden 1976, 2. Aufl. 1981.

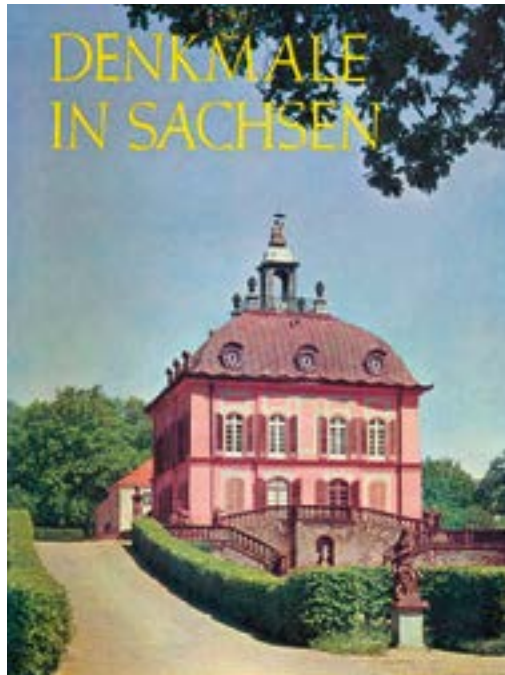
26 Karlheinz Blaschke: Historisches Ortsverzeichnis von Sachsen, Leipzig 1957; Karlheinz Blaschke: Bevölkerungsgeschichte von Sachsen bis zur Industriellen Revolution. Weimar 1967.

27 August der Starke und seines Landes Fleiß und Glanz“, Interview mit dem Berliner Autor Georg Piltz. In: Sächsische Zeitung vom 15. Mai 1987, Beilage „wir“, S. 2. Siehe dazu Hendrik Thoß: Sächsische Identität und das Bild von Sachsens Fürsten im Dritten Reich und in der DDR. In: Uwe Fiedler (Hrsg.): Die Gesellschaft des Fürsten. Prinz Xaver von Sachsen und seine Zeit. Chemnitz 2009, S. 162-169.

28 Vgl. auch Klaus Fitschen: Säkulares Reformationsland? Kirche, Religion und Gesellschaft in Sachsen. In: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven. Beucha 2010, S. 199-209.

## „Denkmale in Sachsen“, 1979

- 29 Vgl. dazu den ausführlichen einleitenden Teil bei Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90. Göttingen 2004, S. 13-67, besonders S. 57-67.
- 30 Zwei Beispiele sind die ausgerechnet in der systemnahen „Abteilung für Militärmedizin“ der Karl-Marx-Universität Leipzig betreuten Dissertationen Ulrich Lindner: Gesundheitszustand und Betreuung der Umsiedler und Heimkehrer im Bundesland Sachsen (1945–1950), Diss. med. Leipzig 1987; und Enrico Endt: Lebensmittelrationierung und Volksgesundheit im Land Sachsen und in der Stadt Leipzig 1945–1949, Diss. med. Leipzig 1987, beide betreut bei Prof. Dr. Wolf-Diether Wiezorek.
- 31 Reiner Groß: Forschungen zur sächsischen Landesgeschichtsschreibung nach Rudolf Kötzschke – eine persönliche Betrachtung. In: Sächsische Heimatblätter 56 (2010), Heft 1, S. 31-35. Vgl. dazu auch Helga Raschke: Methoden und Organisationsformen der Heimat- und Regionalgeschichte in der DDR. In: Methoden und Themen der Landes-, Regional- und Heimatgeschichte in Bayern, Sachsen und Thüringen. Kolloquiumsbericht. München 1991, S. 33-41.
- 32 Die bei Manfred Wille an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg entstandene Dissertation von Regine Just: Die Lösung der Umsiedlerfrage in der DDR, dargestellt am Beispiel Sachsen (1945-1952). Diss. Magdeburg 1985, behandelt im Gegensatz zu der Argumentation von Groß eben nicht das, was in der Bundesrepublik unter „Vertriebenenproblematik“ verstanden wurde und wird. Sie ist vielmehr ein Musterbeispiel der sozialistisch programmatischen Lesart der „Umsiedlerfrage“.
- 33 Dem Leser der Rezension des Buches von Karl Czok über August der Starke und Kursachsen riet Reiner Groß in der „Sächsischen Zeitung“ gleich unumwunden zu einem Bibliotheksbesuch. Karlheinz Blaschkes Buch „Sachsen im Zeitalter der Reformation“ erschien im unerreichten Güterlohn – jenseits der Grenzen war es nur in Auszügen zu lesen. Vgl. Sächsische Heimatblätter 13 (1967), S. 145-192, 206-224.



die Daseinsberechtigung bestritten werden. Dabei stand besonders die Abwicklung des Seminars für Landes- und Siedlungskunde an der Universität Leipzig im Mittelpunkt. Der Emeritus Rudolf Kötzschke hatte nach dem Zweiten Weltkrieg noch einmal einen Kreis von Schülern für seinen Gegenstand begeistert. Einige von ihnen trugen unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur und ihrer wechselnden ideologischen Vorgaben dann nicht unwesentlich zur Selbstaufgabe von Fach und Institut bei. Bis jedenfalls der populäre Ost-Berliner Historienchriftsteller Georg Piltz 1987 in einem Interview mit der „Sächsischen Zeitung“ äußern konnte, es gäbe einen gewissen landesgeschichtlichen „Nachholebedarf“ in der sächsischen Geschichte und man schließe nun „bestimmte Lücken“<sup>27</sup>, vergingen drei Jahrzehnte ohne eine dem Namen gerecht werdende sächsische Landesgeschichte. Aber auch in dieser Zeit der offiziell verordneten und unter den Bedingungen der Diktatur rasch auf die akademische und populärwissenschaftliche Publikationslandschaft durchschlagenden „Nichtstaatlichkeit“ Sachsens war Sachsen immer präsent. Als nach der Universität Leipzig älteste Landesinstitution existierte die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens weiter. Sie deckte im Großen und Ganzen das alte Territorium Sachsens ab. Die sächsische Landessynode, das Landeskirchenamt Sachsens, der sächsische Landesbischof und die sächsische Diakonie zeugten von den Beharrungskräften. Unter ihrem Dach arbeitete, um ein weiteres Beispiel aus dem die sächsische Identität stützenden kirchlichen

Leben zu nennen, die Arbeitsgemeinschaft für sächsische Kirchengeschichte, die neben kirchengeschichtlichen auslandsgeschichtliche Themen behandelte.<sup>28</sup>

Und auch als Landschaft existierte Sachsen weiter, gewollt oder ungewollt, sowohl im kollektiven Bewusstsein der Sachsen selbst wie auch in der Wahrnehmung der übrigen DDR-Bürger.<sup>29</sup> Lottospieler in der gesamten DDR konnten ihre Tips bis 1974 bei der Sächsischen Landeslotterie abgeben. Chemnitz war verschwunden, aber die Leipziger Messe, der Dresdner Christstollen, Meißner Porzellan, Volkskunst aus dem Erzgebirge und der Lausitz, Kunstblumen aus Sebnitz und vieles mehr wurde – bewusst oder unbewusst – weiterhin mit einem werbewirksamen lokalen Bezug und Qualität suggerierenden sächsischen Nimbus verkauft. Auch die robusten Zweiräder aus dem Motorradwerk, später den Motorenwerken Zschopau trugen nicht ohne Grund den sächsischen Ortsnamen. Freilich, ein Großteil der Produktion entschwand wie beim Radeberger Exportbier von den sächsischen Augen fast unbemerkt ins devisenzahlende Ausland.

Tausende Dresdner arbeiteten im Sachsenwerk, stiegen am Sachsenplatz in eine Straßenbahn ein oder besuchten Aufführungen der Sächsischen Landesbühnen in Radebeul bei Dresden. Neben der Sächsischen Schweiz, dem Sachsenring oder der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden gab es etwa bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften in Leipzig weiterhin landesgeschichtliche Langzeitprojekte. Kunsthistoriker, Numismatiker, Denkmalpfleger, Philologen (Namenskunde, Dialektologie) und Theologen (Territorialkirchengeschichte) arbeiteten wie die Mehrzahl der Regionalhistoriker im Grunde weiterhin landesgeschichtlich, wenn auch jeweils nur mit Versatzstücken. Und sogar an scheinbar abseitigen wissenschaftlichen Orten wie der Medizingeschichte wurde der historische Begriff „Sachsen“ als räumliches Ordnungskriterium für Qualifikationsarbeiten zumindest nicht vergessen; die Arbeiten wurden aber nirgends rezipiert.<sup>30</sup>

Reiner Groß hat das breite Spektrum von im weitesten Sinne landesgeschichtlich und landeskundlich arbeitenden Wissenschaftlern in den drei sächsischen Bezirken kenntnisreich umrissen.<sup>31</sup> Allerdings verwischt seine Bilanz etwas zu generös die Grenzen zwischen jenen Arbeiten, die trotz der sozialistischen Rahmenbedingungen an der Legitimität genuin sächsischer Fragestellungen festhielten (Karlheinz Blaschke, Günter Jäckel, Heinrich Ma-



girijs und andere) und solchen Forschungsbestrebungen, die, ideologisch durchdrängt, ein im Grunde disparates Eingehen auf Aspekte sächsischer Aspekte ohne wirkliche Wahrnehmung des historischen Gegenstands Sachsen betrieben (Regine Just).<sup>32</sup> Hier besteht offenbar ein grundsätzliches Missverständnis: Wenn aus pragmatischen Gründen des Quellenzugangs Themen aus der geschichtlichen Entwicklung des geographischen Gebiets Obersachsen bearbeitet wurden (Helmut Bräuer, Manfred Unger, Karl Czok, Werner Bramke und andere) und diese Einzelforschungen nach 1990 unter das nunmehr passförmige Rubrum „Sächsische Landesgeschichte“ gestellt wurden, bedeutet das nicht, dass bis 1989 tatsächlich landesgeschichtlich gearbeitet wurde. Die Verneinung des Konzepts „Sachsen“ als eines von gemeinsamen kulturellen Identitäten geprägten Raums in der sozialistischen Gegenwart schloss für viele SED-Historiker das Aneignen landeskundlicher Methoden für die eigene historische Arbeit geradezu aus, wozu auch die vernachlässigten, weil politisch für bedeutungslos erklärten, konfessionellen Fragestellungen gehört hätten. Die in beliebig eingegrenzten Räumen arbeitende Regionalgeschichte wird hier – eine nicht vorhandene Kontinuität suggerierend – bewusst mit der historische Landschaften untersuchenden Landesgeschichte gleichgesetzt. Wenn also, um es anders zu formulieren, das bloße Auswerten des am jeweils nächsten liegenden Stadtarchivs bereits landesgeschichtliches Arbeiten sein soll, dann machten die Reisebeschränkungen und der Mangel an Devisen im Grunde jeden mit Quellen arbeitenden Historiker der DDR zum Landeshistoriker. Diesen Vorwurf hätte sich mancher Historiker beim Zentralkomitee der SED sicher ungern gefallen lassen.

Sieht man aber von diesem innerfachlichen Streit ab und nimmt anstelle der verschiedenen historiografischen Entstehungswege und Weltanschauungen die Ergebnisse der Arbeiten in den Blick, so wird unzweifelhaft auf eine erfreuliche Vielfalt unterschiedlichster Texte zu verweisen sein. Von ur- und frühgeschichtlichen Fragestellungen bis ins politisch brisante 20. Jahrhundert hinein stießen die lokal-, regional- und landeshistorischen Publikationen auf ein heute nur noch schwer nachvollziehbares Interesse des medial noch nicht überreizten Publikums. Allerdings darf die Öffentlichkeitswirksamkeit der in geringen Auflagen verlegten und deshalb regelmäßig vergriffenen Bücher nicht zu hoch veranschlagt werden, auch wenn jedes Exemplar – wie bei literarischen Raritäten in der DDR üblich –

etliche Male ausgeliehen wurde.<sup>33</sup> Abschriften, auch von Vortragsmanuskripten kursierten in den sachseninteressierten Kreisen, die seit den 1970er Jahren ständig wuchsen. Diese kaum auf einen genauen Nenner zu bringende Gruppe zwischen alten bürgerlichen Eliten (Fritz Löffler, Hellmut Kretzschmar und andere) und jüngeren, nach dem Krieg in kulturell wichtige Funktionen gekommenen Denkmalpflegern, Künstlern sowie Musik- und Literaturwissenschaftlern (Heinrich Magirijs, Ingo Zimmermann, Werner Schmidt, Günter Jäckel und andere) verband sich mit engagierten Laien. Hobbyhistoriker, Heimatforscher, Stadtführer, Grabungshelfer und „Originale“ wie Matthias „Matz“ Griebel unter den Sachsen-Fans bereiteten bereits in den siebziger Jahren der öffentlichen Wiederkehr des Schlagwortes „Sachsen“ den Boden. Die hier eingegangenen Verbindungen von denkmalschützerischen, kirchlichen, bürgerrechtlichen und sachsenaffinen Interessen im Rahmen einer nichtstaatlichen bürgerchaftlichen Gemeinschaft von „Gleichgesinnten“ konnten allerdings erst nach dem Ende der DDR je ihre partikularen Zielen verfolgen. Ein gemeinschaftliches Unternehmen wurde in diesem Rahmen seit 1991 das Volksfest, Denkmalschutz und Kostümklamauk verbindende „Elbhauptfest“ in Dresden.

Diesen kulturell zumindest in puncto Sachsen Gleichgesinnten gaben die SED-Vordenker unfreiwillige Unterstützung, etwa in den Änderungen der Marschrichtung durch Kurt Hager oder den holzschnittartigen Deutungen der Schlagworte durch einflussreiche Köpfe. Walter Schmidt, Historiker beim ZK der SED, der plötzlich in Sachsen einen „ganz bedeutende[n] Schwerpunkt der sich emanzipierenden, revolutionären deutschen Arbeiterbewegung [...]“ sah, weshalb es nun gelte, „den spezifischen Platz des territorialstaatlichen Erbes [und] seine Bedeutung für die Vorbereitung des Sozialismus auf deutschem Boden [...] herauszuarbeiten.“<sup>34</sup> Interessanterweise sollten nun auch die übrigen durch Bezirke ersetzten Länder als historische Einheiten in Gesamtdarstellungen untersucht werden, was ausgerechnet bei dem einzigen geschichtslosen Land gelang.<sup>35</sup>

Für Sachsen begann eine Arbeitsgruppe um den Leipziger Professor Karl Czok 1981 eine marxistisch passfähige Geschichte vorzubereiten. Czok war zu dieser Zeit zweifellos der renommierteste Regionalhistoriker, von dem eine solche Darstellung erwartet werden konnte.<sup>36</sup> Im Sommer 1989 lag dann die unter seiner Leitung entstandene „Geschichte Sachsens“ vor.<sup>37</sup> Aber auch dieses lang erwartete Buch war in kürzester Zeit vergriffen, so dass sogar sonst

34 „August der Starke – nur eine Legende? Über unser Geschichtsbild und den Wert der Heimatgeschichte für unser Leben“. In: Sächsische Zeitung vom 6. März 1981, Beilage „wir“, S. 2.

35 Die dreibändige Geschichte Sachsen-Anhalts wurde nicht mehr vor dem Ende der DDR fertig. Ohne größere inhaltliche Neukonzeptionen erschien sie in frühen 1990er Jahren. Vgl. Walter Müller: Geschichte Sachsen-Anhalts. Bd. 1. Das Mittelalter. München 1993; Heinz Kathe: Geschichte Sachsen-Anhalts. Bd. 2. Reformation bis Reichsgründung 1871. München 1993 und Hans Hübnert: Geschichte Sachsen-Anhalts. Bd. 3. Bismarckreich bis Gründung der Bezirke 1952. München 1994.

36 Der Leipziger Regionalhistoriker, offiziell Professor „mit Lehrauftrag für Deutsche Regionalgeschichte“ (1966), später für „Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung“ (1971-1988), hatte wie kein zweiter die institutionalisierte Nachfolge der Leipziger Landesgeschichte geprägt, zu deren Programmatik er entscheidend beitrug. Vgl. schon früh Karl Czok: Zu den Entwicklungsetappen der marxistischen Regionalgeschichtsforschung in der DDR. In: Jahrbuch für Regionalgeschichte 1 (1965), S. 9-24.

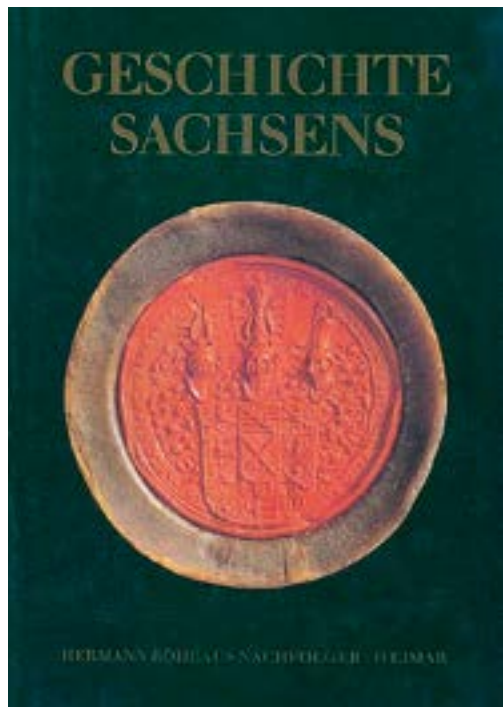
37 Karl Czok (Hrsg.): Geschichte Sachsens. Weimar 1989.

38 „Bei der Verteilung dieser Mangelware – von einem echten Buchhandel kann man wohl kaum sprechen – sollten Buchhändler und Bibliothekare gemeinsam dafür sorgen, dass vor allem für Ausleihe und Einsichtnahme genügend Exemplare reserviert bleiben.“ vgl. Rudolf Förster: Tausend Jahre sächsische Geschichte in 14 Kapiteln. Geschichte Sachsens – ein wichtiger Beitrag zur Nationalgeschichte. In: Sächsische Zeitung vom 15. September 1989, Beilage „wir“, S. 2.

39 Planmäßig war hier die Aneignung Thomas Müntzers, dessen Geburtstag sich 1989 zum 500. Male jährte und dessen „radikal-demokratischer Kampf gegen feudale und kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung“ den „Kern unseres sozialistischen Traditionsverständnisses“ gewissermaßen vorweg genommen habe. vgl. Erich Honecker: Die Gewalt dem Volke – Müntzers Ziel wurde in unserem Staat verwirklicht. In: Neues Deutschland vom 12./13. März 1988.

## „Geschichte Sachsens“, 1989

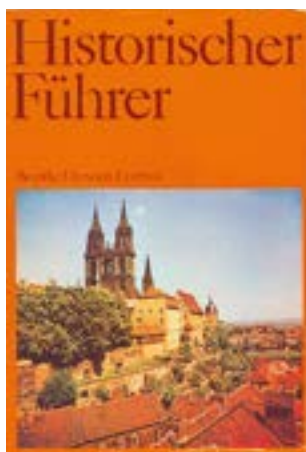
- 40 Vgl. dazu bereits zeitgenössisch Peter J. Lapp: Traditionspflege in der DDR. Berlin (West!) 1988, S. 151.
- 41 Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Erfurt, Gera, Suhl [=Thüringen], Leipzig/Jena/Berlin 1978; Historischer Führer. Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Leipzig, Karl-Marx-Stadt. Leipzig/Jena/Berlin 1980; Historischer Führer: Stätten und Denkmale der Geschichte in den Bezirken Dresden, Cottbus. Leipzig/Jena/Berlin 1982. Später auch für die übrigen Bezirke der DDR.
- 42 „Es gilt, ein reiches Erbe weiter zu erschließen.“ Interview mit dem Direktor der Kulturakademie des Bezirks Dresden, Wolfgang Zimmer. In: Sächsische Zeitung vom 1. Juli 1983, Beilage „wir“, S. 2.
- 43 Veröffentlicht in den Dresdner Heften 1988. Als größere Publikationen in diesem Zusammenhang sind die 1987 bzw. 1989 im Verlag der Nation von Günter Jäckel herausgegebenen Bände zu nennen: Dresden zur Goethezeit. Die Elbestadt von 1760 bis 1815; Dresden zwischen Wiener Kongreß und Maiaufstand. Die Elbestadt von 1815 bis 1850. Berlin 1989.
- 44 Georg Piltz: August der Starke. Träume und Taten eines deutschen Fürsten. Berlin 1986, 2. Aufl. 1987; Karl Czok: August der Starke und Kursachsen. Leipzig 1987, 2. Aufl. 1988, zum München 1988.



systemtragende Genossen wie der Direktor des Instituts und Museums für Geschichte der Stadt Dresden, Rudolf Förster, Kritik äußerten.<sup>38</sup> Zwischen diesen während der Autoritätserosionen der SED möglichen Zeilen und den landesgeschichtlichen Lockerungen zehn Jahre zuvor hatte, freilich unter der abschirmenden Glocke der staatlichen Allmacht, eine tatsächliche „Sachsen-Renaissance“ stattgefunden. Nach „Preußen“ und „Luther“ war mit „Sachsen“ nun ein weiteres sozialistisch-ideologisch ehemals untragbares Schlagwort salonfähig geworden. Die SED sah darin kein Gefahrenpotential, schien doch das Sachsenbewusstsein mit ihrem „sozialistischen Heimatgefühl“ einherzugehen. Die Volten der späten DDR-Geschichtspolitik sind in der Rückschau ein äußerst fruchtbarer Analysezugriff für den jeweiligen Zustand des Arbeiter- und Bauernstaates. Sind beispielsweise in der Wiederzulassung großer Figuren und Strukturen wie Bismarck, Friedrich dem Großen, Martin Luther, Thomas Müntzer<sup>39</sup> und Preußen und auch Sachsen durchdachte Langzeitkonzepte einer um Zustimmung ringenden Diktatur zu sehen, so hatte die in den 1980er Jahre plötzlich auftretende, und mit dem Feindbild Israel so auffällig wenig in Einklang zu bringende Hinwendung zur jüdischen Geschichte und die Unterstützung der kleinen jüdischen Gemeinde der DDR einen klaren finanziellen Antrieb, der in der Hoffnung auf US-amerikanische Wirtschaftsunterstützung lag.<sup>40</sup> Publizistisch war diese Ära von einer Reihe von „Historischen Führern durch die Bezirke“<sup>41</sup> begleitet worden, die ebenfalls rasch

vergriffen waren, obwohl sie aus einem aus heutiger Sicht recht merkwürdigen Geist geschrieben waren. Leipzig und Karl-Marx-Stadt in einem Band unterzubringen, scheint noch heute logisch. Dresden in einen engeren Zusammenhang mit Cottbus zu stellen, ist wenig überzeugend. Wie auch immer, das zunehmende Leseinteresse war neben einer sächsischen Perspektivverschiebung von „Vertretern von Wissenschaft, Kunsteinrichtungen, gesellschaftlichen und Staatseinrichtungen“ 1983 auch Gründungsimpetus für die „Forschungsgemeinschaft zur Kulturgeschichte des Dresdner Raums“<sup>42</sup>. Mit dem Ziel einer umfassenden „Kulturgeschichte“ für dieses historisch hochkomplexe Gebiet wurden zwischen 1983 und 1990 im „Jahrbuch der Geschichte der Stadt Dresden“ und in den neugegründeten „Dresdner Heften“ Beiträge zu Sachsen und Dresden im weitesten Sinne publiziert. Symposien gehörten zu den Begleitveranstaltungen.<sup>43</sup>

Die breite, auch äußerlich wieder als zunehmend sachsenaffin erkennbare Öffentlichkeit konnte durch die nur halbherzigen staatlichen Planungen jedoch kaum erreicht werden. Das vermochten eher populär gehaltene Bücher; etwa über die verklarte Integrationsfigur August den Starken<sup>44</sup>, den Grafen Brühl oder die kursächsische Armee.<sup>45</sup> Sie wurden in der Atmosphäre einer zunehmend als unzumutbar empfundenen Berlin-Bevorzugung der SED auch als historische Gegenerzählung gelesen. Auf Grund der geringen Auflagen waren aber auch diese Titel kaum greifbar, woran die sich Sachsen-Themen widmenden Verlage wie Hermann Böhlaus Nachfolger wegen der knappen Papierkontingente kaum etwas ändern konnten. Der rasende Absatz der Titel der Reihe „Werte der deutschen Heimat“, nach 1971 „Werte unserer Heimat“ ist noch heute vielen schmerzlich in Erinnerung, denn die Bände waren stets schnell vergriffen. Der 1984 erschienene Dresden-Band erreichte eine sagenhafte Auflage von 20.000 Stück und war doch vergriffen. Zur Standardliteratur der Sachsen-Fans gehörte in Dresden etwa Fritz Löfflers Klassiker „Das alte Dresden“<sup>46</sup> oder, 1986 erschienen, der rasch ausverkaufte Fotoband mit historischen Aufnahmen August Kotzschs.<sup>47</sup> In erster Linie waren aber Periodika wie die „Dresdner Hefte“, die „Sächsischen Heimatblätter“ oder etwa die „Jahrbücher für die Geschichte der Stadt Dresden“ Träger einer verbreiteten Sachsenidentität. Diese vom Kulturbund der DDR herausgegebenen Publikationen ließen einen gewissen Spielraum in der Behandlung des Themas „Sachsen“. So organisierte Manfred Unger 1982 eine Vortragsreihe zur sächsischen

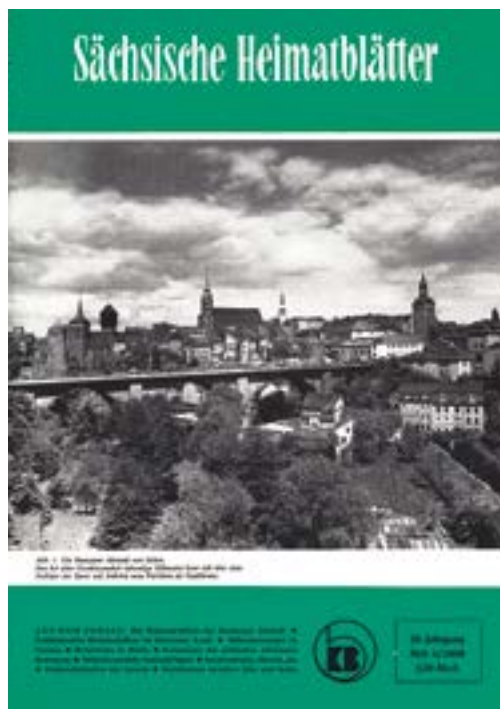


„Historischer Führer. Bezirk Dresden. Cottbus“, 1982

Geschichte im Leipziger „Klub der Intelligenz“, die restlos ausverkauft war. Die Referate und auch ihr Abdruck waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aus heutiger Sicht interessant sind sie vor allem, weil ihre zeitliche Eingrenzung, von 1789 bis 1952, die holprige historisch-materialistische Passfähigkeit der zugrunde liegenden Vortragskonzeption zeigt. In Ermangelung anderer Thematisierungen waren sie eine beachtete Besonderheit.<sup>48</sup>

Heimatgeschichtliche Artikel in den Tageszeitungen der drei sächsischen Bezirke lieferten darüber hinaus handverlesene aktuelle Berichte aus der Region. Beliebt war die in Dresden als Organ der Ost-CDU erscheinende Zeitung „Die Union“. Auch in der wöchentlichen Rubrik „Geschichte und Gegenwart“ der „Sächsischen Zeitung“, dem Organ der Bezirksleitung Dresden der SED, wurden dem Leser an jedem Freitag neben einer Flut regionaler antifaschistischer und kommunistischer Heldenjubiläen immer wieder aktuelle Regionalia, etwa aus der von Seiten der SED erst in den 1980er Jahren entdeckten Denkmalpflege, geboten. Der Wiederaufbau der Semper-Oper mit der symbolträchtigen Eröffnung am 13. Februar 1985 sowie das Dauerthema „Wiederaufbau des Dresdner Schlosses“ waren mit großem Interesse verfolgte Themen dieser Jahre.

Die vielbeachtete Ausstellung „Das Dresdner Schloß. Monument sächsischer Kultur und Geschichte“ (1989/90) fällt mit ihrer Vorbereitungszeit in die Phase dieses halboffiziellen



„Sachsen-Booms“ der 1980er Jahre, den örtliche Funktionäre sehr wohl beobachteten und zu nutzen suchten. Freilich konnten auch sie nicht verhindern, dass sich besonders ab 1987 die alte sächsisch-preußische Dichotomie in eine inhaltlich ähnlich aufgeladene Gegensätzlichkeit zwischen den mit ihrer Randlage und Vernachlässigung unzufriedenen Mitteldeutschen und den Berlinern auflud.



Die „Sächsischen Heimatblätter“, hier Heft 4/1980 mit Beiträgen zur Oberlausitz, waren ein wichtiges Medium zur Erhaltung und Verbreitung sächsischer Identität.

- 45 Reinhold Müller: Die Armee Augusts des Starken. Das sächsische Heer von 1730 bis 1733. Berlin 1984, 2. Aufl. 1987. Über Philatelistenkreise hinaus war das von einem Autorenkollektiv verfasste Lexikon. Kursächsische Postmeilensäulen, Berlin 1989, geschätzt.
- 46 Fritz Löffler: Das alte Dresden. Geschichte seiner Bauten. Dresden 1956, dann neun Auflagen bis 1989 bei Seemann in Leipzig.
- 47 August Kotsch. 1836-1910. Photograph in Loschwitz bei Dresden. Dresden 1986.
- 48 „Sächsische Geschichte im Überblick. Beiträge zur Landesgeschichte 1789/90–1917“ sowie „1917–1945 und 1945–1952“. In: Sächsische Heimatblätter 30 (1984), Hefte 3 und 4, hervorhebenswert Hartmut Zwahr: Sachsen im Übergang zum Kapitalismus und im Revolutionsjahr 1830. In: ebd., S. 97-110.
- 49 Józef Ignacy Kraszewski: Gräfin Cosel (1873), Brühl (1874) und Aus dem Siebenjährigen Krieg (1875).
- 50 Katrin Keller: Landesgeschichte zwischen Wissenschaft und Politik. August der Starke als sächsisches „Nationalsymbol“. In: Konrad H. Jarausch/Mattias Middell (Hrsg.): Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft. Leipzig 1994, S. 205 ff.
- 51 Hinweise auf andere Rechenbeispiele, etwa „821 Jahre Leipzig“-Aufkleber finden sich bei Adelheid von Saldern: „Alte Stadt und junge Stadt“. Zur Ambivalenz der Erinnerungsorte sozialistischer Utopie in der sechziger Jahren. In: Adelheid von Saldern (Hrsg.): Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentation in DDR Städten. Stuttgart 2003, S. 355-394, bes. 393-394.
- 52 „August der Starke und seines Landes Fleiß und Glanz“, Interview mit dem Berliner Autor Georg Piltz. In: Sächsische Zeitung vom 15. Mai 1989, Beilage „wir“, S. 2.

Szene aus „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“, 1981

**Aufkleber „781 Jahre Dresden“,  
1987**



- 53 Holger Starke: Wiedererwachen des Landesbewusstseins. In: Holger Starke (Hrsg.): Geschichte der Stadt Dresden. Bd. 3. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006, S. 713-715.
- 54 In 15 Artikeln wurde die Tagung vorbereitet, Sächsische Zeitung vom 6. Januar bis 30. Juni 1989.
- 55 Vgl. Kulturakademie des Bezirks Dresden (Hrsg.): Sachsen und die Wettiner. Chancen und Realitäten. Internationale wissenschaftliche Konferenz. Dresden 1990. Bereits im April/Mai 1989 durften einige sächsische Wissenschaftler zum „Exil-Jubiläum“ des Hauses Wettin nach Regensburg reisen.
- 56 Gernot Schneider: Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Wirklichkeit. Köln 1988.
- 57 Dieter Geyer: Die DDR auf dem Weg zu einer eigenen historischen Identität? DDR-Geschichtsbewußtsein zwischen Ost und West. In: Gerd Meyer/Jürgen Schröder (Hrsg.): DDR heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft. Tübingen 1988, S. 39-51.
- 58 Karl Czok (Hrsg.): Geschichte Sachsens. Weimar 1989, S. 12.
- 59 Vgl. Eckhard Jesse/Thomas Schubert/Tom Thieme (Hrsg.): Politik in Sachsen. Wiesbaden 2014, S. 287-304.
- 60 Sächsische Heimatblätter 36 (1990), Heft 3, S. 145 f.
- 61 Vgl. auch Reiner Groß: Die Wiedergeburt des vormals sächsischen Altertumsvereins e. V. als Verein für sächsische Landesgeschichte e. V. In: Sächsische Heimatblätter 38 (1992), Heft 2, S. 142 ff.

„Sachsens Glanz und Preußens Gloria“, ein opulenter Kostümfilm, passte genau in das sächsische Klima der Zeit.<sup>49</sup> Er traf den Nerv einer selbstbewusster werdenden sächsischen Identität, in der Katrin Keller etwas überspitzt bereits ein sächsisches „Nationalgefühl“ zu erkennen glaubte.<sup>50</sup> Die wie auch immer näher zu bezeichnende, unterschwellige sächsische Kollektivmentalität war zunehmend durch einen antiberlinerischen Affekt gekennzeichnet. Autoaufkleber mit der lakonischen Aufschrift „781 Jahre Dresden“ ließen keinen Zweifel an der gereizten Ablehnung der zwischenzeitlich regelrecht zur Staatsdoktrin erhobenen Berlin-Feierlichkeiten des Jahres 1987.<sup>51</sup> Denn während das Berliner Nikolaiviertel – auch mit Hilfe sächsischer Handwerker aufwendig saniert worden war, verfielen andernorts in der Republik ähnliche Bausubstanzen umso schneller. Wenn dann noch eine wöchentliche Sonderseite der „Sächsischen Zeitung“ die Überschrift „Berlin, wie hast du dich verändert!“ trug, war das fast schon eine Verhöhnung der Abonnenten. Trotzdem waren „nach den Preußen nun auch die Sachsen im Kommen“<sup>52</sup>, was sich spätestens 1989 an zwei landesgeschichtlichen Großereignissen ablesen ließ. Zum einen fand zum Wettin-Jubiläum in Dresden eine „Bergbau und Kunst in Sachsen“ überschriebene Ausstellung statt, die eindeutig die Verwobenheit der sächsischen Kunst- und Sammlungsgeschichte mit dem von 1089 bis 1918 regierenden Fürsten in Verbindung setzte.<sup>53</sup> Zum anderen wurde im Juni 1989 zu einer nur Jahre zuvor undenkbarer Tagung „Sachsen und die Wettiner – Chancen und Realitäten“<sup>54</sup> nach Dresden eingeladen. Der Teilnehmerrunde gehörten ostdeutsche und osteuropäische Historiker ebenso wie „bürgerliche“ Fachvertreter des nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiets.<sup>55</sup>

Gewisse Aufweichungen nicht zuletzt im Rahmen einer schleichenden „Sachsen-Renaissance“ sind unübersehbar.

Wie brüchig die von der DDR-Führung forcierte eigene nationalstaatliche historische Identität war, zeigt ihr sang- und klangloses Untergehen in der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989. Während bundesdeutsche Deutschlandforscher, denen die wirtschaftliche Einschätzung der DDR entgegen späterer Beteuerungen erstaunlich gut gelang,<sup>56</sup> sich mit der mentalen Disposition ihrer östlichen Landsleute in Sachen Heimat schwer taten und versuchten, die wenigen unverfälschten Äußerungen aus der Bevölkerung („781 Jahre Dresden“) zu interpretieren<sup>57</sup>, war die Wirkmächtigkeit der staatlichen Geschichtsdeutung schon gehörig ausgehöhlt. Nur zwei Monate nachdem Karl Czok im August 1989 in Dresden seine marxistische „Geschichte Sachsens“ vorgestellt hatte, in deren Vorwort von Ländern nur noch als „Relikte der territorialstaatlichen Entwicklung“ die Rede war<sup>58</sup>, trugen sächsische Demonstranten selbstbewusst und ganz selbstverständlich die weiß-grünen sächsischen Fahnen durch die Straßen der sächsischen Groß- und Mittelstädte. Der Jahresverlauf 1990 ließ dann keinen Zweifel mehr an der Existenz des Landes Sachsen und einer starken sächsischen Identität seiner Bewohner.<sup>59</sup>

Die Benennung der einzelnen Etappen der Reetablierung sächsischer Identität unter demokratisch freiheitlichen Bedingungen müsste in einer eigenständigen Untersuchung erfolgen. Nur wenige Beispiele sollen aus den vielgestaltigen Prozessen und Entwicklungen herausgegriffen werden. So wurde aus dem Enthusiasmus der Umbruchszeit heraus im Dezember 1989 eine Sachsen-Partei gegründet, im Januar 1990 entstand der Sachsen-Bund. Langlebiger und erfolgreicher als diese ganz frühen Initiativen waren die an alte Traditionen anknüpfenden Wiedergründungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz im Februar 1990<sup>60</sup> und des „Neuen Archivs für Sächsische Geschichte“ ab 1993.<sup>61</sup> Spätere Gründungen sachsenweiter Vereine, Verbände und wissenschaftlicher Organisationen, die sich Geschichte, Kunst, Volkskunde und Traditionspflege widmen, lassen sich nur noch durch Einblicke in Vereinsregister überschauen. Als selbstverständlich gewordene Knotenpunkte bei der Bearbeitung sächsischer Thematiken seien lediglich das Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde oder das Internetportal „Sachsen-Digital“ genannt.

**Autor**  
Dr. Ulf Morgenstern  
Friedrichsrub

# Die Neubildung Sachsens 1989/1990 und der Festakt am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg in Meißen

Michael Richter

Am 3. Oktober 1990 wurde auf der Albrechtsburg zu Meißen die Neubildung Sachsens als Freistaat der Bundesrepublik Deutschland festlich begangen. Der Ort war mit Bedacht gewählt. Die Errichtung der Burg Meißen im Jahre 929 war der Ausgangspunkt der Jahrhunderte währenden sächsischen Landesgeschichte. Was lag näher, als nach Jahrzehnten erzwungener sächsischer Nichtstaatlichkeit an diesem Ort den auch in der DDR nie ganz fallengelassenen Faden sächsischer Geschichte wieder aufzunehmen? Möglich wurde dies dadurch, dass auch und vielleicht vor allem die Sachsen in der friedlichen Revolution ihre Forderungen nach Freiheit, Wohlstand und deutscher Einheit mit der nach Rückkehr zur alten Länderstruktur verbanden.

Seit dem Herbst 1989 gab es in Sachsen Forderungen nach der Wiedereinführung der Länderstruktur. Bereits im November wurden Sachsen-Transparente auf allen wichtigen Demonstrationen mitgeführt, und die Forderung nach der Bildung von Ländern wurde eine wichtige Triebkraft der revolutionären Entwicklung. Dabei waren auch Meißen und Nachbarkommunen wie Coswig oder Radebeul wichtige Zentren des revolutionären Geschehens. In Dresden setzten sich Mitglieder der Gruppe der 20 bereits am 23. November für die Wiedererrichtung der Länder ein und begannen wenig später mit der Ausarbeitung erster Entwürfe einer sächsischen Verfassung. Spätestens seit dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden am 19. Dezember dominierten weiß-grüne Sachsenfahnen neben Deutschlandflaggen das Bild der Demonstrationen. Die Forderung nach Bildung des Landes Sachsen wurde von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragen. Die Landesfarben an Wohnhäusern und Straßenrändern sowie Sachsen-Aufkleber auf



Einladung zum Festakt am  
3. Oktober 1990 in Meißen  
mit Abbildung des Meißen-  
Burgbergs

Autos prägten das Straßenbild. Auf den unterschiedlichsten Ebenen, in zahlreichen örtlichen wie überregionalen Arbeitsgruppen und „Runden Tischen“ wurden Überlegungen zur Neugründung Sachsens angestellt.

## Initiativen neuer und alter politischer Kräfte zur Länderbildung

Auch die etablierten politischen Kräfte der DDR, die bislang das zentralistisch-diktatorische System repräsentiert hatten, ignorierten das sächsische Identitätsgefühl nicht, das sich nun wieder artikulieren konnte, und versuchten, auf den fahrenden Zug aufzuspringen.

- 1 Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (folgend StA Leipzig), 38212, Niederschrift zur Dienstberatung beim Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates für örtliche Staatsorgane, Peter Moreth, am 31. Januar 1990.
- 2 Vgl. Erich Iltgen, zitiert in Lesch, Markus: Die CDU-Reformer in Sachsen. In: Die Politische Meinung, Heft 297 (1994), S. 38.
- 3 Vgl. Interview mit Erich Iltgen. In: Der Sächsische Landtag, Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Hrsg. v. Sächsischen Landtag, Dresden 1991, S. 32; Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), BT/RdDB 47121/1, Bl. 239, Bericht des Rates des Bezirkes zur 19. Tagung des Bezirkstages Dresden am 26. April 1990.
- 4 Vgl. Privatbestand Matthias Rößler, Protokoll der 11. Beratung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 1. März 1990.
- 5 Vgl. Suzanne Drehwald/Christoph Jestaedt: Sachsen als Verfassungsstaat. Leipzig 1998 (folgend Drehwald/Jestaedt 1998), S. 73.
- 6 Vgl. Interview mit Steffen Heitmann; Hans von Mangoldt: Die Verfassung des Freistaates Sachsen. Entstehung und Gestalt. In: Sächsische Verwaltungsblätter 1 (1993), S. 28; Verfassung des Freistaates Sachsen, Baden-Baden 1993, S. 6-7; Drehwald/Jestaedt 1998, S. 74.
- 7 Vgl. Heitmann, Steffen: Geschichtliche Entwicklung. In: Christoph Degenhart/Claus Meissner (Hrsg.): Handbuch der Verfassung des Freistaates Sachsen. Stuttgart 1997, S. 43-44 (folgend Heitmann 1997); Privatbestand Klaus-Dieter Scholz, Verfassung des Landes Sachsen. Textentwurf der Gruppe der 20 vom 13. März 1990.
- 8 Einladung zur Konstituierung des Kuratoriums „Land Sachsen“ in Meißen. In: Michael Richter: Die Bildung des Freistaates Sachsen 1989/90. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit. Göttingen 2004 (folgend Richter 2004), Dokument 50.
- 9 Staatsministerium Baden-Württemberg, Archiv, 0136 Partnerschaft mit Dresden/Sachsen, Schreiben von Michael Kunze an Lothar Späth vom 11. April 1990.

Die neuen politischen Kräfte wehrten sich allerdings gegen Versuche insbesondere bisheriger SED-Funktionäre und Staatsorgane, die Landesbildung an sich zu ziehen. Auch die Regierung Modrow schrieb sich die Föderalisierung auf ihre Fahne. Ende Januar 1990 wurde die Länderbildung durch den Ministerrat politisch grundsätzlich entschieden.<sup>1</sup> Am 1. Februar stellte der Rat des Bezirkes Dresden erste Gedanken über die Wiedergeburt Sachsens und Grundzüge einer Landesverfassung vor. Das Ziel des alten Apparates war es, so Erich Iltgen, damals Moderator des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, „selbst das Land zu bilden und damit die personellen Strukturen der DDR-Zeit zu konservieren“.<sup>2</sup> Der Bezirkstag beschloss die Bildung einer Arbeitsgruppe „Bildung des Landes Sachsen“. Die neuen Kräfte setzten diesen Vorstößen ihrerseits Verfassungsentwürfe entgegen und machten damit ihren Anspruch auf maßgebliche Mitwirkung bei der Bildung des Landes deutlich. Am Runden Tisch des Bezirkes Dresden forderten sie, am Länderbildungsprozess aktiv beteiligt zu werden.<sup>3</sup> Am 15. Februar 1990 schlug der Dresdner Runde Tisch ein koordiniertes Vorgehen aller drei sächsischen Bezirke für einen gemeinsamen Ausschuss des Landes Sachsen vor. Der Rat des Bezirkes seinerseits beschloss am 28. Februar die ständige Abstimmung und Koordinierung mit den Räten der Bezirke Leipzig und Karl-Marx-Stadt. Am 1. März stimmte der Runde Tisch Dresden der Bildung einer Initiativgruppe zu, die sämtliche Aktivitäten aller Runden Tische und Räte der Bezirke zur Bildung des Landes koordinieren sollte.<sup>4</sup> Trotzdem blieb die Mehrgleisigkeit erhalten und bestimmte die erste Phase der Landesbildung.

Die neuen politischen Kräfte erkannten, dass sie die Wiedererrichtung Sachsens und die Verfassungsgebung stärker zu ihrer Angelegenheit machen mussten. Angesichts der Aktivitäten des Rates des Bezirkes Dresden zur Ausarbeitung einer sächsischen Verfassung präsentierte der Mitbegründer und Pressesprecher des Dresdner Neuen Forums, Arnold Vaatz, daher Ende März im Namen der Gruppe der 20 einen Verfassungsentwurf. Damit wurde der Versuch des Bezirkstages gekontert, die Wiedergründung des Landes Sachsen als erster in Angriff zu nehmen.<sup>5</sup> Dieser Entwurf der Gruppe der 20 erschien bereits am 29. und 30. März 1990 in der Tageszeitung „Die Union“. Von nun an verlagerte sich die Verfassungsdiskussion in Richtung der neuen politischen Kräfte.

Freilich war allen Beteiligten klar, dass das von Vaatz erstellte Papier nur ein, wenn auch zentraler, Impuls sein konnte. Für die künftige Arbeit galt es, einen von der breiten Bevölkerung getragenen Verfassungsentwurf zu erarbeiten. Um dies zu erreichen, wirkten Mitglieder der zeitweiligen Arbeitsgruppe Recht der Dresdner Stadtverordnetenversammlung später in einer paritätisch besetzten Arbeitsgruppe Sachsen/Baden-Württemberg mit, die sich unter dem Vorsitz von Steffen Heitmann in drei Sessionen im Kurort Gohrisch in der Sächsischen Schweiz mit der Formulierung einer Verfassung beschäftigte. Heitmann, Kirchenjurist der sächsischen Landeskirche, fungierte seit Oktober 1989 als juristischer Berater der Gruppe der 20. Die nun von ihm geleitete Arbeitsgruppe war eine unter mehreren Fachgruppen der „Gemischten Kommission Baden-Württemberg/Sachsen“, die aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth und den Vorsitzenden der drei sächsischen Bezirke gebildet worden war. Ihr gehörten aber auch Mitglieder der Bürgerbewegungen, neuen Parteien und der Gruppe der 20 an. Hier entstand der am 5. August 1990 vorgestellte „Gohrischer Entwurf“, mit dem der Grundstein für die neue Verfassung Sachsens gelegt wurde.<sup>6</sup> Es ist wohl richtig, zu sagen, dass die Wurzeln der sächsischen Verfassung vor allem bei der Gruppe der 20 liegen.<sup>7</sup>

### Verhinderter Festakt der Räte der Bezirke auf der Albrechtsburg

Der Konflikt zwischen den Staatsorganen des alten Regimes und Vertretern neuer politischer Gruppen und Parteien sowie der CDU eskalierte, als die Räte der Bezirke Ende April 1990 versuchten, durch einen Festakt auf der Albrechtsburg in Meißen die Bildung eines „Kuratoriums Land Sachsen“ zu installieren. Die etablierten Bezirksstaatsorgane wussten nur zu gut um die starke symbolische Bedeutung des Ortes. Zum geplanten feierlichen Charakter der Veranstaltung passte der pathetische Einladungstext: „Das Antlitz Sachsens ist schmerz erfüllt. Aus den Dörfern und Städten unserer Heimat wuchs der Wille zur Veränderung. In der Wiederherstellung des Landes Sachsen liegt Hoffnung und Kraft für morgen. Ihre Mitwirkung im Kuratorium ‚Land Sachsen‘ dient diesem Ziel“.<sup>8</sup> Einladungen gingen an Vertreter der Räte, Bezirkstage, Moderatoren der anderen Runden Tische, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und

Chefredakteure von Bezirkszeitungen. Die Journalisten wurden außerdem zu einer Presseinformationsfahrt auf dem historischen Dampfer „Diesbar“ und zu einer internationalen Pressekonferenz eingeladen, bei der sich vor allem die Ratsvorsitzenden als Gesprächspartner präsentieren wollten.<sup>9</sup> Nach Eingang dieser Einladungen schellten am Dresdner Runden Tisch die Alarmglocken. Die Schreiben waren so abgefasst, dass unklar blieb, ob lediglich das Kuratorium oder eben das Land Sachsen auf diesem Festakt konstituiert werden sollte, und ob die Gäste eine neue Landesverfassung verabschieden wollten.

Nach Meinung von Arnold Vaatz steckte hinter der Einladung, die insbesondere an sächsische Honoratioren ging, die Absicht, sich auf diese Weise zu legitimieren. Bei etlichen von ihnen handelte es sich um Künstler, die bereits Anfang Dezember auf dem Dresdner Theaterplatz demonstriert hatten. Dies sei „exakt der Personenkreis der DDR-Elite“ gewesen, „der nicht diskreditiert war durch Apparate“ und „zu denen der DDR-Bürger aufschaute“. Es handelte sich um Künstler und andere unabhängige Persönlichkeiten, die „erreicht hatten, eine Instanz zu bleiben, auch im Sozialismus“. Dabei habe es sich um „bedeutende, unantastbare Persönlichkeiten“ wie Manfred von Ardenne, Kurt Masur oder Theo Adam gehandelt. Dieses „entscheidende Identifikationspotential“ wollten die Räte der Bezirke in erster Reihe der Meißner Veranstaltung platzieren, um „damit der Öffentlichkeit zu suggerieren, jetzt haben die Entscheidungsträger, das intellektuelle Potential des Freistaats Sachsen, diesen Gründungsakt akzeptiert“. Gemäß „mittelalterlicher Methoden“ hätten die Räte damit einen „Huldigungsakt“ nach dem Prinzip inszeniert, dass der Landesherr auf die Albrechtsburg kommt, die Untertanen ihm huldigen und damit seine Macht legitimieren.<sup>10</sup>

Aufschlussreich war die geplante Zusammensetzung des „Kuratoriums Land Sachsen“. Die Teilnehmerliste des Bezirkes Karl-Marx-Stadt zeigt ein eklatantes Missverhältnis zwischen den inzwischen per Volkskammerwahl demokratisch legitimierten und marginalisierten Kräften. Neben CDU, SPD, DA, DSU, FDP/LDPD sollten dem Kuratorium die inzwischen völlig unbedeutenden, teils noch immer der PDS nahestehenden Altparteien und -organisationen DFD, NDPD, DBD, Kulturbund, FDJ, FDGB und VdgB angehören, dazu der Ratsvorsitzende, der Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt und ein Vertreter der

Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei. Von den neuen Gruppierungen wurden Grüne Liga, DFP, Grüne Partei, Vereinigte Linke und Neues Forum genannt. Hinzu kamen zwei Vertreter der Kirchen.<sup>11</sup> Ähnlich sah die geplante Delegation des Bezirkes Dresden aus<sup>12</sup>, so dass es auch hier ein deutliches Übergewicht der marginalisierten und PDS-nahen Kräfte gegeben hätte und die Mehrheitsparteien in eine Minoritätsposition gedrängt worden wären.

Missverständlich und folgenreich war nach dem Treffen am 10. April eine Presseinformation des erweiterten Präsidiums des Bezirkstages Leipzig, wonach „der Regionalausschuß die verfassungsgebende Versammlung für das Land Sachsen sein“ werde<sup>13</sup>. „Die Union“ berichtete daraufhin, dass die Konstituierung eines „Kuratoriums Land Sachsen“ als „verfassungsgebendes Gremium“ vorgesehen sei.<sup>14</sup> Die Tatsache, dass sich die Nachricht so deuten ließ, als sei die Veranstaltung in Meißen als verfassungsgebende Versammlung konzipiert, weckte auch den Argwohn der Regierungsparteien. Am Rande von Koalitionsverhandlungen in Berlin einigten sie sich, der Einladung am 18. April keine Folge zu leisten, da es „keine demokratische Legitimierung“ gab, die Koalitionspartner „den Alleingang eines Landes“ ablehnten und „eine Vorreiterrolle der PDS-Funktionäre“ nicht hinnähmen.<sup>15</sup> Parallel dazu setzten in Sachsen die neuen Kräfte um Arnold Vaatz alles daran, sich die mit Hilfe des Dresdner Runden Tisches in Angriff genommene Initiative zur Landesbildung nicht mehr aus der Hand nehmen zu lassen. Es kam zu einem regelrechten Wettrennen mit dem Staatsapparat. Erich Iltgen machte als Vertreter des Runden Tisches im Präsidium des Bezirkstages Druck. Auf sein Drängen wurde hier festgelegt, die Konstituierung des „Kuratoriums Land Sachsen“ nicht in der angedachten Form durchzuführen. Am 14./15. April veröffentlichte „Die Union“ unter dem Titel „Vorschlag zur Länderbildung in der DDR“ eine Erklärung mit Unterschriften aus den Landesvorständen der CDU und des DA sowie aus weiteren Verbänden beider Regierungsparteien. Darin wurde den Räten die Legitimation abgesprochen, Initiativen zur Landesbildung zu ergreifen und diese in die Verantwortung der Regierung gelegt. Eine zügige Länderbildung werde durch Sonderwege wie in Meißen behindert. Schritte zur Länderbildung müssten mit der Regierung abgestimmt sein und von ihr verantwortet werden. Ein Festakt als Start zur Gründung des Landes Sachsen sei der Sache angemessen.

10 Arnold Vaatz beim Workshop des Hannah-Arendt-Instituts Dresden am 15. Juni 2002.

11 Hannah-Arendt-Institut Dresden, KA, 06, Teilnehmer des Bezirkes Karl-Marx-Stadt „Kuratorium Land Sachsen“, ohne Datum.

12 Hannah-Arendt-Institut Dresden, KA, 06, Teilnehmer des Bezirkes Dresden „Kuratorium Land Sachsen“ vom 3. April 1990.

13 StA Leipzig, BT/RdB, 25795, RdB Leipzig, Vorbereitung Regionalausschuß vom 21. März 1990.

14 Vgl. Die Union, Ausgabe Leipzig vom 12./13. April 1990.

15 Schreiben von Rainer Eppelmann an Wolf-Dieter Beyer vom 9. April 1990. In: Richter 2004, Dokument 43.

sen, wenn er einen demokratischen Prozess einleite und die Öffentlichkeit einbeziehe. Festakte als „Ersatz für Demokratie“ seien „hinreichend bekannte Instrumente stalinistischer Herrschaft“.<sup>16</sup> In einer vom Pressesprecher des Chemnitzer DA, Wieland Orobko, unterzeichneten Erklärung hieß es, in Meißen solle Sachsen ausgerechnet auf Initiative derer wiederentstehen, die es „im sozialistischen Größenwahn“ in Bezirke zerrissen hätten. Das Volk werde dabei wie 1952 nicht gefragt. Auf der Albrechtsburg solle ein Verfassungsentwurf diskutiert werden, den niemand „außer den einladenden Genossen“ kenne. Der DA empfahl, dass sich diejenigen, die „unter der SED-Fahne die Bezirke ins Chaos geführt“ hätten, besser zurückhielten.<sup>17</sup> Die Proteste, allen voran die gemeinsame Erklärung der an der Regierung beteiligten Parteien, setzten die Räte und Bezirkstage so unter Druck, dass sie die Meißner Tagung absagen mussten. Am Mittag des 17. April 1990 teilte der Rat des Bezirkes Dresden mit, die Informationsfahrt auf dem Dampfer „Diesbar“ werde verschoben.<sup>18</sup> Mit der Verhinderung des Versuchs der Räte, sich in Meißen als führende Kraft der Landesbildung zu profilieren, war es den neuen wie etablierten politischen Kräften, die durch die Volkskammerwahl in die politische Verantwortung gerufen worden waren, gelungen, ihren Anspruch durchzusetzen, die Landesbildung selbst in die Hand zu nehmen.

### Runde Tische bilden Koordinierungsausschuss zur Länderbildung

Nach der Absage der Meißner Tagung ergriff Erich Iltgen als Moderator des Runden Tisches Ende April im Gegenzug die Initiative zur Gründung eines vor allem von neuen politischen Kräften getragenen Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen.<sup>19</sup> Dieser neue Ausschuss sollte nun die rechtsstaatlichen Grundlagen für die Landesbildung schaffen.<sup>20</sup> Iltgen forderte die Vertreter der sächsischen Bezirke auf, die Dreigliedrigkeit – Rat des Bezirkes, Runder Tisch und Bezirkstag – zu überwinden. Er schlug die Bildung eines gemeinsamen Plenums der drei sächsischen Bezirke vor, das als beschlussfähiges Gremium der öffentlichen Diskussion dienen und die Herausbildung einheitlicher Strukturen des Landes sichern sollte.<sup>21</sup> Der Dresdner Bezirkstag bestätigte diesen Plan und verpflichtete sich zur Abstimmung aller notwendigen Schritte mit dem Runden Tisch. Allerdings versuchte er,

die Arbeit des Gremiums zu kontrollieren und über die Weiterarbeit der am 1. Februar vom Bezirkstag geschaffenen Arbeitsgruppe „Bildung des Landes Sachsen“ zu entscheiden. Damit blieb der eigentliche Streitpunkt erhalten, welches Gremium bei der Vorbereitung der Landesgründung, das heißt konkret bei der Einberufung des bezirksübergreifenden Plenums und des Koordinierungsausschusses, die wesentliche Gestaltungskompetenz besaß. Hintergrund der Auseinandersetzungen war die Frage, ob die durch die Volkskammerwahl gestärkten Vertreter der ehemaligen Block-CDU mit ihrem nun bestimmenden Einfluss auf die Politik der Räte oder die neuen politischen Kräfte, die in Dresden zum Teil in der CDU eine neue Heimat gefunden hatten, stärker demokratisch legitimiert waren. Indirekt von der Volkskammerwahl abgeleitete parlamentarisch-demokratische Legitimierung auf Bezirksebene kollidierte mit dem direktdemokratischen Mandat der neuen politischen Kräfte am Runden Tisch. Dem Konflikt der neuen Kräfte mit den PDS-dominierten Staatsorganen folgte nun der mit der dominanten Ost-CDU. Matthias Rößler, damals Entwicklungsingenieur an der TU Dresden und Mitglied des Landesvorstandes des DA, wies im Dresdner Bezirkstag für die Basisdemokratische Fraktion ausdrücklich darauf hin, dass das Plenum kein Gremium des Rates des Bezirkes darstelle. Die Initiative des Runden Tisches dürfe von diesem nicht zur Legitimierung missbraucht werden.<sup>22</sup>

Angesichts des Beharrungsvermögens der Räte forcierten die neuen politischen Kräfte die Länderbildung. Bis Anfang Mai trug eine Arbeitsgruppe des Runden Tisches alle Vorschläge der beteiligten Parteien zur Länderbildung zusammen und legte einen Rahmenvorschlag für die Zusammenarbeit mit den Bezirken Leipzig und Chemnitz vor. Darin wurde an die Vorschläge Iltgens angeknüpft und die Bildung eines Vorparlamentarischen Ausschusses und des von den drei Bezirken paritätisch zu bildenden Koordinierungsausschusses geplant, zu dessen Vorsitzendem der Runde Tisch des Bezirkes Dresden am 3. Mai einstimmig Arnold Vaatz wählte.<sup>23</sup> Als der für die Bildung der Landesstrukturen zuständige Stellvertreter des Regierungsbeauftragten für den Bezirk Dresden hatte Vaatz die auch von den Bezirken Chemnitz und Leipzig in die Dresdner Kompetenz übertragenen Aktivitäten zu leiten. Der Koordinierungsausschuss, der am 25. Mai erstmals tagte, prägte in der Folge die Geschicke des Landes bis zu den ersten Landtagswahlen wie kaum eine zweite

16 „Rottenburger Erklärung“ zur Länderbildung in der DDR vom 6. April 1990. In: Richter 2004, Dokument 39.

17 Erklärung des DA Westsachsen zur Tagung auf der Meißner Albrechtsburg vom April 1990. In: Richter 2004, Dokument 53.

18 Hannah-Arendt-Institut Dresden, KA, 06, Telegramme des Rates des Bezirkes Dresden an Medien und Zeitungen vom 17. April 1990.

19 Vgl. Interview mit Erich Iltgen. In: Sächsischer Landtag (Hrsg.): Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Dresden 1991, S. 32.

20 Vgl. Interview mit Arnold Vaatz. In: Sächsischer Landtag (Hrsg.): Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Dresden 1991, S. 47.

21 HStA Dresden, BT/RdB Dresden, 46074, Bl. 4f., Rat des Bezirkes Dresden, Beschluß 105/90 vom 9. Mai 1990, Maßnahmen zur Auswertung der 19. Tagung des Bezirkstages vom 26. April 1990.

22 HStA Dresden, BT/RdB Dresden, 46074, Bl. 107, Stellungnahme des Abg. Dr. Rößler - basisdemokratische Fraktion, auf der 19. Tagung des BT Dresden am 26. April 1990.

23 Hannah-Arendt-Institut Dresden, Iltgen 5, Rat des Bezirkes Dresden. Protokoll der 18. Tagung des Runden Tisches am 3. Mai 1990.



Institution und übernahm in der Folgezeit die Leitfunktion bei der Landesbildung. Dabei verstand er sich als ein durch Akklamation eingesetztes Gremium, dessen Ziel es war, sich möglichst bald selbst überflüssig zu machen.<sup>24</sup>

## Haltung der DDR-Regierung zur Länderbildung

Die sächsische Entwicklung wurde maßgeblich von Entscheidungen der DDR-Regierung beeinflusst. Rat des Bezirkes, Bezirkstag und Runde Tische waren davon gleichermaßen betroffen. Die Regierung de Maizière sah sich angesichts des fortgeschrittenen Zerfalls staatlicher Autorität und der sich abzeichnenden Länderbildung nach der Regierungsübernahme im April 1990 veranlasst, schnell über die Zukunft der Bezirksorgane zu entscheiden. Gegenüber den Vorsitzenden der Räte der Bezirke betonte Lothar de Maizière am 23. April die Bedeutung der Aufrechterhaltung der staatlichen Strukturen, die nun die am 18. März geschaffenen Mehrheitsverhältnisse widerspiegeln müssten. Er informierte darüber, dass zahlreiche Bezirke nicht mehr handlungsfähig seien und die Regierung eine Beendigung der Arbeit der Bezirkstage für Ende Mai 1990 vorsehe. Die Räte würden von diesem Zeitpunkt an nur noch als Auftragsverwaltungen der Regierung tätig werden.<sup>25</sup> Der Ministerrat bevorzugte eine Anbindung an die Regierung, weil diese, auch im Gegensatz zu den Runden Tischen der Bezirke, als einzige durch freie Wahlen legitimiert war, und folgte daher zugleich der Auffassung, dass das Wirken der Runden Tische durch die Wahlen überflüssig geworden sei.

Angesichts der Dringlichkeit der Länderneubildung favorisierte die Regierung de Maizière ein Gesetzesvorhaben, das sich an den alten Ländern der DDR orientierte. Am 2. Mai bestätigte der Ministerrat seine Entscheidung, die Verwaltungsorgane der Bezirke bis zur Länderbildung als Auftragsverwaltungen zu erhalten, und beschloss, bis zum 10. Juni Regierungsbevollmächtigte in den Bezirken einzusetzen. Diese sollten von den Parteien nominiert werden, die dort am 18. März die meisten Stimmen erhalten hatten. In Sachsen war dies in allen Bezirken die CDU. Am 17. Mai beschloss die Volkskammer offiziell, die Legislaturperiode der Bezirkstage mit Wirkung vom 31. Mai zu beenden und beauftragte den Ministerpräsidenten mit der Einsetzung der Regierungsbevollmächtigten. Ihnen wurden beratende Gremien an die Seite gestellt, die sich aus den am 18. März gewähl-

ten Volkskammerabgeordneten der jeweiligen Bezirke zusammensetzten. Die Räte der Bezirke wurden in Bezirksverwaltungen unter Leitung der Regierungsbevollmächtigten umgewandelt.<sup>26</sup> Beschlüsse noch bestehender Runder Tische wurden für das exekutive Handeln der Bezirksverwaltungen als nicht mehr verbindlich bezeichnet.<sup>27</sup> Am 29. Mai stellte der Dresdner Bezirkstag seine Arbeit ein.<sup>28</sup>

Die Entscheidung des Ministerrates stieß beim Runden Tisch des Bezirkes Dresden auf Ablehnung. Hier waren vor allem die neuen politischen Kräfte nicht ohne weiteres bereit, die soeben gewonnene Mitsprache gleich wieder aufzugeben. Vor allem in die CDU eingetretene Bürgerrechtler fürchteten, dass der alte Machtapparat, repräsentiert durch die jetzt „Bezirksverwaltungen“ genannten Räte, bis zu den Landtagswahlen erhalten bleiben würde<sup>29</sup>, und hielten es für notwendig, bei der Kontrolle der Bezirksverwaltungen und der Bildung des Landes Sachsen weiterhin eine wesentliche Rolle zu spielen. Die im revolutionären Prozess von breiten Bevölkerungsteilen direkt-demokratisch legitimierten politischen Neulinge trauten den nun in die erste Reihe vorgerückten früheren Vertretern der Block-CDU nicht recht. Umgekehrt zogen diese die direkt-demokratische Legitimierung der politischen Seiteneinsteiger in Frage. Dieser politische Streit wurde innerhalb der sächsischen CDU zwischen den sogenannten „Reformern“ und Vertretern der früheren Block-CDU ausgetragen.<sup>30</sup> Der Konflikt war Ausdruck des diffizilen, mehrschichtigen Überganges von direkt-demokratischen zu parlamentarisch-demokratisch legitimierten Vertretungskörperschaften.

Auf der 20. Sitzung des Runden Tisches am 31. Mai 1990 reagierten die Teilnehmer abermals mit Unwillen auf den Ministerratsbeschluss, den Runden Tischen der Bezirke jegliche Kompetenz gegenüber den Verwaltungsorganen abzusprechen. Dennoch wurde beschlossen, dass der Runde Tisch des Bezirkes Dresden seine Arbeit zur Länderbildung beenden solle.<sup>31</sup> In Anlehnung an den Ministerratsbeschluss „Zur Sicherung der Regierungsfähigkeit in den Bezirken bis zur Bildung funktionsfähiger Länder“ wurde außerdem der Vorschlag erörtert, den geplanten „Vorparlamentarischen Ausschuss“ in „Regionalausschuss Land Sachsen“ umzubenennen, um deutlich zu machen, dass eine Zuständigkeitskonkurrenz mit den Regierungsbeauftragten bzw. den diesem zugeordneten sächsischen Volkskammerabgeordneten nicht gegeben sei.<sup>32</sup>

Am 5. Juni 1990 erließ der Ministerrat Richtlinien über Stellung, Aufgaben und Befugnisse

24 Vgl. Arnold Vaatz: Die friedliche Revolution war ein guter Anfang. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Mai 1994.

25 Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt (folgend LHASA), 30015, RdB Magdeburg, Protokoll der Tagung des Runden Tisches Sachsen-Anhalt (Regionalausschuß), Halle/S., 24. April 1990.

26 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, A/4993, Beschluß der Volkskammer der DDR zur Beendigung der Legislaturperiode der Bezirkstage vom 17. Mai 1990.

27 Bundesarchiv Berlin (folgend BArch Berlin), C-20, I/3-2947, Bl. 22-24, Beschluß des Ministerrates der DDR 5/2/90 vom 2. Mai 1990.

28 HStA Dresden, BT/RdB Dresden, 46075, Protokoll 20. Tagung Bezirkstag Dresden vom 29. Mai 1990.

29 Vgl. Erich Iltgen: Neue Politik für ein altes Land. Sachsen und die Demokratisierung der ehemaligen DDR. In: Uwe Thaysen/Hans Michael Kloth (Hrsg.): Wandel durch Repräsentation – Repräsentation im Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratie in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden 1992, S. 155.

30 Privatbestand Matthias Rößler, Protokoll der 19. Sitzung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 17. Mai 1990; Ute Schmidt: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994. Opladen 1997, S. 159-177.

31 Vgl. Sächsischer Landtag (Hrsg.): Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Dresden 1991, S. 43.

32 Privatbestand Matthias Rößler, Protokoll 20. Sitzung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden am 31. Juni 1990.

der Regierungsbevollmächtigten<sup>33</sup> und legte am 6. Juni die personelle Besetzung dieser Funktionen fest.<sup>34</sup> Mit der Einsetzung des Regierungsbeauftragten für den Bezirk Dresden, des Diplom-Staatswissenschaftlers Siegfried Ballschuh (CDU), der im Rat des Bezirkes Dresden Abteilungsleiter für Wohnungspolitik und -wirtschaft gewesen war, stellte sich die Frage, ob dieser den direkt-demokratisch legitimierten Koordinierungsausschuss akzeptieren oder auflösen würde. Die Entscheidung der Regierung de Maizière richtete sich zunächst gegen den Koordinierungsausschuss.<sup>35</sup> Eine Auflösung konnte jedoch verhindert werden, da es gelang, die hohe politische Akzeptanz des Ausschusses zu verdeutlichen. Hinzu kam die starke Stellung des Runden Tisches des Bezirkes Dresden, der sich für den Erhalt des Ausschusses einsetzte. Angesichts der konkreten Machtverhältnisse kam Ballschuh nicht umhin, den Koordinierungsausschuss an sein Amt anzubinden. Die Entscheidung, durch die sich die Lage in Sachsen erheblich von der in anderen Teilen der DDR unterschied, bedeutete einen großen Erfolg für die neuen politischen Kräfte. Diese konnten ein Feld besetzen, das bislang eine Domäne der Verwaltungsorgane der Räte der Bezirke gewesen war. Am 14. Juni ernannte Ballschuh Arnold Vaatz zu seinem Stellvertreter mit Zuständigkeit für die Ressorts Verwaltung, Organisation, internationale Fragen und Landesgesetzgebung. Damit erhielt der im Januar 1990 in die CDU eingetretene Bürgerrechtler umfangreiche Vollmachten und Kompetenzen. Trotz der engen Kooperation mit dem Koordinierungsausschuss stand der Runde Tisch des Bezirkes Dresden der Machtkonzentration bei den Regierungsbevollmächtigten in den Bezirken skeptisch gegenüber. Die den Koordinierungsausschuss gemeinsam stützenden neuen Parteien SPD, DA, DFP und DSU sowie die neuen Kräfte um Vaatz in der CDU meinten weiterhin, die Entwicklung in den Regionen müsse durch regionale Gremien direkt-demokratisch legitimer Kräfte weiter begleitet werden.<sup>36</sup> Ungeachtet der Entscheidung des Ministerrates über das Ende des Einflusses direkt-demokratischer Gremien sprach sich der Runde Tisch des Bezirkes daher in seiner 22. Sitzung am 28. Juni 1990 gegen den Vorschlag aus, seine Tätigkeit hinsichtlich der Bildung des Landes Sachsen einzustellen und sich aufzulösen. Der Runde Tisch lehnte auch die Bildung eines Regionalausschusses ab, der als Vertretung der Öffentlichkeit die Arbeit des Regierungsbevollmächtigten begleiten sollte. Erich Iltgen begründete

die Ablehnung damit, dieser sei in seiner Wirksamkeit auf den Bezirk Dresden beschränkt. Mit Blick auf das künftige Land Sachsen sei jedoch ein erweitertes, gemeinsames Forum aller drei Bezirke sinnvoll und geboten. Außerdem äußerte er die Befürchtung, die den Regierungsbevollmächtigten zugeordneten Regionalausschüsse der Bezirke könnten von den Mehrheitsparteien als rein repräsentative, quasi-demokratische Garnierung missbraucht werden. Ein solches Gremium gewährleiste nicht das Maß an Öffentlichkeit, das vom Runden Tisch gewünscht werde. Der Runde Tisch des Bezirkes Dresden folgte vielmehr Iltgens Vorschlag, seine Verantwortung bis zur Bildung eines Forums für alle sächsischen Bezirke weiter wahrzunehmen. Iltgen bezeichnete zwar das Anliegen, die Arbeit der Runden Tische zu beenden, als grundsätzlich berechtigt, verwies aber darauf, dass die Bildung des Landes Sachsen aus Sicht des Runden Tisches noch keinesfalls befriedigend gelöst sei.<sup>37</sup> Erst nachdem sichergestellt war, dass die neuen politischen Kräfte entscheidende Positionen in den Landesministerien und -verwaltungen inne haben würden und die Arbeitsfähigkeit des Koordinierungsausschusses gesichert war, löste der Runde Tisch sich auf. Er beschloss am 12. Juli einstimmig die Bildung eines Sächsischen Forums, in dem die Runden Tische der Bezirke ihre Arbeit auf Landesebene fortsetzten.

## Sächsisches Forum und Koordinierungsausschuss

Das Sächsische Forum bestand aus Vertretern aller Parteien und neuen Gruppierungen sowie aus Volkskammerabgeordneten und Vertretern der Kreise, die Teil des Landes Sachsen werden wollten. Seine Hauptaufgabe lag in der öffentlichen Information über den Stand der Landesbildung. Dazu wurden interessierte Bürger in die Diskussion einbezogen, um so den demokratischen Charakter des Prozesses zu unterstreichen. Allerdings hatten Anregungen des Sächsischen Forums an den Koordinierungsausschuss nur empfehlenden Charakter. So blieb die offizielle Legitimierung des Regierungsbevollmächtigten und seines Stellvertreters für die Landesbildung durch die Regierung der DDR formal erhalten. Auf der ersten öffentlichen Beratung des Sächsischen Forums am 26. Juli wurde dem Forum die Aufgabe zugewiesen, die Öffentlichkeitsarbeit für den Koordinierungsausschuss zur Bildung des Landes Sachsen zu übernehmen und allen Parteien und Gruppen

- 33 LHASA, 30015, RdB Magdeburg, Verfügung des Ministerpräsidenten der DDR vom 5. Juni 1990, Regelungen über Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Regierungsbevollmächtigten, vgl. Interview mit Erich Iltgen. In: Der Sächsische Landtag, S. 31.
- 34 BArch Berlin, C-20, I/3-2981, Bl. 1f., Beschluß des Ministerrates der DDR 10/26.a/90 vom 6. Juni 1990.
- 35 Vgl. Interview mit Arnold Vaatz. In: Sächsischer Landtag (Hrsg.): Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Dresden 1991, S. 48.
- 36 Interview mit Erich Iltgen. In: Sächsischer Landtag (Hrsg.): Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Dresden 1991, S. 32.
- 37 Vgl. Interview mit Erich Iltgen. In: Union vom 12. Juli 1990.
- 38 Hannah-Arendt-Institut Dresden, Iltgen 3, Schriftwechsel Sächsisches Forum, Anlage (unredigierte Bandaufzeichnung) zur Niederschrift der 2. Öffentlichen Beratung des Sächsischen Forums vom 23. August 1990.
- 39 GBl. DDR 1990, I, 51, S. 955.
- 40 BArch Berlin, C-20, I/3-3054, Bl. 131, 27. Sitzung des Ministerrates der DDR am 29. August 1990.
- 41 BArch Berlin, C-20, I/3-3058, Bl. 34-41, Protokoll der 29. Sitzung des Ministerrates der DDR am 5. September 1990; Mecklenburgisches Landeshauptarchiv Schwerin, RdB Schwerin, Z 123/91 37922, Ministerrat der DDR, Der Ministerpräsident, Regelungen zu Stellung, Aufgaben und Befugnissen der Landessprecher als Landesbevollmächtigte, gez. L. de Maizière, vom 17. September 1990.
- 42 Interview mit Arnold Vaatz. In: Sächsischer Landtag (Hrsg.): Der Sächsische Landtag. Von der Wende zum Parlament. Sachsen auf dem Weg zur Demokratie. Dresden 1991, S. 49.
- 43 BGBl. II, S. 885 ff.

eine Plattform zu bieten, zudem noch vorhandene Strukturschwächen der neuen parlamentarischen Demokratie auszugleichen und „Brücke von der Öffentlichkeit zum Parlament“ zu sein. Auf der 2. Beratung des Sächsischen Forums am 23. August stellte Heitmann den inzwischen fertiggestellten „Gohrischen Entwurf“ einer sächsischen Verfassung vor.<sup>38</sup> Damit hatten sich die neuen politischen Kräfte auch bei der Gestaltung der künftigen Verfassung gegen die Initiativen der Räte der Bezirke behaupten können.

Nachdem die Volkskammer am 22. Juli 1990 das Ländereinführungsgesetz<sup>39</sup> verabschiedet hatte, das die Bildung der Länder zum 14. Oktober 1990 vorsah, setzte der Ministerrat Anfang September Landessprecher ein, die im Ministerrat als Interessenvertreter der künftigen Länder mit beratender Stimme mitarbeiteten.<sup>40</sup> Der bisherige Regierungsbevollmächtigte für den Bezirk Leipzig, der frühere Funktionär der CDU und Vertraute de Maizières, Rudolf Krause, wurde Landessprecher von Sachsen. Die Landessprecher waren gegenüber dem Ministerrat für alle mit der Länderbildung zusammenhängenden Aufgaben verantwortlich und dienten bis dahin als Verbindungsstellen zwischen der Regierung und den Gebietskörperschaften. Sie hatten die Tätigkeit der Regierungsbevollmächtigten und der Bezirksverwaltungsbehörden zu organisieren und die Bildung funktionsfähiger Landesregierungen einschließlich der Verwaltungsorganisation der Länder, ihrer personellen Besetzung und räumlichen Ansiedlung sowie die Erarbeitung von Verfassungs- und anderen Gesetzesentwürfen zu organisieren. Dazu wurden ihnen Beauftragte für die Bildung der künftigen Ministerien auf Länderebene zugeordnet.<sup>41</sup> Die Einsetzung des Landessprechers beeinflusste auch die Arbeit des Koordinierungsausschusses. Vaatz bezeichnete den Ausschuss als ausführendes Organ der Bezirksverwaltungen und erreichte, dass der Landessprecher den Ausschuss in die Arbeit seines Amtes einband und

ihn durch die Übertragung von Verwaltungs- und Weisungsbefugnis gegenüber den Bezirksverwaltungsbehörden sogar erheblich aufwertete.<sup>42</sup> Der Koordinierungsausschuss verfügte nun über eine wechselnde Anzahl von Stäben, die sich jeweils mit einzelnen Problemen wie der Vorgestaltung von Ministerien, der Sichtung des Landesvermögens oder der Lösung von Raumfragen beschäftigten. Die durch den Koordinierungsausschuss entworfenen Strukturen dienten als Grundlage für den vor allem mit Hilfe der Länder Baden-Württemberg und Bayern betriebenen Aufbau der Regierungsministerien, wobei sich die enge Kooperation zwischen Angehörigen des Koordinierungsausschusses und der im September 1990 eingerichteten „Clearingstelle“ der Bundesregierung bewährte. Es war eine Besonderheit der Friedlichen Revolution, dass in ihrer letzten, strukturverändernden Phase, in der die Forderungen der Demonstranten vom Herbst 1989 und Winter 1989/90 praktisch umgesetzt wurden, bundesdeutsche Funktionsebenen von der veränderungswilligen DDR-Bevölkerung in die Pflicht genommen wurden. Ihnen kam die diffizile Aufgabe der Umsetzung der revolutionären Forderungen nach einer tiefgreifenden Strukturveränderung aller Bereiche von Politik, Wirtschaft, Finanzen, Sozialem, Rechtssystem usw. im Rahmen und im Prozess der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu.

## Die Gründung des Freistaates Sachsen

Der Einigungsvertrag in der Fassung vom 23. September 1990<sup>43</sup> verlegte den im Ländereinführungsgesetz vorgesehenen Zeitpunkt der Neubildung der Länder vom 14. auf den 3. Oktober 1990, den Tag des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik. Das Land Sachsen wurde daher bereits an diesem Tag mit einem Festakt auf der Meißener Albrechtsburg wiedergegründet, allerdings stand es bis zur



Einladung zum Festakt am 3. Oktober 1990

Festversammlung am 3. Oktober  
1990 in der Hofstube  
der Meißner Albrechtsburg



Landtagswahl und der Bildung einer Landesregierung unter der Hoheit des Bundesinnenministeriums. Im Beisein von Vertretern aus Politik und Gesellschaft sowie des früheren Herrscherhauses Wettin gab der Landeshistoriker Karlheinz Blaschke einen historischen Abriss der Geschichte und würdigte dabei auch die Rolle der Albrechtsburg. Es gebe keinen besseren Platz, einen Festakt zur Neubildung des Landes Sachsen zu wählen, als die-



Landessprecher Rudolf Krause  
bei der Begrüßung

sen Platz, den Burgberg zu Meißen. Hier sei im Jahre 929 die Herrschaft des deutschen Königs errichtet worden, und von diesem Tage an habe die sächsische Geschichte ihren Anfang genommen. Es sei ein Zeichen für das Traditionsbewusstsein der Kräfte, die das Land Sachsen bildeten, dass sie auf die Geschichte zurückblickten. Sie zeigten damit ihr Bewusstsein, dass „auch jedes Bauen in die Zukunft hinein den Mutterboden einer Verwurzelung, einer Tradition braucht, auf dem man fest stehen kann“. Auch Rudolf Krause und Erich Iltgen wandten sich in feierlichen Ansprachen an die geladenen Gäste. Krause sprach von einem historischen Tag im Leben des deutschen Volkes und des Landes Sachsen sowie von der Pflicht, „große Achtung gegenüber unseren jungen Menschen zu empfinden, die mutig und entschlossen für unser neues, befreites Leben“ eingetreten seien. Der Beitrag der Bürgerbewegungen dürfe niemals vergessen werden. Er dankte den Partnern aus Baden-Württemberg und Bayern für ihre Hilfe beim Übergang zu neuen Verwaltungsstrukturen. Sein diesbezüglicher Dank galt aber auch den Mitarbeitern der Bezirksverwaltungsbehörden.<sup>44</sup>

Territorial setzte sich das neue Land Sachsen aus den Bezirken Dresden, Chemnitz und Leipzig ohne die Kreise Altenburg und Schmölln zuzüglich der Kreise Hoyerswerda und Weißwasser zusammen. Mit dem Bezirk



Unter den Teilnehmern befand sich auch Albert Prinz von Sachsen Herzog zu Sachsen (1934-2012), ein Enkel des letzten sächsischen Königs.

Leipzig gelangten auch die Kreise Delitzsch, Eilenburg und Torgau, die seit 1815 zur preußischen Provinz Sachsen gehört hatten, wieder nach Sachsen.

Am 14. Oktober 1990 folgte die Wahl des Landtages. Auf dessen konstituierender Sitzung am 27. Oktober wurden Kurt Biedenkopf zum Ministerpräsidenten und Erich Iltgen zum Landtagspräsidenten gewählt. In dieser Sitzung wurde die Bezeichnung „Freistaat Sachsen“ festgelegt.

Ein am selben Tag beschlossenes „Vorschaltgesetz“<sup>45</sup> schuf den rechtlichen Rahmen für die Arbeit der staatlichen Organe bis zum Inkrafttreten der zu diesem Zeitpunkt noch nicht fertiggestellten sächsischen Verfassung. Nach der Veröffentlichung des „Gohrischen Entwurfs“<sup>46</sup> am 23. August waren zahlreiche Stellungnahmen eingegangen. Daraufhin wurde der Entwurf im Oktober 1990 von Mitgliedern der zuständigen Arbeitsgruppe wiederum in Gohrisch einer Überarbeitung unterzogen. Am 23. Oktober 1990 konnte das Ergebnis, der „Zweite Gohrische Entwurf“, der Öffentlichkeit präsentiert werden. Insgesamt lagen dem Sächsischen Landtag bei seinen nun beginnenden etwa eineinhalbjährigen Verfassungsberatungen drei verschiedene Entwürfe vor. Unter Federführung des Verfassungs- und Rechtsausschusses wurden diese bis zum Mai 1991 diskutiert. Im Juni 1991 wurden die

Arbeitsergebnisse veröffentlicht und der Bevölkerung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Daraufhin gingen insgesamt ca. 1.300 Zuschriften ein. Es schlossen sich weitere Ausschussberatungen an, die sich bis in den April 1992 erstreckten. Am 27. Mai 1992 wurde die Verfassung des Freistaates Sachsen schließlich verabschiedet. Sie wurde am 5. Juni 1992 verkündet und trat einen Tag später in Kraft.<sup>47</sup> In ihrer Präambel heißt es, dass sich „das Volk im Freistaat Sachsen dank der friedlichen Revolution des Oktober 1989 diese Verfassung gegeben“ habe.

Die Meißner Albrechtsburg als Ort der Herausbildung sächsischer Staatlichkeit spielte bei den revolutionären Auseinandersetzungen um die Neubildung Sachsens eine wichtige symbolische Rolle. Mehr als in anderen Regionen der DDR kämpften in Sachsen und insbesondere im Bezirk Dresden Kräfte des untergehenden Regimes und Akteure neuer politischer Bewegungen erbittert um Dominanz im Prozess der Länderbildung. Die Auseinandersetzungen um staatliche Strukturen und personelle Besetzungen stellten eine Fortsetzung des im Herbst 1989 begonnenen revolutionären Prozesses dar. Die Wiedervereinigung Deutschlands und die Neubildung Sachsens am 3. Oktober 1990 waren Abschluss und Höhepunkte der Friedlichen Revolution in Sachsen.

44 Reden auf der Meißener Albrechtsburg zum Tag der deutschen Einheit und zur Bildung des Landes Sachsen. In: Richter 2004, Dokument 151. Die Festrede von Karlheinz Blaschke ist wiederabgedruckt in diesem Band.

45 Gesetz zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit des Sächsischen Landtages und der Sächsischen Landesregierung (Vorschaltgesetz) vom 27. Oktober 1990. In: SächsGVBl. S. 1.

46 Verfassung des Freistaates Sachsen. Gohrischer Entwurf, überarbeitete Fassung, Dresden 1990.

47 SächsGVBl., S. 243ff., vgl. Heitmann 1997, S. 42.

#### Autor

Dr. Michael Richter  
Sorbisches Institut  
Bahnhofstraße 2  
02625 Bautzen

# Festrede zur Neugründung des Landes Sachsen am 3. Oktober 1990 in der Albrechtsburg zu Meißen

Karlheinz Blaschke

*Meine sehr verehrten Damen und Herren!*

Es gibt keinen besseren Platz für einen Festakt zur Neubildung des Landes Sachsen als den Burgberg zu Meißen. Im Jahre 929 ist hier die Herrschaft des deutschen Königs errichtet worden, und von diesem Tage an hat die sächsische Geschichte ihren Lauf genommen. Es ist ein Zeichen für das Traditionsbewusstsein derjenigen Kräfte, die heute an der Neubildung des Landes Sachsen tätig sind, dass sie an den Anfang eines solchen Festaktes einen Rückblick in die Geschichte gesetzt haben und sich bewußt sind, dass auch jedes Bauen in die Zukunft hinein den Mutterboden einer Verwurzelung in der Tradition und die Bodenhaftung braucht, auf der man fest stehen kann. Das ist die im Jahre 929 errichtete deutsche Reichsburg Meißen.

Im Jahre 1089 wurde hier das Geschlecht der Wettiner als Markgrafen eingesetzt. Was soeben mit Recht als ein Merkmal der sächsischen Geschichte gekennzeichnet wurde, begann hier, nämlich die erstaunliche und glückliche Beständigkeit und Dauerhaftigkeit, die nicht zuletzt in der ununterbrochenen Herrschaft der Wettiner liegt.

Auch wenn wir uns als Republikaner und Demokraten wissen, steht es uns um der Wahrheit willen gut an, die geschichtliche Leistung dieses Geschlechts im Rückblick zu würdigen. Die Markgrafen von Meißen sind die wichtigsten Träger des großen Aufbruchs gewesen, der im 12. Jahrhundert unser ganzes Land erfaßt hat. Es war ein Aufbruch, wie er hier nie wieder geschehen ist: Kolonisation, Entstehung der Städte, Bergbau. Diese drei Merkmale sächsischer Geschichte begannen um 1150. Zu Tausenden strömten deutsche Bauern aus dem Westen und Südwesten in unser Land: aus Flandern, Niedersachsen, Thüringen, Franken und wandelten

mit ihrer Hände Arbeit den Urwald in Ackerland um. Es kamen Bürger und Kaufleute, die hier Städte aufbauten. In Freiberg entstand mit dem Bergbau einer der frühesten wirtschaftlichen Mittelpunkte Mitteldeutschlands.

Man kann mit gutem Recht sagen, dass in Sachsen nie so viel und so hart gearbeitet worden ist, wie in jener Zeit. Es gibt in der Geschichte keine Wiederholungen, aber es gibt parallele Situationen. Der Neuanfang des 12. Jahrhunderts mit Kolonisation, Stadtentwicklung und Bergbau hat irgendetwas mit dem Neuanfang zu tun, vor dem wir jetzt stehen. Es muß auch nun wieder gelingen, aktive, schöpferische, fleißige Kräfte aus den westlichen Landschaften anzuziehen, die hier an diesem Neuanfang mitwirken.

Wir befinden uns in der Albrechtsburg in einem Bauwerk, das auch ein Ausdruck sächsischer Geschichte am Ende des Mittelalters ist. Nach Auskunft der Baugeschichte ist sie der früheste Schloßbau der Vorrenaissance gewesen, in dem man sich zum ersten Male vom Wehrbau des Fürsten wegbegeben und in den offenen und lichten, mit vielen Fenstern versehenen Hallen zu wohnen beabsichtigt hat. Aber einen solchen Bau konnten die Wettiner nur aufführen, weil ihnen die wirtschaftlichen Kräfte ihres Landes die Mittel dazu in die Hand gaben. Das war die Zeit des Frühkapitalismus, in der Sachsen mit seinem Bergbau, seinem Textilgewerbe, mit dem Fleiß seiner Bürger und Bauern eine führende Rolle in der deutschen Wirtschaftsgeschichte besaß. So ist auch dieses Bauwerk ein Wahrzeichen sächsischer Geschichte, das von der Leistung sächsischer Menschen spricht.

Vom Beginn der Neuzeit an bis zur Industrialisierung können wir einen weiten Bogen



Festakt am 3. Oktober 1990 in der Großen Hofstube der Meißner Albrechtsburg, am Rednerpult (rechts) Karlheinz Blaschke

schlagen und feststellen, dass diese sächsische Geschichte sich vorwiegend auf zwei Gebieten vollzogen hat: auf dem der Wirtschaft und dem der Kultur. Verkürzt gesagt ist sächsische Geschichte vorwiegend Wirtschafts- und Kulturgeschichte.

Seit dem Jahre 1547 ist von diesem Herrschaftsbereich kein Krieg ausgegangen, keine Bedrohung von Nachbarländern geschehen, ist keine Expansion und keine aggressive Politik betrieben worden. Im Gegenteil, Sachsen selbst ist das Opfer einer solchen Politik seines nördlichen Nachbarn geworden. In dieser Zeit hat es seinen unverkennbaren und wohl auch unverzichtbaren Teil der deutschen Wirtschafts- und Kulturgeschichte geleistet. Im wirtschaftlichen Bereich waren es die Leineweber des Erzgebirges, die Bergleute, die dem abnehmenden Vorrat unter der Erde immer noch etwas abzugewinnen verstanden. Als ein Zeichen dieser Leistungsfähigkeit stehen uns heute noch die Dresdener Kunstsammlungen vor Augen, denn kein Fürst jener Zeit hätte solche Unsummen ausgeben können, um diese wunderbaren Sammlungen zustande zu bringen, wenn nicht eine fleißige Bevölkerung hinter ihm gestanden hätte. Allein für die Sixtinische Madonna sind 12.000 Dukaten ausgegeben worden. Das ist die wirtschaftliche Leistung der Menschen dieses Landes, und wenn

man auf die Kultur sieht, dann seien neben dem Rechenmeister Adam Ries in Annaberg die großen Namen der sächsischen Musikkultur Heinrich Schütz und Johann Sebastian Bach und die großen Geister der Aufklärung Gottfried Wilhelm Leibniz und Gotthold Ephraim Lessing genannt. So hat dieses Land Sachsen mit seinen Menschen bis zum frühen 19. Jahrhundert einen beachtlichen Beitrag für das ganze deutsche Volk erbracht.

Dann begann auf dem alten Mutterboden von Bergbau und gewerblicher Arbeit der gewaltige Aufschwung der sächsischen Industrie. Sachsen wurde das früheste und das führende Industrieland nicht nur in Deutschland, sondern in größeren Teilen Mitteleuropas. Es hat sein Gefüge grundlegend verändert. Es hat Reichtümer geschaffen. Es ist eine Arbeiterbewegung entstanden, und gerade die liberalen Verhältnisse in Sachsen haben es ermöglicht, daß sich die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung eben hier, vor allen Dingen in Leipzig entfalten konnten.

Die liberale Staatsreform in Sachsen im Jahre 1831 ist von den beiden benachbarten deutschen Großmächten Preußen und Österreich argwöhnisch und mißtrauisch beobachtet worden. Die Sachsen haben sich davon nicht beeindruckt lassen. Sachsen hat seinen weiteren Weg gefunden und hat sich bis zum

Beginn des Zweiten Weltkrieges trotz seiner Kleinheit seit 1815 zu einem der wirtschaftlich und geistig führenden deutschen Länder entwickelt. Man darf nur an die Universität Leipzig im Jahre ihres 500. Jubiläums 1909 erinnern, als sie eine Leuchte der europäischen Wissenschaft darstellte. Aber dann kam dieser unselige Zweite Weltkrieg, an dessen Ende ein Zeitabschnitt begann, den wir heute endlich beenden können. Es wird weiterer Untersuchungen bedürfen, ob die Schäden, die unserem Lande Sachsen zugefügt worden sind, im Zweiten Weltkrieg oder in den 45 Jahren der SED-Herrschaft größer gewesen sind. Wir blicken heute auf ein Trümmerfeld in wirtschaftlicher Hinsicht zurück. Das gilt in Bezug auf die Rückständigkeit unserer Wirtschaft, auf den Zustand unserer Verkehrswege und auf die geistigen und charakterlichen Verkümmierungen, die unser Land und seine Menschen in diesen letzten vier Jahrzehnten erlebt haben.

Sachsen bedeutete noch am Beginn des Zweiten Weltkrieges etwas, doch was ist in den letzten 45 Jahren alles verloren gegangen! Die Leipziger Messe kann sich kaum in der Konkurrenz mit den anderen deutschen Messen sehen lassen, wie es die alljährlich stattfindenden Messewochen zeigen. Sachsen hat einmal 80 Prozent der deutschen Papierproduktion hergestellt, aber heute scheint sie keine Zukunft mehr zu haben. Überall wo wir hinblicken, sehen wir, dass wirtschaftliche und geistige Kräfte abgewandert sind, die uns hier fehlen, dass wirtschaftliche Fähigkeiten unterdrückt worden sind, die sich nicht haben entfalten können. Es ist eine Eröffnungsbilanz, mit der das Land Sachsen in seine Zukunft eintritt, die erschreckend ist. Trotzdem stehen wir vor dieser Aufgabe, den Neuanfang zu wagen. Unser Bundespräsident – und wir dürfen heute sagen: „unser“ Bundespräsident – hat vor einer Stunde in seiner Ansprache betont: „Der Neuanfang lohnt sich immer.“ Der Neuanfang in Sachsen lohnt sich vor allen Dingen deshalb, weil es hier eine Jahrhunderte alte Tradition gibt, die bewiesen hat, daß Sachsen neu anfangen und wirtschaftliche Fähigkeiten entfalten kann und daß hier Menschen stehen, die bereit sind zum Einsatz.

Zu Beginn des Vortrags wurde auf die große Aufbruchsituation der Kolonisationszeit hingewiesen. Wäre es nicht denkbar, daß wir uns wieder wie damals fühlen und Aufgaben vor uns sehen, die auf jeden Fall zu Erfolgen führen werden? In diesem Lande sind so viele Fähigkeiten, so viel Fleiß, so viel Intelligenz, so viel Wissen und Erfahrung verankert, dass

es nicht schwer werden kann, wenn die nötigen Voraussetzungen geschaffen sind, wieder den Anschluß an den Leistungsstand zu gewinnen, den Sachsen vor den schlimmen Jahren der Diktaturen erreicht hatte.

Neben der Albrechtsburg steht der Dom zu Meißen, und ich darf gerade auch in meiner Eigenschaft als Domdechant des Hochstifts Meißen darauf eingehen, daß wenige Jahre nach der Begründung der deutschen Herrschaft hier an dieser Stelle das Bistum Meißen gegründet wurde, womit ein zweiter Strang der Entwicklung nicht auf staatlichem Gebiet, sondern auf dem Gebiet des Geistes begann. Die Kirche des Mittelalters ist die Trägerin eben dieses europäischen Geistes gewesen, aus dem Europa überhaupt erst entstanden ist. Europa ist kein Erdteil im geographischen Sinne, es ist ein kleines Anhängsel an Asien. Daß wir uns als eigenen Erdteil empfinden, hängt mit diesem Geist zusammen, der zutiefst aus der christlichen Religion geprägt worden ist. Wenn wir heute noch einmal dabei sind, das gemeinsame Haus Europa zu bauen, dann kommt es eben auch auf diesen europäischen Geist an, zu dem der Grund in der Kirche des Mittelalters und für Sachsen in der Gründung des Bistums Meißen gelegt worden ist.

Albrechtsburg und Dom zu Meißen sind als unmittelbar uns umgebende Baulichkeiten Zeichen einer sächsischen Tradition, die zwei Begriffe umschließt: die politische Ordnung und den europäischen Gedanken.

Sachsen ist ein Land, das stolz sein kann auf seine politische Entwicklung nicht nur in der Dauerhaftigkeit der Regierung, sondern auch in der Qualität der Verwaltung. Vor wenigen Tagen ist in einer führenden westdeutschen Zeitung festgestellt worden, daß die Vorbereitung zur Gründung des Landes Sachsen am erfolgreichsten und intensivsten im Vergleich zu anderen Ländern verlaufen ist. Sachsen nimmt wieder einmal eine Führungsrolle beim Neuaufbau einer politischen Ordnung ein. Ohne sie würde es schwer gelingen, ein zukünftiges Bundesland Sachsen zu errichten. Die zweite Voraussetzung ist der europäische Geist, der uns zeigen soll, aus welchen tiefen Schichten der Vergangenheit der Neuaufbau zu wachsen beginnt.

Wir verschließen unsere Augen nicht vor der Gunst der Stunde, die uns in einer ungewöhnlichen Weltlage die längst erhoffte Gelegenheit gibt, den Traum von der Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes zu erfüllen. Wir müssen sie nutzen, um zu dem Urzustand zurückzukehren, der einstmals auch den Weg zur Entwicklung Sachsens gewiesen hat.

#### Autor

Prof. Dr. Karlheinz Blaschke  
Gründungsprofessor des  
Lehrstuhls für Sächsische  
Landesgeschichte an der  
TU Dresden  
Moritzburg



# Parteien und Demokratie in Sachsen 1990 bis 2015

Werner J. Patzelt

## Parteien und Demokratie

Es ist ganz richtig, Parteien und Demokratie zusammenzudenken. Eine Demokratie im Flächen- und Massenstaat kommt nämlich nicht ohne Repräsentation aus, repräsentative Demokratie aber nicht ohne Parteien. Am besten erfüllen Parteien ihre Aufgaben und dienen sie einer repräsentativen Demokratie, wenn sie sowohl im Parlament als auch im Wahlkreis wirkungsvoll handeln. Einesteils tun sie das durch starke Verankerung in der Gesellschaft, wenn sie nämlich viele und auch ihrerseits gut vernetzte Mitglieder haben, diese auch an der innerparteilichen Willensbildung beteiligen sowie die Interessen und Meinungen der Bevölkerung in die öffentliche Diskussion bzw. in die politische Willensbildung einbringen – und zwar hin bis zur Entscheidungsfindung in Parlament und Regierung. Andernteils erfüllen Parteien ihre Aufgabe gut im Parlament, wenn sie wirkungsvoll die Regierung kontrollieren, problemlösende Gesetze beschließen sowie – in einem parlamentarischen Regierungssystem wie dem sächsischen – durch die Bildung von Koalitionen und durch die Sicherung von deren innerem Zusammenhalt verlässliche parlamentarische Mehrheiten für eine kontinuierliche Regierungspolitik sorgen. Dafür braucht es dann Teamgeist oder „Fraktionsdisziplin“. In der Erfüllung dieser Aufgaben entstand auch Sachsens heutiges Parteiensystem.

## Prägefaktoren der Parteien Ostdeutschlands

Sachsens Parteiensystem, seinerseits Teil der sehr besonderen ostdeutschen Parteienlandschaft, ist ein regional differenzierter Teil des deutschen Parteiensystems. Wie dieses ist es aus einer quer über Deutschland gemeinsamen Geschichte gewachsen, allerdings – im Unterschied zu den Parteiensystemen der westdeutschen Länder – mit besonderen Merkmalen, die klar auf die SED-Diktatur zurückgehen.

Diese hatte nämlich die traditionellen deutschen Parteiströmungen im „Demokratischen Block“ der „Nationalen Front“ zusammengefasst und dabei unter die Herrschaft der Kommunistischen Partei gebracht. Erster Schritt dazu war, dass im Jahr 1946 die – überall in der Sowjetischen Besatzungszone mit so großen Hoffnungen neu aufgelebte – SPD in eine Zwangsvereinigung mit der KPD getrieben wurde und man dafür sorgte, dass in der so entstandenen „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ nicht die sozialdemokratischen Positionen, sondern die kommunistischen Gestaltungsabsichten ausschlaggebend wurden. Anschließend wurden jene Parteien der Führung der SED unterstellt, welche die übrigen, seit Jahrzehnten in Deutschland üblichen politischen Strömungen vertraten. Die CDU als Organisation der christlich-konservativen Bevölkerungsteile wurde ebenso wie die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD) als Organisation des politischen Liberalismus zum Teil des „Demokratischen Blocks“ und hatten dort die Weisungen der SED zu befolgen. Gleiches geschah mit den viel weniger von der deutschen Parteiengeschichte getragenen Neugründungen, nämlich der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), welche die Trennlinie zwischen ehemaligen Nazis und Nicht-Nazis gesellschaftsintegrierend überwinden sollte. Im Übrigen hatte die SED bald schon jenen „vopolitischen Raum“ planiert, in dem Parteien üblicherweise wurzeln. Von der Freien deutschen Jugend (FDJ) über den Kulturbund bis hin zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) hatte sie so gut wie alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, allein die Kirchen aufgrund mangelnder Erfolgsaussicht ausgenommen, zu eigenen Satelliteninstitutionen gemacht und unterband bis 1989, als das „Neue Forum“ um mutige Oppositionelle herum aus der Gesellschaft hochwuchs, das Aufkommen von Alternativen zu ihnen.



Verfassung des Freistaates Sachsen vom 27. Mai 1992, Ausgabe der Pressestelle des Sächsischen Landtags, 1992

Die Neuentstehung eines demokratischen Parteiensystems auf dem Gebiet der DDR bzw. in Sachsen begann damit, dass sich – unter zunächst dem Namen SDP für „Sozialdemokratische Partei in der DDR“ – die SPD auf konspirative Weise Anfang Oktober 1989 neu gründete und im September des Folgejahres mit der SPD vereinte. Die schon bestehenden Parteien CDU und LDPD befreiten sich im Spätherbst 1989 von der Vormundschaft der SED und fingen schon bei der Vorbereitung der freien Volkskammerwahl im Frühjahr 1990 an, auf verschiedene Weise mit ihren westdeutschen Partnerparteien zusammenzuwachsen. Bei der CDU nahm das die Form an, dass sie mit den im Oktober 1989 bzw. Januar 1990 neu gegründeten Parteien „Demokratischer Aufbruch“ (DA) und „Deutsche Soziale Union“ (DSU) als „Allianz für Deutschland“ auftraten. In die CDU mündete im Sommer 1990 dann auch die Geschichte der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, während die NDPD zum Teil der FDP wurde. Mit Ausnahme von Bündnis 90 sowie der in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) umbenannten SED waren somit im Herbst 1990 sowohl die alten als auch die neuen Parteien der DDR in zuvor westdeutschen Parteien aufgegangen. Diesen Prozess beschleunigte erst recht die Vorbereitung der ersten Parlamentswahlen in den neuen Bundesländern im Oktober 1990 sowie der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990.

Dabei entstanden Ostdeutschlands und Sachsens „bundesdeutsche Parteien“ einesteils „von oben nach unten“. Es gab ja – mit Ausnahme von SPD und Bündnis 90 – in allen Parteien die Mandatsträger aus der letzten sozialistischen Volkskammer sowie die übrigen Funktionsträger aus DDR-Zeiten. Diese wurden zwar, je nach Partei mehr oder minder tiefgreifend, durch andere Personen ausgetauscht. Doch natürlich blieben, wenn bald auch mit veränderten Spielregeln, die alten Führungsstrukturen bestehen, da sie ja von den Reformern gleichsam „nur“ zu erobern waren. Ferner waren da bald schon jene Westdeutschen, die zunächst als Organisations- und Wahlkampf-helfer ins jeweilige ostdeutsche Partnerland kamen, mitunter auch als Spitzenkandidaten, und die dann oft Führungsämter sowie Mandate der ostdeutschen Landesparteien übernahmen. Von ihnen aus gestalteten sie den Wandlungsprozess „ihrer“ Partei bald merklich mit. Und weil diese Westdeutschen nicht nur Wissen um die politischen Spielregeln des neuen Systems mitbrachten, sondern oft genug auch Kontakte und finanzielle Unterstützung aus

dem Westen den Führungsebenen der sich erneuernden Parteien erschlossen, führte dies ebenfalls zu einem Wachstumsschub „von oben“. Zu ihm trug nicht minder bei, dass die politische Macht über die Volkskammer-, Bundestags- und Landtagswahlen des Jahres 1990 neu verteilt wurde, also bald zu einer wichtigen innerparteilichen Rolle gelangen konnte, wem es ganz persönlich gelang, für eine absehbar erfolgreiche Partei zunächst in die Volkskammer und dann in den Bundestag oder in einen der ostdeutschen Landtage einzuziehen. Tatsächlich wurden die Parlamentsfraktionen sowie Abgeordneten mit ihren Ressourcen für Wahlkreisbüros und persönliche „Parteiabgaben“ rasch zum Rückgrat der neuen Parteien. Allerdings akzeptierte ein nennenswerter Teil der ersten ostdeutschen Abgeordnetengeneration diese Parteiführungsaufgabe nicht, sondern versuchte sich zunächst in einer Rolle als „unparteiischer Volksvertreter“. Auf diese Weise verzögerte sich das Zusammenwachsen dessen, was Parteien einerseits im Parlament, andererseits in den Wahlkreisen an der gesellschaftlichen Basis zu leisten haben.

Andernteils wurden die neuen Parteiensysteme Ostdeutschlands sehr stark auch „von unten“ her geprägt. Es war ja schon die Friedliche Revolution, die alledem voranging, eine von unten nach oben wirkende Bewegung. Sie begann mit der inneren Kündigung vieler DDR-Bürger gegenüber dem SED-Staat, setzte sich fort in der Fluchtbewegung seit dem Frühsommer 1989, gipfelte auf in den Montagsdemonstrationen – und fand ihren Abschluss an den Wahlurnen der Volkskammer-, Bundestags- und Landtagswahlen des Jahres 1990. Nicht minder wichtig war, dass den schon bestehenden Parteien ihre Mitglieder davonliefen, allen voran der SED. Das hatte bei dieser Partei viel mit der Diskreditierung ihrer Glaubwürdigkeit und dem Überdruß am sozialistischen Staat zu tun. Bei den anderen Parteien des „Demokratischen Blocks“ kam hinzu, dass eine Parteimitgliedschaft fortan für eine gelingende Berufspraxis so gut wie funktionslos wurde. Jedenfalls schmolz den zu DDR-Zeiten etablierten Parteien ihre Basis dahin, zumal die sich reformierende DDR und der diese aufnehmende westdeutsche Teilstaat den Parteien auch nicht mehr jene vielen Gelder zur Verfügung stellte, welche für die Aufrechterhaltung mitunter ausufernder Organisationsstrukturen erforderlich waren. Zudem geriet nach Einführung der D-Mark die ostdeutsche Gesellschaft in eine Entwicklungs- und Umschichtungskrise: Es standen sehr vielen Leuten die Schließung von Betrieben, kommende Arbeitslosigkeit sowie umfangreiche Notwendigkeiten

einer persönlichen Neuorientierung vor Augen. In dieser Lage wurde politische Beteiligung für die meisten zu einem nachrangigen Ziel. Eher herrschte der Eindruck vor, was man selbst leisten könne, habe man bereits in die Friedliche Revolution sowie in die Wahlkämpfe des Jahres 1990 eingebracht; und also kümmere man sich zu Recht jetzt vor allem um sich und die eigene Familie.

Doch gerade in einer solchen Lage eröffneten sich für gar nicht wenige ganz unerwartete, auch ganz unterschiedlich genutzte Chancen für eine politische Laufbahn. Dabei hing es auch sehr stark von Zufällen ab, ob man 1990 als Kandidat für eine der drei so weichenstellenden Wahlen aufgestellt wurde. Später erst prägten das politisch-praktische Können sowie der eigene Persönlichkeitstyp, was man aus den sich bietenden Gelegenheiten zu machen verstand. Doch obwohl gar nicht wenige aus der ersten Generation ostdeutscher Parlamentsabgeordneter zuvor schon gesellschaftlich oder im kommunalen Bereich politisch tätig waren, gelangte auf diese Weise eine überwiegend neue politische Elite in die Führungspositionen der Parteien. Sie war – freilich auch aufgrund der fortan tiefgreifend veränderten Handlungsumstände – ziemlich anders als die abgetretene DDR-Politikerschaft ausgerichtet.

Oberflächlich sahen Ostdeutschlands Landesparteien zwar schon bald wie Abbilder ihrer westdeutschen Partnerverbände aus. Sie hatten Parlamentsabgeordnete, die oft auch regionale Parteiführer waren; sie hatten ihre Landes- und Regionalgeschäftsstellen; sie traten an und auf als Gliederungen fortan bundesweiter Parteien. Neben Bündnis 90, mit dem sich die westdeutschen Grünen nicht leicht taten, war vor allem die PDS eine Ausnahme: Als Nachfolgerin der Staatspartei der DDR hatte sie im Westen einfach kein Gegenstück. Doch die wichtigste, höchst folgenreiche und dennoch auf den ersten Blick nicht leicht erkennbare Besonderheit war die, dass in den neuen Bundesländern den Parteien der vorkommunistischen Raum als Wurzelgrund fehlt. Das heißt: Es gab kein Geflecht lebendiger zivilgesellschaftlicher Organisationen, über das sie flächendeckend in der Gesellschaft hätten verankert sein, auf diese Einfluss nehmen und umgekehrt neue, in lebenspraktischen Dingen schon bewährte Mitglieder hätten gewinnen können. Gleichsam schwebte das neue Parteiensystem wie ein Luftkissenboot über der ostdeutschen Gesellschaft. Obendrein dem westdeutschen Parteiensystem eher nachgebaut als dieses in den neuen Bundesländern nachlebend, misslang auf diese Weise vielfach die Herstellung auch emotionaler Identifikati-

on zwischen den Bürgern und „ihren“ Parteien. Insgesamt kam es nicht zu Beziehungen zwischen den Parteien und den von ihnen ansprechbaren Bevölkerungsteilen, die auch mit dichtgesponnenen und stabilen sozialen Netzwerken untersetzt gewesen wären.

Zweierlei war die – im Lauf der Jahre immer deutlicher zu erkennende – Folge. Erstens kam es zur erheblichen Volatilität im Wahlverhalten, also zur „Flatterhaftigkeit“ oder „Wankelmütigkeit“ des Wahlvolks. Zweitens entstanden „Repräsentationslücken“, das heißt Bevölkerungsschichten, die sich von keiner im Parlament agierenden Partei vertreten sahen. In solche Lücken drangen bald schon vom rechten Rand her Protestparteien ein, zunächst die DVU und die NPD, später die AfD. Sie spielten – und spielen – wegen jener besonders geringen gesellschaftlichen Verankerung der Parteien in den neuen Bundesländern auch durchweg eine wichtigere politische Rolle als im Westen des Landes. Am linken Rand allerdings vollzog sich dergleichen in den neuen Bundesländern nicht: Die PDS bzw. LINKE verstand von Anfang an bis ganz ans Ende ihres politischen Spektrums Bürgerinnen und Bürger anzusprechen sowie an sich zu binden. Im Grunde war die PDS sogar einige Jahre lang geradezu die einzige „Volkspartei“ der neuen Bundesländer. Ein Großteil ihrer Mitglieder bestand aus „staatstragenden Leuten“, denen einfach der von ihnen geschätzte Staat abhanden gekommen war, und die ihren Zorn darüber sowie ihre Hoffnungen im neuen System nunmehr in der PDS aufgehoben und vertreten wussten.

Vor dem Hintergrund all dessen, und vermittelt über die Gründungswahlen vom Oktober 1990, hatte zweierlei besonders weitreichende Folgen. Zum einen war das die Wirkung anziehender Persönlichkeiten. Wo – wie Kurt Biedenkopf in Sachsen oder Manfred Stolpe in Brandenburg – eben solche an der Spitze von Regierungen und Parteien standen sowie sich dort hielten, verfestigten sich um sie herum schon rasch Parteimilieus. Davon zehrt bis heute in Sachsen die CDU, in Brandenburg die SPD. Und wo – wie mit Bernhard Vogel in Thüringen – wenigstens etliche Jahre lang eine solche Persönlichkeit agierte, dort zeigte sich immerhin zeitweise ein ähnlicher Effekt.

Zum anderen wurde sehr folgenreich, wie weitgehend in den Parteien das aus DDR-Zeiten überkommenen Politikpersonal durch neue, reformorientierte Kräfte verdrängt. In der sächsischen CDU gelang eine solche Erneuerung ziemlich gut, nämlich dank des Wirkens von rebellischen Politikern wie Arnold Vaatz. Das gehört zu den wirklich wichtigen Ursachen der

1 Vgl. Christian Demuth/Jakob Lempp (Hrsg.): Parteien in Sachsen. Berlin 2006.

so langjährigen Erfolgsgeschichte dieser Partei. In Brandenburg blieb hingegen bei der CDU eine solche Erneuerung lange aus und hatte eine – freilich auch durch die Anziehungskraft Manfred Stolpes mitbewirkte – Misserfolgsgeschichte zur Konsequenz. Allerdings gehörte zu den Voraussetzungen solcher Erneuerung auch ein ausreichend großer Mitgliederbestand, galt es doch stets auch die Kontinuität der Parteiarbeit zu sichern. Eben das machte den „völlig erneuerten“, da ohnehin neugegründeten Parteien SPD und Bündnis 90 zumal in Sachsen ihre Entwicklung so schwer. Im Fall der SPD kam hinzu, dass sie sich immer wieder entscheiden musste, ob sie mit der PDS/LINKEN oder mit der CDU zusammenwirken wollte, was stets tiefgreifende programmatische und persönliche Konflikte nach sich zog und riskierte, einen Teil der Partei zu demotivieren. In Thüringen war das beim Wechsel von der Rolle des Juniorpartners der CDU zu der eines Juniorpartners der LINKEN im Jahr 2014 einmal mehr zu beobachten.

### Die Entwicklung von Sachsens Parteien im Überblick

In solchen Wirkungszusammenhängen, die alle neuen Bundesländer umfassten, wurde das sächsische Parteiensystem zu einer landesspezifischen Ausprägung des ostdeutschen Parteiensystems. Wie es im Einzelnen beschaffen ist und sich entwickelt hat, ist in mehreren Veröffentlichungen gut dokumentiert.<sup>1</sup>

#### Die CDU als „Staatspartei“

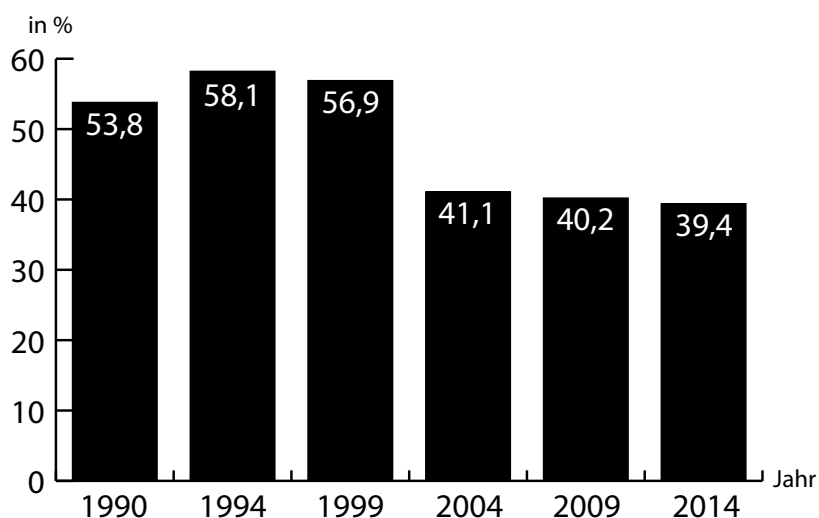
Nach der Friedlichen Revolution und vor den Volkskammer-, Bundestags- und Landtagswahlen des Jahres 1990 ging ein Großteil der Bürger und Beobachter davon aus, gerade im ehemals „Roten Königreich“ werde die SPD das

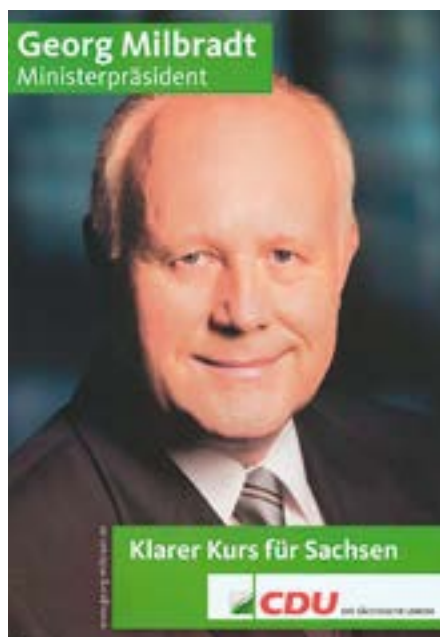
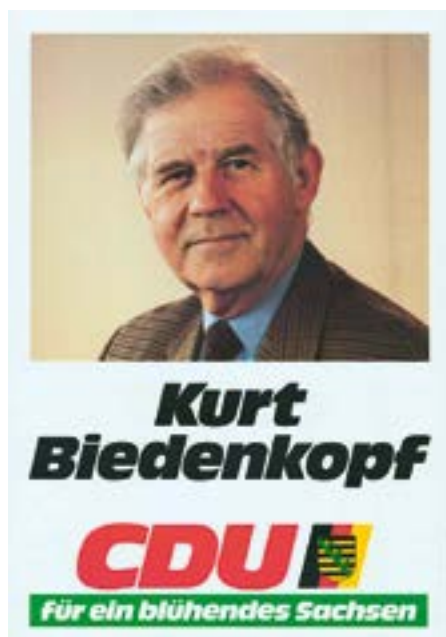
Rennen machen. Es entstand stattdessen eine bis heute anhaltende, wenn auch immer mehr unterspülte Vorherrschaft der CDU. Rechtzeitig statt mit einem ehemaligen Ost-CDU-Politiker mit dem intellektuell glanzvollen Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidaten angetreten, gewann die CDU mit 53,8 Prozent der Stimmen 1990 die erste Landtagswahl, baute 1994 ihren Vorsprung auf 58,1 Prozent aus und büßte ihre absolute Mehrheit erst 2004 mit nur noch 41,1 Prozent ein, und zwar vor allem aufgrund von Ungeschicklichkeiten ihrer Spitzenleute.

Kurt Biedenkopf erklärte nämlich leichtfertig in der Siegerlaune des Wahlabends vom 19. September 1999, nun beginne seine letzte Amtsperiode als Ministerpräsident. Dadurch lenkte er die politische Aufmerksamkeit auf die Amtsnachfolge, unternahm aber nichts, um diese auch zu regeln. Das brachte seinen Finanzminister Georg Milbradt, der die Nachfolge anstrebte, zum Versuch des Aufbaus von um ihn gelagerten Machtstrukturen, und zwar ausgerechnet in der für den Ministerpräsidenten politisch zentralen Landtagsfraktion der CDU. Kurt Biedenkopf unterband das verständlicherweise durch Entlassung seines Finanzministers. Der aber setzte den Kampf um die Macht, politisch ganz korrekt, von der Parteibasis der CDU her fort. Er betonte das Verkümmern der Partei im Schatten des Ministerpräsidenten, kündigte seine Kandidatur als Parteivorsitzender an und stellte eine – auch künftig die CDU-Macht sichernde – Parteireform in Aussicht. Er gewann diesen Machtkampf, als er 2001 zum Landesvorsitzenden der CDU gewählt wurde. Kurt Biedenkopf, durch eine gegen ihn geführte Medienkampagne ohnehin zermürbt, trat im Januar 2002 mit Wirkung ab 18. April 2002 als Regierungschef zurück, woraufhin der CDU-Vorsitzende Milbradt zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.

Dieser Machtkampf hatte allerdings tiefe Zerrwürfnisse innerhalb der sächsischen CDU bewirkt. Georg Milbradt, seinem Wesen und seiner Biographie nach ohnehin viel mehr ein Mann der Exekutive denn einer Partei, schaffte es denn auch nicht, die CDU zu befrieden. Sein anfänglicher Rückhalt in der Partei verfiel. Ganz in der Regierungsarbeit aufgehend, obendrein nicht selten persönlich unzugänglich, blieb unter ihm die Partei erst recht im Schatten des Ministerpräsidenten. Der aber agierte in einer anderen Zeit als sein Vorgänger: Während dieser durch den Elan von Visionen sowie die vorantreibende Anfangserfahrung ihrer Realisierbarkeit getragen wurde, sah sich Milbradt mit vielerlei „Mühen der Ebene“ kon-

Wahlergebnisse der CDU bei den Landtagswahlen 1990 bis 2014





frontiert, die – eben aufgrund des sich ringsum einstellenden Grunderfolgs – bald schon als ärgerliche, nun endlich zu beseitigende Unzulänglichkeiten der Regierungsarbeit empfunden wurden. Aus beflügelnder Vorfreude auf künftigen Aufstieg wurde so ein stetes Leiden an den damit verbundenen Anstrengungen. Obendrein verband sich mancherlei inhaltliche Unzufriedenheit mit etlicher Enttäuschung über den Ministerpräsidenten Milbradt, der als ein sehr gestrenger Sparkommissar wirkte, noch nicht aber – wie jetzt im Rückblick – alle von der künftigen Rendite solcher Politik überzeugt hatte.

Bei der ersten von Georg Milbradt als Spitzenkandidat zu verantwortenden Landtagswahl verlor die CDU 2004 denn auch ihre absolute Mehrheit und wurde in eine Koalition mit der SPD gezwungen. Vervollständigt wurde das Debakel, als der amtierende Ministerpräsident bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten die erforderliche Mehrheit im ersten Wahlgang verfehlte. So angeschlagen, begann eine erst recht glanzlose zweite Amtszeit. Während dieser wurde 2007 sichtbar, dass sich die Landesbank Sachsen – und zwar unter den Augen des als Finanzfachmann angesehenen Ministerpräsidenten – finanziell übernommen hatte, ja vor dem Bankrott stand. Der Rücktritt des damaligen Finanzministers reichte nicht aus, den politischen Sturm von Georg Milbradt fernzuhalten. Im April 2008 erklärte er dann seinen Rücktritt von sämtlichen politischen Ämtern. Sein Nachfolger wurde als Parteivorsitzender und als Ministerpräsident Stanislaw Tillich, der erste aus Sachsen (und der Ost-CDU) stammende Regierungschef des neu begründeten

Freistaats. Eine lange politische Laufbahn – unter anderem als Europaabgeordneter, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, später für Umwelt und Landwirtschaft, noch später für Finanzen – hatte er ohne Abnutzungsspuren hinter sich gebracht. Auch trat er stets besonnen und gewinnend auf. In seiner Zeit legten sich die aus dem Kampf um Biedenkopfs Nachfolge rührenden Verstimmungen. Doch mehr als ein „Weiter so!“ auf den zielführend gelegten Schienen der Gründungsära unter Ministerpräsident Biedenkopf und Finanzminister Milbradt versuchte er nicht. Ohnehin blieb er seit Amtsantritt in Koalitionen eingebunden: zunächst mit der SPD, zwischen 2009 und 2014 mit der FDP, seither wieder mit der SPD.

Zur großen Herausforderung seiner Regierungszeit und Regierungskunst wurde seit dem Spätherbst 2014 das von der Bundesebene zu verantwortende, von der Landesebene aber auszugestaltende Einwanderungsgeschehen nach Sachsen. Es traf die CDU an ihrer Achillesferse. Die Problematisierung des Einwanderungsgeschehens gilt nämlich in Deutschland als ein „rechtes Thema“. Also begann der Protest gegen die Folgen einer bis dahin höchstens ansatzweise regulierenden Einwanderungs- und Integrationspolitik die politischen Kräfte rechts der CDU zu einen, und zwar umso mehr, als selbst die weiter rechts als die Bundes-CDU eingestellte Sachsenunion sich nicht gegen die Anmutung zu wehren vermochte, Teil des rot-rot-grün inspirierten Anti-Rechts-Blocks zu werden. Den rechten Rand thematisch und programmatisch so einzubinden, dass rechts von der CDU keine nennenswerte politische Kraft aufkommen konnte, hatte zwar

**Kurt Biedenkopf,**  
Wahlplakat der CDU, 1990  
Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung

**Georg Milbradt,**  
Wahlplakat der CDU, 2004  
Foto: Konrad-Adenauer-Stiftung

**Stanislaw Tillich,**  
Wahlplakat der CDU, 2014  
Foto: CDU Sachsen

auch die sächsische CDU schon seit Jahren unterlassen. Nun aber begann sich abzuzeichnen, dass die CDU langfristig jene Wählerschichten verlieren würde, die von der AfD über die Sympathisantenschaft der von Dresden ausstrahlenden PEGIDA-Bewegung bis hin zur NPD reichen.

Auch dieses Versäumnis trug zur weiteren Erosion der Basis der sächsischen CDU bei. Nicht nur sanken – wie bei allen aus der DDR überkommenen Parteien – ihre Mitgliederzahlen, nämlich von etwa 37.000 im Jahr 1990 auf 25 Jahre später rund 12.000, was sich natürlich in eine weitere Ausdünnung ihrer gesellschaftlichen Netzwerkstrukturen umsetzte. Auch verlor die CDU nicht nur im Landtag die absolute Mehrheit und gibt sich seither – aufgesetzt oder indolent – mit noch geringeren Stimmenanteilen zufrieden, als sie bei Milbradts Landtagswahlkampf als katastrophal gegolten hatten. Sondern obendrein nahm die Zahl ihrer kommunalen Mandatsträger mehr und mehr ab, so dass im Grunde nur noch die zehn Landratsposten von der einst – außerhalb der Großstädte Leipzig und Chemnitz – wie unerschütterlich wirkenden CDU-Dominanz zeugen. Den Staat trägt die sächsische CDU seither zwar immer noch, obendrein mit ansehnlicher Bilanz. Doch sie ist ins Wanken geraten.

### Zwischen CDU und rechtem Rand

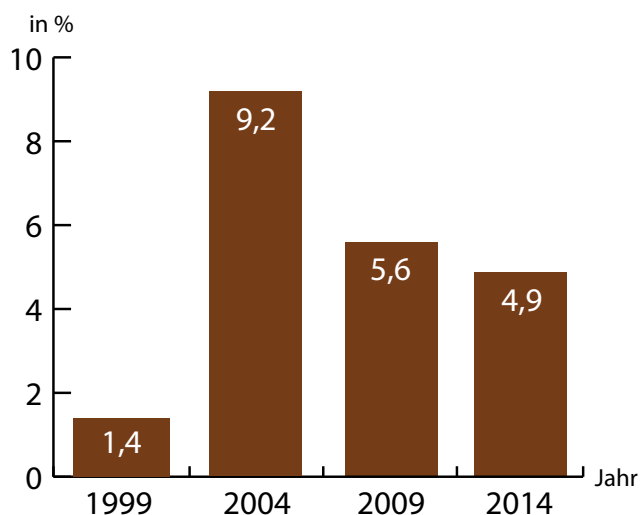
Bei den Gründungswahlen dominierte die CDU das gesamte politische Spektrum zwischen der Mitte und dem rechten Rand. Zwar machten ganz am Anfang noch die Republikaner und die DSU ein wenig von sich reden, und breitete sich rasch eine rechtsradikale Szene zumal in der Sächsischen Schweiz aus. Desgleichen gab es schon anfangs der 1990er Jahr vereinzelte Aufrufe an Künstler, sie sollten die Bühnen im „rechtsradikalen Dresden“ meiden. Doch gar nicht wenigen klang es einleuchtend,

als Ministerpräsident Biedenkopf im Jahr 2000 behauptete, „seine Sachsen“ wären gegen Rechtsextremismus immun. Auch diese Fehleinschätzung dürfte zur Sorglosigkeit der CDU angesichts ihrer für das Gemeinwesen strategisch wichtigen Aufgabe beigetragen haben, rechts von sich keine Partei hochkommen zu lassen.

Die Dinge entwickelten sich dann auch anders, und zwar keineswegs zum Vorteil der sächsischen Demokratie. 2004, als die CDU ihre absolute Mehrheit verlor, zog die NPD erstmals in den Sächsischen Landtag ein – und zwar mit nicht weniger als 9,2 Prozent der Stimmen. Mit 5,6 Prozent gelang ihr das auch im Jahr 2009. Erst bei der Wahl von 2014 blieb sie mit 4,95 Prozent ganz knapp unter der Sperrklausel. Dafür zog damals die neugegründete AfD mit 9,7 Prozent in den Landtag ein, was auf knapp 15 Prozent sich rechts von der CDU verortende und von den bislang etablierten Parteien nicht mehr erreichbare Wähler hinausläuft. Die AfD war zwar aus einer Art Elitenkritik gegen die Euro-Rettungspolitik der – CDU-geführten – Bundesregierung entstanden, fand mit ihren Sorgen aber großes öffentliches Echo, gelangte 2013 mit 4,7 Prozent fast in den Bundestag und 2014 mit 7,1 Prozent tatsächlich ins Europäische Parlament. In Vorbereitung auf die ebenfalls 2014 anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen erweiterte die AfD ihre Programmatik dann um Themen, die jahrelang im rechten bzw. konservativen Bereich der CDU ihren Platz und ihrer Wortführer hatten, doch mehr und mehr von der sich „sozialdemokratisierenden“ Bundes Spitze der CDU als „für die CDU inakzeptabel weit rechts“ behandelt wurden. Zwar positionierte sich die Sachsenunion vielfach weiterhin auf bisherigen CDU-Positionen und somit etwas rechts von der „neuen Mitte“ der CDU. Auch damit aber konnte sie nicht verhindern, dass politischer Raum rechts von der CDU frei geworden war und zunächst von der NPD, dann von der AfD besiedelt wurde.

Der leichtere Gegner für die CDU war – und bleibt – die NPD, die derzeit in Sachsen knapp 800 Mitglieder umfasst. Tatsächlich rechtsradikale Positionen besetzend und mit fließendem Übergang zum gewalttätigen rechtsextremistischen Rand, verfiel der NPD gegenüber eine klare Ab- und Ausgrenzungsrhetorik. Auch die konnte aber Wähler, die von der CDU „nach rechts“ weggegangen waren, nicht wieder an die Sachsenunion als staatstragender Partei binden. Erst recht konnte eine solche Schwungmasse von Bürgern mit rechter Grundeinstellung nicht von Parteien links der CDU gewon-

Wahlergebnisse der NPD bei den Landtagswahlen 1999 bis 2014



nen werden, obwohl sich mitunter durchaus erwähnenswerte Wählerströme zwischen NPD und PDS bzw. LINKE erkennen ließen. Also identifiziert sich ein erheblicher Teil von Bürgern mit sehr rechter politischer Haltung weiterhin mit der NPD.

Doch ein anderer, wohl klar größerer Teil scheint auf eine Partei wie der bayerischen CSU vor Horst Seehofers Zeiten zu hoffen: klar rechts der Mitte, doch nicht rechtsradikal, sozial orientiert sowie stetig in ihrem Kurs und somit von vernünftigen Leuten wählbar. Solche Hoffnungen schien die AfD zu erfüllen. Deshalb schaffte sie es, in Sachsen derzeit etwa 800 Mitglieder umfassend, auch 2014 in den Landtag. Allerdings schadete ihrem Ansehen und ihrer Attraktivität sehr, dass schon im Folgejahr die an den Wahlurnen besonders erfolgreichen sächsischen und brandenburgischen Landesverbände im innerparteilichen Machtkampf zwischen ihren Führern und den westdeutschen Parteigründern ins Licht einer „NPD light“ gerückt wurden. Eine solche aber hat bloß ein bescheidenes Wählerreservoir. Es dürfte freilich wachsen, falls die Sorge um die Folgen der – lange Zeit ganz ungebremsten – Einwanderung nach Deutschland auf Dauer als fixe Idee von politisch allzu Rechten behandelt wird. Somit ist noch unklar, ob im von der CDU aufgegebenen rechten Rand des politischen Spektrums eine bestandsfähige, staatstragende Partei von einiger Dauer entstehen wird. Bislang gibt es sie jedenfalls nicht. Die auf diese Weise aufgetane Repräsentationslücke, fallweise durch Protestparteien geschlossen, droht zu einem Risiko für Sachsens bislang stetige demokratische Entwicklung zu werden.

Das zeigt sich an der von Dresden ausgehenden PEGIDA-Bewegung. Genährt wurde sie – und wird sie wohl weiterhin – von Sorgen über die Folgen der jahrelang ziemlich passiven deutschen Einwanderungspolitik sowie von der Empörung über jene politischen Führer und Teile der politischen Öffentlichkeit, die in der Einwanderungspolitik einen Kurswechsel nicht wollen oder nicht wagen. Mit diesem Thema, obendrein besonders akzentuiert durch erhebliche Islamfurchtigkeit, gewann PEGIDA Aufsehen und eine durchaus nennenswerte, wenn auch oft nur klammheimliche, Anhängerschaft weit über Dresden hinaus. Obendrein erweist sich mehr und mehr der Versuch als scheiternd, die Einwanderungs- und Integrationsprobleme Deutschlands als ein „rein fiktives Thema“ auszugeben.

Was allerdings gelang, war die – bis mindestens zum Sommer 2015 ganz kontrafaktische – Etikettierung der Dresdner PEGIDA-Demonstra-



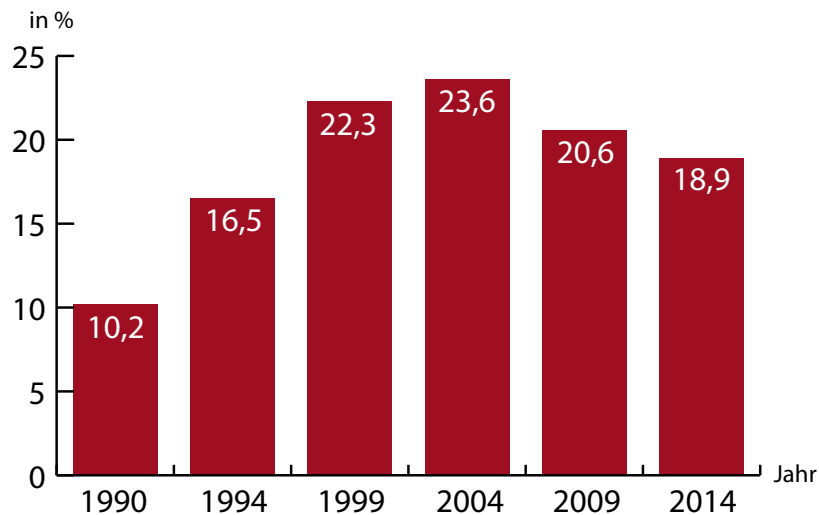
PEGIDA-Demonstration  
in Dresden, 2015

Foto: wikimedia

tionen als einer Gruppe von rundum rassistischen Rechtsradikalen. Den Schulterchluss mit solchen zu suchen, wurde fortan für mehr und mehr wirkliche Rechtsradikale und Rechtsextremisten attraktiv. Verbindet sich fortan das von der CDU – mangels eigener Integrationsanstrengungen – in seiner Eigendynamik belassene rechte Wählerpotential mit dem klar radikalen und extremistischen rechten Rand, so entsteht aus ihm, sowie aus empörten Wählern anderer Parteien, ein Stimmenpotential, das die CDU von rechts her ebenso zum Schrumpfen bringen dürfte, wie es im Westen der SPD nach dem Aufkommen der – vielfach von ihr sich abspaltenden – Grünen widerfuhr. Der sächsischen Demokratie wäre mit einer solchen neuen Rechten gewiss nicht gedient.

### Vom linken Rand bis zur Mitte

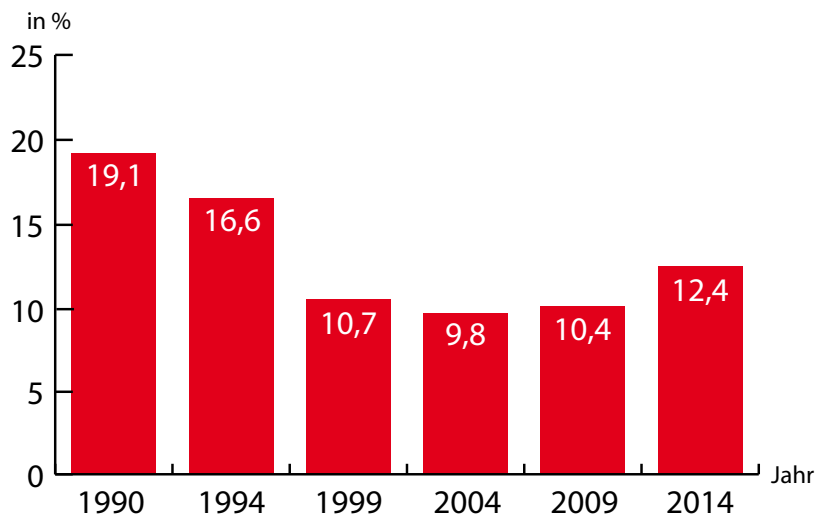
Eine Repräsentationslücke am linken Rand gibt es in Sachsen nicht. Die Linkspartei – ihrerseits zu einer durchaus anderen, viel mehr ideologiegetriebenen Partei geworden, als sie die überwiegend pragmatische PDS einst war – versteht sich als „natürlicher Verbündeter“ auch höchst radikaler linker Gruppierungen, wie sie zumal in Leipzig immer wieder in Erscheinung treten. Sympathie für diese gibt es auch ziemlich weit hinein in die Reihen der GRÜNEN und der SPD. Doch während die CDU zwischen der Repräsentationslücke am rechten Rand und der politischen Mitte die gesamte politische Willensbildung kanalisiert, tun dies zwischen dem linken Rand und der politischen Mitte nicht weniger als drei Parteien. Obendrein bestehen zwischen ihnen ziemlich komplizierte Beziehungen.



Wahlergebnisse der PDS/  
Linkspartei bei den  
Landtagswahlen 1990 bis 2014

Die LINKE ist einesteils die nur „umgetaufte“ PDS, abgesunken von rund 70.000 Mitgliedern im Jahr 1990 auf derzeit etwa 11.000. Andernteils ist der sächsische Landesverband der LINKEN nun Teil einer – inzwischen sehr stark westdeutsch mitgeprägten – Bundespartei, während der sächsische Landesverband der PDS noch zu einer im Wesentlichen ostdeutschen Partei gehörte. Diese aber kennzeichnete sich durch Lust aufs (Mit-)Regieren sowie durch ein hohes Maß an dafür erforderlichem Pragmatismus. Obendrein war die PDS die Partei einer zu DDR-Zeiten durchaus strukturkonservativen, ja sogar – vom Fehlen eines christlichen Kerns abgesehen – wertkonservativen Bevölkerung. Diese erwartete im Wesentlichen eine solide, wenngleich in besonderer Weise auf soziale Gerechtigkeit und auf Berücksichtigung ostdeutscher Interessen ausgehende Politik. Sowohl die vielen Kommunalpolitiker als auch die führenden Landespolitiker der PDS wurden diesen Erwartungen gar nicht schlecht gerecht, und zwar bis lange nach der Änderung des Parteinamens im Jahr 2005.

Wahlergebnisse der SPD bei den  
Landtagswahlen 1990 bis 2014



Doch aus der SED stammend, gehörten diese PDS-Exponenten mehr und mehr zu den Älteren und Alten der Partei und machten, gerade auch im Sächsischen Landtag, den Jüngeren Platz. Diese aber wurden weniger von jener lang getragenen Regierungsverantwortung geprägt, die in der Haltung vieler aus der SED stammender PDS-Politiker weiterwirkte. Wichtiger war ihnen die Freude daran, links zu sein und somit voller Selbstgewissheit für das Wünschenswerte, ja alternativlos Gute eintreten zu können. Erfahrungen mit eigenen Fehlern, typisch für viele ehemalige SED-Politiker, fehlten ihnen. Deshalb wurden sie viel ideologischer und weniger pragmatisch als ihre Vorgänger. Obendrein waren sie nun in der – auf Parteitag in inzwischen majorisierenden – Gesellschaft westdeutscher Linker. Die aber haben kaum einmal schon Regierungsverantwortung getragen und pflegen eine gesinnungsethische Ausrichtung an stark ideologisch gefärbten Positionen.

Dies alles – der Generationenwechsel, das Aufgehen in einer wenig pragmatischen Bundespartei sowie eine deutlich polemische Akzentzuspitzung – wirken nun im sächsischen Landesverband der LINKEN zusammen. Eben das erschwert es ihm, in überzeugender Weise auf ein Bündnis mit SPD und GRÜNEN als den anderen beiden Parteien zwischen Mitte und linkem Bereich einzugehen. Umso fataler wirkt sich das für reale oppositionelle Machtperspektiven in Sachsen aus, als dort die PDS bzw. LINKE seit 1999 viel stärker ist als die SPD. 1990 nur 10,2 Prozent der Stimmen erzielend, steigerte sie – nach einem Fast-Gleichstand mit der SPD bei 16,5 Prozent im Jahr 1994 – bis 2004 ihren Stimmenanteil auf 23,6 Prozent, um erst zehn Jahre später wieder bei 18,9 Prozent – immer noch klar vor der sächsischen SPD – zu landen. Solange das so bleibt, fiele der LINKEN mit Recht in einem Regierungsbündnis das Amt des Ministerpräsidenten sowie die führende Rolle zu. Eben das lässt die SPD vor einem solchen Zusammengehen zurückweichen, zumal es vermutlich die mehrheitlichen inhaltlichen Wünsche der Gesamtwählerschaft verfehlen würde. Hinzu kommen bei der SPD mancherlei aus jenen Zeiten nachwirkende Aversionen, als der Vorgängerpartei der LINKEN jede Art von „Sozialdemokratismus“ als eine schändliche politische Haltung galt.

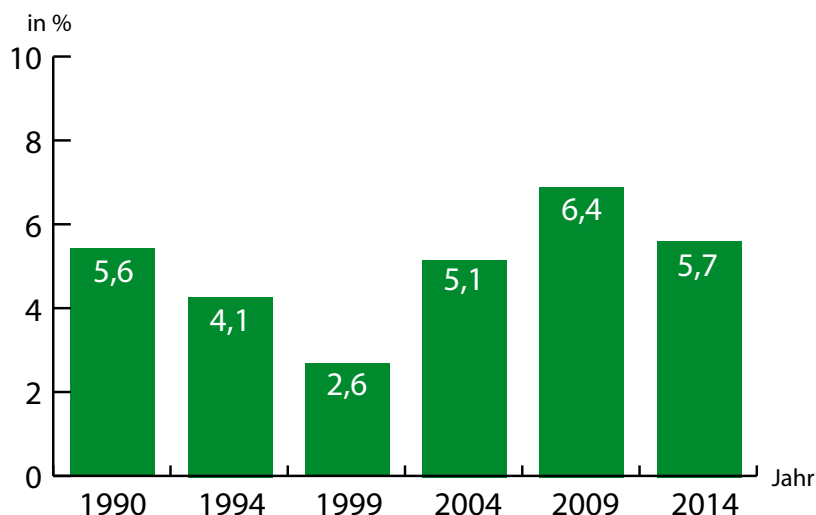
Tatsächlich ist die SPD unter allen sächsischen Parteien in der schwierigsten Lage. Von 1990 rund 4.400 Mitgliedern ist sie bis heute auf etwa 4.300 sogar ein wenig abgesunken und hat auch ihren Stimmenanteil von 19,1 Prozent bei der ersten Landtagswahl nie wieder erreicht. Bis 2004 auf ganze 9,8 Prozent absinkend, erholte sie sich



2014 auf gerade einmal 12,4 Prozent. Im Grunde befindet sich Sachsens SPD zwischen der CDU als Amboss und der LINKEN als Hammer: Jegliche linke Position kann die Linkspartei klarer, visionärer, ja für viele Wähler auch attraktiver formulieren als die SPD; und jede „Position der Mitte“ lässt sich auch von der CDU vertreten, zumal nach deren „Sozialdemokratisierung“. Das zwingt die SPD entweder in die Position als – im Vergleich zur LINKEN – „kleinerer Oppositionspartei“ oder als Juniorpartner an die Seite der CDU. Aus beiden Rollen konnte sie bislang allerdings nicht viel politisches Kapital schlagen. Erst eine CDU, die sich wieder klar um den rechten Rand bemühte, und eine Linkspartei, der die „Reinheit der Lehre“ über realistische Positionen ginge, öffnete der SPD merklichen politischen Entfaltungsraum, in dem sie versuchen könnte, an ihre glanzvolle Rolle vor der Nazizeit anzuschließen.

Für die sächsische Demokratie ist das unschön, ja ungesund. Es steht nämlich keine wirklich attraktive Alternative zur Herrschaft der CDU in Aussicht. Das aber setzt die CDU nicht unter wirklich großen Leistungsdruck und leistet deren Erschlaffen Vorschub. Deshalb wird die CDU wohl noch längere Zeit mit jeweils wechselnden Koalitionspartnern den Freistaat Sachsen regieren.

Nach der zweimal mitregierenden SPD und der einmal zum Zug gekommenen FDP könnten dabei die GRÜNEN für neue Akzente sorgen. 1990 mit 5,6 Prozent der Stimmen in den Landtag gelangt und bis 2004 dann an der Sperrklausel gescheitert, erlangten sie – nach damals 5,1 Prozent – im Jahre 2009 zwar 6,4 Prozent, fünf Jahre später aber wieder nur 5,7 Prozent. Auch haben sie – über die Jahre ziemlich stagnierend – in Sachsen nicht mehr als rund 1.300 Mitglieder und wirken wie in einer Sackgasse ihrer Entwicklung. Vor der Landtagswahl von 2014 war zwar ein aus ihr ausbrechendes Bündnis mit der CDU im Gespräch, ja galt in den Reihen der Sachsenunion nicht einmal als unattraktiv. Bei den GRÜNEN wirkte die damalige Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidatin, Antje Hermenau, sogar höchst aktiv auf ein solches Bündnis hin und setzte dafür ihre politische Laufbahn aufs Spiel. Doch es zeigte sich, dass die meisten – oft auch überdurchschnittlich jungen – Mitglieder der GRÜNEN sich klar als links und somit der SPD sowie der LINKEN viel näher empfinden als der CDU. Diese Partei erscheint ohnehin vielen GRÜNEN wie der Inbegriff all dessen, was sie emotional ablehnen. Der Schnittmengen gäbe es zwar etliche, weil das Nachhaltigkeitsprinzip nun einmal vom Umgang mit der Natur über den mit der Energie bis hin zur finanziellen Nachhaltigkeit ein konservatives Prinzip ist. Also findet es

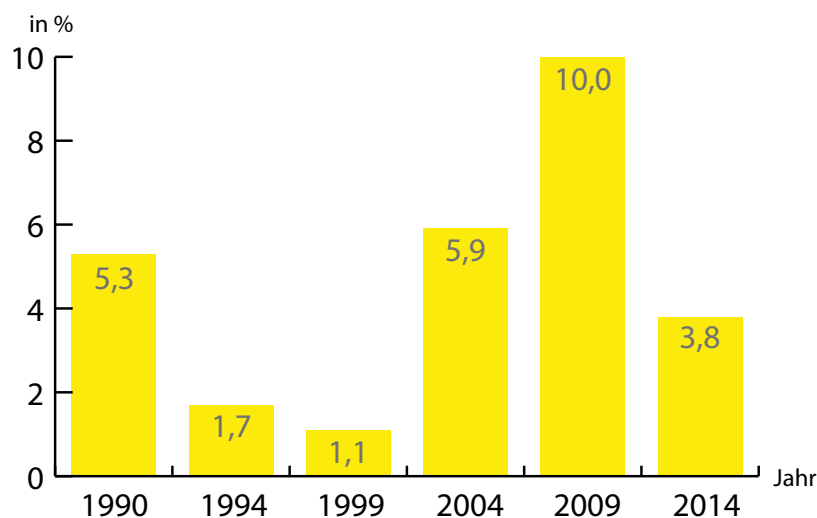


Wahlergebnisse von Bündnis 90/Grüne bei den Landtagswahlen 1990 bis 2014

auch in der CDU weitgehende Unterstützung. Doch im Grunde waren die GRÜNEN zufrieden damit, dass ihnen mangels eines ernsthaften Koalitionsangebots der CDU jene Zerreißprobe erspart blieb, die ihnen ein solches Bündnis beschert hätte. Aus ihm entstehende innerparteiliche Streitigkeiten hätten fünf Jahre später vielleicht auch den Wiedereinzug in den Landtag gefährden können – gerade so, wie es der FDP nach fünfjähriger Koalition mit der CDU widerfahren war.

Ohnehin war die FDP schon zwischen 1994 und 2004 nicht mehr im Landtag gewesen. 1990 mit 5,3 Prozent gestartet, sank sie 1994 auf 1,7 Prozent, fünf Jahre später gar nur 1,1 Prozent ab, um dann 2004 mit 5,9 Prozent wieder in den Landtag zu gelangen und 2009 mit 9,95 Prozent ihr bisheriges Spitzenergebnis zu erzielen. 2014 aber misslang ihr mit 3,8 Prozent der Wiedereinzug ins Parlament. Mit einem Abstieg von rund 25.000 Mitgliedern im Jahr 1990 auf heute etwa 2.300, agiert sie obendrein vor dem Hintergrund einer wirklichen Misserfolgsgeschichte. Zwar kann

Wahlergebnisse der FDP bei den Landtagswahlen 1990 bis 2014



sich die FDP in Sachsen weiterhin auf eine zwar abnehmende, doch immer noch nennenswerte Anzahl von Bürgermeistern und kommunalen Mandaten stützen. Allerdings ist das ein Erbe der LDPD, die zur Zeit der Wiedervereinigung sogar größer war als die sich mit ihr verbindende westdeutsche FDP. Doch alle ostdeutschen Landesverbände der FDP erodierten anschließend, so dass die Entwicklung der sächsischen FDP keine Ausnahme darstellt.

Zu den Ursachen dieser Entwicklung gehört, dass liberales Denken zu DDR-Zeiten weitgehend ausgetrocknet war, nach der Wiedervereinigung gerne – und durchaus diffamierend – mit dem „Neoliberalismus“ zusammengebracht wurde und außerdem seine soziale Trägerschicht verloren hatte. Selbständige Gewerbe- und Handelstreibende gab es in der späten DDR nämlich fast gar nicht mehr; die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Turbulenzen nach der Wiedervereinigung erschütterten erst recht die Stabilität potentiell gewerbebürgerlicher Schichten; und wer anschließend wirtschaftlich erfolgreich war, stand in Sachsen alsbald der CDU näher als der FDP. Bildungsbürgerliche und akademische Schichten wiederum, bis weit hinein ins Dresdner Kulturbürgertum, orientierten sich auf die GRÜNEN hin. Das alles war einer Stabilisierung der sächsischen FDP sehr abträglich. Weil aber rundum liberales politisches Denken, von der Ordnungspolitik in der Wirtschaft bis zur Befürwortung von Eigenverantwortung im persönlichen Leben, deshalb keinen klaren, nicht von anderen politischen Strömungen überlagerten politischen Ausdruck mehr findet, nimmt Sachsens Demokratie durchaus Schaden. Repräsentative Demokratie samt Marktwirtschaft ist ohne wirkungsmächtigen Liberalismus nämlich nicht auf Dauer zu haben.

### **Sachsens Parteien und ihre Leistungen für die Demokratie**

Woran aber lässt sich im Einzelnen ablesen, was Sachsens Parteien zu Sachsens Demokratie beigetragen haben? Am besten ist es, zunächst auf die Rolle der Parteien im politischen Entscheidungssystem Sachsens zu blicken, also auf die Erfüllung der Aufgaben der Landtagsfraktionen beim Zusammenwirken mit der Staatsregierung. Anschließend ist zu beurteilen, wie gut ihnen die Repräsentation des Volks gelungen ist. Gerade sich demokratisch zur Wahl stellende Parteien verbinden nämlich das auf vordemokratische Zeiten zurückgehende Repräsentationsprinzip mit dem Demokratieprinzip.

#### **Regierungsbildung**

Was ist die zentrale Aufgabe, die in Deutschland ein Parlament, und somit die Gruppe der dort

versammelten regionalen und überregionalen Parteiführer, zu erfüllen hat? Es gilt, eine Regierung ins Amt zu bringen und sie – möglichst bis zur ordnungsgemäßen Neubildung einer Regierung nach der nächsten Wahl – nicht nur im Amt zu halten, sondern auch mit verlässlicher Handlungsfähigkeit auszustatten. Dann nämlich kann ziemlich krisenfrei regiert werden, während die Regierung von der sie tragenden Mehrheit insofern kontrolliert wird, als sie gehalten ist, innerhalb der eigenen Reihen nicht mehrheitsfähige Politik zu unterlassen.

Dass die Erfüllung dieser Aufgabe gerade keine Selbstverständlichkeit ist, zeigt der Blick auf andere ehemals realsozialistische Staaten. In der – neuerdings wieder mit schlimmen Zuständen geschlagenen – Ukraine, zuvor auch in Polen, gab es lange Zeit vor allem Reibungsverluste im Zusammenwirken zwischen Parlament und Regierung. Länder wie Tschechien oder gar Rumänien hatten obendrein wiederkehrende Schwierigkeiten mit der Stabilität und Berechenbarkeit ihrer Regierungen. Und Länder wie Weißrussland und Russland lösten derlei Probleme schlicht durch die Errichtung von Machtvertikalen, das heißt durch die Wiedereinführung autoritärer Regierungsweisen. Vor diesem Hintergrund, und im Vergleich gerade mit Sachsen-Anhalt, erkennt man hier eine lobenswerte Leistung der sächsischen Parteien – zumindest jener drei, welche bislang die Chance hatten bzw. nutzten, die Staatsregierung zu stellen. Zur Zeit des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, und selbst noch bei der krisenhaften Regelung seiner Nachfolge, war Regierungsstabilität ohnehin kein Thema. Doch auch nach dem Verlust der – bis dahin die Regierungsbildung sehr erleichternden – absoluten CDU-Mehrheit fanden sich CDU und SPD trotz großer Gegnerschaft 2004 schnell zusammen und regierten stabil. Allerdings scheiterte die Neuwahl des Ministerpräsidenten Milbradt nach der Bildung dieser Koalition im ersten Wahlgang, vermutlich aufgrund „offener Rechnungen“ in den eigenen Reihen. Recht einfach war dann 2009 die Einrichtung der CDU/FDP-Koalition, die bis 2014 bestand, als die FDP den Wiedereinzug in den Landtag verfehlte. Und selbst die Bildung der CDU/SPD-Regierung im Jahr 2014, die besonders intensive Verhandlungen brauchte, war zu keinem Zeitpunkt gefährdet – weder als Ziel der Verhandlungsteams noch beim folgenden Parteireferendum in der SPD oder gar in den Reihen der CDU. Nie also verweigerten sich bislang alle denkbaren Koalitionspartner der CDU. Und aufgrund sehr klarer Wahlergebnisse war nie umstritten, von welcher Partei die Initiative zur Regierungsbildung auszugehen hatte.

Kleinere Krisen löste allein die CDU aus. Das

geschah zwar selten, doch immer dann, wenn sich in ihr die Führungsfrage neu stellte. Zum ersten Mal war dies, als Kurt Biedenkopf nach einem triumphalen Wahlsieg leichtfertig von seiner „letzten Amtszeit“ sprach, ohne dann auch erkennbar die Weichen hin auf die Nachfolge zu stellen. Zum zweiten Mal kam es so, als Georg Milbradt in der Krise um die Sächsische Landesbank erleben musste, dass sogar frühere Unterstützer aufgrund seiner – so empfundenen – Erfolglosigkeit im Wahlkampf sowie wegen seines innerparteilichen Führungsstils von ihm abgerückt waren.

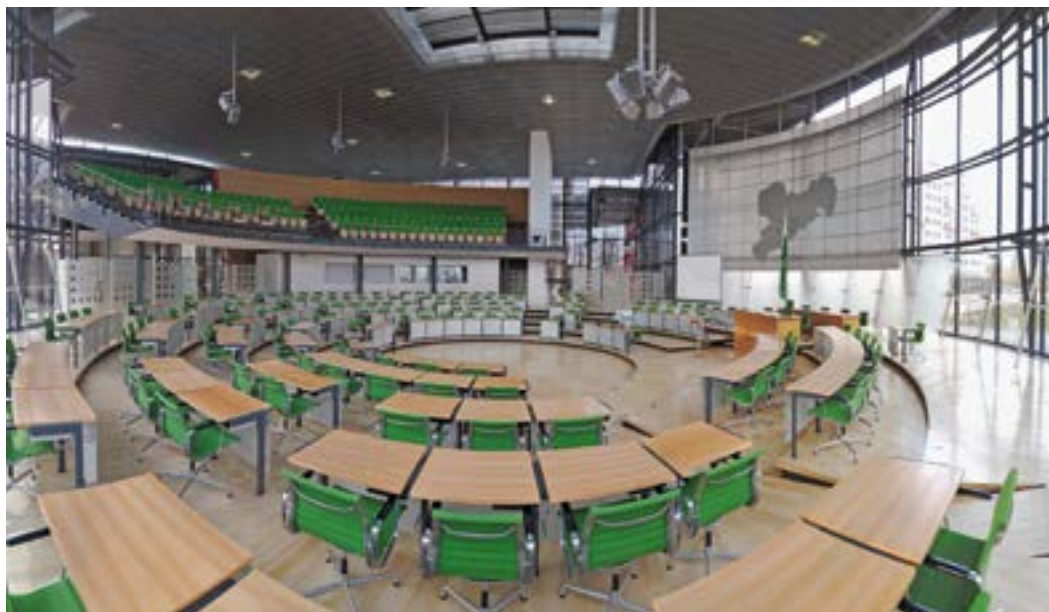
Doch abgesehen von diesen zwei kurzen Störungen haben Sachsens Parteien es nie unterlassen, eine wirklich handlungsfähige Regierung zu bilden. Obendrein haben sie es bei den Wahlen stets geschafft, die Stimmen in solcher Verteilung auf sich zu ziehen, dass Experimente in der Art Sachsen-Anhalts mit seiner tolerierten Minderheitsregierung nie erwogen werden mussten. Mit Ausnahme der Regierungsbildung von 2014 war jeweils auch schon im Wahlkampf klar, mit wem die CDU – falls nötig – eine Koalition eingehen wollte. Doch sogar damals galt es vielen als unwahrscheinlich, dass der Flirt zwischen Antje Hermenau und der CDU in eine Koalition münden würde. Deshalb wussten die Wähler stets, was sie mit ihren Stimmen bewirken und höchstwahrscheinlich nach der Wahl erhalten würden. Besser aber lässt sich Repräsentation und ein parlamentarisches Regierungssystem nicht mit Demokratie verbinden – was ohne zusammenhaltende und stark geführte Parteien nicht hätte gelingen können.

### **Regierungskontrolle**

Haben Parteien – durch geheime Ministerpräsidentenwahl im Landtag und, gegebenenfalls,

durch dem vorangehende Mitgliederentscheide und Sonderparteitage – erst einmal für die Installation einer Regierung gesorgt, so muss diese auch kontrolliert werden. Ziel der Regierungskontrolle ist es, kontinuierlich solchen Druck auf die Regierung auszuüben, der sie zu einer für das Land – und dann auch für den eigenen Einfluss – vorteilhaften Politik anhält. Natürlich nimmt die Regierungskontrolle unterschiedliche Formen je nach dem an, ob sie von einer Oppositionspartei oder einer regierenden Partei ausgeübt wird. Kontrolldruck seitens der Opposition wird nämlich vor allem über Medien und Öffentlichkeit ausgeübt, trifft aber auf mannschaftliches Abwehrverhalten seitens der Regierung und der sie tragenden Parlamentsmehrheit. Oppositionelle Regierungskontrolle ist deshalb zwar öffentlich gut sichtbar, bleibt kurzfristig – nämlich bis zum nächsten Wahlkampf – aber meist ohne ebenso gut sichtbare Folgen. Regierungskontrolle seitens der regierungstragenden Funktionen hingegen wird meist unterhalb der Schwelle öffentlicher Wahrnehmbarkeit durchgeführt, um nämlich der Opposition nicht leichtfertig Angriffsflächen zu bieten. Sie ist aber umso wirkungsvoller, je plausibler sie sich auf wirkliche Politikfehler oder reales Fehlverhalten von Regierungsmitgliedern bezieht. Allerdings wird in der Regel versucht, die aufgrund solcher Kontrolle gezogenen Konsequenzen ebenfalls unterhalb öffentlicher Wahrnehmungsschwellen zu halten. Derlei Regierungskontrolle ist somit effektiv, doch für nicht-professionelle Politikbeobachter viel schwerer zu erkennen.

PDS und SPD, neben der CDU als einzige Parteien seit 25 Jahren durchgängig im Landtag, haben ihre Kontrollaufgaben wahlweise polemisch oder konstruktiv, lautstark oder zurückhaltend, poin-



**Sächsischer Landtag  
in Dresden, Plenarsaal**  
Foto: Ralf Roletschek/  
fahrradmonteur.de

tenstüchtig oder – wie der PDS-Finanzexperte Ronald Weckesser bei seinem bundesweit aufsehenerregenden alternativen Haushaltsentwurf – mit beeindruckender Sachkompetenz versehen. Dass diese Leistung den Oppositionsparteien an den Wahltagen vergleichsweise wenig nutzen, hat ganz wesentlich damit zu tun, dass die CDU sich lange Zeit recht wenige Blößen gab. In Gestalt von Kurt Biedenkopf stellte sie sogar lange Zeit einen – wie es vielen schien – im Grunde „überparteilichen Ministerpräsidenten“, den heftig anzugreifen in Sachsens „monarchischer Republik“ wenig nutzte. Zur Zeit der Ministerpräsidenten Georg Milbradt und Stanislaw Tillich stellte sich dann wieder republikanische Normalität ein. Ein Übriges tat der Generationenwechsel bei der LINKEN, dem Pragmatiker wie Weckesser nicht nur vom Stil, sondern auch vom Politikansatz her zum Opfer fielen. Auch die GRÜNEN betrieben ein klar konfrontatives Oppositionsverhalten. Gleiches unternahm die NPD, wobei deren Opposition sich nicht selten durch Rüpelhaftigkeit und Verzicht auf parlamentarisch angemessene Umgangsformen kennzeichnete. Ganz anders nahm hingegen die 2014 neu in den Landtag gelangte AfD ihre Oppositionsrolle wahr: als konstruktive Opposition, und vor allem darauf bedacht, lieber als „bessere CDU“ denn als Nachfolgerin der NPD aufzutreten. Hingegen hat die CDU gerade zur Zeit des Ministerpräsidenten Biedenkopf ihre Kontrollfunktion nicht für sonderlich vordringlich gehalten. Die meisten teilten nämlich den Eindruck, „König Kurt“ mache die Sache schon richtig. Deshalb verstand sich die CDU-Landtagsfraktion damals eher als Unterstützungstruppe denn als kritischer Partner der Staatsregierung. Unzufrieden mit diesem Stil und mit so manchen Entscheidungen der lange Jahre allein regierenden Partei, griff dann die Wählerschaft kontrollierend-korrigierend ein: 2004 brachte sie die CDU um die absolute Mehrheit und legte ihr einen sehr weitgehenden personellen Umbruch nahe. Hinzu kam vielerlei inner-

fraktioneller Groll gegenüber dem Ministerpräsidenten Milbradt als Sieger im Machtkampf mit seinem Amtsvorgänger. Ergebnis war, dass Milbradt des Wohlwollens der CDU-Fraktion nie in gleicher Weise sicher sein konnte wie Biedenkopf. Er reagierte darauf mit intensiven Kontroll- und Abschirmungsversuchen, was seine Lage nicht wirklich verbesserte. In der kritischen Situation um die Krise der Sächsischen Landesbank herum brachte ihn dann zum Amtsverzicht, dass ihn die eigene Fraktion nicht mehr ausreichend vor dem Kontrolldruck der Opposition abschirmte. Sein Nachfolger Tillich lernte aus alledem, zeigte wenige Kanten und bot kaum mehr Angriffsflächen, achtete sorgfältig auf innerfraktionelle Absicherung und konnte deshalb solange recht reibungsarm regieren, bis die gesamtdeutsche Einwanderungskrise auch Sachsen erreichte und auch den Regierungschef nicht mehr bella figura machen ließ.

In das CDU-typische Muster seiner sehr hinnahmebereiten Regierungskontrolle durch regierungstragende Parteien fügten sich zu ihren jeweiligen Regierungszeiten auch die FDP und die SPD. Bei der SPD führt allerdings Unmut über eine „zu willfährige“ Haltung ihrer Minister während der ersten CDU/SPD-Koalition zu besonders detailreichen Koalitionsverhandlungen vor dem Eingehen der jetzt regierenden Koalition. Hingegen war die FDP so zufrieden mit ihrem Aufstieg zur Regierungspartei gleich nach ihrem großen Wahlerfolg im Jahr 2009, dass sie ihre Kontrollfunktion ziemlich vernachlässigte.

Unterm Strich ist der Freistaat Sachsen nicht schlecht regiert worden. Dazu wird neben vernünftigen Grundsätzen der Regierungsarbeit und guten Vorarbeiten der Ministerialbeamten gewiss auch die parlamentarische Regierungskontrolle beigetragen haben. Das wichtigste Zurückbleiben hinter dem Wünschenswerten an Kontrolldruck gab es seitens der für die Regierungskontrolle zuständigen Landtagsfraktionen wohl bei der

Sächsische Staatskanzlei  
in Dresden, Sitz des  
Ministerpräsidenten  
Foto: wikimedia, Norbert Kaiser



Schulpolitik. Dort tat sich nämlich ein im Grunde lange schon absehbarer Lehrermangel für die nächsten Jahre auf, vor dem zu warnen und den abzuwenden gerade die jeweils regierungstragenden Fraktionen zu wenig Ehrgeiz und politische Kraft entwickelten. Neuerdings kam mancherlei gouvernementales Versagen bei der Bewältigung der Einwanderungs- und Integrationskrise hinzu, wobei das unterschiedliche Kontrollverhalten von Sachsens Parteien sich, bemessen am bislang Üblichen, untypisch stark an ideologischen Grundüberzeugungen orientiert. Insgesamt zeigt sich, dass selbst eine mit inzwischen auch strukturell verfestigter Macht ausgestattete CDU politisch nicht machen kann, was sie will – und das ist auch gut so für Sachsens Demokratie.

### **Gesetzgebung**

Nicht schlecht sind auch die Leistungen von Sachsens Parteien bei der Gesetzgebung des Freistaates. Da eine detaillierte Würdigung notwendigerweise auf einzelne Gesetzesprojekte eingehen müsste, etwa auf das Kulturraumgesetz oder zuvor auf den Prozess der Verfassungsgebung, lassen sich hier keine Einzelheiten bilanzieren. Doch auf die wichtigste Errungenschaft muss hingewiesen werden, nämlich auf die – 2013 erfolgte – verfassungsmäßige Verankerung der Pflicht, einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen. Damit wird auf Dauer gestellt, was schon seit 2006 Staatspraxis sowie bereits zu Zeiten der für den Wiederaufbau nötigen Schuldenaufnahme ein weithin plausibles Zukunftsanliegen war: eine solide, nachhaltige Finanzpolitik. Gelingt es, sie auch weiterhin durchzuhalten und keine Ausnahmen von der verfassungsrechtlichen Hauptregel zuzulassen, so erhält sich der Freistaat auf Dauer seine Gestaltungsmöglichkeiten und erlaubt künftigen Generationen mehr, als nur auf den von den Vorgängern gelegten Gleisen weiterzufahren. Gerade das aber ist im Sinn der Demokratie. Sie läuft nämlich leer, wenn Zustände nur noch zu akzeptieren, doch nicht mehr zu verändern sind.

Weniger im Sinn der Demokratie ist es, dass von Sachsens Parteien solche Gesetzesinitiativen unsichtig genug vorbereitet und auch nicht ernsthaft genug im Landtag erörtert wurden, die einen sinnvollen Ausbau der jetzt schon verfassungsmäßig vorgesehenen Möglichkeiten der Volksgesetzgebung zum Ziel haben. Insbesondere fehlt weiterhin die Möglichkeit gesetzesaufhebender Volksabstimmungen. Deshalb landet der Streit um parlamentarisch beschlossene Gesetze auch dann beim Verfassungsgerichtshof, wenn die Kernfrage gar keine verfassungsrechtliche, sondern eine politische ist. Die aber wäre besser vom Volk als von Richtern zu beantworten. Hier haben Sachsens Parteien noch nicht den dafür nötigen Mut aufge-

bracht, im Bereich der Gesetzgebung die sächsische Demokratie auch mit direkt wirkenden Mechanismen auszustatten. Und wann immer sie ins Feld führen, plebiszitäre Instrumente öffneten solchen Demagogen die Bahn, denen die sächsische Bevölkerung auf den Leim gehen werde, geben sie stillschweigend zu, allzu wenig in die Rahmenbedingungen einer für die Herausforderungen pluralistischer Demokratie fit machenden politischen Bildung investiert zu haben. Gerade in der jetzigen Polarisierung um die Einwanderungspolitik herum kann man sich schwerlich noch länger Illusionen darüber hingeben, wie viel da misslungen ist. Demokratie braucht nun einmal mehr bürgerliche Kompetenzen, als sie die MINT-Fächer – also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik – vermitteln.

Freilich ist auch unter den jetzigen Umständen, alles in allem, die sächsische Bevölkerung nicht wirklich unzufrieden mit jener Politik, die während der letzten 25 Jahre in Gesetzesform gegossen wurde. Allerdings zeichnet sich derzeit wachsender Widerstand gegen eine Politik ab, die freilich der Bund zu verantworten, der Freistaat Sachsen – auf der Grundlage eigener Gesetzeslagen – aber gleichsam auszubaden hat: unsere recht unzulängliche Einwanderungs- und Integrationspolitik. Sie dürfte deshalb in den kommenden Jahren zu einem großen Thema gesetzgeberischer Auseinandersetzungen werden. Und je nachdem, welche Parteien dabei für oder gegen solche Forderungen eintreten, die der Bevölkerung als fair bzw. plausibel gelten, wird es bei der nächsten Landtagswahl dann zu einer Umschichtung der Machtverhältnisse kommen. Sollten dann die etablierten politischen Parteien geschwächt werden, so wäre das die Folge einer Politik, die aufgerissene Repräsentationslücken nicht durch – auch gesetzgeberisch untersetzte – Politik schließen kann oder schließen will.

### **Repräsentation**

Am schlechtesten von allen Parlamentsaufgaben wurde – nicht nur, aber auch – in Sachsen die Bindegliedfunktion von Abgeordneten und Parteien erfüllt, also die Vernetzung des politischen Entscheidungssystems hinein in die Gesellschaft. Das ist umso fataler, als gerade hier die Leistungsmöglichkeiten und Leistungsnotwendigkeiten von Parteien so gut wie gar nicht durch andere gesellschaftliche oder politische Institutionen ersetzbar sind. Eben hier findet sich denn auch die Achillesferse der sächsischen Demokratie. Allgemeine Politiker- und Systemverachtung, wie sie bei den – und im Anschluss an die – PEGIDA-Demonstrationen immer lauter und unverfrorener geäußert wurde, zeigte das unübersehbar an.

Stutzig machte schon in den frühen 1990er Jahren bei empirischen Abgeordnetenstudien das Be-

fundprofil zur ersten Generation ostdeutscher Landesparlamentarier. Im Vergleich mit ihren westdeutschen Kollegen sahen sie es nämlich als klar weniger wichtig an, auch als regionale Parteiführer zu wirken sowie durch eigene Wahlkreisaktivitäten gerade den von starken Parteien getragenen demokratischen Staat in der – ebenfalls noch im Neuwerten begriffenen – ostdeutschen Zivilgesellschaft zu verankern. Gewiss war die Zurückhaltung bei der Wahlkreisarbeit damals auch auf die weit überdurchschnittliche, ganz vordringliche parlamentarische Gesetzgebungsarbeit der Parlamentarier zurückzuführen. Doch es waren ein Großteil der Abgeordneten – zumal außerhalb der PDS – vom Karrieretyp und der Persönlichkeitsprägung her einfach keine „Parteileute“, selbst wenn gar nicht wenige zuvor schon in Massenorganisationen und Blockparteien tätig gewesen waren. In die „große Politik“ aber waren die meisten aufgrund der Sonderbedingungen der Friedlichen Revolution geraten.

Deshalb verhielt man sich – damals, nicht mehr heute! – im Wahlkreis oft recht anders als westdeutsche Abgeordnete, die wissen, dass die Basis ihrer Laufbahn genau in den dortigen Parteiorganisationen liegt. Außerdem teilten in der ersten Wahlperiode nach der Wiedervereinigung die zwar populäre, für eine Demokratie aber falsche Vorstellung, ein Abgeordneter habe am besten möglichst wenig mit einer Partei zu tun. Das aber widerspricht völlig der Rolle, die Parteien sowie Abgeordnete als regionale Parteiführer tatsächlich haben. Kern dieser Rolle ist es, der Bevölkerung ein glaubwürdig personifiziertes, durch ihre Parteien als „eingeführten Markenprodukten“ garantiertes und plural im Wettbewerb stehendes Politikangebot zu machen, es zu bewerben und bei der Bewältigung der Parlamentsaufgaben dann auch glaubwürdig in konkretes Handeln umzusetzen.

Doch nicht nur an der mitunter widerwilligen Übernahme einer profilierten Parteiführungsrolle durch die erste Abgeordnetengeneration lag es, dass in Sachsen – wie in allen neuen Bundesländern – die Parteien sich nicht so recht in die Gesellschaft einwurzelten. Das lag schon auch, wie eingangs umrissen, an der Gesellschaft selbst. Parteien wurzeln nämlich sehr stark in soziomoralischen bzw. soziokulturellen Milieus, von denen aus sie Wähler, Mitglieder und tüchtige Führer gewinnen können. Verändern sich jene Milieus oder jene gesellschaftlichen Spannungslinien, entlang derer sich diese Milieus einst politisierten, so verändern sich auch die Parteien, die beiderseits solcher Spannungslinien einst entstanden sind. Und je mehr sich solche Milieus auflösen, umso mehr verdorren überhaupt den Parteien ihre gesellschaftlichen und kulturellen Wurzeln. Dann

aber sind sie auch immer weniger in der Lage, eine lebendige Verbindung zwischen Volk und politischem System herzustellen. Durch nichts anderes aber hält man in einer repräsentativen Demokratie deren demokratische Komponente stark.

In den neuen Bundesländern mussten nun freilich – aufgrund der vielen 1990 anstehenden und höchst wichtigen Wahlen – Parteien gerade dort neu entstehen oder sich neu erfinden, wo die sie auf Dauer tragenden oder nährenden Milieus noch gar nicht bestanden oder, abgesehen vom die SED/PDS umbettenden Milieu, keine sonderliche Ausdehnung hatten. Das gab dem Parteiensystem der DDR von 1990 sowie der frühen neuen Bundesländer einen recht virtuellen, einen ziemlich vorgeblendeten Charakter. Demoskopische Studien zeigten denn auch, dass die ersten ostdeutschen Wahlentscheidungen – mit Ausnahme jener für die SED/PDS – sich gar nicht an den ostdeutschen Parteien, sondern an deren westdeutschen „Mutterfirmen“ orientierten. Also mussten – wieder abgesehen von der SED/PDS – die Parteien der neuen Bundesländer wirklich „von oben“, ja nachgerade „vom Westen“ her in die Gesellschaft hineinwachsen. Die aber bot, instabil wie sie damals war, dafür keinen guten Mutterboden. Die Folgen solcher Anfänge sind bis heute zu sehen: Ein noch viel geringerer Prozentsatz der Bürger ist überhaupt Mitglied in Parteien, nämlich nur ein Prozent im Vergleich zu rund zwei Prozent, und Parteipolitik gilt im Osten noch weniger als im Westen.

Im Übrigen haben Sachsens staatstragende Parteien vor allem zum rechten Rand hin zwei wichtige Repräsentationsaufgaben nicht ausreichend erfüllt. Erstens haben sie nicht klar genug thematisiert, was viele Leute bewegt, falls solche Themenbereiche von Verbotsschildern politischer Korrektheit umstanden waren. Und zweitens haben sie zu wenig kommunikative Führung dahingehend ausgeübt, dass der Bevölkerung erklärt worden wäre, ob und wie weit man sich selbst ohnehin schon – oder wenigstens in absehbarer Zeit – mit zwar politisch inopportunen, doch von einem nennenswerten Teil des Volks als dringlich angesehenen Problemen beschäftigen bzw. beschäftigen werde. Gerade bei der Einwanderungs- und Integrationspolitik wird das derzeit sichtbar. In solche kommunikativen Lücken aber dringen erfahrungsgemäß Protestparteien ein; und weil diese Repräsentationslücke in Sachsen nun einmal am rechten Rand besteht, müssen die immer wieder intensiven Aufwallungen des Rechtsradikalismus in Sachsen nicht wundern.

Für die Repräsentationsaufgabe der Parteien ist obendrein von Belang, dass – wie oben gezeigt – die Zahlen der Parteimitglieder in den letzten 25

Jahren sehr stark gesunken bzw. kaum gestiegen sind. Im Fall zumal der SPD, doch auch bei Bündnis 90/Grünen und FDP sind die Mitgliederzahlen gar dramatisch gering. Als Folge dessen fällt es den Parteien immer wieder schwer, die in Aussicht stehenden Mandate – zumal jene auf kommunaler Ebene – angemessen zu besetzen. Deshalb fallen sie bei zwei demokratiewichtigen Parteifunktionen besonders weit hinter das Wünschenswerte zurück: bei der Rekrutierung neuer Parteimitglieder – als jener „Personalmarkt“, auf dem faktisch die Staatsämter vergeben werden. Die Folge ist eine unzulängliche Ausschöpfung des in Sachsens Gesellschaft tatsächlich vorhandenen politischen Potentials. Das aber schadet der sächsischen Demokratie durchaus.

### Sachsens Parteien im Urteil der Bürger und die Wirklichkeit

Auch in Sachsen erkennen viele Bürger einfach nicht, ein wie großer Irrtum es ist, zwar Demokratie zu wollen, Parteien aber abzulehnen. Gemeindeutsch ist jenes aus Umfragen sattsam bekannte Muster, dass nämlich unter den politischen Institutionen besonders wenig Vertrauen gerade die Parteien genießen, desgleichen alle Institutionen, die etwas mit Parteien zu tun haben (vor allem Parlament und Regierung), dass hingegen jene anderen Institutionen besonders viel Vertrauen auf sich ziehen, die überparteilich sind wie Gerichte, Verwaltung und Polizei. Letzteres Vertrauen ist zwar an sich schön, zumal nach den Erfahrungen mit einer sozialistischen Diktatur. Es legt aber einen Grunddefekt unserer politischen Kultur offen: Ganz unzulänglich wird jene zentrale Rolle verstanden, die Parteien als Garanten von Pluralität und freiheitsermöglichendem politischen Streit spielen. Gesellen sich diesem Grunddefekt – wie in der Praxis immer wieder – auch noch Unzulänglichkeiten der Parteien bei der Personalrekrutierung, bei ihrem Finanzierungsgebaren sowie bei ihrer politischen Problemlösungsfähigkeit hinzu, dann erscheint jener Grunddefekt wie einer der Parteien selbst – und nicht wie der einer Bürgerschaft, aus der die Parteien doch hervorgehen.

Dass also in Sachsen eine gut funktionierende Demokratie gewachsen ist, desgleichen ein – verglichen mit den Parteiensystemen anderer ehemals realsozialistischer Staaten – wirklich gut funktionierendes Parteiensystem, das hierzulande also eine Erfolgsgeschichte zu verzeichnen ist: das nehmen die Sachsen entweder wie eine Selbstverständlichkeit wahr, für die man niemanden loben muss, oder umgekehrt wie eine Leistung, für die alle möglichen Instanzen und Akteure zu loben wären, doch gewiss nicht die Parteien. Dabei ist

recht unumstritten, was alles geworden und gelungen ist: ein Freistaat Sachsen, der sich mag und von seinen Bürgern im Wesentlichen mit Respekt, ja mit Stolz behandelt wird; der an seine große Geschichte in Kunst, Wissenschaft und technischer Findigkeit erfolgreich anzuknüpfen verstand; der finanzielle Spielräume hat wie kein anderes neues Bundesland und mit seiner Haushaltsdisziplin auch manchen alten Bundesländern ein Vorbild ist; dessen Städte und Dörfer wieder sehr schön anzusehen sind. Gewiss hat dieser Freistaat auch Probleme, zumal durch die demographische Entwicklung und deren, zur Zeit sehr stark in Xenophobie mündenden Neben- und Nachwirkungen. Doch wenn man das Sachsen von vor 25 Jahren in den Bezirken Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt mit dem von heute vergleicht, so kann man nur bewundern, was da geleistet wurde.

Wer aber hat das ganz konkret geleistet? Die Bevölkerung allein, oder die Wirtschaft allein, und ganz ohne jene sinnvollen rechtlichen Rahmenbedingungen für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln und voranbringende gesellschaftliche Aktivitäten, welche die Parteien über den Landtag setzten? Etwa die Staatsverwaltung allein – ganz ohne eine von Parteien getragene Regierung, die ihr zielführende Vorgaben sowie flexibel zu nutzende Spielräume gab und für die benötigten gesetzlichen Regelungen auch parlamentarische Mehrheiten organisierte? Vielleicht die Richterschaft allein, oder die Medien, oder alle jene Elitengruppen aus Kultur und Wissenschaft, die sicher auch Anteil an Sachsens blühenden Landschaften haben? – Aber wohl doch nicht ganz ohne jene sinnvollen bzw. wenigstens hilfreichen politischen Rahmenbedingungen, welche die von den sächsischen Parteien geformte Landespolitik schuf!

Unschwer ist zu erkennen: Diese guten Früchte wurden ganz wesentlich von den Politikern Sachsens ermöglicht – gerade so, wie der Ruin der DDR samt ihrer Wirtschaft eben auch ganz wesentlich von deren Politikern herbeigeführt worden war. Diese sächsischen Politiker, die Mandatsträger von der kommunalen Ebene bis hin zu Sachsens Bundespolitikern, mit Schwerpunkt bei den Landtagsabgeordneten und den jeweiligen Regierungsgliedern: sie alle sind aber zum allergrößten Teil nicht nur Parteimitglieder, sondern in der Regel auch höchst einflussreich in ihren Parteien, ja gerade die Führer ihrer Parteien von der Lokalebene bis zur Landesebene. Wer also vom Gelingen des Neuaufbaus und der Demokratie Sachsens spricht, der darf von den Leistungen der sächsischen Parteien nicht schweigen – zumindest dann nicht, wenn er denn fair urteilen will.

#### Autor

Prof. Dr. Werner J. Patzelt  
Gründungsprofessor  
des Instituts für Politikwissenschaft der TU Dresden  
TU Dresden  
Institut für Politikwissenschaft  
Lehrstuhl für  
Politische Systeme und  
Systemvergleich  
01062 Dresden

# Weniger, älter, klüger – aber nicht überall

## Betrachtungen zur Bevölkerungsentwicklung im Freistaat Sachsen seit 1990

Helge Paulig und Annett Kirschke

Seit seiner Gründung am 3. Oktober 1990 verlor der Freistaat Sachsen über 760.000 Einwohner. Mit derzeit rund 4.046.000 Einwohnern ist er aber nach wie vor das bevölkerungsreichste Bundesland Ostdeutschlands und belegt im Ranking aller Bundesländer Platz 6. Die folgenden Betrachtungen streifen die Migration, die Geburten- und Sterbefallentwicklungen, die Alters- und Geschlechtsstruktur, die formale Bildung und die Erwerbstätigkeit der sächsischen Bevölkerung. Dabei sollen sowohl die Situation Sachsens innerhalb Deutschlands betrachtet werden als auch Differenzierungen innerhalb des Freistaates.

### Zur Entwicklung der Bevölkerungszahl

#### *Wanderungsbewegungen*

Zum Zeitpunkt der Wiedereinrichtung des Freistaates 1990 prägte eine seit dem Mauerfall 1989 ungehinderte Abwanderungswelle die demographische Situation. Junge, gut ausgebildete und hoch motivierte Menschen verließen den Freistaat und suchten ihr Glück in der jetzt offenstehenden Welt, überwiegend in Westdeutschland, Österreich und der Schweiz. Diese Fortzüge wurden zum Teil nachträglich nicht erfasst und waren mit ein Grund für über Jahrzehnte regelmäßig zu hoch berechnete Einwohnerzahlen und -prognosen. Interessant ist bei diesen Wanderungen, dass sie im Saldo überproportional durch Frauen bestimmt werden. Diese waren (und sind) es auch, die kleinräumig innerhalb von Sachsen eher ihren Wohnsitz verlegen. Bis ca. zum Jahr 2000 waren dabei die Großstädte Sachsens Quellen dieser Ströme. Die Umlandgemeinden gewannen an potenten Einwohnern – in Westdeutschland seit den siebziger Jahren ein bekannter Prozess. Die Suburbanisierung wurde im gesamten

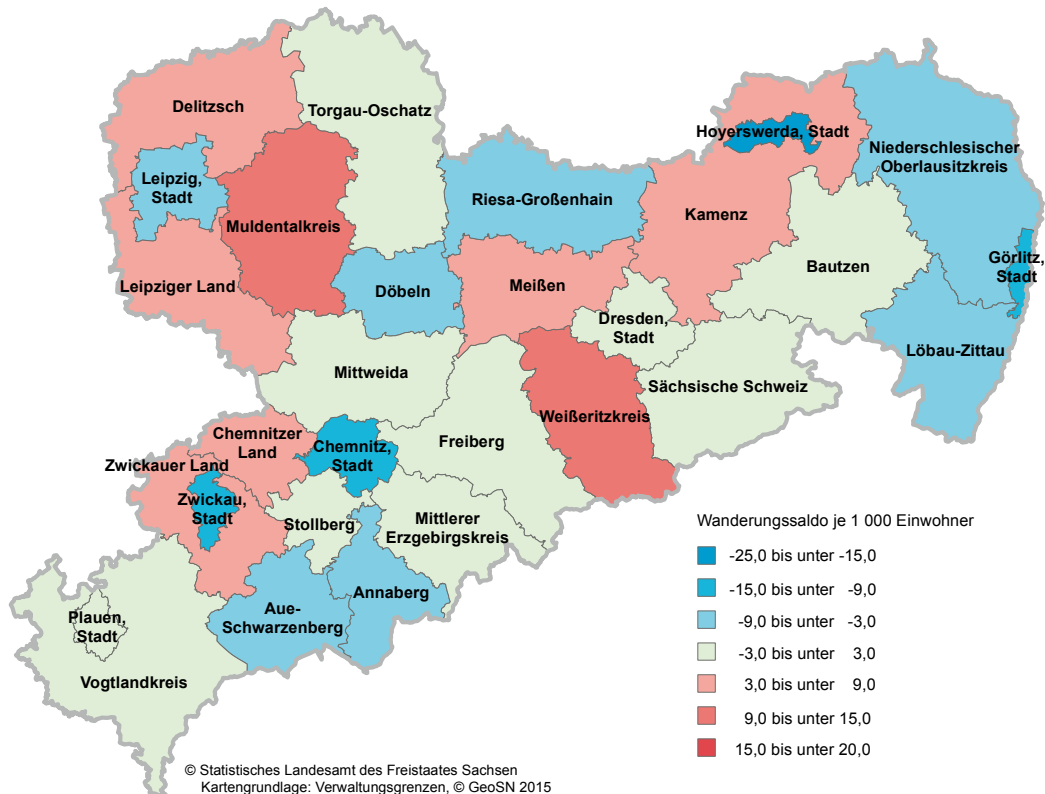
Osten Deutschlands innerhalb eines Jahrzehntes nachgeholt. Verwaltungsseitig versuchte die Staatsregierung diese Prozesse durch entsprechende Eingemeindungsgesetze in geordneten Bahnen zu lenken, starke Nachbarstädte wie Radebeul oder Markkleeberg – obwohl längst funktionaler Teil von Dresden oder Leipzig – konnte sich dieser Bestrebung erfolgreich entziehen. Einwanderung von Ausländern erfolgte kaum, da die Anziehungskraft westdeutscher, skandinavischer oder französisch- und englischsprachiger Städte deutlich überwog. Mitte der 1990er Jahre begann die Zuwanderung Westdeutscher, die in Sachsen gute Rahmenbedingungen für ihr berufliches Fortkommen erkannten und die bisher oft nur temporär in Sachsen weilten, bedeutsamer zu werden. Mit der Jahrtausendwende begann zudem eine Rückwanderungsbewegung gebürtiger Sachsen, die mit der zunehmenden wirtschaftlichen Konsolidierung im Freistaat Sachsen und damit einhergehender Verringerung der Lohn- und Gehaltsdifferenz zu den Nachbarregionen einherging.

In den Kommunalverwaltungen – wie auch in der Landesverwaltung – kaum registriert, kam der Suburbanisierungsprozess um das Jahr 2000 weitgehend zum Erliegen. Die geringeren Immobilienpreise im Umland der Zentren vermochten die notwendigen Aufwendungen, um in die Zentren zu gelangen, nicht mehr zu kompensieren. Im ersten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends begann der entgegengesetzte Prozess in Fahrt zu kommen. Die Bevölkerung des ländlichen Umlands zog die Migration in die sächsischen Zentren einer unsicheren Fernwanderung vor. Dieser Prozess hält zumindest in Leipzig, welches noch ausreichend potentielle Sanierungsgebiete besitzt, an. Für das Umland von Dresden wiederum kann eine verhaltene Renaissance der Suburbanisierung festgestellt werden, die im Ergebnis Dresdens umge-



**Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner für den Zeitraum 1991 bis 2000 nach Kreisen**

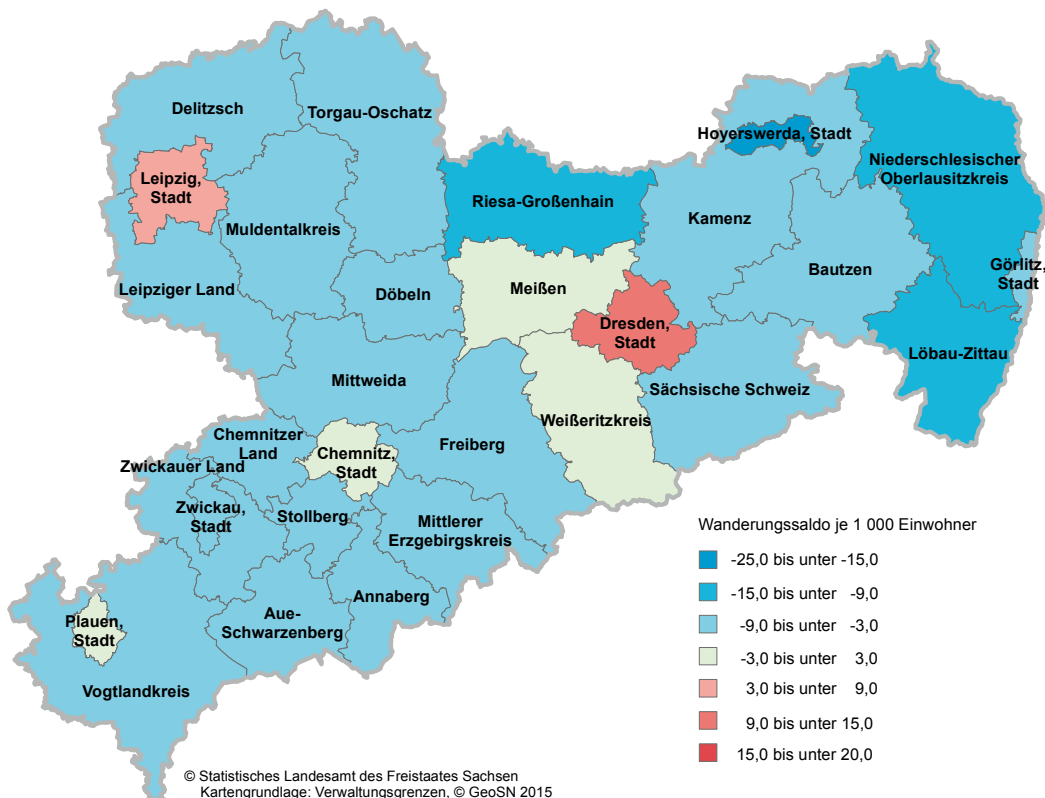
Kreisgliederung zum 31. Juli 2008



Wanderungssaldi 1991 bis 2000

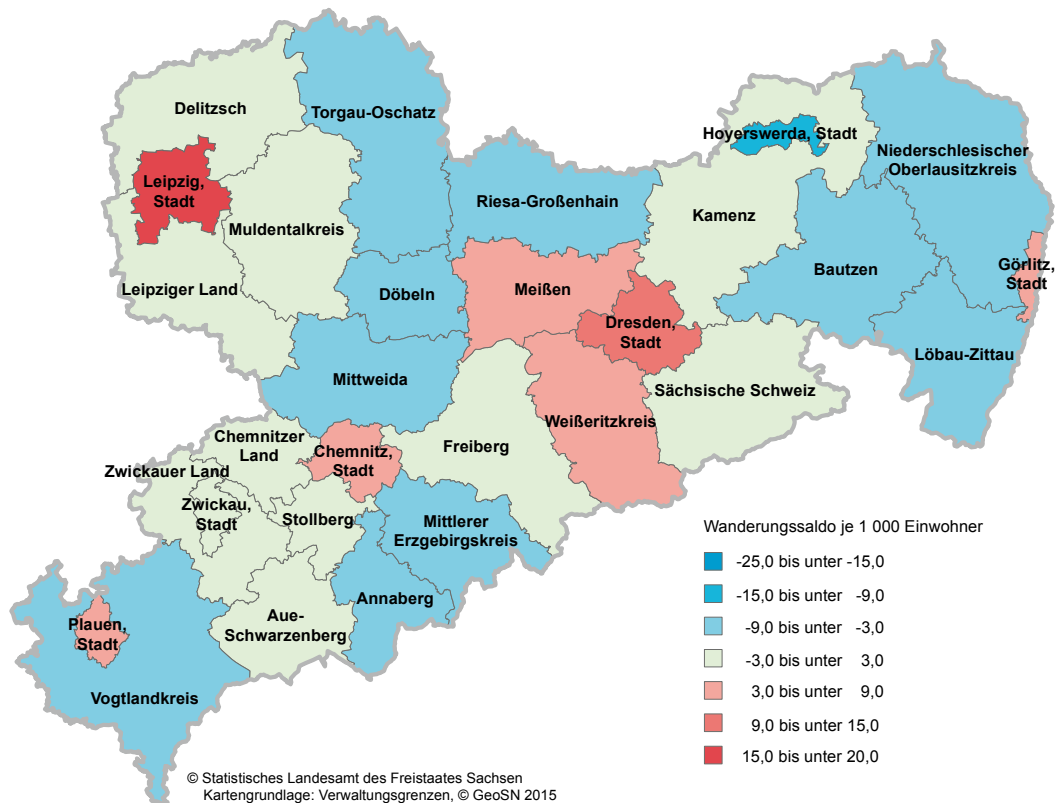
**Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner für den Zeitraum 2001 bis 2010 nach Kreisen**

Kreisgliederung zum 31. Juli 2008

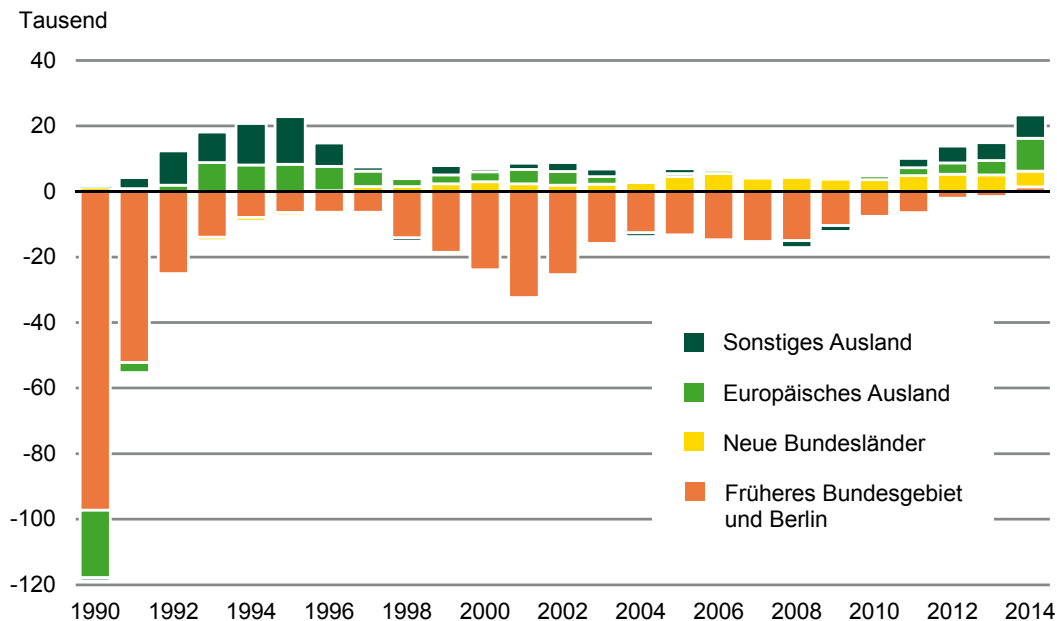


Wanderungssaldi 2001 bis 2010

Durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo je 1 000 Einwohner für den Zeitraum 2011 bis 2014 nach den Kreisen  
Kreisgliederung zum 31. Juli 2008



Wanderungssaldi 2011 bis 2015



Zu- und Fortzüge 1990 bis 2014

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

bende Städte wie Freital und Heidenau stärkt. (Vergleiche die Karten auf Basis der Kreisgrenzen bis 2008 mit Wanderungssaldi 1991-2000, 2001-2010, 2011-2014.) Die Zuwanderung von Ausländern, die aktuell die Diskussion bestimmt, wird raumstrukturell erst dann wirksam werden, wenn sächsische Gebiete für sie im Vergleich attraktiver erscheinen als andere erreichbare Ziele. Die aktuelle Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel lässt noch keine regionalkonkrete Aussage über die langfristige Wirkung dieser Zuwanderungen zu. Auf dem Wohnungsmarkt der Ballungsgebiete konkurrieren sie mit anderen Wohnungssuchenden. In Gebieten mit hohem Wohnungsleerstand ist nicht auszuschließen, dass durch die Zuzüge ethnisch homogene Wohnviertel entstehen.

### **Zur Geburten- und Sterbefallentwicklung**

Langfristige und stetige Migrationsströme verändern auf Grund der bereits dargestellten Eigenschaften der Wandernden, sie sind jünger und besser ausgebildet als der Durchschnitt der Herkunftsbevölkerung, sowohl im Herkunftsort als auch im Zielort die Bevölkerungsstruktur und in der Folge auch die Geburtenrate. Die Kinder der in den 1990er Jahren weggezogenen jungen Frauen wurden in den neuen Wohnorten geboren und beeinflussen dort das demographische Bild.

Die Zahl der Geburten steht im engen Zusammenhang mit der Altersstruktur der Bevölkerung sowie ihrer Einstellung zum Leben. Im Osten Deutschlands sank die Geburtenrate faktisch flächendeckend über mehrere Jahre hinweg auf die Hälfte des Ausgangsniveaus zur Zeit der ausgehenden DDR. Dieser Rückgang spiegelte die tiefe Unsicherheit einer breiten Gruppe der Gesellschaft und übertraf in Geschwindigkeit und Höhe alle in der sächsischen Statistik seit dem 19. Jahrhundert registrierten Entwicklungen. Zum Teil wurde der in DDR-Zeiten recht frühe Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes verschoben; auf das zweite oder dritte Kinder wurde ganz verzichtet. Die in den 1980er Jahren höhere Geburtenzahl der ostdeutschen Frauen näherte sich schrittweise der westdeutschen Situation mit weniger und späteren Geburten an. Aktuell ist die sächsische Geburtenrate etwas höher als der bundesdeutsche Durchschnitt.

Die Sterblichkeit sank im Laufe der Jahre auf Grund der verbesserten medizinischen Betreuung ebenfalls auf ein historisches Tief. Die Lebenserwartung stieg in den letzten 25 Jahren bei Frauen von 76 Jahre und 4 Monate auf

aktuell 83 Jahre und 3 Monate und bei Männern von 70 Jahren und 5 Monaten auf 77 Jahre und 4 Monate.

Trotz dieser Entwicklung nimmt in den letzten Jahren die Zahl der Sterbefälle zu. Denn jetzt kommen jene Jahrgänge in das Sterbefallalter, die zu jung waren, um im letzten Weltkrieg noch eingezogen zu werden. Oft traten sie in den ersten Jahren nach der Wiedereinrichtung des Freistaates in das Rentenalter oder den Vorruhestand ein. Da die Renten für ostdeutsche Verhältnisse in der Regel auskömmlich waren, gab es für diese Altersgruppe kaum ökonomische Gründe, das Land zu verlassen. Die jetzt erhöhte Sterblichkeitsrate ist somit ein Ergebnis der historischen Entwicklung und wird sich absehbar auf diesem Niveau stabilisieren.

### **Zur Entwicklung der Bevölkerungsstruktur**

Wanderungsbewegungen und Veränderung der Geburten- und Sterbefallzahlen führten über längere Zeit zu Änderung der Bevölkerungsstruktur. Innereuropäische Wanderungen sind durch überdurchschnittlich junge, gutausgebildete und motivierte Migranten geprägt. Die innerdeutschen Wanderungen werden in den letzten Jahrzehnten im Saldo von mehr weiblichen Wandernden bestimmt. Im Ergebnis der Wanderungen kam es zu Verschiebungen der Bevölkerungsstruktur zwischen Migrationsquell- und zielgebieten. Die Zielgebiete der Wanderungen erhalten durch den steten Zustrom von Jugendlichen einen relativ niedrigen Altersdurchschnitt; bei langjähriger Entwicklung kann durch die daraus folgende Erhöhung der Geburtenrate die Zahl der Geburten die Sterbefälle übersteigen – zum Wanderungsgewinn kommt noch ein Geburtenüberschuss (wie bei der Landeshauptstadt Dresden). Dieser „Matthäus-Effekt“ – „Denn wer da hat, dem wird gegeben werden, und er wird die Fülle haben; wer aber nicht hat, dem wird auch, was er hat, genommen werden.“ (Matthäus 25, Vers 29) – wirkt leider auch in umgekehrter Richtung: Gebiete, die stetig an Bevölkerung verlieren, in Sachsen sind dies die peripheren ländlichen Regionen, erfahren nicht nur eine Reduzierung ihrer Bevölkerungszahl. Die verbliebene Bevölkerung ist tendenziell auch älter und weniger mobil. Bei lang anhaltender und intensiver Migration stellt sich im Ergebnis nach den Wanderungsverlusten auch ein Sterbefallüberschuss ein. In Sachsen ist dieser Effekt am Beispiel der Stadt Hoy-

**Anteil der Ausländer an der Bevölkerung des Freistaates Sachsen am  
31. Dezember 2013 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**  
Gebietsstand 1. Januar 2015

Schlüsselnummer	Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Insgesamt	Deutsche	Ausländer	Anteil Ausländer an der Gesamtbevölkerung in Prozent
14 5 11	Chemnitz, Stadt	242 022	232 782	9 240	3,8
14 5 21	Erzgebirgskreis	351 309	347 808	3 501	1,0
14 5 22	Mittelsachsen	314 591	309 651	4 940	1,6
14 5 23	Vogtlandkreis	233 970	230 654	3 316	1,4
14 5 24	Zwickau	327 062	322 126	4 936	1,5
14 6 12	Dresden, Stadt	530 754	508 191	22 563	4,3
14 6 25	Bautzen	308 350	304 978	3 372	1,1
14 6 26	Görlitz	262 168	256 439	5 729	2,2
14 6 27	Meißen	243 716	240 333	3 383	1,4
14 6 28	Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	245 939	242 225	3 714	1,5
14 7 13	Leipzig, Stadt	531 562	502 719	28 843	5,4
14 7 29	Leipzig	257 596	254 664	2 932	1,1
14 7 30	Nordsachsen	197 346	194 129	3 217	1,6
<b>14</b>	<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>4 046 385</b>	<b>3946 699</b>	<b>99 686</b>	<b>2,5</b>

© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

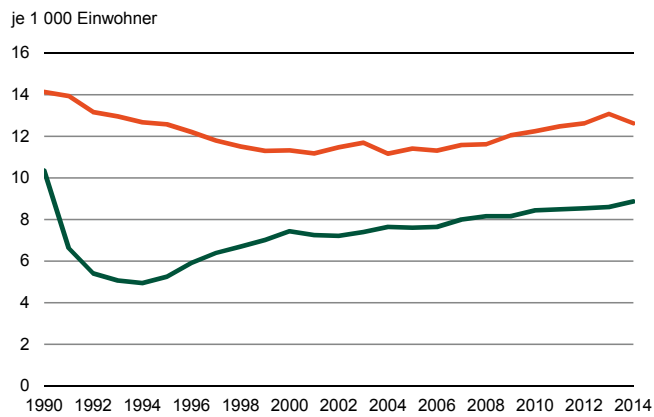
**Anteil der Frauen an der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 35 Jahren des  
Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2013 nach Kreisfreien Städten und  
Landkreisen**

Gebietsstand 1. Januar 2015

Schlüsselnummer	Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 35 Jahren			Anteil der Frauen an der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 35 Jahren
		insgesamt	männlich	weiblich	
14 5 11	Chemnitz, Stadt	46 892	25 110	21 782	46,5
14 5 21	Erzgebirgskreis	50 317	27 081	23 236	46,2
14 5 22	Mittelsachsen	48 171	26 481	21 690	45,0
14 5 23	Vogtlandkreis	33 137	17 685	15 452	46,6
14 5 24	Zwickau	48 582	25 851	22 731	46,8
14 6 12	Dresden, Stadt	133 920	69 958	63 962	47,8
14 6 25	Bautzen	44 165	23 896	20 269	45,9
14 6 26	Görlitz	36 323	19 415	16 908	46,5
14 6 27	Meißen	34 977	18 720	16 257	46,5
14 6 28	Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	35 608	18 688	16 920	47,5
14 7 13	Leipzig, Stadt	134 643	66 731	67 912	50,4
14 7 29	Leipzig	35 795	18 818	16 977	47,4
14 7 30	Nordsachsen	29 094	15 712	13 382	46,0
<b>14</b>	<b>Freistaat Sachsen</b>	<b>711 624</b>	<b>374 146</b>	<b>337 478</b>	<b>47,4</b>

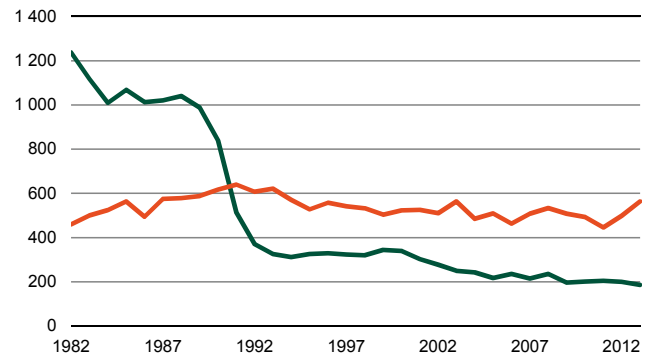
© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

**Lebendgeborene und Gestorbene je 1 000 Einwohner im Freistaat Sachsen 1990 bis 2014**



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

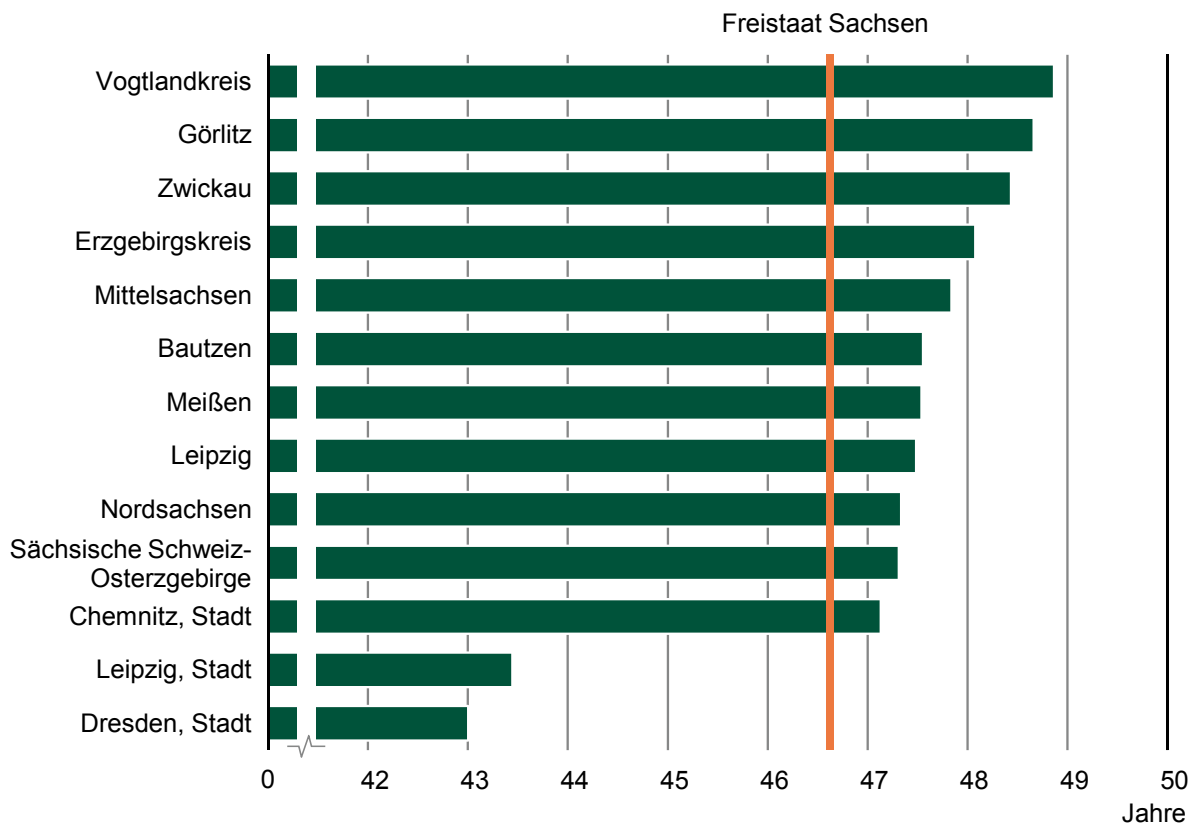
**Lebendgeborene und Gestorbene in Hoyerswerda, Stadt 1982 bis 2014**



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

■ Gestorbene  
■ Lebendgeborene

**Durchschnittsalter der Bevölkerung im Freistaat Sachsen am 31. Dezember 2013 nach Kreisfreien Städten und Landkreisen**



© Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

erswerda nachzuverfolgen, die in der ausgehenden DDR noch einen Geburtenüberschuss aufwies. So wurden 1989 hier 400 Geburten mehr als Sterbefälle gezählt, 2013 gab es dagegen 377 Sterbefälle mehr als Geburten. Sachsen ist mit 46,6 Jahren nach Sachsen-Anhalt und Thüringen das Land mit dem dritthöchsten Altersdurchschnitt der Bevölkerung.

In Sachsen sind derzeit vor allem die Großstädte für Zuwanderer attraktiv. Sie zeichnen sich durch ein breites Arbeitsplatzangebot aus, wodurch sie sowohl mit Menschen ohne Ausbildung wie auch solche mit hoher Qualifikation anziehen – letztere profitieren von den höheren Pro-Kopf-Verdienstmöglichkeiten.

Auffallend ist, dass die Frauen die Großstädte weiterhin als Wanderungsziel wählen und dort auch wohnen bleiben. Dies führt zu einem höheren Frauenanteil. Männliche Wandernde zieht es dagegen oft wieder zurück aufs Land.

Der Freistaat Sachsen ist neben dem Land Brandenburg Heimat des Volkes der Sorben – einer der vier autochthonen Minderheiten, die in Deutschland leben. Da das Bekenntnis zum sorbischen Volk frei ist, erfolgte und erfolgt keine statistische Erfassung der Volkszugehörigkeit. In Sachsen sprechen die Sorben der Oberlausitz überwiegend Obersorbisch – eine dem tschechischen nahestehende Sprache. Obersorbisch wird im sorbischen Siedlungsgebiet in mehreren Schulen als Unterrichtssprache verwendet, aber auch als Fremdsprache gelehrt. Die Zahl der Sorbischler (mit Sorbisch als Muttersprache oder Zweitsprache) entwickelte sich an den Grundschulen von 1.370 Schülern im Schuljahr 1993/94 über 594 im Schuljahr 2001/2002 auf 835 im vergangenen Schuljahr 2014/2015 und spiegelte damit in etwa die allgemeine Bevölkerungsentwicklung wider. Die Zahl der Gymnasiasten betrug in den genannten Schuljahren 360, 398 und 383. Die demographische Entwicklung der sorbische Bevölkerung folgte damit in den groben Tendenzen der allgemeinen Entwicklung, wenn auch auf Basis einer regional höheren Geburtenrate als im Umland.

## Regionale Differenzierungen

Die kleinräumige Bevölkerungsentwicklung kann grob in drei Muster gruppiert werden, die regional wie folgt untergliedert sind:

1. die Großstädte Dresden und Leipzig,
2. Chemnitz und größere Mittelstädte im ländlichen Raum sowie kleine Städte in unmittel-

barer Nähe zu den Großstädten oder an Verkehrsachsen,

3. ländliche Siedlungen in großer Entfernung zu Großstädten, ländlichen Zentren sowie Verkehrsachsen.

Für die genannten Räume gelten jeweils differenzierte Verflechtungsmuster, die sich im Detail aber auch innerhalb der Gruppen unterscheiden können.

Dresden ist die „Geburtenhauptstadt“ Deutschlands und hat sowohl bei der Zahl der Geburten als auch mit der Gesamtbevölkerung seinen Partner im sächsischen Dualismus – Leipzig – leicht überholt. Die geographische Lage der Städte, aber auch ihre im öffentlichen Verkehr, Bildung, Kultur und Sozialem wohl organisierten bürgerlichen Gemeinschaften bieten einen attraktiven Rahmen für auf innovative und hochqualifizierte Arbeitskräfte ausgerichtete Wirtschaftsansiedlungen, die in Universitätsnähe auf gut ausgebildete Fachkräfte hoffen können. Die Stadtstruktur Leipzigs erscheint in ihrer innerstädtischen Differenzierung ausgeprägter als in Dresden.

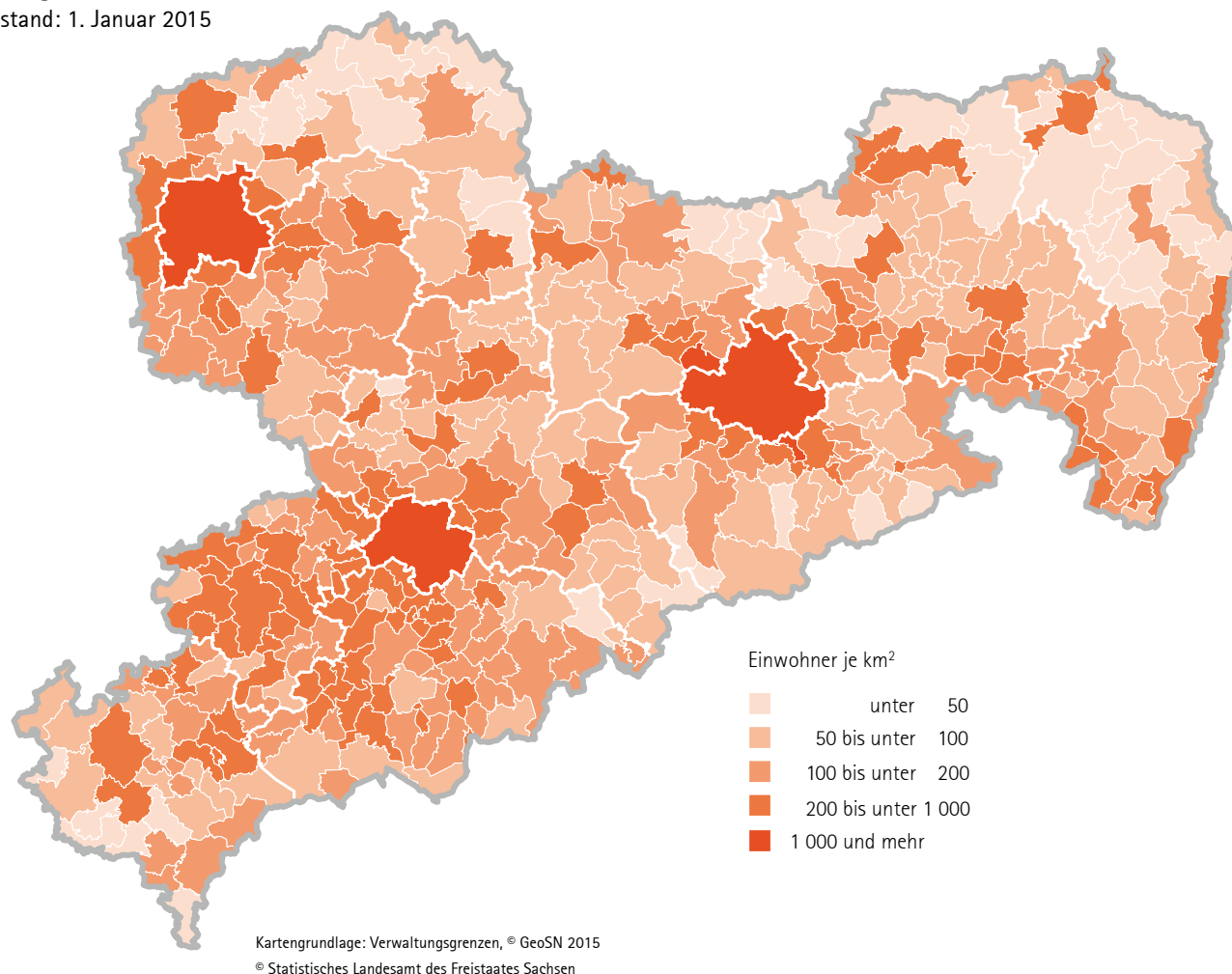
Beide Städte begleiten ihre Bevölkerungsentwicklung mit dem notwendigen Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur.

Insgesamt prägen beide Städte sowohl den Freistaat als auch das Bild des Freistaates in der Welt und sind Impulsgeber für innovative Entwicklungen im Lande. Die Umlandfunktion beider Städte wirkt im Radius von ca. 50 km deutlich, zum Teil über die Landesgrenzen hinaus. In beiden Städten sind absehbar weitere Neubauten von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur notwendig.

Chemnitz entwickelte sich im „Windschatten“ von Leipzig und Dresden auch in den vergangenen Jahrzehnten weniger spektakulär, aber solide. Die stärker mittelständisch geprägte Wirtschaft der Stadt und ihres Umlandes vermochte keinen mit Leipzig oder Dresden vergleichbaren Zuzug auszulösen. Gleichwohl wurden in der Entwicklung der sozialen Infrastruktur Fortschritte erzielt, die den Vergleich zu Leipzig und Dresden nicht scheuen müssen. Weitere große Mittelstädte im ländlichen Raum wie Plauen und Zwickau, Freiberg, Annaberg, Meißen, Mittweida, Riesa, Torgau, Bautzen und Görlitz – um nur einige zu nennen – bieten ihren Einwohnern und denen ihres Umlands ein attraktives infrastrukturelles Angebot. Diesen Zentren gelang es in den vergangenen gut zehn Jahren, die Wegzüge ihrer Umlandgemeinden auf sich zu konzentrieren und den

## Bevölkerungsdichte im Freistaat Sachsen 2013

Gebietsstand: 1. Januar 2015



anhaltenden Wanderungsverlust zu stoppen bzw. zu verringern. Sie besitzen damit zum einen eine Entlastungsfunktion für die Großstädte, zum anderen besitzen sie im ländlichen Raum eine Ankerfunktion, um höherwertige Infrastrukturangebote in relativer Nähe zu erhalten.

Trotz der inneren Differenzierung der demographischen Entwicklungen ist Sachsen auch weiterhin das dichtbesiedelste östliche deutsche Bundesland mit dem dichtest besiedelten Mittelgebirge Europas.

Die ländlichen Gemeinden, die sich weit entfernt von den Großstädten des Landes, aber auch den Kreisstädten und die sie verbindenden Achsen befinden, werden wahrscheinlich auch weiterhin die Quelle der Bevölkerungszunahme der sächsischen Zentren sein.

Auf Grund der insgesamt hohen Bevölkerungsdichte im Freistaat ist absehbar auch weiterhin die infrastrukturelle Versorgung gesichert, wengleich im Einzelfall insbesondere in den

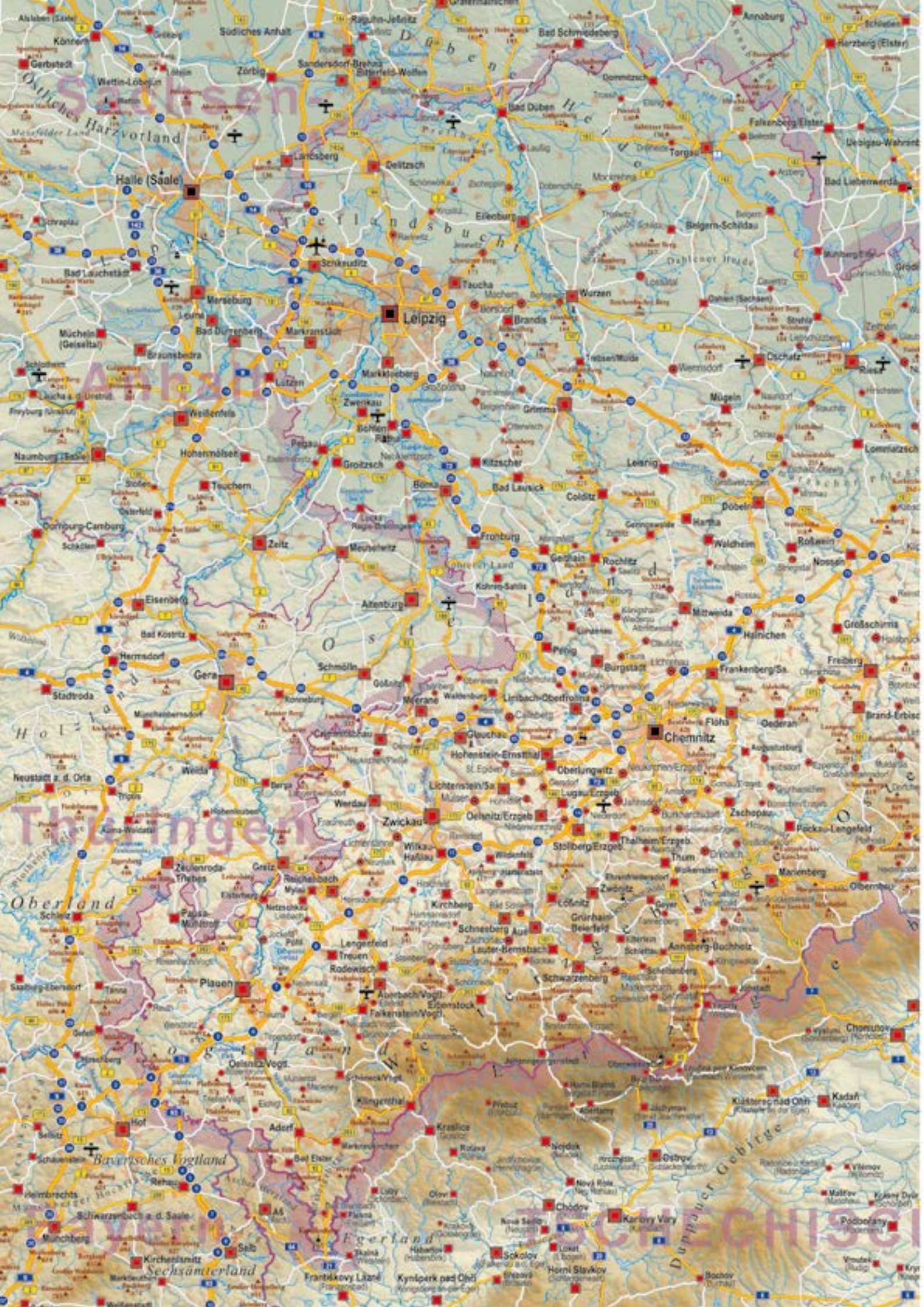
geringer besiedelten Gebieten auch angepasste Lösungen – sei es der jahrgangsübergreifende Unterricht an den Grundschulen oder der verstärkte Einsatz von Gemeindeschwestern – notwendig sein werden. Gemeinden in dieser Region weisen in Folge der Wanderungssaldi tendenziell einen Männerüberschuss auf, der durch verstärkte Angebote attraktiver Frauenarbeitsplätze ausgeglichen werden sollte. Die Sicherung der vorhandenen Hochschuleinrichtungen und Landeseinrichtungen mit innovativer Ausstrahlung wie auch eine gute Anbindung des Raumes sowohl für den Individualverkehr als auch dem öffentlichen Personennahverkehr zu den Zentren können auch zukünftig die Grundlage für eine stabile Bevölkerungsentwicklung fern der sächsischen Zentren sein.

Ob Peripherie oder Zentrum – der Freistaat bietet in jedem Teilraum neben einer soliden infrastrukturellen Grundausstattung Besonderheiten, die den spezifischen Reiz ausmachen und die erhalten bleiben sollten.

**Autoren**

Dr. Helge Paulig  
Referent im Sächsischen  
Staatsministerium  
für Kultus

Annett Kirschke  
Mitarbeiterin im  
Statistischen Landesamt  
Sachsen







# Freistaat Sachsen

Gemeinde	Stadt	Einwohner	Verkehr	Gewässer	Geländepunkte
●	■	1000	— Bundesautobahn	— Fluss	⬆️ Berggipfel
●	■	2500	— Anschlussstelle	— Schleuse	⬆️ Aussichtsturm
●	■	5000	— Bundesstraße	— Kanal	⬆️ Bismarckturm
●	■	10000	— Staatsstraße	— See, Teich, Stausee	⬆️ Sendemast
●	■	25000	— Eisenbahn	— Grenzen	⬆️ Leuchtturm
●	■	50000	— Internationaler Flughafen	— Staatsgrenze	⬆️ Kühlturm
●	■	100000	— Regionaler Flughafen	— Landesgrenze	
●	■	500000	— Binnenhafen		
■	■		— Quellen		

Quellen: - © GeoBasis-DE / BKG 2015 (Daten verändert)  
 - Daten z. T. von OpenStreetMap - Veröffentlicht unter ODbL  
 - eigene Erhebungen

# Sachsen in neuer Gestalt

## Zur Verwaltungsgliederung Sachsens 1990 bis 2015

Jens Baumann

Bei der Abfassung des Aufsatzes griff der Autor auf eine eigene mehrjährige Untersuchung zurück. Vgl. Jens Baumann: Handlungsstrategien im Rahmen der Kreisgebietsreform – am Beispiel von Kreissitzbestimmung und Zentralitätsausgleich im Freistaat Sachsen. Dresden 2005; Jens Baumann: Der Neuzuschnitt der Landkreise in Sachsen – Anfang ohne Ende? In: Neues Archiv für sächsische Geschichte 78 (2007), S. 341-354.

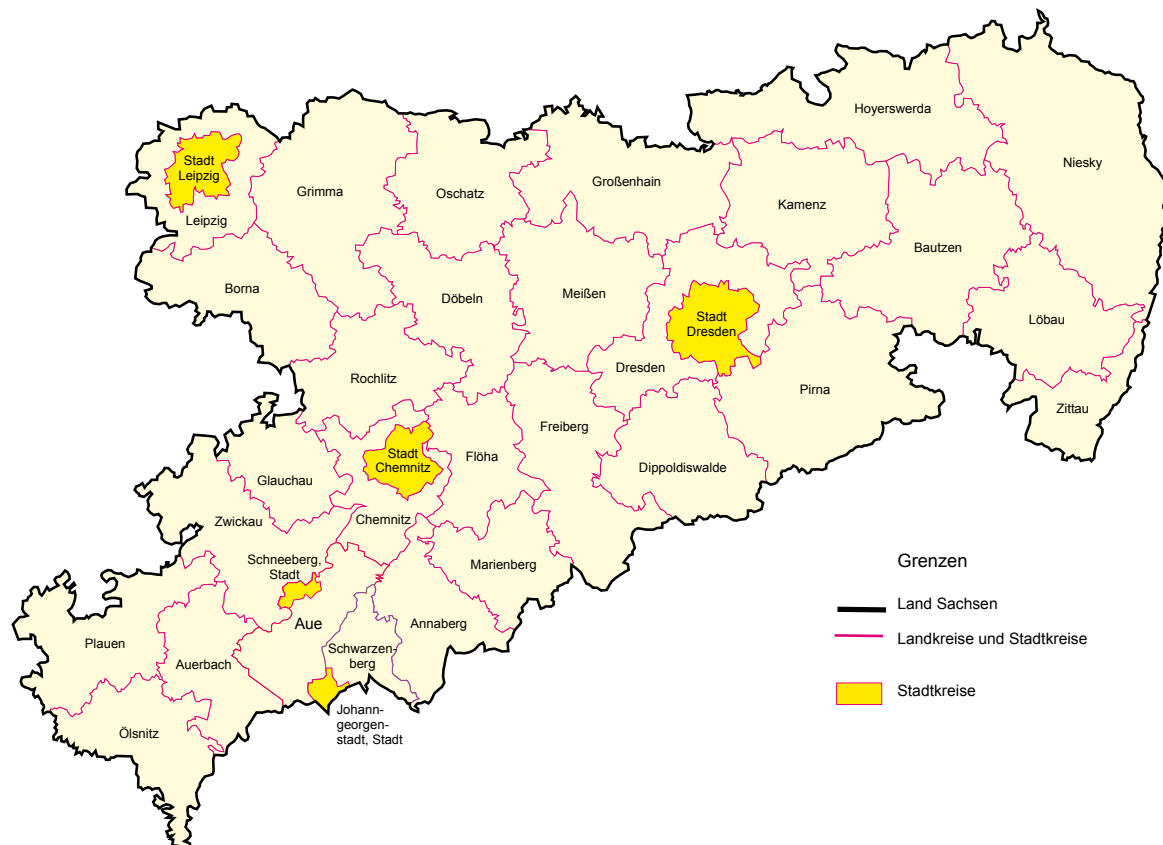
### Herrsche und teile

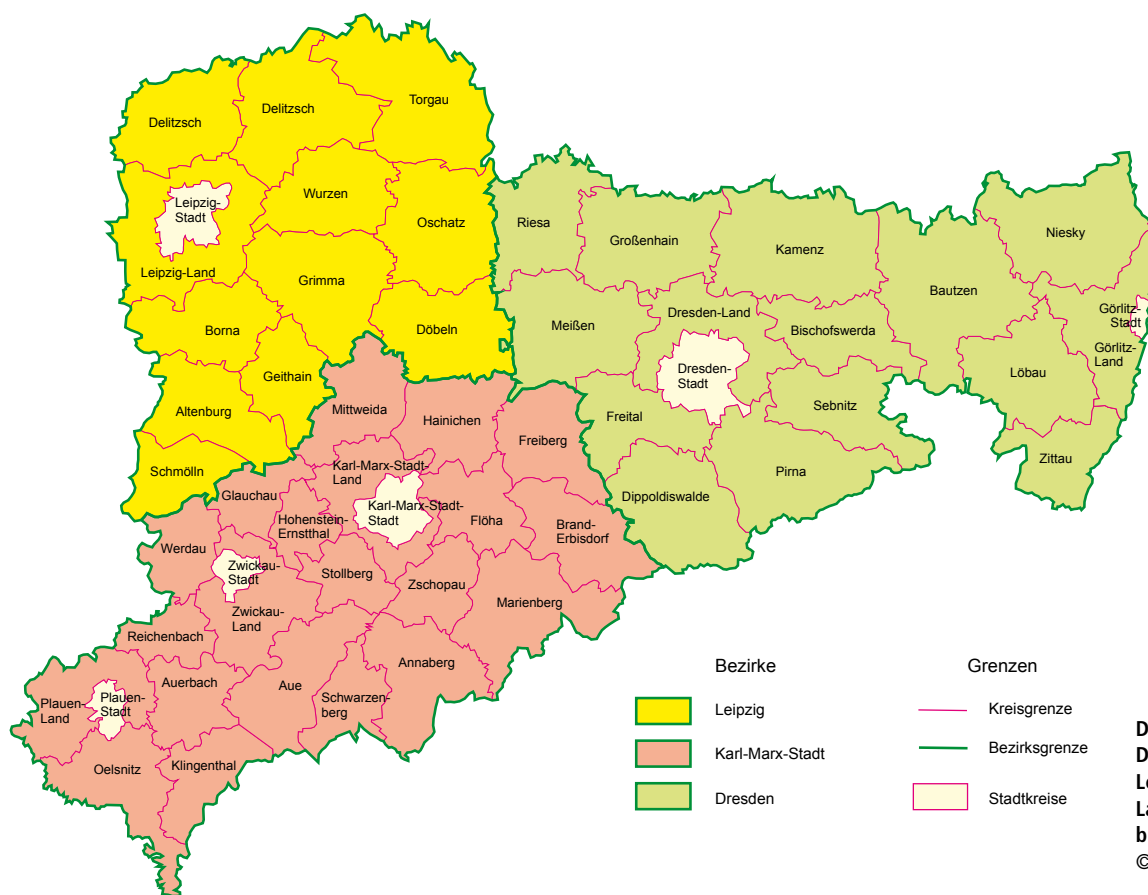
Dieses – wenngleich umgestellte – Bonmot führt uns verschiedene, sich reibende Aspekte der Raumbeherrschung vor Augen. Räume sind, neben wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Komponenten, rechtlich geprägt und administrativ gegliedert. Um Anspruchskonflikte beherrschen zu können, wurden Räume schon immer abgesichert: sei es militärisch, durch wirtschaftliche Garantien, politische Handlungsmuster, Bevölkerungsansiedlungen oder -verlagerungen. Gerade die Grenzziehungen sind veraltungspolitisch bestimmt. Nach Søren Kierkegaard ist jede Grenze eine „wollüstige Versuchung“, diese Grenze zu überschreiten, was illustriert, dass Grenzen keineswegs für die Ewigkeit gesetzt, sondern vielmehr Auslöser für grenzüberschreitende Aktivitäten sind, die diese Grenzen letztendlich selbst in Frage stellen. Werden Grenzen infrage gestellt, wird gleichzeitig auch Identität gefährdet, wie Christoph Waack<sup>1</sup> nachwies, denn bei der Bil-

dung von Nationalstaaten wurde „das Eigene, im Individuellen, wie im Kollektiv, abgeschlossen gegen das Fremde. Für die politischen Akteure ist damit ein Hauptziel ihrer Tätigkeit erreicht. Die territoriale Eindeutigkeit ihres politischen Machtbereichs und damit die auf diesem Gebiet lebende Bevölkerung stehen somit außer Frage. Damit wird ein Gefühl der Sicherheit produziert, das von der Bevölkerung nachgefragt wird. Ohne dieses agreement wäre eine nationalstaatliche Ordnung nicht denkbar.“

Diese These wird im Folgenden vor allem auf die Ebene der Landkreisreform übertragen – mit der Fragestellung, ob eine Kreisbevölkerung als geistig-handlungsmotivierendes Konstrukt auftritt, um Besitzstände wie Kreisgebiet oder Kreisstadt zu verteidigen. Kreisstädte sind Symbol räumlicher Einheiten und beziehen die regionalen Aktivitäten politischer, wirtschaftlicher, veraltungstechnischer und kultureller Art auf sich. Die Betonung kultureller Eigenheiten und die Suche nach

Land- und Stadtkreise in Sachsen 1945 bis 1952  
© Andreas Oettel





**Die drei sächsischen Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig mit ihrer Gliederung in Land- und Stadtkreise 1952 bis 1990**

© Andreas Oettel

Identitäten lassen sich gleichsam als Gegenbewegung zur Globalisierung verstehen und werden gerade dort gestärkt, wo sie bislang als nicht notwendig erschienen. „Globalisierung“ ist mithin nur das Gegenstück von „Lokalisierung“.

Im Zuge der Herrschaftsverdichtung, der Ansammlung von Rechten und Besitz, von Titeln, Ämtern und Würden, kam es in Sachsen zu einer Gebietsverwaltung, die sich an historischen Räumen orientierte. Auf dem Gebiet des Kurfürstentums Sachsen gab es seit 1527 vier, seit 1553 sieben Kreise (jeweils mit mehreren Ämtern); daneben verschiedene Stifte und Herrschaften. Das spätere Königreich Sachsen teilte sich in Kreishauptmannschaften (Bautzen, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Zwickau), die sich wiederum in Amtshauptmannschaften (z. B. Bautzen, Kamenz, Löbau, Zittau für die Kreishauptmannschaft Bautzen) untergliederten. Seit 1938 wurde für die bis dahin gültige Bezeichnung „Amtshauptmannschaft“ nach preußischem Vorbild der Begriff „Landkreis“ oder „Kreis“ verwendet. Aus den „Kreishauptmannschaften“, den Mittelbehörden, wurden „Regierungsbezirke“. Die 29 Landkreise sowie bis zu acht Stadtkreise bestanden bis 1952. Das vorgenannte Prinzip „herrsche und teile“ erfuhr dann in der DDR eine besondere Ausprägung: Die Vorbereitung der Länderauflösung über das „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staat-

lichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952“ führte zu einer Aufteilung der Arbeit der Landtage und Regierungen auf Bezirke und damit zu einer Mehrung und Verkleinerung der Verwaltungsgebiete bzw. einer funktionalen Aufwertung vor allem der mittleren Verwaltungsinstanzen. Gerade die Verkleinerung, bezüglich der Kreise in Sachsen fast Verdopplung der Verwaltungseinheiten überrascht, denn auch für die DDR hatten Fragen der Wirtschaftlichkeit und der Verfügung über ausreichende qualifizierte Arbeitskräfte einen hohen Stellenwert. Noch gewichtiger war aber eben das „teile“, nämlich die Erfordernis des „demokratischen Zentralismus“ respektive die dem SED-Staat unumgängliche Anleitung und Kontrolle.<sup>2</sup> So spielten sicherheitspolitische, verkehrstechnische und geographische, kaum jedoch traditionelle Aspekte eine entscheidende Rolle.<sup>3</sup> Gerade traditionelle Aspekte schienen ein Hindernis für eine sozialistische Arbeiter- und Bauernklasse zu sein. Historische Verwaltungssitze wurden durch neue Bezirksstädte ersetzt und so gleichzeitig „neue Zentren der Arbeiterklasse“ geschaffen.

Was für die Bezirke galt, galt konsequenterweise auch für die Kreise: aus 121 Landkreisen wurden in der DDR 194, daneben erhöhte sich die Zahl der Stadtkreise von 22 auf 23. Für die drei Bezirke Dresden, Karl-Marx-Stadt und Leipzig formierte man 52 Land- und acht Stadtkreise, die bis zum

- 1 Christoph Waack: ‚Regionen‘ an Staatsgrenzen und ‚Grenzregionen‘. Ein Beitrag zur Diskussion konzeptioneller Elemente einer geographischen Grenzregionsforschung im östlichen Europa. In: Horst Fassel/Christoph Waack (Hrsg.): Regionen im östlichen Europa. Kontinuitäten, Zäsuren und Perspektiven. Tübingen 2000, S. 169-185.
- 2 Günter Püttner/Albrecht Rösler: Gemeinden und Gemeindeform in der ehemaligen DDR. Zur staatsrechtlichen Stellung und Aufgabenstruktur der DDR-Gemeinden seit Beginn der siebziger Jahre. Zugleich ein Beitrag zu den territorialen Veränderungen der Gemeinde- und Kreisgrenzen in der DDR. Baden-Baden 1997, S. 28.
- 3 Henning Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischem Modell 1945–1952, Stuttgart 1995, S. 89; Frank Richter: Ökonomische Hintergründe der Verwaltungsreform von 1952 in der DDR. Dresden 1999, S. 26, räumt dem historischen Aspekt einen etwas höheren Stellenwert ein.

Ende der DDR bestehen blieben. Eine Verwaltungskostenenkung – Grundprämisse jeder „modernen“ Gebietsreform – konnte also wohl kaum Ziel dieser Strukturreform gewesen sein. Henning Mielke erklärt die aus heutiger Sicht widersinnige Gliederung mit der absoluten „Gläubigkeit der SED-Spitze, dass sich mit der Durchsetzung des ‚demokratischen Zentralismus‘ eine tiefgreifende qualitative Verbesserung der Verwaltung einstellen würde, vermittels derer ein größerer Apparat mit weniger Personal betrieben werden konnte.“ Folge dieser Gebietsreform der DDR war u. a., dass die Kreisstädte an Bedeutung bei der zentralen Planung, Investitionsvergabe und Versorgung gewannen; die Kreisbevölkerung identifizierte sich in diesen Fragen zunehmend mit ihrer Kreisstadt; ein Umstand, der nach 1990 zum Tragen kam und nicht zuletzt ein Zeichen dafür ist, in welchen Zeiträumen sich aus verordneter Identität eine selbstbewusste (ansatzweise) bilden kann.

Mit den Planungen zur Gebietsreform in Sachsen ab etwa 1991 mit dem Ziel einer Vergrößerung und damit Stärkung der Landkreise wurde Identität im Sinne von Bindung an den Verwaltungsstandort gefährdet. Somit trat auch der Zielkonflikt zwischen Effizienz und Integration hervor: Waren die Kommunen gerade doch erst durch die Kommunalwahlen 1990 in ihrer Selbstverwaltung und Identität aufgewertet worden, so sollten sie kurz darauf nach Effizienzgesichtspunkten vergrößert und also zusammengefasst werden. Dies musste als Bedrohung der eigenen Identität aufgefasst werden; Verlustängste, die an negativen Entwicklungsbedingungen festgemacht wurden, waren vorgezeichnet.

So war der Kampf um den Kreissitz erwartungsgemäß ein wesentliches Element vor allem der ersten Kreisgebietsreform auch in Sachsen. Die Bedeutung des Kreissitzes machte der damalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion wie folgt deutlich: „Bei den Streitpunkten – mit Ausnahme des Vogtlandes – geht es fast immer nur um die Frage des Kreissitzes.“<sup>4</sup>

## Die Kreisgebietsreformen im Freistaat Sachsen

### *Reform 1991 bis 1994*

Mit dem Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 wurden bereits durch die DDR zum 14. Oktober 1990 (durch den Einigungsvertrag vom 31. August 1990 wurde das Datum dann auf den 3. Oktober geändert) fünf Länder gebildet und die Bezirke abgeschafft. Das Land Sachsen entstand durch Zusammenlegung der Bezirksterritorien Dresden, Karl-Marx-Stadt/Chemnitz und Leipzig ohne die Kreise Altenburg und

Schmölln und zuzüglich der Kreise Hoyerswerda und Weißwasser. Freistaat wurde Sachsen erst seit dem 6. Juni 1992 durch das Inkrafttreten der im Sächsischen Landtag verabschiedeten Verfassung; Sachsen verbindet mit dieser Begriffswahl sehr alte staatliche Traditionen.

Bereits im Protokoll der 6. Sitzung des Sächsischen Landtages vom 13. Dezember 1990 tauchte der Gedanke einer notwendigen Gebietsreform auf dem Territorium des Freistaates Sachsen auf. Die Reformnotwendigkeit wurde im „Denkmodell des Sächsischen Staatsministeriums des Innern vom 14. November 1991“ mit dem landespolitischen Ziel einer modernen, leistungsfähigen und gestärkten kommunalen Selbstverwaltung begründet. Überwunden werden sollten insbesondere:

- die zu geringe Größe der Landkreise, denn fast die Hälfte aller Landkreise hatte weniger als 60.000 Einwohner – als Zielgröße galten fortan 125.000 Einwohner
- ihre zu geringe Leistungsfähigkeit, wobei Einwohnergröße und Leistungsfähigkeit weitgehend gleich gesetzt wurden
- eine Durchschneidung gleichartiger Siedlungs- und Wirtschaftsgebiete – der Ausbau einer öffentlichen Infrastruktur als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und die Lösung der Stadt-Umland-Problematik sollten insbesondere durch die Bildung von Sektoralkreisen gelingen; zugleich sollte zur Stärkung strukturschwacher Randgebiete der bisherige Kreissitz dort im Sinne des Prinzips der Solidarität im Raum verbleiben
- die Zerstörung gewachsener Gliederungen der traditionellen und bewährten Amtshauptmannschaften – die Kreisfreien Städte sollten eine Bestandgarantie erhalten, aber nicht zugleich auch Kreissitz werden.

Intendiert wurde damit, dass der dann größere Landkreis die bürgernah zu verwaltenden Aufgaben selbst bewältigen sollte, was nicht zuletzt als Voraussetzung für eine Funktionalreform im Sinne einer grundsätzlichen Aufgabenneuordnung zwischen kommunaler und staatlicher Ebene gesehen wurde. Doch obwohl an die traditionellen Amtshauptmannschaften gedanklich angeknüpft werden sollte, sollte gerade das Traditionsverständnis (Amtshauptmannschaft oder DDR-Kreisstadt), genährt durch das Machtpotential eines Landrates, zum Streitpunkt zu werden. War die Effizienz der Verwaltung, wie heute allgemein akzeptiert, ein wirkliches Anliegen, so konnte die argumentativ hervorgehobene Integrationsfunktion der neuen Landkreise, insbesondere natürlich der auszuwählenden Kreissitze, in den verschiedenen Positionsentwürfen hierfür nicht handlungsleitend sein. Die Infragestellung der 48

4 Protokoll der 70. Sitzung des Sächsischen Landtages, 25. Mai 1993.

Landkreise, ihrer Kreissitze und der 6 Kreisfreien Städte kurz nach den Kommunalwahlen 1990 im Hinblick auf deren traditionelle Identifikationsrolle, vor allem vor dem Hintergrund des rasanten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels nach der deutschen Einheit, wurde nicht nur von der Kreisbevölkerung, teils von selbst teils animiert, sondern auch von den politischen Akteuren (gewählte Landräte und Kreistage) und den Verwaltungsmitarbeitern als Gefahr für ihre Machtposition bzw. für ihre Arbeitsplätze eingestuft.

Zum Verständnis der Konfliktbewältigung ist die von Paul Reuber formulierte Theorie raumbezogenen politischen Handelns interessant.<sup>5</sup> Zentraler Bestandteil scheint ihm das sogenannte Konzept der Macht, wobei diese auf individuellen und institutionellen Komponenten (diese unterteilen sich in materielle und autoritative Ressourcen) beruht. Danach können sich Akteure immer dann entscheidend durchsetzen, wenn sie verschiedene wichtige Ressourcen vereinen (also z. B. Kreisvorsitzender einer Parteigliederung und Landrat). Zudem kommt die Selektivität der Wahrnehmung hinzu, wobei von besonderer Bedeutung der Entwurf strategischer Raumbilder durch die einzelnen Akteure ist. Mit ihnen werden räumliche Strukturen begründet, wobei ein und dieselbe Begründung je nach Akteursansicht für unterschiedliche Raumbilder respektive Kreissitze sprechen kann.

Wie spiegelte sich das nun im Kampf um die Kreissitzentscheidungen wider? Zum einen wurden durch die politischen Akteure und Verwaltungsspitzen, also diejenigen, die am ehesten Nachteile für ihre politische und berufliche Karriere befürchteten, die Bevölkerung z. B. zu Unterschriftensammlungen bzw. Volksanträgen umfassend mobilisiert (eigennutzerorientiertes Handeln). So wurde im Landkreis Flöha per Handzettel aufgefordert, seine Meinung direkt an das Innenministerium zu richten, wenn man nicht für „folgende Behördengänge nach Marienberg“ fahren wollte: „Kraftfahrzeugzulassung und -änderungen, Erlaubniswesen, Wohngeld, Lastenzuschüsse, Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, Behindertenbetreuung, Jugendunterstützung, Steuerangelegenheiten, alle Fördermittel und Zuschüsse, Regelung offener Vermögensfragen, Bauanträge und alle Grundstücksangelegenheiten und vieles andere mehr.“ Auffällig war dabei, dass solche Aktionen fast ausschließlich regional begrenzt liefen; bei Klärung der „Versorgungsfrage“ der politischen Amtsträger meist relativ schnell eingestellt wurden und oftmals entgegengesetzte Aktivitäten hervorriefen: so veranstaltete der Landkreis Marienberg gegen die Aktion der Flöhaer eine eigene Bürgerbefragung mit

programmierten Ergebnis: „1. Sind Sie dafür, dass der Landkreis Marienberg in seiner Gesamtheit und mit dem Sitz der Kreisstadt Marienberg innerhalb des Mittleren Erzgebirgskreises bestehen bleibt?“ Eine gewisse Autorität erlangten Protestbewegungen dann, wenn sie die Wendetradition der Montagsdemonstrationen aufnahmen; eine Strategie, die übrigens regelmäßig bis in die heutige Zeit angewandt wird: „Montagsdemonstrationen“ fanden so gegen das Kommunalabgabengesetz, gegen Schulschließungen und gegen den Sparkassenverband statt, auch Pegida hat sich den Montag zu eigen gemacht (ein Umstand, der, mit Blick auf das ursprünglich hohe demokratische Potential der Montagsdemonstrationen, besonders bei den Leipzigern breiten Misstrauen hervorrufen musste).

Der an strukturpolitischen Erwägungen orientierte Gesetzentwurf zur Neuordnung der Landkreise durch die Staatsregierung wurde aber weniger durch solche Bevölkerungsinitiativen geändert. Verfahrenleitend wurde vielmehr die „autoritativen Machtressourcen“ von zentralen Landtagsabgeordneten der ersten Wahlperiode, für die, nicht unbegründet, eine gleichzeitige Entscheidung zu Kreissitz und -gebiet und damit ein Interessensausgleich im Vordergrund stand. Dieser Ausgleich lief unter Moderation des CDU-Landtagsfraktionsvorsitzenden in sogenannten Konsensgesprächen als regionale Runden mit Landtagsabgeordneten, Landräten usw., auch um gleichzeitig mit den „Verlierern“ Verhandlungsangebote [zu erstellen], wie durch Ämtertausch bzw. Fördermöglichkeiten im Wohnungs- sowie Straßenbau der Verlust der Kreisstadtfunktion kompensiert werden kann.“ Eine entscheidungsdominante Rolle errangen damit die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten bzw. solche mit einem hohen Sanktionspotential. So kam der CDU-Fraktionsvorsitzende aus der Kreisfreien Stadt Leipzig, die mit der ersten Kreisgebietsreform entgegen den oben genannten Grundsätzen den Kreissitzstatus erhielt. Sein Stellvertreter kam aus Marienberg; auch diese Stadt setzte sich gegenüber dem favorisierten Zschopau durch; das Mitglied des Landtages a. D. fand sich später in einer Führungsposition des Sächsischen Rechnungshofes wieder. Ähnliches lässt sich weiter mit Blick auf Mitglieder des Innen- sowie des Haushalts- und Finanzausschuss oder einzelner Minister prüfen: So war der Innenminister vorher Landrat des Landkreises Zittau, und Zittau wurde Kreisstadt des Landkreises Löbau-Zittau. Weitere autoritative Machtressourcen waren Positionen wie Landrat und Präsident des Sächsischen Landkreistages (dies war der Landrat des Landkreises Auerbach, der die Zweikreislösung für das Vogtland durchfocht) oder Landräte in Doppelfunktion als Landtagsabge-

5 Paul Reuber: Raumbezogene Politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen. Stuttgart 1999.

ordnete, was in der ersten Wahlperiode noch zulässig gewesen war. Im Rückschluss konnten demzufolge diejenigen Kommunen bzw. Kreisstädte am ehesten punkten, die sich bei ihren Aktivitäten zur Wahrung des Kreissitzes insbesondere auf die Mobilisierung von CDU-Landtagsabgeordneten sowie des Kreisverbandes der Partei orientiert hatten.

Zu diesen autoritativen Machtressourcen traten die „materiellen Raumressourcen“: Statt strukturpolitischer Erwägungen wurden durch die autoritativen Machtressourcen nunmehr Zentralität und Größe der Kreissitze zu einem wichtigen Entscheidungsmoment für die Kreissitzbestimmung. Damit konnten sich vielfach große einwohnerstärkere Altlandkreise bzw. Kreisstädte und/oder zentrale Orte höherer Stufe durchsetzen, auch mittels selektiver Rauminterpretationen: So wurde beispielsweise die einwohnerschwächere Stadt Schwarzenberg als Kreissitz abgelehnt und Aue (Landrat in Doppelfunktion Landrat und Landtagsabgeordneter) gerade infolge seiner Zentralitätsfunktion sowie des Bevölkerungsschwerpunktes als Kreissitz bestimmt. Im Landkreis Riesa-Großenhain war es aber genau umgekehrt: hier sprach die strukturpolitische Komponente für die kleine Stadt Großenhain, während das große zentrale Riesa den Kreissitz verlor. Und die Kreissitzentscheidung für Zittau berief sich auf deren „periphere Lage im Dreiländereck ... [die] einer funktionalen Aufwertung“<sup>66</sup> bedurfte – eben das, was dem peripheren Schwarzenberg gerade verwehrt wurde. Prämissen wie „Solidarität im Raum“ und „keine Kreisfreie Stadt als Kreissitz“, so die Fälle Leipzig und Görlitz, traten damit zurück.

#### **Reform 1995 bis 1998**

Dieses Umsteuern und eine gewisse Nichtsystematik in den Entscheidungsbegründungen riefen selbstverständlich die Reformverlierer auf den Plan, die Verfassungsklagen einreichten. Erfolg zeitigten diese aber im Rückblick nur dann, wenn sie sich auf Form- und Verfahrensfehler, insbesondere bzgl. einer mangelhaften Anhörung, stützen konnten; in den eigentlichen räumlichen Entscheidungen und deren Begründungen ließen die Verfassungsrichter dem Gesetzgeber seinen ihm gebührendem Rang. So trat die erste Kreisgebietsreform am 1. August 1994 nur teilweise in Kraft. Dies machte drei Kreisgebietsreformänderungsgesetze notwendig. Das „Erste Gesetz zur Änderung des Kreisgebietsreformgesetzes und anderer kommunalrechtlicher Vorschriften vom 6. September 1995“ führte zum 1. Januar 1996 Teile des Landkreises Dresden-Land mit dem Landkreis Meißen zum neuen Kreis Meißen-Radebeul (ein Jahr später Umbenennung in Meißen) zusam-

men. Zudem wurden zum selben Zeitpunkt ein Landkreis Westlausitz-Dresdner Land (ein Jahr später Umbenennung in Kamenz; hierzu gehörten nun Gemeinden aus den ehemaligen Landkreisen Bischofswerda, Dresden-Land, Hoyerswerda und Kamenz) und Hoyerswerda als Kreisfreie Stadt gebildet.

Mit dem „Zweiten Gesetz zur Änderung des Kreisgebietsreformgesetzes vom 6. September 1995“ wurde das Vogtlandgebiet als nur ein Landkreis zum 1. Januar 1996, nämlich als Vogtlandkreis, geschaffen; die ehemals im Kreisgebietsreformgesetz vorgesehenen Landkreise Elstertalkreis und Göltzschalkreis kamen gar nicht erst zustande. Der Vogtlandkreis umfasst alle bisherigen Landkreise: Auerbach, Klingenthal, Oelsnitz, Plauen-Land und Reichenbach.

Durch das „Dritte Gesetz zur Änderung des Kreisgebietsreformgesetzes vom 23. Mai 1996“ wurde für den Niederschlesischen Oberlausitzkreis ab dem 16. Juni 1996 der Kreissitz von der Kreisfreien Stadt Görlitz in die kreisangehörige Stadt Niesky verlegt. Hier ist die wechselhafte Begründung interessant: Sprachen ehemals die Zentralitätsfunktion des Oberzentrums sowie damit verbundene Entwicklungsimpulse für Görlitz, so galt nun, dass „auch unter Berücksichtigung der von der Stadt Görlitz wahrzunehmenden zentralen Funktionen und der sich hieraus ergebenden Wirkung auf das umliegende Territorium diese Wirkung von der Kreissitzfestlegung nicht berührt [wird]. Die zentralen Funktionen der Stadt Görlitz bleiben erhalten, so dass die Kreissitzverlegung keinen Wertverlust in Bezug auf die räumliche Standortbewertung der Stadt Görlitz und ihr Umland zur Folge hat. Die Möglichkeit des Einkaufens im Zusammenhang mit der Erledigung von Behördengängen spielt angesichts der zunehmenden Aufgabenverlagerung auf die Gemeindeebene und der verhältnismäßig geringen Anzahl der Bürgerkontakte mit der Kreisverwaltung nur eine untergeordnete Rolle. Die Kreisfreie Stadt Görlitz ist aufgrund ihrer räumlichen Lage ein natürlich gewachsenes Zentrum des Verflechtungsbereiches Niederschlesien. Die daraus abzuleitende versorgungsräumliche und kulturelle Ausstrahlung sowie die aus der Grenzlage resultierenden planungspolitischen Entwicklungsperspektiven der Stadt Görlitz wirken sich auf deren Gesamtentwicklung relativ positiv aus, so dass eine zusätzliche „Anstoßfunktion“, wie sie mit der Kreissitzbestimmung verfolgt wird, nicht zwingend erforderlich ist. Eine fehlende Akzeptanz der Kreissitzentscheidung bei erheblichen Teilen der Bevölkerung kann sich auf Dauer nachteilig auf die notwendige Integration und die zu wahrende örtliche Verbundenheit der Einwohner auswirken. [Im Übrigen hat sich] die

überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Niederschlesischen Oberlausitzkreises bereits bei der Anhörung zu der Entwurfsfassung des Innenausschusses im Januar 1993 gegen einen Kreissitz Görlitz ausgesprochen.“<sup>7</sup> So wurde aus der ehemaligen Mehrheit für Görlitz in der ersten Kreisreform (Niesky und Görlitz gegen Weißwasser) nun die Mehrheit für Niesky.

Ebenso wurde im Umkreis der Kreisfreien Stadt Leipzig mit dem „Gesetz zur Regelung der Stadt-Umland-Verhältnisse im Bereich der Kreisfreien Stadt Leipzig vom 24. August 1998“ der Kreissitz von Leipzig an Borna zum 1. Januar 1999 gegeben.

Als Anmerkung sei noch darauf verwiesen, dass mit dem Landkreis Döbeln offensichtlich niemand etwas anzufangen wusste, der vorerst einfach fortbestehen blieb.

### **Reform 2006 bis 2008 und Konsolidierung**

Ende 2006/Anfang 2007 wurde eine erneute, wohl nunmehr abschließende, Kreisgebietsreform – die mit einer umfassenden Verwaltungsreform verbunden sein sollte<sup>8</sup> – eingeleitet, die zum 1. August 2008 in Kraft trat. Überraschend war, dass schon fünf Jahre nach dem vollständigen Abschluss der ersten Reform und praktisch im Anschluss an die damals nachfolgende Gemeindegebietsreform erneute Gedanken einer Reformfortführung auftraten. Dies zeigt vor allem, dass die vorangegangene Kreisreform gerade nicht die Voraussetzungen für eine umfassende Funktionalreform im Sinne einer Aufgabenneuverteilung zwischen Land und Kommunen erfüllte und die gebildeten Einheiten von den beschließenden Gremien selbst nicht als zukunftssicher eingeschätzt wurden. Eine derart rasche Aufeinanderfolge von eher langfristig angelegten Reformen verunsichert nicht zuletzt sowohl die Bürger als auch die Verwaltung selbst, von den erneuten Kostenfaktoren sowie der Frage der Bewertung der Amortisierung der bereits eingebrachten Kosten ganz zu schweigen. Damit steht ein wesentliches Moment der Berechenbarkeit von staatlichem Handeln, einer Säule unseres funktionierenden Staatswesens, vielleicht irgendwann in Frage.

In der Begründung des Gesetzentwurfes waren wiederum der enge Zusammenhang zu einer nachfolgend/parallel erfolgenden Aufgabenübertragung auf die kommunale Ebene sowie die Kosteneinsparung von vorrangiger Bedeutung, wenn auch offensichtlich nicht ermittelbar: „Die Kreisneugliederung wird auf Dauer die Leistungsfähigkeit der Landkreise verbessern. Die Vergrößerung ermöglicht es, das Leistungspotenzial zusammenzufassen, konzentriert einzusetzen und so die Wirkung zu steigern. Neben qualitativen Verbesserungen sind auch Kostenreduzierungen reali-

sierbar. In jedem Falle ist zu erwarten, dass sich in absoluten Zahlen nach der Konsolidierung der Verhältnisse in den neuen Landkreisen durch die Nutzung von Synergie- und Skalierungseffekten eine freie Spitze im Gesamthaushalt ergibt. In welcher Größenordnung die Maßstabsvergrößerung zu Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten führt, ist im Einzelfall nur schwer einzuschätzen und hängt wesentlich davon ab, wie die Landkreise in Ausgestaltung ihrer kommunalen Selbstverwaltung die durch die Kreisneugliederung geschaffenen Einsparpotentiale<sup>9</sup> ausnutzen.“ Insbesondere galten nun als Einwohnermindestgröße 200.000 Einwohner für die Prognose 2020. Die Zielgröße hatte sich damit von ehemals 125.000 Einwohnern binnen ca. 14 Jahren um das 1,6-fache erhöht. Großkreise, also z. B. Landkreise in Form der Kulturräume, sollten aber weiterhin vermieden werden. Weitere Gesichtspunkte waren infrastrukturelle, kulturelle, historische und andere Gegebenheiten; ein wichtiges Kriterium war zudem auch die Berücksichtigung der Stadt-Umland-Problematik. Allerdings reformierten verschiedene staatliche Verwaltungen wie die Kultusverwaltung ihren nachgeordneten Bereich selbst und unabhängig vom Entwurf des Innenministeriums, ebenso wurde die Mittelstufe nicht grundsätzlich angetastet; aus den Regierungspräsidien wurden zum 1. August 2008 die Landesdirektionen, seit dem 1. März 2012 nur noch die Landesdirektion Sachsen mit Sitz in Chemnitz (jedoch unverändert mit den drei selben Standorten).

Allein schon den Pressemeldungen war zu entnehmen, dass die größten Streitpunkte die Kreissitze waren, außerdem standen für die öffentliche Diskussion die Kreisnamen und die Kfz-Kennzeichen im Vordergrund. Die meisten Spannungen respektive Kämpfe bestanden zwischen den „gesetzten“ Verlierern Grimma, Kamenz und Aue sowie den „Siegern“ Borna, Bautzen und Annaberg-Buchholz. Daneben verloren vier von sieben kreisfreien Städten ihre Kreisfreiheit (Aufsichtsbehörde wurde damit das Landratsamt, so für die bisherige kreisfreie Stadt Hoyerswerda nun das Landratsamt Bautzen), denen u. a. als Äquivalent der Status einer Großen Kreisstadt, Sonderregelungen im Kulturraumgesetz sowie in drei Fällen, Görlitz, Zwickau und Plauen, auch der Kreissitz zuerkannt wurde. Fraglich erscheint aber so im Nachhinein die erst 1995 beschlossene Aufwertung von Hoyerswerda zur Kreisfreien Stadt, die nun, aufgrund des offensichtlich nicht vorhersehbaren Bevölkerungswundes, diesen Status nicht nur verlor, sondern es nicht einmal mehr zu einer Kreisstadt schaffte. Dies lässt breiten Interpretationsspiel-

6 Protokoll der 41. Sitzung des Innenausschusses vom 6. bis 8. Mai 1993.

7 Drucksache 2/0420 Sächsischer Landtag, Beschlussempfehlung und Bericht.

8 Vgl. Wolf-Uwe Sponer: Gesamtkonzept für eine Funktional- und Verwaltungsreform im Freistaat Sachsen. In: Landes- und Kommunalverwaltung 8 (2006), S. 337-347.

9 Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen und zur Änderung anderer Gesetze (Referentenentwurf), Begründung Punkt 8. Demgegenüber stehen die tatsächlichen Transformationskosten, vgl. den Zentralitätsverlustausgleich in Höhe von über 28 Mio. Euro (Plenarprotokoll 4/125 vom 9. Dezember 2008) und die Anpassungshilfe für alle betroffenen Landkreise und Kreisfreien Städte in Höhe von 260 Mio. Euro (Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise, § 26), um allein bei belastbaren Zahlen zu bleiben.

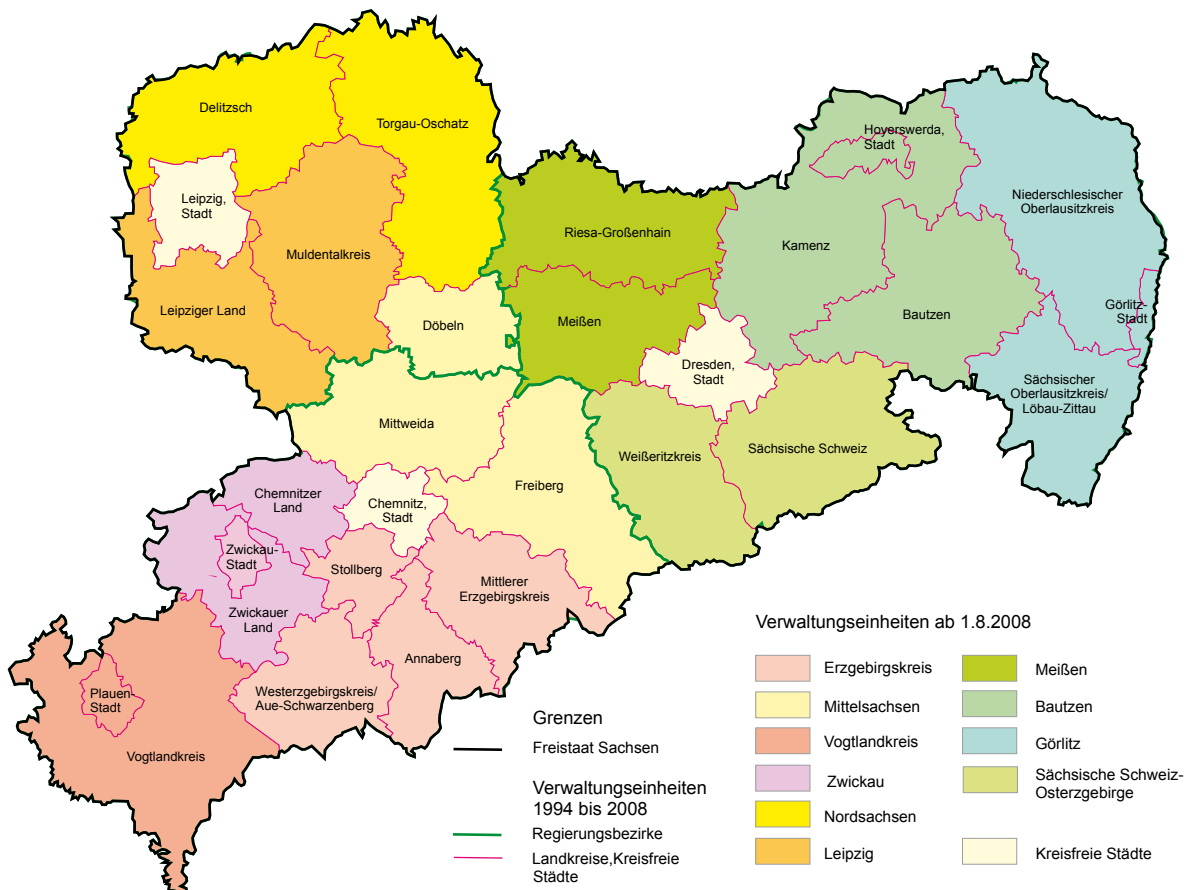
raum für die Sinnhaftigkeit der ehemaligen Statusaufwertung.  
 Signifikant dafür, dass nicht nur die beiden Prozesse Kreisgebietsreform 1994 und 2008 vergleichbar sind, sondern auch die maßgebenden Handlungsstrategien, ist das Beispiel des Kreissitzstreites zwischen Grimma und Borna. Grundvoraussetzung eines jeden Kreissitzentscheides ist der Zuschnitt des zukünftigen Landkreises. Erst durch die Zuordnung des Landkreises Döbeln nach Freiberg/Mittweida geriet der ehemals fest geglaubte Kreissitz Grimma ins Wanken, da die deutliche Mittelpunktlage verloren ging. Hinzu kam selektiv die Strukturschwäche als Argument für Borna; mit dem gleichen Argument hatte Borna in der ersten Kreisreform 1994 gerade nicht durchdringen konnte und verlor den Kreissitz an Leipzig. Allerdings wurde dem Argument der Strukturschwäche im Gesetzentwurf gerade sonst nicht Rechnung getragen, denn alle anderen vorgeschlagenen Kreissitze zielen auf die historisch bedeutendere und auch sonst lage- und ausstattungsmäßig gewichtigere Stadt, insofern musste sich Grimma als Gegenpart zu Borna getäuscht sehen. Nicht zuletzt wog das „Konzept der Macht“ schwer. Der bis dahin existierende Landkreis Leipziger Land mit der Kreisstadt Borna war der einzige Landkreis, der von einer Landrätin der SPD geführt wurde. Insofern ist es nicht abwegig anzunehmen, dass mit Rücksicht auf die damalige Große Koalition

hier zumindest auch weitere Gesichtspunkte eine Rolle spielten. Auch die anderen beschriebenen Strategien finden sich wieder: Gedroht wurde mit Parteiaustritten ebenso wie mit dem Ruhen der Mitgliedschaft (Oberbürgermeister der Kreisfreien Stadt Zwickau), Gemeinden wurden mit Geld vom Nachbarlandkreis zu einem Kreiswechsel gelockt und um anstelle von Annaberg doch noch Kreissitz zu werden, strebte Aue eine Zeit lang die Vereinigung mit Löbnitz, Schneeberg und Bad Schlema zur neuen Stadt Silberberg mit dann ca. 50.000 Einwohnern an.

Nach rund 15 Jahren Kreisgebietsreform in Sachsen ergibt sich folgender Überblick:

1. Mit der ersten Kreisgebietsreform in Sachsen, unter Einschluss ihrer Änderungsgesetze, verringerte sich die Zahl der Landkreise von 48 auf 22, die Anzahl der kreisfreien Städte wuchs hingegen von sechs auf sieben (Hoyerswerda).
2. Mit der zweiten Kreisgebietsreform verringerte sich die Anzahl der Landkreise nochmals, nun auf nur noch zehn. Ebenso fielen vier von sieben kreisfreien Städten weg.
3. Kreisstädte sind heute Bautzen und Görlitz in der Oberlausitz, Plauen für das Vogtland, Annaberg für den Erzgebirgskreis, Freiberg für Mittelsachsen, Borna für den Landkreis Leipzig, Torgau für Nordsachsen, Pirna für die Region Sächsische Schweiz/Osterzgebirge, Meißen für

**Verwaltungseinheiten im Freistaat Sachsen 1994/96 bis 2008 und seit 2008**  
 © Andreas Oettel





den Bereich Meißen/Riesa/Großenhain und Zwickau für den Bereich Chemnitzer Land/Zwickauer Land. Damit sind drei ehemalige kreisfreie Städte zumindest Kreissitz geblieben, was ihre zentralörtliche Funktion herausstellt (Görlitz, Plauen, Zwickau). Kreisfreie Städte sind selbst keine Kreisstädte, ein schon von der Staatsregierung seit 1991 verfolgtes Ziel.

4. Mehrfache Kreissitzwechsel blieben nicht aus, so die Entscheidungen im Leipziger Raum (Borna versus Leipzig) und in der Oberlausitz: hier war von August 1994 bis Juni 1996 Görlitz Kreissitz, dann Niesky und nun seit dem 1. August 2008 wieder Görlitz. Auch der kreisfreien Stadt Hoyerswerda war vom 1. Januar 1996 bis zum 1. August 2008 nur ein relativ kurzes Leben beschieden.
5. Die Einwohnerzielgrößen wurden mit durchschnittlich rund 275.000 Einwohnern pro Landkreis sicher erreicht (Bezug 2013).

### Auswirkungen des Kreissitzverlustes

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten das Zustandekommen der heute abschließenden Kreissitze nachgezeichnet wurde, bleibt die Frage nach den Folgen des Kreissitzverlustes, die ja permanent als negativ für die zukünftige Exkreisstadt vermutet wurden. Als entscheidend prognostizierten nach der ersten Kreisgebietsreform und den diesbezüglichen Kreisgebietsreformänderungsgesetzen die durch den Autor befragten Bürger- und Oberbürgermeister sowie Landräte in 2001/2002 dabei den kommunalen und staatlichen Behördenabzug, den mangelnden Neubau infrastruktureller Kreiseinrichtungen und einen signifikanten Bevölkerungsrückgang. Diese Vermutungen waren nicht unbegründet. Für den kommunalen und staatlichen Behördenabzug wurden die Verlagerungen von Kreissparkasse, Kreisvolkshochschule etc. geprüft. Im Ergebnis hatten bis ins Jahr 2000 in den untersuchten zwölf Landkreisen die verbleibenden Kreisstädte insgesamt 16 Einrichtungen gegenüber 1994 verloren, die Exkreisstädte im gleichen Zeitraum aber 46 Einrichtungen. Auch der staatliche Behördenabbau betraf die Exkreisstädte überdurchschnittlich. Nach ausgewählten Behördenzweigen<sup>10</sup> verloren diese insgesamt 45 Behörden, die Kreisstädte nur 30. Bedenkt man dann die Beschäftigtenquote im öffentlichen Dienst, die sich durch den neuen Raumzuschnitt ergibt, so lassen sich Raumveränderungen erkennen, die zu Benachteiligungen in strukturschwachen Gebieten geführt haben.<sup>11</sup> Daraus resultierte ein verändertes kommunales Ausgabeverhalten der im öffentlichen Dienst Beschäftigten, die ja über relativ sichere, qualifizierte und sachgemäß bezahlte Arbeitsplätze verfügen, das negative Folgen für die weitere kommunale Entwicklung zeitigen kann.

Zudem war zu erkennen, dass sich Investitionsentscheidungen hin zum neuen Kreissitz ergeben haben. Ebenso ließ sich ein überdurchschnittlicher Bevölkerungsrückgang der Exkreisstädte konstatieren, der für den Zeitraum von 1990 bis 2000 14,8 Prozent gegenüber 12,1 Prozent bei den Kreisstädten betrug. Im Ergebnis dieser Untersuchungen lassen sich eine Zentralitätseinbuße der Kreissitzverlierer und ein Zentralitätszuwachs für die Kreissitzgewinner durchaus bestätigen. So waren alle Kreisstädte nach dem Landesentwicklungsplan 2003 mindestens als Mittelzentren eingestuft worden, wobei die Ausweisung als Mittelzentren natürlich wiederum die Kreissitzfunktion in Rechnung stellte. Exkreisstädte erfuhren hingegen zum Teil eine Herabstufung.

Die staatlichen Ausgleichsmaßnahmen konnten hier nicht entscheidend entgegenwirken, da kommunale und staatliche Strategien nicht durchweg konform liefen. Wichtige Handlungsmöglichkeiten ergaben sich durch umfangreiche Ausgleichszahlungen (insgesamt knapp 134 Millionen DM 1994 ff., dann 2008 ff. knapp 300 Millionen Euro), die Verleihung der Rechtsstellung Große Kreisstadt, die Einrichtung von Außenstellen der Landratsämter und staatliche Behördenverlagerungen (sofern diese durchgeführt wurden), während sich weitere Maßnahmen wie eine besondere Berücksichtigung bei Wirtschaftsförderprogrammen oder bei der nachfolgenden Gemeindegebietsreform (etwa durch Eingemeindungen) als nahezu wirkungslos erwiesen.

### Gemeindegebietsreform

Bei der Gemeindegebietsreform war eine Verfünffachung des ehemaligen Zieles (Eigenständigkeit ab 1.000 Einwohnern; nunmehr ab 5.000) zu beobachten. Bemerkenswert ist, dass dies ganz ohne formales Gesetz, also auf untergesetzlicher Ebene, ablief. Seit 1994 gab es Grundsätze für eine kommunale Zielplanung im Freistaat Sachsen, die dann

10 Vermessungsämter, Amtsgerichte, Schulämter, Finanzämter, Staatliche Ämter für Ländliche Neuordnung, Staatliche Ämter für Landwirtschaft und Gartenbau, Staatliche Forstämter.

11 Die Exkreisstädte wiesen 1992 im staatlichen Behördenbesatz 48,6 Beschäftigte/1000 Einwohner gegenüber 63,4 in den Kreisstädten auf. Dies änderte sich im Gefolge der Kreisreform auf 24,1 Beschäftigte/1000 Einwohner gegenüber 59,7 in den Kreisstädten.

**Das neue Landratsamt des Landkreises Görlitz in der Görlitzer Bahnhofstraße**  
Foto: Lars-Arne Dannenberg







**Hinweis**  
Eine vollständige Karte im A1-Format mit Gemeinden und Eingemeindungen sowie die entsprechenden Daten im Shape-Format sind auf Anfrage im Landesvermessungsamt Sachsen erhältlich.

- Legende**
- Landeshauptstadt
  - Kreisfreie Stadt
  - Sitz des Landratsamtes
  - Stadt
  - Gemeinde ohne Stadtrecht
  - Staatsgrenze
  - Landesgrenze
  - Landkreisgrenze
  - Gemeindegrenze

**Sebnitz** - Große Kreisstadt

Gebietsstand der Landkreise, Kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte: 01.06.2008  
Gemeinden: 02.01.2008

**Maßstab 1 : 600 000**

**Herausgeber**  
Landesvermessungsamt Sachsen  
Oblichtplatz 3  
01099 Dresden  
© Landesvermessungsamt Sachsen 2008

**Kontakt**  
Telefon: 0351 8283-3420, - 3430  
Telefax: 0351 8283-8341  
E-Mail: Geodaten@lvs.n.sachsen.de

Landkreise und Gemeinden im Freistaat Sachsen, Stand 2008  
© Landesvermessungsamt Sachsen



**Der Identitätskonflikt auf Kreisebene und das Verlustbewusstsein entzündete sich nach 2008 an den Kfz-Kennzeichen. Holger Zastrow (links), damals Vorsitzender der sächsischen FDP, mit dem wiederingeführten Auto-Kennzeichen BIW für Bischofswerda, 2012**  
Foto: FDP-Ortsverband Bischofswerda

später in Grundsätze für freiwillige Zusammenschlüsse im Freistaat Sachsen in Form lediglich einer Verwaltungsvorschrift<sup>12</sup> weitergeführt worden – im Vorgehen und in den Ergebnissen eine durchaus beachtenswerte Leistung. Hauptetappen der Gemeindereform waren die Jahre 1992 und dann 1995, 1998 sowie nochmals nach 2007, also einmal vor und sonst nach den Kreisgebietsreformen, um gerade bzw. auch gerade nicht durch Gemeindezusammenschlüsse vor der Festlegungen der Landkreisgrenzen bestimmte Landkreisbildungen zu präjudizieren; die Kreisgebietsreform hatte Vorrang. Zwangseingemeindungen gibt es keine, aber dennoch in jedem Jahr Eingliederungen, Zusammenlegungen oder Gebietsaustausch zwischen den Gemeinden.

Die in den 1990er Jahren geschaffenen Verwaltungsverbände sterben durch Eingliederungen und keine Neugenehmigungen langsam aus. Auch hier spielte und spielt natürlich die Frage der Leistungskraft der Gemeinde und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einwohnern und Verwaltungsmitarbeitern eine wichtige wenn nicht die zentrale Rolle, also der stille finanzielle Druck (bessere Schuldenlastverteilung bei größeren Einheiten usw.). So wird in der Verwaltungsvorschrift eine „zunehmende Diskrepanz zwischen der (schwindenden) Einwohnerzahl der Gemeinden und den (steigenden) Aufwendungen zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge“ gesehen. Nicht zuletzt sehen auch die Kommunen, ihre Räte, Mitarbeiter und Bürgermeister mit gemischten Gefühlen auf das baldige Auslaufen des Solidarpaktes und die sich daraus ergebenden Folgerungen für die weitere Finanzierung kommunaler Aufgaben. Die immer höheren europäischen Anforderungen an beispielsweise Baumaßnahmen und Umweltstandards sowie die in Sachsen mittlerweile eingeführte Doppik gegenüber der kameralen Haushaltsführung machen den Ernst der Lage zur Reduzierung von Verwaltungsaufgaben, um über freie Mittel weiterhin verfügen zu können, nur noch deutlicher. Investitionen sind fast nur noch über Förderprogramme darstellbar, wozu es aber einer Eigenkapitalquote bedarf. Neben der Reduzierung von freiwilligen Aufgaben und der Gewinnung von bürgerschaftlichen Engagement für bestimmte thematische Gemeindevorhaben bleibt eben oft nur der Ansatz der Reduzierung von Verwaltungskosten, also der Abbau von Personal. Dies kann dann auch zu neuen Gemeindezuschnitten führen.

Wichtig war den Kommunen insbesondere auch der Gemeindegemeinde. Dieser steht außer Frage bei Eingliederungen. Hier kann und wird der Name der eingegliederten Gemeinde als Ortsteilname, ggf. auch manchmal als Ortschaftsname (wenn es einen eigenen Ortschaftsrat gibt) erhalten, während die aufnehmende Gemeinde den neuen

Gemeindenamen für das neue Gesamtgebilde gibt. Schließen sich aber in etwa gleich große Gemeinden zusammen, so bestand oft der Wunsch nach einem neuen Gemeindegemeinde, um nicht als Sieger respektive als Verlierer „namentlich“ dazustehen. Nun besitzt Sachsen aber ein reiches historisches Erbe, welches sich eben auch in den überkommenen Namen widerspiegelt. Auch hier konnte mit einer Verwaltungsvorschrift<sup>13</sup> viel gerettet werden und unsinnige Namensvorschläge abgewehrt werden; zu denken sei an Höhe 9, Apfelfeld, Zum Wasserturm usw. Vielfach wurde auf Gewässernamen (Triebischtal, Ketzerbachtal, Elsterheide) oder Berg-, Burg-, Flurnamen (Burgstein, Kriebstein, Amtsberg) Bezug genommen. Schön ist es im Übrigen, dass Sachsen sich auch wieder die Verleihung von Bezeichnungen zu-traut. So darf sich Freiberg seit 2015 nun Universitätsstadt Freiberg nennen; ein Titel, der noch in den 1990er Jahren vom damaligen Finanzminister Georg Milbradt auf eine Initiative des Innenministeriums hin abgelehnt worden war, um einer dauerhaften Besitzstandswahrung (Titel und damit Universität) mit Blick auf finanzielle Rahmenbedingungen vermeintlich vorzubeugen. Bezeichnungen wie Pfefferkuchenstadt (für Pulsnitz) oder Bergstadt und dergleichen sind hingegen keine offiziellen Titel oder Namensbestandteile.<sup>14</sup>

## Was bleibt?

Die Zeit großer Gebietsreformen scheint nunmehr abgeschlossen. Eine weitere Vergrößerung respektive Zusammenlegung auf beispielsweise nur noch fünf Landkreise würde zum einen wohl die Existenzberechtigung einer Landesdirektion, zumindest aber von zwei der drei Standorte selbst in Frage stellen, bedingte also eine wirkliche Funktionalreform (Neuverteilung der Aufgabenwahrnehmung zwischen staatlicher und kommunaler Ebene). Auch die Frage, was meint Bürgernähe, wäre dann wirklich zu diskutieren. Zudem würde das Gleichgewicht zwischen den dann sehr mächtigen (im Sinne der von ihnen wahrzunehmenden Aufgaben) Landräten und der Staatsregierung neu zu tarieren sein. Auch bei den Gemeinden gibt es nur noch marginale Änderungen hinsichtlich der Gemeindegemeindezahlen, also nur noch wenige Zusammenschlüsse bzw. Eingliederungen.

Interessant ist die Entwicklung der Größenverhältnisse. Sachsen hat hier konsequent, wenn auch gegen Widerstände, auf eine Reduzierung kleiner kommunaler Einheiten zugunsten relativ selbständiger kommunaler Körperschaften hingearbeitet, die sich auch wirtschaftlich behaupten können. Insofern erscheint der Weg als richtig. Auch aus der Presse heraus ist ein zunehmendes Abebben der Widerstände sichtbar; die Bevölkerung hat

12 SächsAbl. 2010 Nr. 45, S. 1620.

13 SächsAbl. 2014 Nr. 13, S. 523, vormals Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zu kommunalen Namen (VwV kommunale Namen) vom 27. Januar 1995 (SächsAbl. S. 256).

14 Vgl. im Übrigen Jens Baumann: Sächsische Gemeindegemeinden im Wandel, in: Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz 3/1995, S. 55-59.

15 Quelle Statistisches Jahrbuch Sachsen sowie eigene Berechnungen.

16 Quelle Statistisches Jahrbuch Sachsen sowie eigene Berechnungen.

	Anzahl der Kreise/ Kreisfreien Städte	Bevölkerung (durchschnittlich)	Kleinste Bevölke- rungszahl / größte Bevölkerungszahl	Größe in Quadratkilometer (durchschnittlich)
1991	48 / 6	65.608	22.361 / 118.755	369
1995	22 / 7	139.238	81.555 / 234.881	802
2014	10 / 3	274.205	197.346 / 351.309	1.757

Entwicklung der  
Landkreise in Sachsen<sup>15</sup>

sich mit den Gegebenheiten arrangiert, Ortschaftsräte und mobile Verwaltungseinrichtungen gerade im ländlichen Raum wirken hier positiv. Vergleichend sei auf Brandenburg und Thüringen verwiesen. Brandenburg wies 2011 vier kreisfreie Städte, 14 Landkreise und sowie 419 Gemeinden auf. Dies ergibt eine durchschnittliche Landkreisgröße von 151.000 Einwohnern sowie durchschnittlich 5.100 Einwohner pro Gemeinde ohne Kreisfreie Städte. Thüringen hingegen gliederte sich 2011 in 17 Landkreise, 6 kreisfreie Städte (am wenigsten Einwohner hat Suhl mit ca. 35.000 Einwohnern) und 913 Gemeinden. Dies ergibt eine durchschnittliche Landkreisgröße von 100.000 Einwohnern sowie durchschnittlich 1.880 Einwohner pro Gemeinde ohne Kreisfreie Städte. Im Übrigen lassen sich zwei grundsätzliche Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens: Gebietsreformen resultieren aus territorialen Verhältnissen, die in Verfassungsverhältnissen der Zeitepoche gründen. Sich ändernde Verfassungsverhältnisse wie der Gewinn der kommunalen Selbstverwaltung sowie zunehmende Unsteuerbarkeit und Inflexibilität wirken destabilisierend und begründen damit Überlegungen zu einer Verwaltungsreform (die sich aber nicht auf gebietliche Maßnahmen beschränken muss). Zentrales Begründungsmuster ist immer wieder das Verhältnis von Einwohnerzahl und Leistungskraft und damit die Suche nach einem optimalen Zahlwert zur weitgehenden Selbstverwaltung. Die Neuschneidung von Landkreis- oder Gemeindegrenzen und damit Änderungen des Verwaltungssitzes lösen politisch-räumliche Konflikte aus, wenn sich die regionalen Akteure mit dem überkommenen Kreisgebiet und der Kreisstadt identifizieren. Bestehen keine verbindlichen politischen Entscheidungskriterien, können diese Konflikte unter Zuhilfenahme von eigennutzerorientiertem Handeln, individuellen, materiellen und autoritativen Macht- und Raumressourcen sowie subjektiven strategischen Raumbildern gelöst werden. Eine wesentliche Motivation der handelnden politischen Akteure ist dabei der Erhalt oder die Vergrößerung ihrer Machtbasis (dies gilt gerade auch räumlich), wobei es diese Akteure vielfach verstehen, den Identitätswunsch und das Identitätsstreben lokaler Bürgergesellschaften zu nutzen. Folglich spiegeln die Festlegungen von Verwaltungsgrenzen und -sitzen auch das Handeln der Akteure wider.

Zweitens: Die Neugliederung kann eine Verschlechterung der Standortqualität der Exkreisstädte bewirken und weitere Verwaltungsentscheidungen wie Standort- und Ausweisungsfragen negativ beeinflussen. Verwaltungsentscheidungen konstituieren damit neue Räume und neue funktionsräumliche Beziehungen, die auf die neue Kreisstadt orientiert sind. Dies zieht Folgen für die Erreichbarkeit/Verwaltungsleistungen, die Investitionsvergabe, den Behördenabbau beziehungsweise die Behördenansiedlung nach sich. Die regionalen Akteure empfinden den Kreissitzverlust als umfassenden Verlust, und eine Standortumbewertung tritt auch faktisch ein. Eine Gegensteuerung durch eine moderierende Regionalplanung unter Einbeziehung aller kommunalen Akteure auf Basis landesplanerischer Eckwerte ist somit nötig.

Es bleibt festzuhalten, dass hinreichend große Einheiten mit einer regionalen Selbstbestimmung und eigenen Identität am ehesten langfristigen Reformwünschen und auch kommunalen Perspektiven ent-

Jahr	Gemeindeanzahl	Einwohner durchschnittlich pro Gemeinde ohne kreisfreie Städte
1991	1.623	1.948
1992	1614	
1993/1994	970	3.226
1995	860	3.591
1996	809	
1997	787	
1998	564	5.484
1999	544	
2003	522	
2007	496	5.998
2008	493	
2013	432	6.392

sprechen. Weiterhin erleichtern kommunal orientierte und angemessene Ausgleichsprozesse die Neubildung von Gebietseinheiten. Politische Prämissen bestimmen die Reformen immer mit, gerade deshalb erscheint es umso wichtiger, diese zu kennen. Ein Patentrezept, wie Verwaltungssitze bestimmt werden sollen, welche Verluste für die negativ betreffenden Städte eintreten und wie diese sicher auszugleichen sind, kann der Autor nicht vorschlagen, und es bleibt auch nach Sichtung der überaus reichhaltigen Literatur fraglich, ob dies jemals beweisfest gelingen kann.

Entwicklung der  
Gemeinden in Sachsen<sup>16</sup>**Autor**

Dr. Jens Baumann  
Sächsisches Staats-  
ministerium des Innern  
Wilhelm-Buck-Straße 2  
01097 Dresden

# Sachsens Wirtschaft im Wandel 1990 bis 2015

Konstantin Hermann

- 1 Konstantin Hermann/André Thieme: Sächsische Geschichte im Überblick, Leipzig 2013, S. 214.
- 2 Siehe folgende Erscheinungen zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens nach 1990: Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg 1998; Ulrich Heß: Unternehmer in Sachsen. Aufstieg – Krise – Untergang – Neubeginn. Leipzig 1998; ders.: Unternehmen im regionalen und lokalen Raum 1750-2000. Leipzig 2004; Rainer Karlsch/Michael Schäfer: Wirtschaftsgeschichte Sachsens im Industriezeitalter. Leipzig 2006; Michael Schäfer: Schocktherapie und Leuchtturmbau. Wirtschaft in Sachsen nach 1990. In: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition – Wandel – Perspektiven. Beucha 2010, S. 173-183.
- 3 Sieh dazu die beiden Statistiken: [http://www.khd-research.net/Docs/BAfA\\_Arbeitslose\\_1991-2007.pdf](http://www.khd-research.net/Docs/BAfA_Arbeitslose_1991-2007.pdf) und <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2522/umfrage/entwicklung-der-arbeitslosenquote-in-sachsen-seit-1999/> (letzter Abruf am 21.8.2015).

Eine Geschichte der sächsischen Wirtschaft nach 1990 kann nicht erst nach der Wende beginnen, aber ebenso nicht erst 1949 oder 1945. Eine Plattitüde, gewiss, aber eben doch von nicht geringer Relevanz für die Entwicklung der Nachwende-Ökonomie. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sieht die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse vor. Eine der Grundlagen dafür ist eine stabile wirtschaftliche Situation in den Regionen, die dies ermöglicht. Die Ausgangsbedingungen dafür waren jedoch weder in den neuen Ländern insgesamt noch in Sachsen selbst gleich. Das Territorium des 1990 wiedergegründeten Freistaats wies auch in der DDR große Industriezentren auf. Einige Ursachen dafür liegen Jahrhunderte zurück und sind schnell zu skizzieren: der Bergbau, der zu zahlreichen Entwicklungsschüben in diversen Gewerken und zu großen Einnahmen des Landesherrn führte, wenn auch nicht in dem Maße wie früher oft kolportiert, die durch Kurfürst August von Sachsen (1526–1586) erlassenen Vorgaben zu Landwirtschaft und zur Wirtschaft sowie die Rolle Leipzigs als Messestadt und Dresdens als Residenz mit allen damit verbundenen Wirkungen. Dresdens Bedeutung als Zentrum der Nahrungs- und Genussmittelindustrie rührt ebenso daher wie als das der Feinmechanik und Pharmazie. Die Langzeitwirkungen sächsischer Geschichte beziehen sich also auch auf die Wirtschaft. In den flussreichen Gegenden des Erzgebirges und des Vogtlandes hatten sich die Textil- und Maschinenbauindustrie angesiedelt. Vor 1945 bestanden in Sachsen mittelständische Betriebe, die bis heute als Unternehmensform Deutschlands ökonomisches Rückgrat bilden, aber auch Konzerne, wenn sie auch nicht mit der AEG oder Krupp und anderen zu vergleichen waren. Träger dieser Wirtschaft waren die Angehörigen des Unternehmerbürgertums, aber besonders im 19. Jahrhundert die sozialen Aufsteiger, die Gewinner der Industrialisierung, denen sich die Chance – ähnlich wie heute durch die Digitalisierung – auf ein schnelles

finanzielles und gesellschaftliches Emporkommen eröffnete. Meist stammten sie aus Handwerkerfamilien, waren Mechaniker, technikkaffin, und gründeten Betriebe. Die Unternehmen wuchsen und wurden vererbt. Die Villen der Eigentümer, oft auf oder am Werksgelände, zeugen noch heute von dem geschaffenen Wohlstand. Sachsen als Erfinderland – ein Mythos, der nicht der Grundlage entbehrt – ist heute wieder zu einem Werbeträger geworden. Das Klischee vom „gemiedlichen Sachsen“, des wegen seines Dialekts vertrottelt Dargestellten, passte und passt nicht zu der Wirtschaftskraft dieses Landes. In Westdeutschland ist kaum bekannt, welchen ökonomischen Stellenwert Sachsen vor 1945 innerhalb Deutschlands einnahm; nicht selten sieht die westdeutsche Öffentlichkeit das Bestreben der Landesregierung, Sachsen auf der Seite der Geberländer des Länderfinanzausgleichs zu positionieren, als bloße Nachahmung von Bayern und Baden-Württemberg an. Dass es sich „lediglich“ um die Wiedergewinnung einer früheren wirtschaftlichen Stärke handelt, wird schnell übersehen. Aber das gilt auch für die Bezeichnung „Freistaat“, die allzu gern als Nachmacherei gilt, obwohl Sachsen früher Freistaat war als manch anderes Land, das sich mit dem Namen heute schmückt. Aber nicht nur personell oder strukturell, sondern auch das Verständnis von Wirtschaft selbst unterlag einer starken Transformation nach 1990. Anders als in demokratischen Staaten, wo die Politik per se das Primat hat, war der Stellenwert von Politik und Ökonomie in den sozialistischen Ländern unterschiedlich. Dies lag – neben sachlichen Zwängen – an den uneinheitlichen Auffassungen der „sozialistischen Klassiker“, die zugunsten des einen, aber auch des anderen interpretiert werden konnten.

## Ausgangsbedingungen

Sozialistische Ökonomie beinhaltet ein Gutteil Sozial- und damit staatlicher Selbstsicherungspolitik, wohlverstanden Selbstsicherung. Nach

dem 17. Juni 1953 musste die Wirtschaft dafür sorgen, dass die Interessen der Bevölkerung befriedigt werden konnten, koste es, was es wolle. Die soziale Destabilisierung hätte unweigerlich zu einer politischen geführt. So kam den Betrieben die Rolle zu, allumfassend zu sorgen: die benötigten Waren nach den Vorgaben des Fünfjahresplans zu produzieren, soziale Versorgungs- und Sicherungssysteme vorzuhalten und letzten Endes die viel apostrophierte „zweite Familie“, das Kollektiv, darzustellen. Der Verlust dieser sozialen und alltagskulturellen Eigenschaften der Betriebsstätte gehörte zu den wichtigsten Erfahrungen Ostdeutscher nach 1990, auch wenn es genügend gab, die versuchten, sich dieser „Fürsorge“ zu entziehen. DDR-spezifisch im Vergleich zur Bundesrepublik war der Anteil der erwerbstätigen Frauen. In Ostdeutschland arbeiteten 1989 über 90 Prozent der Frauen. Mitte der 1950er Jahre war die Frauenbeschäftigungsquote zwischen West- und Ostdeutschland noch fast gleich (ca. 50 Prozent), 1989 betrug sie in der Bundesrepublik nur unwesentlich mehr, 55 Prozent. Auch hier gab es nach 1990 Anpassungen. Heute arbeiten im Durchschnitt 70 Prozent der Frauen in ganz Deutschland.<sup>1</sup>

Sachsen wies nach 1990 für den Wirtschaftsumbau einerseits die besten, andererseits auch die schlechtesten Bedingungen auf. Der Maschinenpark war meist, bis auf wenige Betriebe wie Niles in Karl-Marx-Stadt, veraltet. Die Textilindustrie, in Westdeutschland aufgrund der billigen asiatischen Konkurrenz bereits viele Jahre vorher zusammengebrochen, gehörte zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen in den drei Bezirken, vor allem im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Aber auch sie geriet unter die Räder der globalisierten Wirtschaft. Heute ist nur noch ein Zwanzigstel in der sächsischen Textilindustrie im Verhältnis zu 1990 beschäftigt.<sup>2</sup> Die drei sächsischen Bezirke verfügten jedoch über technisch gut ausgebildete Menschen und eine trotz der Verstaatlichungen noch rudimentär erhalten gebliebene kleinteilige Wirtschaftsstruktur.

Seit dem 9. November 1989 konnten sich die DDR-Bürger von der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft überzeugen; wer den Schilderungen der Westreisenden nicht geglaubt hatte, sah es nun selbst. Immer stärker strömten Westprodukte in die DDR. Zu dem Akzeptanzproblem der Ostprodukte, wie sie bald hießen, trat am 1. Juli mit der Einführung der DM ein knallhartes ökonomisches: Die starke Verteuerung ostdeutscher Produkte, ganz gleich, ob es die Waren täglichen Bedarfs waren oder wichtige Exportgüter, die nunmehr



Automobilbau in Zwickau, Briefmarkenblock der Deutschen Post der DDR, 1979

in DM zu bezahlen waren, was kaum eines der wichtigsten Handelspartner in Osteuropa konnte. Der Handel mit den Ostblockländern brach demzufolge ein. Die Belegschaften waren zu groß, die Produkte unter Marktbedingungen zu teuer, die Treuhandanstalt versuchte, die Betriebe zu privatisieren. Massenentlassungen und Betriebsschließungen waren die Folge. Arbeitslosigkeit zog in fast jeden ostdeutschen Haushalt ein. Ihren Höhepunkt erreichte sie in Sachsen – nach einem sprunghaften Anstieg bereits 1992 – im Jahr 1998 mit 18,8 Prozent und erreichte 2005 mit über 18 Prozent einen weiteren hohen Wert, während sie jetzt bei 8 Prozent liegt. Allerdings lag sie auch zwischen 1998 und 2005 permanent hoch.<sup>3</sup> Nicht berücksichtigt sind in der Statistik die zahlreichen Maßnahmen wie Umschulungen usw. Die Gehälter waren weit von dem entfernt, was im Westen gezahlt wurde. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und anderes sorgen dafür, dass diese Generation in wenigen Jahren vor massiven Problemen bei der Altersversorgung stehen wird.

Die Politik der Bundesregierung, die anfangs auf die Regulierungskräfte des Marktes setzte, ging von ihren Hoffnungen auf eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse bald ab; man griff in den Markt ein. Sonderwirtschaftszonen, wie von manchen gefordert, richtete die Regierung jedoch nicht ein. Die Menschen verließen ihre Heimat und gingen in den Westen. Vor allem die Baubranche boomte in den Jahren nach der Wende und wurde der wichtigste Träger der Wirtschaft der ostdeutschen Länder. Als sie nach dem Ende der Bau- und Sanierungskonjunktur auf ein wirtschaftlich gerechtfertigtes Maß zurückging, fehlte den neuen Ländern ein wichtiges ökonomisches Standbein. Es war die Zeit der Glücksritter, wie Jürgen Schneider, die in ostdeutsche Immobilien investierten und einen Wechsel auf die Zukunft machten, der später nicht eingelöst werden konnte. Imperien, wie das von Schneider 1994, brachen zusammen; westdeutsche Anleger in Immobilien, oft getäuscht über die Vermietungs- und Vermarktungsaussichten, verloren wohl Millionen DM. Den Ostdeutschen wieder-

rum fehlte das nötige Kleingeld, um in solchen Klassen mitzuspielen zu können. Aber wie vieles hat auch dies zwei Seiten: Schneider investierte zielgerichtet in städtebaulich wertvolle Objekte, die zu wichtigen Ankerbauten der Sanierung wurden.

## Leuchttürme der Wirtschaft

Der Umbau der sächsischen Wirtschaft nach 1990 war vor allem durch die „Leuchtturmpolitik“ bestimmt, die industrielle Wachstumskerne vorsah, um die herum sich weitere Unternehmen ansiedeln würden. Sie unterschied sich damit von den Ansätzen anderer neuer Länder, die nach dem „Gießkannenprinzip“ und unter falsch verstandener Gleichheit der Lebensbedingungen die Wirtschaftsleistung im Land verteilen wollte. Bestimmt wurde diese Politik durch den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf und den Wirtschaftsminister Kajo Schommer (1940–2007). Anders als in den Ostländern bestand auch eine personelle Kontinuität: Schommer amtierte als Wirtschaftsminister von 1990 bis 2002. Die nachfolgenden Minister waren in der Regel nur eine Legislaturperiode im Amt. In derselben Zeit, in den ersten 12 Jahren nach der Wende, wechselten in Thüringen dreimal die Minister, in Sachsen-Anhalt sogar siebenmal, in Brandenburg viermal und in Mecklenburg-Vorpommern fünfmal. Diese Beständigkeit in Sachsen war die Folge der stabilen politischen Entwicklung, die die CDU in absoluter Mehrheit im Landtag von 1990 bis 2004 garantierte. Die positiven Folgen für die sächsische Ökonomie waren im Vergleich zu den anderen neuen Ländern bald zu sehen: Sachsen wies die niedrigste Arbeitslosenquote in Ostdeutschland auf, wenn sie im Vergleich zum Westen immer noch hoch war. Dies erscheint umso beachtlicher, als Sachsen aufgrund seiner geographischen Lage kein Pendlerland war: Anders als Thüringen, Brandenburg oder Sachsen-Anhalt verfügte es nicht über eine längere Grenze zu einem westlichen Bundesland oder Stadtstaat wie Berlin. Doch mental sahen sich viele weiter abgehängt: Man verglich sich nicht mit den anderen neuen Ländern oder gar dem Ostblock, sondern eben dem Westen. Manche Wahrheiten, die die Politiker sagten, führten zur Ablehnung und Wut. So auch von der fehlenden Perspektive vieler Langzeitarbeitsloser in den 1990er Jahren, die kaum mehr in Lohn und Brot zu bekommen seien.

Die sächsische Wirtschaft ist mittelständisch geprägt und entspricht damit der Form, wie sie hier vor 1945 entsprach.<sup>4</sup> Wenn im folgenden von den Leuchttürmen der sächsischen Wirtschaft geschrieben wird, muss dabei der Mittelstand „mitgedacht“ werden, der sich in diesen

Regionen ansiedelt. Ebenso die regionale Gliederung: Während im Nordwesten Sachsens, im Leipziger Raum, vor allem der Dienstleistungssektor dominiert, ist es im Raum Erzgebirge/Chemnitz die stark exportabhängige Produktion wie Maschinenbau und Elektroindustrie, in einigen Regionen der Oberlausitz die chemische Industrie. Daraus folgen verschiedene Konsequenzen von Wirtschaftskrisen, die in der Regel zunächst die stark exportabhängigen Unternehmen betrifft. Die Ansiedlung global agierender Unternehmen stellt sich aufgrund der nicht nur europa-, sondern weltweiten Konkurrenz als schwierig dar. Billigeren Produktions- und anderen Rahmenbedingungen muss sich Sachsen dabei stellen. Die alten Beziehungen, wie sie vor 1945 bestanden, waren durch die politischen Verhältnisse bald aufgelöst. Es braucht daher Zeit, neue Bindungen zu entwickeln. Gerade kleinen Unternehmen fällt dies jedoch schwer.

Eine Episode stellt dabei eine Personalie dar, die alte Konnexionen für neue wirtschaftliche Beziehungen nutzen sollte. Zum 1. Februar 2004 ernannte Wirtschaftsminister Martin Gillo den Betriebswirt und Kaufmann Alexander von Sachsen-Gessaphe, ein Urenkel des letzten sächsischen Königs, zum Ansiedlungsbeauftragten der sächsischen Regierung. Seit 1997 lebte er mit seiner Familie in Sachsen. Alexander sollte Investoren ins Land holen, vor allem aus Amerika. Interessant ist die Berufung des sächsischen Prinzen nicht wegen seiner Tätigkeit, sondern weil sich bei ihm ein bereits gewandeltes Beziehungsbild der Sachsen zu den Wettinern widerspiegelt. Hatten die Wettiner 1918, 1933, 1945 und 1989 in der Reputation der Bevölkerung gut und anerkannt überlebt, trat die Ernennung Alexanders von Sachsen zum Ansiedlungsbeauftragten auf eine geänderte Grundstimmung. Nun fiel auch die ehemalige Herrscherfamilie dem sozialistischen und nicht selten auch nach 1989 geübten Verdikt zum Opfer, das den Adel als Ausbeuter ansah. Gerade die linken Kräfte malten Drohkulissen über den heimkehrenden Adel an die Wand. Die Adligen hatten in der DDR keine Rolle mehr gespielt und wurden, da kaum noch Familienangehörige in Ostdeutschland wohnten, zu einer völligen Unbekannten, zu „Quasi-Außerirdischen“, von denen man vermutete, dass sie existieren, aber zu denen man keinen Bezug mehr hatte. Die Wettiner fielen aufgrund ihrer als unmäßig angesehenen Forderungen und der Verkäufe von wiedererlangtem Kunstgut nach den vier Vergleichen (1996, 1999, 2006 und 2014) dem Verdammnis der Bevölkerung anheim und verfügen in der öffentlichen Wahrnehmung über kein „positives Image“ mehr. Alexanders Ratschläge an die Sachsen

4 [http://www.statistik.sachsen.de/download/050\\_W-Ind-Bau/Karte\\_in\\_Originalgroesse.JPG](http://www.statistik.sachsen.de/download/050_W-Ind-Bau/Karte_in_Originalgroesse.JPG) (letzter Abruf am 21.8.2015).

5 Sieh dazu: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iii4/zdf-sdi/sdi-074-0-pdf.pdf>, S. 4 (letzter Abruf am 21.8.2015).

6 Siehe dazu: [http://doku.iab.de/regional/s/2013/regional\\_s\\_0113.pdf](http://doku.iab.de/regional/s/2013/regional_s_0113.pdf) (letzter Abruf am 21.8.2015).

7 Siehe dazu: [http://ltv-sachsen.de/Wirtschaftsfaktor/Das\\_Jahr\\_2014\\_1672.html](http://ltv-sachsen.de/Wirtschaftsfaktor/Das_Jahr_2014_1672.html) (letzter Abruf am 21.8.2015).



bezüglich des „Benimms“ brachten ebenso wenig Gewinn wie seine eigentliche Tätigkeit als Ansiedlungsbeauftragter, die er bis 2008 ausübte. Ganz unrecht hatte er dabei nicht: Durch den Weggang des Groß- und mittleren Bürgertums mit den tradierten Konventionen des 19. Jahrhunderts, durch die Bevorzugung der „Arbeiter und Bauern“ trat tatsächlich ein Verlust überlieferter bürgerlicher Kultur ein, den Alexander bemängelte. Durch den Weggang der Wirtschaftselite und die Verstaatlichung auch kleiner Betriebe fehlten unternehmerischer Geist und Risikobereitschaft – eine Langzeitfolge der DDR-Politik.

### Schwerpunkte der sächsischen Wirtschaft

Der Blick auf die Produktion verstellt den Blick auf den hohen Anteil derer, die im Dienstleistungsgewerbe tätig sind. Im stark heterogenen tertiären Sektor sind über eine Million Sachsen beschäftigt, im primären 21.000 (Land- und Forstwirtschaft) und im sekundären 442.000 (Industrieproduktion).<sup>5</sup> Der Tertiarisierungsgrad Sachsens entspricht damit dem Bundesdurchschnitt. Auch der Tourismus oder die Kreativwirtschaft sind wichtige Standpfeiler der Ökonomie. Wenn auch letztere nur im geringen Umfang zum Bruttosozialprodukt beiträgt, muss die Außenwirkung und ihre Funktion als Magnet für andere berücksichtigt werden.<sup>6</sup> Im Tourismus boomen vor allem die beiden Städte Dresden und Leipzig, wo 40 Prozent aller Übernachtungen in Sachsen gebucht werden; aber letzten Endes profitiert jede Region von den Gästen. 2014 konnten über sieben Millionen Gäste in Sachsen begrüßt werden.<sup>7</sup> Im produzierenden Gewerbe bilden sich einige Schwerpunkte ab, die die regional bezogene Leuchtturmfunktion haben; im Gegensatz zu den eben genannten Bereichen Tourismus, Land- oder Kreativwirtschaft.

Die Fahrzeugfertigung war ein wichtiger Bereich der Ökonomie im Süden der DDR geblieben: Trabant, MZ und Barkas kannte jedes Kind. Alle Konstrukteursideen in der DDR, den „Barkas“ oder den „Trabant“ weiterzuentwickeln, scheiterten an den fehlenden wirtschaftlichen oder auch politischen Voraussetzungen. Somit war der nötige Sprung in die Marktwirtschaft noch größer. Die sächsische Automobil- und Motorradproduktion nach 1990 kann durch die Entwicklung zweier Betriebe gekennzeichnet werden: der VEB Sachsenring mit dem „Trabant“ und die Motorradwerke Zschopau MZ. Letztere gingen 2012 endgültig in die Insolvenz, nach mehreren Besitzerwechseln und Namensumbe-



BMW-Werk in Leipzig,  
Zentralgebäude  
Foto: BMW

nennung. Es zeigt sich, dass die Kontinuität auch in der Wirtschaft ein hohes Gut ist. Dabei verfügte MZ auch in Westdeutschland nicht unbedingt über einen schlechten Namen; zumindest war der Abstand zur Konkurrenz nicht so groß wie beim „Trabant“. Aber die VW-Werke Mosel, stabil geführt, gehören heute zu den wichtigsten sächsischen Unternehmensteilen, ähnlich wie BMW und Porsche, die sich später in Leipzig ansiedelten. In Dresden baute VW die „Gläserne Manufaktur“, eines der Paradebeispiele der „Eventkultur“ in der Industrie, die den Autokauf zum Erlebnis machen wollte. In der Manufaktur wird der Luxuswagen von VW produziert, der „Phaeton“. Über 700 Automobilbauzulieferer existieren heute in Sachsen. Die Barkas-Werke in Karl-Marx-Stadt haben die Nachwendzeit nicht überstanden.

Einer der weiteren Leuchttürme ist die IT-Branche in Dresden, hervorgehend aus dem Robotron-Komplex. Der VEB Robotron-Elektronik „Otto Schön“ Dresden produzierte seit den 1970er Jahren den Großrechner EC 1040, später andere Typen. Doch die Computerisierung im Westen war wesentlich weiter fortgeschritten. Ein letztes Aufbäumen, um an den Westen anzuschließen, war der 1-Megabit-Chip, den es im „NSW“ (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) schon lange gab. Nach zweieinhalbjähriger Entwicklungszeit unter Beteiligung des Zentrums Mikroelektronik Dresden innerhalb des Kombinars Carl Zeiss Jena und anderer Einrichtungen konnte am 12. September 1988 der Chip an Erich Honecker (1912-1994) übergeben werden. Die DDR-Medien bejubelten diesen „Anschluss an die Weltspitze“. In Serie ging der Chip indes nicht mehr. Letzten Endes wirkten die Traditionen der Dresdner Feinmechanik und fotografischer Industrie in die Computerzeit fort, bis heute, denkt man an den VEB Schreibmaschinenwerk Erika, an den am 1. Januar 1968 gebildeten

Pentacon und anderes. So konnten die sich für den Standort Dresden interessierenden Firmen auf ausgebildetes IT-Personal zurückgreifen. Infineon errichtete in Dresden 1995 ein großes Werk; weitere IT-Firmen siedelten sich an. „Silicon Saxony“ hieß und heißt das Schlagwort einer Branche, die sich zumindest in Sachsen gegen die seitherigen Krisen gegenüber als recht robust behauptet hat. Zwar kostete die Insolvenz der Infineon-Tochter Qimonda im Jahr 2009 immerhin 4.000 Arbeitsplätze, aber der Standort Dresden erholte sich schnell. Auch andere Chiphersteller siedelten sich an; bisweilen unter massivem Einsatz von Steuergeldern. AMD, jetzt Globalfoundries, beschäftigt heute in Dresden über 3.700 Mitarbeiter. Insgesamt arbeiten heute über 50.000 Menschen in der sächsischen IT-Branche.

Einen weiteren Schwerpunkt der sächsischen Wirtschaft stellen die Biotechnologie und die Pharmaindustrie in Leipzig und Dresden dar, mit starkem forschungsaffinen Charakter. Ein Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Gründung des von der Fraunhofer-Gesellschaft etablierten „Nationalen Leistungszentrums Chemie und Biosystemtechnik“ 2014, die nochmals einen starken Schub auf diese Branche ausüben wird. „Bio-Saxony“ entstand vor allem nach der Jahrtausendwende, griff jedoch auch auf die Traditionen der sächsischen Pharma- und Chemieindustrie zurück. Die Solarbranche, die sich in und um Freiberg ansiedelte, steht seit 2012 vor einer unsicheren Zukunft. Zwar haben sich die

Verkäufe wieder stabilisiert, jedoch steht der Wirtschaftszweig durch die Konkurrenz aus China und durch die Reduzierung der finanziellen Förderung stark unter Druck. Immerhin stammt heute ein Viertel des sächsischen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien. Der Preis dafür ist die „Bereicherung“ des Orts- und Landschaftsbilds mit Solar- und Windkraftanlagen. Durch den Rohstoffhunger entstand im Freiburger Raum, aber auch darüber hinaus im Erzgebirge ein Wiederaufleben bergbaulicher Vorhaben, auch wenn von einem neuen „Berggeschrei“ noch keine Rede sein kann. Der Abbau seltener Bodenschätze wird untersucht; zurückgegriffen wird dabei nicht selten auf Erkenntnisse aus der DDR. Welchen Umfang ein solches Projekt dereinst erreichen wird, hängt vor allem von der Entwicklung der Rohstoffpreise ab, die über die Rentabilität des Bergbaus entscheiden. Der landschaftsfressende Braunkohletagebau um Leipzig und in der Oberlausitz verlor an Bedeutung; wie so oft liegen Für und Wider eng beieinander. Noch ist die Zahl der Arbeitsplätze in den Tagebauen so hoch, dass sie wichtige Wirtschaftsstandorte sind; andererseits wiegen Heimatverlust und Umwelterstörung schwer. Für die Bevölkerung in den Tagebauarealen bestand nach 1990 kurzzeitig Hoffnung, dass die Tagebauerweiterungen nicht stattfinden würden. Jedoch war dem Freistaat der Erhalt der Arbeitsplätze wichtiger. Nun scheint die Klimapolitik den Ausbau der Abaggerung zu stoppen. Durch die Flutung der Tagebaue ent-



Globalfoundries in  
Dresden, Luftaufnahme  
Foto: fensterblick

standen, nachdem sich Flora und Fauna wieder ansiedelten, attraktive Urlaubsregionen wie das Leipziger Neuseenland.

## Wirtschaft 4.0

Ohne Zweifel waren die meisten der Entscheidungen der sächsischen Politik bezüglich der Wirtschaftspolitik richtig. Angesichts der vorhandenen Voraussetzungen konnten Fehler nicht vermieden werden – die, die gemacht wurden, vermögen jedoch nicht die Gesamtleistung signifikant zu schmälern, auch wenn sie schmerzhaft waren und Geld kosteten und kosten. Als 2007 die Landesbank Baden-Württemberg die Landesbank Sachsen aufgrund von Liquiditätsproblemen übernehmen musste, bürgte der Freistaat mit 2,75 Milliarden Euro. Es dauerte ein Dreivierteljahr, bis der sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt als Folge der Landesbankkrise seinen Rücktritt erklären musste. Es wäre auch in Sachsen angesichts der bundespolitischen Rahmenbedingungen nicht möglich gewesen, den Umbruchprozess der Wirtschaft deutlicher abzufedern, was zum Beispiel Wirtschaftsminister Schommer mit seiner Rettung von Betrieben gegenüber der Treuhand versuchte. Manches konnte bewahrt werden, vieles nicht. So gelang es der sächsischen Regierung und der Stadt Leipzig mit weiteren Partnern, die Leipziger Messe in die Zukunft zu retten, die sich aufgrund der im Westen etablierten Messen starker Konkurrenz erwehren musste,



die nicht selten – gerade wie die Hannover-Messe – damals von exilierten Sachsen aufgebaut worden war. Der Messe-Markt war aufgeteilt; zahlreiche Fachmessen zogen das interessierte Publikum an. Die Leipziger Messe, in der DDR das wirtschaftliche Schaufenster, war nach 1990 in seiner Existenz bedroht; eine Messe, die vom Eierkocher bis zur Maschinenbauanlage alles präsentierte, musste neu erfunden werden. Um die Leipziger Messe herum wurden zahlreiche Fachmessen etabliert. Der Messestandort Leipzig ist heute gesichert.

**Der Kahnsdorfer See, ein rekultivierter Braunkohlentagebau südlich von Leipzig, im Hintergrund das Kraftwerk Lippendorf**  
Foto: wikimedia, Jwaller



**Glashalle der Neuen Messe in Leipzig**  
Foto: wikimedia, blackerking

8 Siehe dazu: [http://invest.dresden.de/de/Kompetenzfelder\\_Branchen/Themenexzellenz/Industrie\\_40\\_2314.html](http://invest.dresden.de/de/Kompetenzfelder_Branchen/Themenexzellenz/Industrie_40_2314.html) (letzter Abruf am 21.8.2015).

Die sächsischen Unternehmen standen und stehen seit 1990 vor einem dreifachen Umbruch: Einerseits mussten sie, oftmals ohne großes Eigenkapital, aufgebaut werden und standen im Wettbewerb mit den etablierten westdeutschen Firmen; zweitens setzte der Prozess der „Globalisierung“ ein, der zwar schon viel weiter zurückreicht, aber seit den 1990er Jahren das ökonomische Leben bestimmt, und drittens die Digitalisierung der Wirtschaft, die Industrie 4.0 – die Verzahnung des Internets und der Produktion, die „Künstliche Intelligenz“.<sup>8</sup> Gerade diese Entwicklung wird die Wirtschaft nochmals revolutionieren, nach der Einführung von Roboter- und Computertechnik. Nicht auszuschließen, dass sich auch durch den 3D-Druck eine Herausforderung ergibt: Wenn diese Technik im Alltag angekommen ist und jeder einen 3D-Drucker wie heute einen Papierdrucker im Haus hat, kann dies erhebliche Auswirkungen auf so manchen Hersteller haben, bis hin zum Lebensmittelhandel. Die Differenzierung nimmt durch die Digitalisierung zu: Der Internethandel, auch mit Lebensmitteln, steigt und eröffnet neue Kunden-Hersteller-Beziehungen. Die Wirtschaft benötigt, gerade im ländlichen Raum, den Ausbau schneller Internetverbindungen, was ansonsten schnell zu einem Standortnachteil avanciert. Das Ende der EU-Regionalförderung für die neuen Länder ist abzusehen. Wenn die EFRE-Periode 2020 endet, dürften die künftigen Empfängerländer weiter im Osten liegen. Hinzu treten noch die innerdeutschen Entwicklungen, die die Wirtschaft betreffen. DAX-Konzer-

ne werden sich voraussichtlich auch in Zukunft nicht mit ihren Zentralen in Sachsen ansiedeln; die Kreativszene mit starken Startups findet in den Metropolen statt: Berlin, Hamburg, München, Köln. Es bleibt damit der Mittelstand auch als zukünftiger Träger der sächsischen Ökonomie, regional verankert, aber mit Handelsbeziehungen weit über die Region, bis hin in die ganze Welt, hinaus. Dabei wird auch die Rolle der Wissenschaft wichtiger. Von den Beschäftigten im Maschinenbau ist nur noch ein Viertel der Beschäftigtenzahl gegenüber 1990 übrig. Um so wichtiger werden Impulse und Zusammenarbeit der Wissenschaft, wie sie durch die Technischen Universitäten Dresden und Chemnitz gegeben werden. Besonders das Miteinander von Wissenschaft und Wirtschaft ist von hohem Stellenwert. Die Produktivität reicht indes bisher nicht aus, die westdeutschen Länder einzuholen, auch 25 Jahre nach der deutschen Einheit nicht. Mit knapp 70 Prozent Produktivitätsrate im Vergleich zum Westen hinkt der Freistaat, wie die anderen neuen Länder auch, 30 Jahre hinterher. Der Fachkräftemangel, den es in einigen Branchen gibt, verschärft dieses Problem noch genauso. Bezahlungen unterhalb des Tarifs dürften damit immer weniger möglich sein. Sachsen investiert in die Zukunftstechnologien. Der Freistaat agiert dabei unter starkem Konkurrenzdruck, unter den verändernden Bedingungen der Digitalisierung. Die Stärke der Regionen zu nutzen, ohne in Provinzialismus zu verfallen, dürfte auch in der Zukunft wie bisher der erfolgreichste Weg sein.

#### Gläserne Manufaktur in Dresden

Foto: wikimedia, X-Weinzar

#### Autor

Dr. Konstantin Hermann  
1. Vorsitzender des  
Vereins für sächsische  
Landesgeschichte und  
Vorstandsmitglied des  
Landesvereins Sächsischer  
Heimatschutz  
Sächsisches Staats-  
ministerium für  
Wissenschaft und Kunst  
Wigardstraße 17  
01097 Dresden



# Ganz andere Schulen

## Veränderungen in Sachsens Bildungslandschaft

Heiner Sandig

Es fällt mir immer wieder auf, wie viele ältere Menschen bis heute davon erzählen, dass sie aus ideologisch-politischen Gründen nicht in der DDR Abitur machen durften oder einen bestimmten Beruf erlernen konnten. Das tut auch heute nicht wenigen noch immer weh. Zu DDR-Zeiten selber aber hatten sich die meisten Menschen an diese immer vorhandenen Ungerechtigkeiten im Bildungssystem schon gewöhnt. Dass man nur mit Konfirmation und ohne Jugendweihe eigentlich nicht studieren durfte – das haben die DDR-Bürger ziemlich lautlos hingenommen, und auch dass man nicht Lehrer oder Rechtsanwalt oder Professor ohne kommunistische Lippenbekenntnisse werden konnte. Die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung vor vielleicht 30 Jahren fand das sicherlich nicht besonders gut, aber man hatte sich an die Diktatur des SED-Apparates gewöhnt und empfand deshalb deutlicheren Protest als sinnlos. Das war fast bis zum Ende der DDR-Zeit so.

Es war lange Zeit nur eine kleine Minderheit auch in Sachsen, die deutlich gegen die Zustände in der DDR protestierte. Erst 1989 kam es zu der großen Veränderung, dass die Bevölkerung zu vielen Tausenden gegen das Regime protestierte. Die Überzeugung, dass der SED-Staat DDR ewigen Bestand haben würde, war da auf einmal nicht mehr da. Dadurch konnte die Unterdrückung der Bevölkerung nicht mehr funktionieren. Auch ein Großteil derer, die sich an der Unterdrückung der Bevölkerung beteiligt hatten, wollte nun Veränderung. Es war schon sehr merkwürdig damals, dass noch am 6. Oktober 1989 Tausende Jugendliche in FDJ-Uniform wirklich jubelnd in Berlin an Honeckers Tribüne vorbeizogen, wenige Tage später aber die Massen auf der Straße waren gegen die SED-Herrschaft. Die Menschen wollten Veränderung, und das sehr radikal, vergaßen manchmal dabei aber, in welchem Maße sie selber im alten System mitgewirkt hatten.<sup>1</sup>

Am Anfang wollten sie die DDR gar nicht abschaffen. Sie wollten sie aber richtig umgestalten, „liebenswerter, wärmer, bunter, offener, menschlicher und vor allem freier machen. Ein Land, das selbstbewusst und gelassen, vielleicht auch vorbildlich im Kreis der Völker lebt“ – so formuliert es der sächsische Bürgerrechtler Hans-Jörg Weigel viele Jahre später.<sup>2</sup> Und so wurde in den Jahren 1989 und 1990 viel diskutiert und auch gestritten über die zukünftige Bildung im Land, wie die Schulen und Universitäten einmal aussehen sollten. Ganz sicher hat man da auch geträumt. Nie wieder sollte es so wie zu DDR-Zeiten sein, als eine Partei und ihre Ideologie alle Bildung, Kultur und Weltanschauung beherrschen wollte!

Der Allgemeinbildung sollte eine viel größere Bedeutung beigemessen werden. Ein Studium generale am Anfang eines jeden Fachstudiums sei besonders wichtig, die Grundlagen der Philosophie und Kultur sollte für alle am Anfang stehen. Und im Fachbereich sollte es viel europäischer und internationaler zugehen, Grenzen aller Art sollten überschritten werden. Bestimmte Professoren sollten nicht mehr lehren, oft gab es an den Hochschulen starke Mitbestimmungstendenzen durch die Studenten, die ein Jahr zuvor noch meist gehorsam und linientreu waren.

Ähnlich war die Diskussion unter den Schullehrern, Eltern und älteren Schülern. Die Schule sollte wirklich ganz anders werden! Darüber herrschte weitgehend Einigkeit in den Jahren 1989 und 1990. Die Verklärung des DDR-Schulalltags geschah erst später und hatte wohl auch etwas mit der Resignation von Lehrern, auch mit persönlicher Scham, totalitärer Prägung, fachlicher Überforderung und berufsbedingter Verstrickung in das alte System zu tun – aber diese Gedanken und Gefühle spielten kurz nach dem Zusammenbruch der DDR keine große Rolle.<sup>3</sup>

Jetzt hatten Menschen erst einmal ganz große Sehnsüchte und Hoffnungen auf andere Schu-

1 Erhard Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. 2. Auflage Berlin 1998, S. 25.

2 Eckhard Jesse: Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz. Berlin 2007, S. 165

3 Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 1998, Nr. 1, S. 112-113.

len und Universitäten in Sachsen. Mit der Neugründung des Freistaates Sachsen dachten viele, weil Bildung zur Landespolitik gehöre, dass jetzt doch alle Möglichkeiten zu ganz neuen Überlegungen auf diesen Gebieten bestünden – ganz andere Schulen und ganz andere Hochschulen könnten im Lande entstehen, anders als früher in der DDR, aber auch anders als in der alten Bundesrepublik! Bald mussten sie aber erkennen, dass das so nicht möglich war. Weil der Freistaat Sachsen zur Bundesrepublik Deutschland natürlich gehörte, war vieles in der Neuordnung nicht möglich.

Nach meiner Erinnerung war die erste Wahlperiode des Sächsischen Landtages von der Diskussion über die zukünftigen Schulstrukturen sehr geprägt. In der alten Bundesrepublik favorisierten die Unionsparteien im Prinzip immer ein gegliedertes System mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium, während die Sozialdemokraten traditionell eher für ein eingliedriges Schulsystem eintraten. Die Diskussion über die Strukturen wurde dann auch

bald in die Landtage der sogenannten neuen Länder geführt, manchmal wohl fast heftiger als im Westen. In Sachsen kam es zu einer sehr klugen Entscheidung, die ganz gewiss mit dem Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf zusammenhing. Es wurde eine Mittelschule – seit einiger Zeit Oberschule genannt – gebildet, in der der Realschul- und der Hauptschulabschluss erworben werden kann. Daneben gibt es in Sachsen auch die Gymnasien. Es ist so etwas wie ein Mittelweg: gegliedert, aber die nicht ganz so starken Schüler sind nicht ausgegliedert. Ich habe es immer für sehr wichtig gehalten, dass der Freistaat Sachsen die traditionellen bundesrepublikanischen Grabenkämpfe in der Schulpolitik zwischen Union und SPD etwas relativiert hat.

In anderen Bereichen konnte es nicht so gut laufen. Das in vielen Jahren gewachsene Verwaltungsrecht der Bundesrepublik Deutschland war nicht besonders gut dazu geeignet, das Personal an den Schulen und Hochschulen zu erneuern. Neben stasibelasteten Pädagogen

Kinder in der Trinitatis-  
schule in Riesa  
Foto: Allmut Sandig



sollten vor allem Parteisekretäre und Schulleiter und ihre Stellvertreter nicht mehr in den Schulen arbeiten – das war oft ungerecht, gab es doch DDR-Lehrer, die diese Funktionen zwar nicht innehatten, aber die ihnen anvertrauten Kinder besonders hart ideologisch drangsalierten. Oft aber war das Ganze auch ziemlich unwirksam, weil die Gerichte diese Kündigungen nicht akzeptierten. Jedenfalls gab es in den allgemeinbildenden Schulen Sachsens viel zu wenig neue Lehrer und damit auch zu wenig Erneuerung, das ist bis heute deutlich spürbar. An Sachsens Hochschulen und Universitäten hat auch Erneuerung stattgefunden, aber ganz glücklich kann man da auch nicht sein. Irgendwie hatten manche gehofft, dass die Wissenschaftler, die aus politischen Gründen zu DDR-Zeiten nicht Karriere machen konnten, obwohl sie wissenschaftlich zur Spitze gehörten, jetzt bei der Neuausschreibung der Professorenstellen zum Zug kommen würden – aber dem war nicht so. In der Regel wurden die Stellen neu mit Wissenschaftlern aus dem Westen besetzt, weil diese eben mehr Veröffentlichungen und Auslandsaufenthalte usw. vorzeigen konnten. Die Friedliche Revolution war meistens nicht in der Lage, in der DDR erlittenes berufliches Unrecht oder Benachteiligung in der freiheitlichen Demokratie wieder gut zu machen.

Nein, als der Freistaat Sachsen wieder 1990 gegründet wurde, ging es dann in den Gremien des Landtages und der Regierung, wenn Bildungspolitik angesagt war, vor allem um die Gliederungsart des Schulsystems und um die Größe und Art der Hochschulen in Sachsen. Wichtig war da vor allem die Einbindung in den großen deutschen Kontext, später spielte dann auch Europa eine größere Rolle, aber die starken Wünsche und Überlegungen von Studenten und Eltern, Wissenschaftlern und Lehrern speziell in Sachsen hatten nicht mehr erste Priorität. In der ersten Regierungserklärung von Kurt Biedenkopf formulierte er es so, dass es vor allem um die Jugend Sachsens gehen müsse. Sie müsse die gleichen Chancen haben wie die in den westlichen Bundesländern. „Deshalb gehört die Erneuerung der Schule, der beruflichen Ausbildung, der Universitäten ebenso zu den wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre und meiner Regierung wie alle Aktivitäten, die darauf gerichtet sind, junge Menschen zu ermutigen, weiterzubringen, zu engagierten und zu freien, verantwortungsvollen Bürgern zu erziehen.“<sup>4</sup>

Der ersten Regierung Biedenkopf ging es vor allem um die Zukunft der jungen Sachsen im geeinten Deutschland, sie sollten wirkliche

Chancen haben. Zur Vergangenheitsaufarbeitung klingt die Regierungserklärung schon ein wenig hilflos: „Deshalb gehe ich davon aus, dass in Schulen und Universitäten, in den Betrieben und öffentlichen Verwaltungen all diejenigen in das zweite oder dritte Glied zurücktreten, die nicht die Voraussetzungen für verantwortungsvolle, der Zukunft unseres und seinen Aufgaben dienende Positionen erfüllen.“<sup>5</sup>

Allerdings wurde schon wenige Monate nach dem Vollzug der Einheit Deutschlands in Sachsen und den anderen sogenannten neuen Bundesländern die Wirklichkeit der untergegangenen DDR verklärt, nicht nur von den Älteren, sondern auch von den jungen Leuten. Da wurde allen Ernstes behauptet, dass die allermeisten Menschen gut und gerne in der DDR gelebt hätten und dass man heute „gern auf Bananen, Milka-Schokolade und Kiwis verzichten würde, um einiges aus der alten DDR erhalten zu können. Man wird regelrecht seiner eigenen Identität beraubt.“<sup>6</sup> So formulierte es ein Jahr nach der Wiedervereinigung eine Gymnasiastin, Klasse 12, aus Thüringen. Auch unter Studenten wurde oft Ähnliches von sich gegeben.

Sicher war auch unter diesen Umständen der Neuaufbau mit den notwendigen Veränderungen der sächsischen Bildungslandschaft wirklich eine sehr schwere Aufgabe. Um so mehr muss man im Rückblick darüber staunen, dass das alles in allem recht gut gelungen ist und es dabei keine riesengroßen Proteste, Belagerungen und anhaltende Streiks gegeben hat, an die man sich heute noch erinnern würde. Heute gibt es im Freistaat knapp 1.500 allgemeinbildende Schulen mit etwa 350.000 Schülern.<sup>7</sup> 380 Schulen sind in freier Trägerschaft mit rund 61.500 Schülern, das sind knapp 14 Prozent aller Schüler Sachsens einschließlich der Berufsschüler.<sup>8</sup> Rund 106.000 Studenten sind in Sachsen eingeschrieben. 14 staatliche Hochschulen, neun staatlich anerkannte Hochschulen in freier Trägerschaft und zwei Hochschulen der Verwaltung hat das Land.

Jede Beurteilung der gegenwärtigen Stärken und Schwächen der sächsischen Schulen und Hochschulen ist fast immer sehr subjektiv geprägt, das gilt besonders für meine Einschätzung, die vor allem durch persönliche Gespräche in der Familie und im Freundes- und Bekanntenkreis geprägt ist. Vielleicht hat das Ergebnis meines Nachdenkens über die gegenwärtige Bildungspolitik in Sachsen eine gewisse Einseitigkeit, aber ich bin überzeugt, dass ich Folgendes formulieren sollte:

- 4 Plenarprotokoll 1/2, Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 56.
- 5 Plenarprotokoll 1/2, Sächsischer Landtag des Freistaates Sachsen, 1. Wahlperiode, 2. Sitzung, S. 63.
- 6 Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 1993, Nr. 2, S. 247.
- 7 Medieninformation 72/2015 des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen, Kamenz.
- 8 Pressemitteilung der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages vom 17. April 2015.

Viele Investitionen in Schulen und Hochschulen hat es gegeben, und die allermeisten Gebäude sind mittlerweile in einem sehr guten baulichen Zustand. Über die Strukturen wird aber nach wie vor ziemlich kontrovers in Sachsen diskutiert. Nicht wenige Menschen in Sachsen kritisieren es nach wie vor, dass die Grundschulzeit mit vier Jahren zu kurz ist und dass die relativ frühe Aufteilung in Oberschüler und Gymnasiasten die soziale Kompetenz nicht stärke. Oft wird in diesem Zusammenhang auf die regionale Bedeutung einer Schule hingewiesen, wichtiger aber scheint mir, dass die Schüler und die Eltern durch die räumliche Nähe gut miteinander Kontakt halten können. Es ist schon sinnvoll, dass ein Zehnjähriger auf dem Lande ohne allzu großen Aufwand seinen Schulfreund besuchen kann.

Viele Schulen mussten in den letzten Jahren in kleineren Orten geschlossen werden, weil die Schüler immer weniger wurden. Das war

schmerzlich, aber wohl meistens notwendig. Aber es erscheint mir jetzt nötig, eine Verständigung darüber zu erreichen, wie Schulen mit weniger Schülern weitergeführt werden können. Ein kluger Kulturwissenschaftler im Lande Brandenburg schlägt für sein Land vor, in Zukunft anders zu denken: „Hier wollen wir Menschen haben, also unterhalten wir eine Schule. [...] Die letzten verbliebenen Schulen in den ländlichen Räumen verdienen einen Vertrauensschutz von 15, besser 20 Jahren. Nur durch solche Verbindlichkeiten werden sich auch junge Familien in Zukunft entscheiden, Räume am Rand zu bevölkern.“<sup>49</sup> Ich bin davon fest überzeugt, dass diese Überlegungen auch für Sachsen wichtig sind.

Bis heute finde ich es richtig, dass in Sachsen die Lehrer keine Beamten geworden sind, abgesehen von Schulleitern und deren Stellvertretern, und nicht einmal da ist das einsichtig. Schulleitungen auf Zeit wären sicher auch

**Benno-Gymnasium in Dresden,**  
eine staatlich anerkannte Schule  
des Bistums Dresden-Meißen  
Foto: wikimedia, X-Weinzar





ein gutes, vielleicht sogar das bessere Modell. Im übrigen ist wohl bei uns die Schulverwaltung – mit wechselnden Namen und Strukturen – im Verhältnis zu den Schulen zu mächtig geworden. Schon kurz nach der Neugründung des Freistaates wurde diese Verwaltung immer größer, heute sind von der Sächsischen Bildungsagentur die staatlichen Schulen bis in Einzelheiten hinein abhängig und fühlen sich gegängelt. Beispielsweise werden die Schulleitungen oft viel zu kurzfristig vor dem neuen Schuljahr über zugewiesene Lehrer informiert. Ganz sicher ist es sehr gut für Sachsen, dass es jetzt so viele Schulen in freier Trägerschaft gibt, sind dort die Verantwortlichen doch oft besonders motiviert, und eine begrenzte Konkurrenz unter den Schulen ist sicher belebend. Auf zwei Dinge sollte man in Zukunft noch mehr achtgeben: Zum einen darf in keiner Schule vergessen werden, dass Zensuren zwar sehr wichtig sind, aber trotzdem keine allumfassende Qualitätsaussage über einen Schüler treffen; zum anderen hat auch heute die Schule, gerade wegen der Indoktrination zu DDR-Zeit, eine politische Bildungsaufgabe, denn nicht jede politische Haltung entspricht unserer Verfassung. Beides, die Relativierung der Zensuren und die politische Bildung am besten im Dialog, muss einen stärkeren Wert bei uns bekommen! Und dann müssen unsere Schulen sehr darauf achtgeben, dass sie sich nicht – auch angeregt durch Europa – zu sehr auf Abitur und Hochschule fixieren, denn eine deutsche Facharbeiterausbildung oder gar der Erwerb eines Handwerksmeister-Titels ist nun wirklich kein Makel.

An den Hochschulen und Universitäten in Sachsen ist manches wie an den Schulen. Durch den sogenannten Bologna-Prozess gefördert, ist der Erwerb der „Urkunde“ mit den Zensuren oft das einzige Ziel, der eigentliche Wert des Studierens wird nachrangig. Zum Teil ist die Verschulung an den Hochschulen weit fortgeschritten. Sicher, dagegen begehren auch Studierende auf, aber sie sind wohl nicht die Mehrheit. Ein ganz großer Gewinn auch in Sachsen ist aber, dass immer mehr junge Leute zum Studium oder zu Praktika ins Ausland gehen. Diese Internationalisierung der Bildung ist ein außerordentlicher Gewinn.

Es hat für mich einen ganz hohen Wert, dass das Studieren ohne das Zahlen von Studiengebühren möglich ist. Natürlich kostet das dem Freistaat auch viel Geld. Deshalb darf auch durchaus auch eine Diskussion darüber geführt werden, dass ein Studium auch einen

Nutzen für die Gesellschaft haben muss. Aber manchmal höre ich da, auch im Zusammenhang mit den Haushaltberatungen des Sächsischen Landtages, falsche Töne. Ein Studium ist doch nicht nur dann sinnvoll für das Land, wenn Ingenieurwissenschaft oder Wirtschaft oder Medizin studiert wird, sondern auch eine philosophische Bildung oder die Kunst oder die Theologie ist für das menschliche Zusammenleben sehr wichtig, sogar die sogenannten „Orchideenfächer“ haben für Sachsen eine große Bedeutung, nicht zuletzt wegen der internationalen Anerkennung. Also bitte in Zukunft mehr Zurückhaltung bei der Diskussion um mögliche Abwicklung von Studienrichtungen!

Die gegenwärtigen Bedingungen für ein Studium in Sachsen sind gut – das wird von fast allen so eingeschätzt. Freilich scheinen manche Studierende überfordert zu sein an den sächsischen Hochschulen, die Gründe dafür vermag ich nicht einzuschätzen. Die Wissenschaftler an den Hochschulen müssen sich sehr viel mit fehlenden Geldmitteln auseinandersetzen. Oft bedauern sie, dass die Forschung mehr zähle als die Lehre, und dass es zwar viele sogenannte Drittmittel gebe, aber zu wenig für die normale Forschung. Sie haben damit wohl recht, auch wenn ich die Einzelheiten nicht beurteilen kann. Jedenfalls fällt mir auf, dass in manchen Fachbereichen fast alle oder gar alle Mitarbeiter neben dem Professor über Drittmittel finanziert werden, auch wenn sie zum Teil Aufgaben in der Lehre wahrnehmen.

Aber das sind Einzelheiten oder Schwierigkeiten in den Bildungsinstitutionen, wie sie wohl immer wieder und überall vorkommen werden und die man angehen muss! Die gegenwärtige Bildungslandschaft in Sachsen ist aber schon sehr gut. Eine relativ unabhängige Institution weist in einem Bericht darauf hin, dass Sachsen seit Jahren die unangefochtene Spitzenposition im Bereich Bildung einnehme, weil hier die Bildungsausgaben über dem bundesweiten Durchschnitt lägen. Und auch im universitären Bereich nehme Sachsen eine Vorreiterrolle ein, weil hier die Professoren im Ländervergleich die meisten Drittmittel einwürben.<sup>10</sup>

Als der Freistaat Sachsen wiedergegründet wurde, haben wir sicher mit ganz anderen Schwerpunkten über die zukünftige Bildungslandschaft in Sachsen diskutiert. Vieles ist besser geworden, als wir es zu erträumen wagten, anderes ist uns nicht so ganz gelungen. Aber wo immer wir Menschen agieren, muss auch korrigiert und erneuert werden.

- 9 Kenneth Anders: Crazy Horse. Kolumnen über Stadt und Land II. Croustier 2012.  
10 Sächsischer Technologiebericht des VDI vom 7. Juli 2015.

#### **Autor**

Pfarrer Heiner Sandig  
1990 bis 2004 und 2008/2009  
Mitglied des  
Sächsischen Landtags,  
1992 bis 2004 Sächsischer  
Ausländerbeauftragter  
Streumen

# Wandel als Programm

## Die Entwicklung der sächsischen Hochschulen seit 1990

Hans Müller-Steinhagen, Achim Mehlhorn und Robert Denk

Das Revolutionsjahr 1989 fand die Hochschulen der DDR erstarrt vor. Rückständig in der wissenschaftlichen Ausstattung, am Ende jeglicher ökonomischer Möglichkeiten, in verfallenen Gebäuden und fest im Griff einer Partei, deren Mitglieder zwar das Desaster sahen, aber fest entschlossen waren, eine angeblich historisch begründete Macht zu erhalten. Noch immer gab es jedoch eine hochstehende fachliche Ausbildung in Natur- und Ingenieurwissenschaften und auch einige Inseln, auf denen ernsthafte Forschung betrieben wurde. Aber die Gesamtsituation brachte für viele Mitglieder der Hochschulen, die doch mit Wissensdurst und Forscherdrang angetreten waren, Enttäuschung, Apathie und Resignation mit sich. Die Zahl der Ausreisewilligen stieg an, und der Beginn des Wintersemesters 1989/90 fand viele Kollegen und Freunde in der Ausreisewelle wieder, die über Ungarn und die Tschechoslowakei nach Westen rollte. Das verstärkte die Depression noch mehr.

Im Herbst 1989, als die Kerzendemonstrationen auf den Straßen begannen, bewegten sich auch die Hochschulen. Die Parteibasis verweigerte die Gefolgschaft. Parteiaustritte, Ratlosigkeit der Genossen, gepaart mit einem letzten Aufbäumen des Systems. In Dresden beispielsweise wurden die

Studierenden mit sofortiger Exmatrikulation bedroht, falls sie bei der Teilnahme an „konterrevolutionären“ Demonstrationen erwischt würden.

Aber die Entwicklung war unumkehrbar geworden. Nach Öffnung der Mauer verstärkten sich die basisdemokratischen Bewegungen. Die alte Sektionsstruktur wurde abgeschafft und die Fakultäten in ihre Rechte zurückgeführt. Neue Fakultätsräte wählten neue Dekane. Die verhasste Ausbildung in Marxismus-Leninismus, die neben allen Studierenden auch die parteilosen Hochschulmitglieder betraf, wurde abgeschafft. Man begann, enge Kontakte zu Universitäten der alten Bundesrepublik, aber auch mit der westdeutschen Industrie herzustellen. Die praktisch durchgesetzte Reisefreiheit führte zu umfangreichen persönlichen Kontakten.

Es war dies eine Entwicklung, die an allen Hochschulen der DDR ähnlich verlief. Für die einzelnen Einrichtungen gab es allerdings zeitlich versetzte Entwicklungen, unterschiedliche Nuancen der Veränderungen, die sich aus der jeweiligen institutionellen Geschichte ergaben und unterschiedliche Konfliktsituationen, die bis an die Existenz der Hochschule selbst heranreichten.

Als mit der Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 auch der Freistaat Sachsen als Bundesland wiedergeboren wurde, befanden sich auf seinem Territorium nicht weniger als 22 Hochschulen, die in die Verantwortung der neuen sächsischen Landesregierung fielen. Diese Zahl, mit der auch ein enormes Personalpotenzial einherging, war deutlich höher als in allen anderen Bundesländern – den alten wie den neuen. Es tat also eine dringende Neuordnung not – strukturell innerhalb des Landes, aber auch strukturell in jeder einzelnen Institution. Der junge Freistaat machte sich unter der energiereichen Steuerung des neuen Wissenschaftsministers Hans-Joachim Meyer sofort daran, durch das Sächsische Hochschulernerneuerungsgesetz und das Hochschulstrukturgesetz eine Handlungsgrundlage für diese Neuordnung zu schaffen.

Es gab drei Hochschuleinrichtungen, die geschlossen wurden: die Deutsche Hochschule für Körperkultur und Sport sowie das Literaturinstitut „Johannes R. Becher“ in Leipzig und die

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer,  
Sächsischer Staatsminister für  
Wissenschaft und Kunst, bei  
der Gründungsveranstaltung  
der Fakultät für Wirtschafts-  
wissenschaften der TU Chemnitz  
im Chemnitzer Opernhaus,  
15. November 1993  
Foto: Joachim Müller



Hochschule für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in Meißen. Die Pädagogischen Hochschulen wurden in die Universitäten eingegliedert. In Dresden wurden wichtige Teile der Hochschule für Verkehrswesen „Friedrich List“ und die Medizinische Akademie „Carl Gustav Carus“ als Fakultäten Teil der TU Dresden. Die heutige Musikhochschule „Felix Mendelssohn-Bartholdy“ in Leipzig nahm Teile der Theaterhochschule „Hans Otto“ auf. Im Ergebnis dieser Strukturentscheidungen blieben noch 15 selbständige Hochschulen für Sachsen übrig:

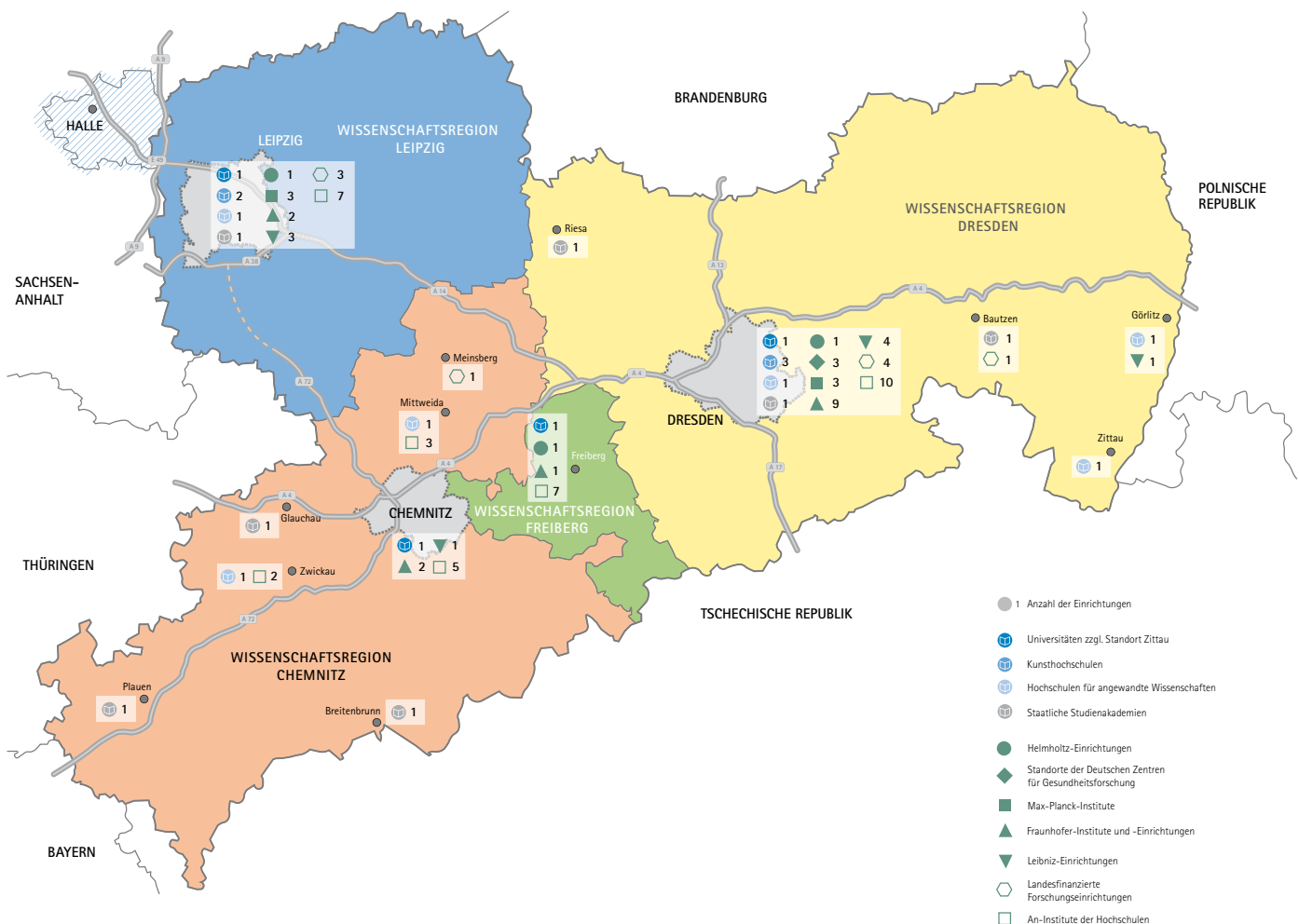
- 4 Universitäten in Dresden (TU Dresden), Leipzig (Universität Leipzig), Chemnitz (TU Chemnitz) und Freiberg (TU Bergakademie Freiberg);
- 5 Fachhochschulen an den Standorten Zwickau (Westfälische Hochschule Zwickau), Leipzig (Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur), Mittweida (Hochschule Mittweida), Dresden (Hochschule für Technik und Wirtschaft) und Zittau-Görlitz (Hochschule für Technik, Wirtschaft und Sozialwesen);

- 5 Kunsthochschulen in Dresden (Hochschule für Musik Carl Maria von Weber, Hochschule für Bildende Künste und Palucca-Hochschule für Tanz), Leipzig (Hochschule für Theater und Musik „Felix Mendelssohn-Bartholdy“, Hochschule für Graphik und Buchkunst) und das 2013 in die TU Dresden integrierte Internationale Hochschulinstitut Zittau.

Diesem Prozess der radikalen institutionellen Umgestaltung hat es an Dramatik nicht gefehlt. Völlig unabhängig von der politischen Vorgeschichte hat dieser Prozess Tausende von Biografien verändert und auch gebrochen. Aber im Ergebnis entstand dadurch eine Hochschullandschaft, die zwar dicht, aber doch institutionell wohlproportioniert und im Hinblick auf die Standorte gut verteilt war.

Parallel dazu veränderten sich die inneren Strukturen der Hochschulen rapide und dies hatte ebenfalls einschneidende Folgen. Während die Natur- und Ingenieurwissenschaften in ihrer Grundstruktur kaum in Frage standen, hatten Geistes- und Sozialwissenschaften sowie die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften den Inter-

**Karte der Hochschulstandorte im Freistaat Sachsen**  
© Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst



essen des alten Systems gedient und konnten inhaltlich nicht fortgeführt werden. Sie wurden in der Regel abgewickelt – also aufgelöst – und zugleich unter anderem Vorzeichen neu gegründet. Eine besondere Notwendigkeit der inhaltlichen Neuordnung und Modernisierung zeigte sich bei den Medizinischen Fakultäten in Leipzig und Dresden. Insgesamt erfuhr das Spektrum der Geistes-, Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften eine deutliche Ausweitung. So erhielten die Universitäten in Chemnitz und Dresden je eine Fakultät für Philosophie und Wirtschaftswissenschaften. Für Dresden kamen überdies die Fakultäten für Verkehrswissenschaften (aus der alten Hochschule für Verkehrswesen), für Rechtswissenschaften (völlig neu), für Literatur- und Sprachwissenschaften (völlig neu), für Erziehungswissenschaften (aus der Pädagogischen Hochschule und der alten Sektion Berufspädagogik) und die Medizinische Fakultät samt Klinikum (aus der Medizinischen Akademie) hinzu. Auch die neuen Fachhochschulen gaben sich moderne interessante Profile, die neben technischen auch soziale Aspekte einbezogen.

Die Erfüllung der äußeren wie inneren Strukturen mit einem neuen akademischen Leben konnte nur mit den erneuerten Leitungen geschehen. Es war daher eine wichtige Forderung der Hochschulmitglieder, die neuen Gremien und ihre Leiter basisdemokratisch und in geheimer Wahl zu bestimmen. Dieser Prozess begann an der TU Dresden, wo bereits im Februar 1990 ein freigewähltes Konzil einen neuen Rektor wählte. Er musste allerdings noch 6 Monate lang mit den Prorektoren der alten Leitung gemeinsam die Geschicke der Hochschule lenken. Die Entwicklung an den anderen Hochschulen verlief ähnlich. Im Laufe des ersten Halbjahres 1990 dankten an den meisten Hochschulen die alten Rektorate ab und verschwanden meist sofort aus der Hochschule. Neue Kräfte ohne SED-Vergangenheit rückten, durch geheime Wahlen legitimiert, nach. Ähnliches geschah mit den Fakultätsräten und den Dekanen. Es war dies die Stunde der wissenschaftlichen Mitarbeiter, die wegen fehlender Parteizugehörigkeit keine Berufungschancen gehabt hatten, obwohl sie beachtliche Lehr- und Forschungsleistungen vorweisen konnten. Ihre revolutionäre Begeisterung und ihr Verantwortungsgefühl bewahrten die Hochschulen vor einem Kollaps. Denn der Studienbetrieb musste trotz Entlassungen, Umstrukturierungen und einsetzenden Baumaßnahmen mit verstärkter Intensität weitergehen. Bis etwa 1993 die endgültige Struktur der Hochschule nach außen und nach innen stand und dann die Zeit der systematischen Berufungen begann, waren parteilose Professoren und die Mitglieder des akademischen Mittelbaus

die Träger der sich erneuernden Hochschulen, die sie mit ihrem Einsatz in die neue, gesamtdeutsche Zukunft führten.

Die sächsische Staatsregierung untersetzte diese neue Struktur mit einem Stellenplan, der etwa 13.000 Mitarbeiter im Haushaltsbereich für die 15 Hochschulen vorsah. Dies war für die dichte Hochschulstruktur eines kleinen Flächenlandes von 4 Millionen Einwohnern eine durchaus großzügige Zahl, die freilich in den Folgejahren durch eine Politik permanenter Stellenstreichungen zunächst immer wieder reduziert wurde und erst wieder auf die ursprüngliche Höhe zurückgeführt wurde, als sich die Studierendenzahlen mehr als verdoppelt hatten. Für die im Jahr 1990 an den Hochschulen Beschäftigten waren diese 13.000 Stellen jedoch ein Schock, weil nur etwa 60 Prozent der zuvor rund 22.000 Beschäftigten eine Stelle behalten konnten. Es war also klar, dass viele Menschen unterschiedlichsten Lebensalters die jeweilige Hochschule verlassen mussten. Die Reduzierung des Personalbestandes gelang auf verschiedenen Wegen:

- Ausgliederung von Einrichtungen, die nicht primär zum Hochschulbetrieb gehörten (Mensen, Wohnheime, soziale und gesundheitliche Betreuungseinrichtungen, Ferienheime, Gebäudereinigung, Pfortner, Dienstleistungseinrichtungen etc.)
- Übernahme auf Projektstellen als Forschungsmitarbeiter, falls entsprechende Projekte eingeworben worden waren
- befristete Stellen, die bei Ausscheiden des Mitarbeiters entfielen
- natürliche Fluktuation in den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt der Wirtschaft und anderer Hochschulen und
- Ausschluss aus der Hochschule aus Gründen hervorgehobener Leitungstätigkeit im alten System, einer informellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR (IM) und nachgewiesenen Verstößen gegen die Menschenrechte.

Obwohl die letzte Gruppe die zahlenmäßig geringste war, wohnte ihr doch eine besondere Brisanz inne, und sie bildete ein viel beachtetes Element einer systemüberwindenden Revolution. Dazu wurden 1991 basisdemokratisch sogenannte Personalkommissionen gewählt. Sie bestanden aus Professoren, akademischen und technischen Mitarbeitern, Studierenden und einem externen Mitglied. Sie waren auf Fachrichtungs- oder Fakultätsebene tätig und sollten zunächst die von allen Mitarbeitern abgegebenen Erklärungsbögen, in denen sie eventuelle Kontakte zur Staatssicherheit offenlegen mussten, prüfen. Sie sollten weiterhin Anhörungen durchführen. Die Erklärungsbögen wurden später mit den Stasiunterla-

gen der Gauck-Behörde und mit Archivmaterial verglichen, das die alten Machtzentren nicht hatten vernichten können. Wer keinen Erklärungsbogen abgab, wurde sofort durch das Wissenschaftsministerium fristlos gekündigt. Die Arbeit der Personalkommissionen war nicht leicht. Sie sollten sachliche Gründe dafür finden, ob ein Professor oder ein wissenschaftlicher, technischer oder administrativer Mitarbeiter für den Öffentlichen Dienst der Bundesrepublik Deutschland geeignet war oder nicht. Dies alles sollte ohne subjektive Antipathien, ohne haltlose Verdächtigungen und vor allem ohne Hass und Vergeltungssucht geschehen. Auf keinen Fall sollte eine einfache Mitgliedschaft in der SED alleiniger Grund für eine Nichteignung sein. Die Empfehlungen der Personalkommission wurden durch das Wissenschaftsministerium nach nochmaliger Prüfung in eine Entscheidung verwandelt. Nach Etablierung der Fakultätsstruktur und der weitgehenden Klärung der Personalstruktur setzte ab 1993 ein verstärktes Berufungsgeschehen ein, um die definierten Fachprofessuren im freien Ausschreibungsverfahren zu besetzen. Dabei konnten sich auch geeignete wissenschaftliche Mitarbeiter der eigenen Universität auf die ausgeschriebenen Stellen bewerben. Natürlich gab es auch viele Besetzungen mit Bewerbern, die nicht aus Sachsen stammten. Oftmals auch deshalb, weil es für bestimmte Fächer geeignete qualifizierte Kräfte in Sachsen gar nicht geben konnte. Die Mischung der Professorenschaft aus Ost und West verlief zwar nicht immer reibungsfrei, war jedoch letztlich ein bewegender Beitrag zur Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands. Struktur und personelle Besetzung bedurften in jeder sächsischen Hochschule dringend einer Erneuerung der Infrastruktur. Nicht nur im geistigen Bereich hatten die Jahre der Ideologie, der Abschottung und der Vernichtung jeder Eigeninitiative zu großen Verwerfungen geführt. Auch Zustand und Ausstattung der Hochschulgebäude war durch jahrzehntelanges „Leben von der Substanz“ in höchstem Maße beklagenswert. Dabei war am Anfang kaum von Neubau, sondern von effizienter und schneller Instandsetzung der vorhandenen Bausubstanz die Rede. Durch Sonderprogramme des Bundes flossen verhältnismäßig zügig Mittel und erschufen ein wahres Wunder innerhalb weniger Jahre. Dächer der Institutsgebäude wurden mit echtem Schiefer gedeckt. Die Dachrinnen erglänzten im neuen Kupferblech. Verschüttete Schönheiten der alten Klinkerfassaden wurden neu hervorgeholt. Im Inneren vieler Gebäude wurden die Heizungssysteme und die Sanitärtrakte erneuert. Das Potenzial neuer wissenschaftlicher Geräte stieg sprunghaft an. Die Zahl der Computer und ihre Netzver-

bindungen, Spektrometer, Mess- und Medizingeräte, Versuchsanlagen für Ingenieure – all das war plötzlich zugänglich, erschwinglich und sofort beschaffbar. Das war für Wissenschaftler wie für Techniker ein Lebenselixier. Zuversicht, Einsatzbereitschaft und der unbändige Trieb, all das Neue beherrschen zu lernen, machten sich breit und kompensierten manch heimliche Sorge über die berufliche Perspektive. Es waren dies glückliche Zeiten des Aufbaus, des Begreifens unendlicher Möglichkeiten und der Ermutigung, sich nach Jahrzehnten der Isolation „in die Welt zu wagen“. Neubauten wurden von Anfang an geplant, dauerten aber in ihrer Anlaufphase länger. Die Verfahren im Rahmen des Hochschulbau-Förderungsgesetzes (HBFUG), bei dem sich Bund und Land die Kosten teilten, waren kompliziert und langwierig. Aber im zweiten Jahrzehnt der 1990er Jahre brach ein Bauboom an den Hochschulen an, der zu vielen Neubauten für Institute, Kliniken, Bibliotheken aber auch im sozialen Bereich zu Mensen, der Instandsetzung von Wohnheimen und zu einer immer besseren wissenschaftlichen Ausstattung führte. In den ersten 15 Jahren hatte der Freistaat Sachsen gemeinsam mit dem Bund rund 2,5 Milliarden Euro in den Hochschulbau investiert und damit einen klugen Beitrag zur Zukunft unseres Bundeslandes geleistet.

So zeigten sich die sächsischen Hochschulen, strukturell neu geordnet, personell erneuert und infrastrukturell modernisiert und erweitert, gerüstet, vier Aufgaben zu erfüllen, die sie bereits während der Zeit der Umgestaltung und der Erneuerung nicht vernachlässigt hatten:

- Für steigende Studentenzahlen eine anspruchsvolle wissenschaftliche, künstlerische und berufsbefähigende Lehre anzubieten,
- diese moderne Lehre abzusichern und zu verbinden mit wissenschaftlicher Forschung, die sich zugleich an internationalen Vorbildern orientiert und die innovative Entwicklung der nationalen Wirtschaft absichert,
- die Hochschulen Sachsens international zu vernetzen, die internationale Komponente im Hinblick auf Studierende, Wissenschaftler und Hochschullehrer zu stärken und einen intensiven Austausch von Studierenden und des wissenschaftlichen Personals besonders in Europa, aber auch weltweit zu gewährleisten und
- wissenschaftliche Dienstleistungskraft und Transfer neuer Erkenntnisse und Technologien in die regionale Wirtschaft zu ermöglichen.

Die Wahrnehmung dieser Aufgaben macht die Hochschulen Sachsens zu einem wichtigen Bestandteil einer modernen Wissensgesellschaft, die sich stets international und interkulturell versteht. Im Laufe der letzten 25 Jahre ist die Zahl der Studierenden an sächsischen Hochschulen von etwa

50.000 auf 110.000 gestiegen. Dabei veränderte sich deren Herkunft erheblich. Stammten im Jahr 2000 noch etwa 94 Prozent aus Deutschland und lediglich 6 Prozent aus dem Ausland, lagen die Werte 2014 bereits bei 86 Prozent und 14 Prozent. Weiterhin erhöhte sich die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger aus den alten Bundesländern von 11 Prozent 2008 auf ca. 29 Prozent im Jahr 2011. Weiterhin erhöhte sich die Anzahl der Studienanfängerinnen und -anfänger aus den alten Bundesländern von 11 Prozent 2008 auf ca. 29 Prozent im Jahr 2011. Die Verdopplung der Studierendenzahlen stellt die Hochschulen vor schwierige Aufgaben, die akademische Lehre in hoher Qualität zu erfüllen.

Historisch gesehen, waren die Studienpläne der Natur- und Ingenieurwissenschaften an sächsischen Hochschulen nur marginal zu ändern und an neue technische und apparative Gegebenheiten anzupassen. Dies geschah unter Aufsicht der gesamtdeutschen Fakultätentage, in welche die Fakultäten sehr schnell aufgenommen wurden. Die Studieninhalte der geistes- und sozialwissenschaftlichen, sowie der wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Fächer wurden durchweg neu bestimmt, wobei die Studieninhalte denen der westdeutschen Universitäten zwar Richtschnur, aber keine einfache Kopie waren. Viele Reformgedanken, die westdeutsche Wissenschaftler in sich trugen, ohne sie zu Hause verwirklichen zu können, konnten plötzlich realisiert werden. Ende der 1990er Jahre hatten alle sächsischen Universitäten, Fach- und Kunsthochschulen Studienprogramme, die mit einem Diplom, einem Diplom (FH), einem Magister oder einer Staatsprüfung endeten.

Die Entwicklung der politischen Integration in Europa führte Ende der 1990er Jahre zu der folgerichtigen Idee, einen europäischen Bildungsraum zu schaffen, in dem sich die Studierenden wie auch die Wissenschaftler ohne bürokratische nationale Schranken frei bewegen können. Man wollte die Synergien der Begegnung mit nationalen Kulturen, die Sprachkompetenz und die wissenschaftliche und methodische Vielfalt nutzen, um polyglotte Wissenschaftler auszubilden, die ohne provinzielle Begrenzungen den europäischen Gedanken der Zukunft leben können. Dies führte 1999 zur Vereinbarung von Bologna, in der die europäischen Wissenschaftsminister versprachen, ihre nationalen Standards bei Wahrung wichtiger nationaler Besonderheiten so einander anzugleichen, dass die Ziele eines europäischen Bildungsraumes erreicht werden konnten. Die in den Folgejahren einsetzende Entwicklung zu einer erneuten Reform der Studiengänge in diesem Sinne hat zu Missverständnissen und Verwerfungen geführt. Während viele Hochschulleh-

rer in der Modularisierung der Lehrinhalte und der Aufteilung des Studiums in zwei Teile Freiheitsgrade zur Varianz der Studienprofile und einer Verstärkung der Internationalität des Studienbetriebs sahen, wollten insbesondere Kräfte aus der Wirtschaft und aus der Politik gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen, nämlich die Überlast und Unterfinanzierung der Hochschulen beenden und einen Großteil der Studierenden mit dem ersten akademischen Grad nach drei Jahren aus der Hochschule in die Praxis entlassen. Nachdem man dieses Modell, das man insgeheim für „amerikanisch“ hielt, vehement unterstützt hatte, machten sich Ernüchterung und Unmut breit, weil die „Bachelors“ nach nur drei Jahren Ausbildungszeit viel weniger konnten als die früheren Diplom-Ingenieure. Auch die Studierenden protestierten gegen überladene Studienpläne und Prüfungshäufungen, die aus dem irrigen Ehrgeiz entsprungen waren, in drei Jahren das Gleiche zu vermitteln, für das man vorher – ebenfalls in intensiver Arbeit – fünf Jahre benötigt hatte.

Inzwischen haben sich die Wogen wieder geglättet: Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften arbeiten nach einem zweizügigen Studienaufbau. An der TU Dresden sind die Ingenieurwissenschaften mit großem Erfolg zum Diplom-Ingenieur zurückgekehrt und stellen gleichwohl durch strenge Modularisierung des Lehrstoffs internationale Kompatibilität her. Auch die Lehrerbildung folgt wieder einem einzügigen Programm. Alle Studiengänge werden heute im Hinblick auf ihren inhaltlichen Aufbau und ihre Studierbarkeit von externen Kommissionen geprüft und akkreditiert.

Die Hochschulforschung in Sachsen ist ein besonders herausragendes Kapitel in der Entwicklung der letzten 25 Jahre. Seit der Reform der deutschen Universitäten durch Wilhelm von Humboldt ist die Verbindung von Lehre und Forschung ein Aushängeschild deutscher Universitäten und hat eine hohe Vorbildwirkung in aller Welt gehabt. Das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung galt auch in der DDR, auch wenn begrenzte Mittel und internationale Isolation hemmend gewirkt haben. Gleichwohl ist an Hochschulen der DDR stets geforscht worden. Insofern war das für die reformierten sächsischen Hochschulen kein Novum. Aber die Bedingungen waren doch grundlegend anders und mussten erlernt werden: die Mittel der Forschung – sowohl für Personal wie für sächliche Investitionen – mussten jetzt für ein konzipiertes Projekt im Wettbewerb mit anderen Bewerbern errungen werden. Eine neue Qualität der Planung – originelle Idee, Wege ihrer Umsetzung, Ziele der Untersuchung, Meilensteine bei der Umsetzung und Kosten – mussten als Bedingung für die Mit-

telbereitstellung plausibel, realistisch und genau dosiert vor Beginn der Untersuchungen angegeben werden. Das Schreiben eines Antrags war also intensive wissenschaftliche Arbeit, Quellenstudium und Sinn für das Machbare, über das später berichtet und abgerechnet werden musste. Es glich dem Schreiben einer wissenschaftlichen Publikation. Die Anträge wurden von externen Gutachtern bewertet und nicht selten abgelehnt oder mit der Aufforderung nachzubessern zurückgeschickt. Es war also sehr wohl ein Ausweis wissenschaftlicher Kompetenz, wenn es gelang, die Mittel für ein Forschungsprojekt zu bekommen. Diese Forschungsgelder, die man „Drittmittel“ nannte, flossen zusätzlich zur staatlichen Alimentierung, die für die Lohnkosten der Mitarbeiter, die Betreuung der Gebäude und für die Finanzierung der Lehre bestimmt waren.

Ein weiterer verwirrender Aspekt war die Vielgestaltigkeit der Geldgeber. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft förderte gute Projekte der Grundlagenforschung ohne Ansehen der Fachdisziplin. Die Wissenschaftsministerien des Bundes und des Sitzlandes der Hochschule gaben Themen vor und förderten nur, wenn sich das Projekt in diesem Rahmen bewegte. Ähnlich ging die Europäische Union vor, die aber ihre vorgegebenen Themen in internationaler Partnerschaft bearbeitet sehen wollte. Die Wirtschaft war häufig an Problemlösungen interessiert, gab aber dafür auch viel Geld aus. So konnten unterschiedliche Forschungsprojekte unterschiedlichster Fachdisziplinen gezielt adressiert werden. Bald waren viele der Professoren wahre Experten darin, auf dem Klavier der Möglichkeiten zu spielen. Begannen die eingeworbenen Drittmittel zunächst im einstelligen Millionenbereich, so hatten sie 2013 in Sachsen die Summe von einer halben Milliarde Euro pro Jahr überschritten. Ähnliches gilt für die anderen sächsischen Hochschulen. Unter den besten zehn deutschen Universitäten bei der Drittmittelleinwerbung sind mit den Technischen Universitäten in Chemnitz, Dresden und Freiberg drei sächsische. Sie werben jedes Jahr zwischen 420.000 und 640.000 Euro pro Professor ein. Insbesondere die TU Dresden hat sich in den vergangenen 25 Jahren bei der äußerst kompetitiven und prestigereichen Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) von Platz 35 unter die ersten zehn deutschen Universitäten herausgearbeitet.

Eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der Forschung an sächsischen Hochschulen war ein parallel zur Reformierung der Hochschulen aufgebautes Netz von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, besonders an den Standorten Dresden, Leipzig und Chemnitz. Diese ausschließlich mit Forschung befassten Institute



gehörten zur Max-Planck- und zur Fraunhofer-Gesellschaft sowie zur Gottfried-Wilhelm-Leibniz- und zur Helmholtz-Gemeinschaft. Diese Einrichtungen werden aus Bundes-, Landes- und Industriemitteln finanziert und sind apparativ deutlich besser ausgestattet als die Universitäten und Fachhochschulen. Sie sind teilweise in Gebäuden der früheren Akademie der Wissenschaften der DDR untergebracht, die seither systematisch modernisiert und erweitert wurden. Viele Institute entstanden auf „der grünen Wiese“ völlig neu. Die Potenziale dieser Institutionen für die Hochschulforschung zu erschließen, war von Anfang an ein strategisches Ziel der Hochschulen. Viele Direktoren der Institute wurden zugleich an die ortsansässige Universität oder Fachhochschule berufen und unterrichten dort mit den Rechten eines Hochschullehrers. Diese Verzahnung führt zu gemeinsamen Forschungsprojekten, zu gemeinsamen Doktorandenkollegs und zur gegensei-

**Campus der Hochschule Zittau-Görlitz in Zittau**  
© Hochschule Zittau-Görlitz



Hörsaalzentrum der TU Dresden  
Foto: TU Dresden/Eckold

tigen Nutzung von Geräten. Diese Synergie hat die Forschungslandschaft enorm belebt. So entstand in Leipzig das 2008 gegründete Forschungsforum, das ein gemeinsames Strategie- und Beratungsgremium der ansässigen Forschungsinstitutionen zur Koordinierung von Projekten bildet und in Dresden, begünstigt durch die nach München größte Dichte an außeruniversitären Forschungseinrichtungen, das DRESDEN-concept, ein Verbund der Universität mit diesen Einrichtungen sowie mit der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek, dem Deutschen Hygiene-Museum und dem Militärgeschichtlichen Museum sowie einer Assoziierung der Hochschule für Technik und Wirtschaft. Dieser Verbund in Form eines gemeinnützigen Vereins setzt sich zum Ziel, nicht nur jeder einzelnen Einrichtung am Standort bestmögliche Bedingungen zu schaffen, sondern aus dem Zusammenspiel einen Mehrwert zu erzeugen und damit auf Dresden als Gesamtstandort zu setzen. National und international erhält diese Form der institutionalisierten Zusammenarbeit unter Wahrung der Eigenständigkeit aller Beteiligten hohe Aufmerksamkeit und Wertschätzung.

Eine der prägenden Entwicklungen der 2000er Jahre war die vielerorts zuerst heftig kritisierte Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder. In Bund und Ländern war die Erkenntnis gereift, dass die deutschen Hochschulen ihre Stärken im internationalen Vergleich nicht richtig ausspielen konnten und es einer gezielten Förderung von Forschungsschwerpunkten und Ideen bedurfte, um die Hochschulen strategiefähig werden zu lassen. Eine unmittelbare institutionelle Bundesfinanzierung kam wegen der Hoheit der Länder in dieser Frage nicht in Betracht, so dass Instrumente zur Förderung von Forschungsschwerpunkten (Exzellenzcluster), koordinierter Nachwuchsförderung (Graduiertenschulen) und Strategiefähigkeit (Zukunftskonzepte) geschaffen

wurden. Allein die an vielen Stellen mit enormem Aufwand betriebenen Antragsrunden brachten einerseits Unruhe in die Hochschullandschaft, verhalfen aber auch den Reformkräften zu der für eine fruchtbare Strategiediskussion nötigen kritischen Masse – völlig unabhängig von der Frage, ob die eingereichten Anträge später zum Erfolg führten. Auch die Länder ließen sich vom Gedanken der Spitzenförderung anregen und legten ihrerseits Exzellenzprogramme auf. Es spricht für die Qualität der sächsischen Wissenschaftslandschaft, dass die TU Dresden aus diesem Wettbewerb als einzige Universität in den ostdeutschen Flächenländern hervorging, die in allen drei Förderlinien erfolgreich war.

Die übergreifenden Aspekte von 25 Jahren Hochschulen in Sachsen können freilich nicht plausibel werden, ohne einen Blick auf die einzelnen Institutionen selbst zu werfen. Sie sind trotz ihrer schematischen Einteilung in Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen jede in ihrer Eigenart, ihrem Profil in Forschung und Lehre sowie der Zahl und Zusammensetzung ihrer Studierenden höchst unterschiedlich.

Die **Universität Leipzig** sticht als die mit ihren über 600 Jahren mit weitem Abstand älteste Einrichtung hervor. Nach der politischen Wende und der deutschen Einheit nahm die damalige Karl-Marx-Universität 1991 wieder ihren alten Namen „Universität Leipzig“ an. Für die große geisteswissenschaftliche Einrichtung wurden der einsetzende Strukturwandel und die Notwendigkeit einer völligen Neuordnung des Fakultätsgefüges besonders spürbar. Heute sind rund 29.000 Studierende immatrikuliert.

Die Biotechnologie-Offensive Sachsen brachte der Universität 2003 das Biotechnologisch-Biomedizinische Zentrum (BBZ). Und die Medizin sollte sich in diesen Jahren auch anderweitig als ein solides Standbein erweisen. Das Translationszentrum für Regenerative Medizin (TRM) Leipzig, das Integrierte Forschungs- und Behandlungszentrum (IFB) für Adipositas-Erkrankungen und Erfolge in der Landes-Exzellenzinitiative des Freistaates zeigen die wissenschaftliche Brillanz der Universität auf diesem Feld.

2013 justierte die Universität Leipzig ihr Forschungsprofil erneut, so dass sie nunmehr durch drei strategische Forschungsfelder geprägt wird. Die geisteswissenschaftliche Linie „Veränderte Ordnungen in einer globalisierten Welt“ steht neben den „Intelligenten Methoden und Materialien“ sowie der ganzheitlichen Profillinie „Nachhaltige Grundlagen für Leben und Gesundheit“. Die Erneuerung wird auch dem flüchtigen Betrachter augenfällig.

Seit 2012 steht das Neue Augusteum an historischer Stelle und mit dem Paulinum am Ort der



1968 gesprengten Universitätskirche St. Pauli erhält die Universität ein neues geistiges und geistliches Zentrum.

Die andere große Voll- und einzige Exzellenzuniversität in Sachsen ist die **Technische Universität Dresden**. Mit ihren derzeit 37.000 Studierenden versteht sie sich aus ihrer Tradition heraus einer starken ingenieur- und naturwissenschaftlichen Orientierung verpflichtet. Die Bundes-Exzellenz-Cluster liegen mit dem Center for Regenerative Therapies und dem Center for Advancing Electronics in den Feldern Biotechnologie und Elektrotechnik und Informatik, wengleich sich die TU Dresden auch in den relativ jungen Zweigen der Geisteswissenschaften sehr gut entwickelt. So ging als ein langfristiges Element der Grundlagenforschung der erste geisteswissenschaftliche Sonderforschungsbereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft in den Neuen Bundesländern bereits 1996 an die TU Dresden. Auch an anderer Stelle konnte sie eine Vorreiterrolle einnehmen. Bereits Anfang der 1990er Jahre gab es ein Zentrum für Technologietransfer, dem die Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer 1996 folgte. Bundesmittel werden seither ebenfalls regelmäßig und in hohen Beträgen eingeworben und unterstützen zum Beispiel die Forschung im Leichtbau, karbonverstärkte Baumaterialien sowie die Mobilfunktechnik. Die Zahl der eingeworbenen Drittmittel beläuft sich derzeit auf rund 250 Millionen Euro jährlich.

Als Zentrum der Chemnitzer Region bietet die **Technische Universität Chemnitz** den mehr als 11.600 Studierenden aus 90 Ländern eine Heimat. Innerhalb von 25 Jahren stiegen die Studierendenzahlen um rund 4.000. Etwa 2.300 Beschäftigte arbeiten hier derzeit. In Forschung und Lehre definiert sich die Universität selbst über die drei Kernkompetenzen „Materialien

und intelligente Systeme“, „Effiziente und flexible Produktion“ sowie „Mensch und Technik,“ wobei sie sich insbesondere den Einflüssen von Megatrends wie Globalisierung, demografischer Entwicklung und Ressourcenverfügbarkeit verpflichtet sieht. Der Bundesexzellenzcluster MERGE untermauert die Forschungshöhe dieser Einrichtung. Zukunftsweisend für die TU Chemnitz ist die sich verdichtende Verknüpfung mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Wissenschaftsregion Chemnitz. Somit gelingt es ihr zusehends die Attraktivität der Stadt Chemnitz als Studien-, Arbeits- und Lebensort zu erhöhen. Und auch Stadt und Land beteiligen sich an dieser Form der Attraktivitätssteigerung. Die Alte Aktienspinnerei der Industriestadt wird zur Zentralbibliothek und viele Universitätseinrichtungen werden entlang einer eigenen Straßenbahntrasse gruppiert. Gründungsimpulse gibt sie über das Zentrum für Wissens- und Technologietransfer.

Die **TU Bergakademie Freiberg** (TUBAF) knüpfte 1989 an die Traditionen der ältesten montanwissenschaftlichen Einrichtung der Welt an und profilierte sich zur Ressourcenuniversität, die sich mit der gesamten Wertschöpfungskette von der Lagerstätten erkundung bis zum Recycling befasst. Gemeinsam mit vier internationalen Universitäten wurde in den 2000er Jahren die „University of Resources“ gegründet. Seit 2011 beherbergt Freiberg ein eigenes Helmholtz-Institut für Ressourcentechnologie. Gleichwohl erfolgten mit dem Beginn des hier relevanten Betrachtungszeitraums auch nichttechnische Erweiterungen wie die 1990/91 vorgenommene Gründung der gesellschaftswissenschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten, was mittelfristig zu einem erheblichen Anstieg der Studierendenzahlen führte, die nun über 5.000 liegen. Seit 1999 bietet die TUBAF auch



Das neugebaute Augusteum der Universität Leipzig

Foto: Universität Leipzig, Randy Kühn

internationale Studiengänge an, und die Verbindung ehemaliger Freiburger zu ihrer Universität scheint besonders ausgeprägt zu sein. 2006 erhielt die TUBAF die größte private Einzelstiftung an eine deutsche staatliche Universität – von einem ehemaligen Studenten.

Die im Vergleich zur hergebrachten Prägung altbundesdeutscher Fachhochschulen forschungsstarken bisherigen Fach- und Ingenieurschulen setzten von Beginn der 1990er Jahre an selbstbewusste eigene Akzente in der sächsischen Landschaft. Seit 2009 dürfen sie sich Hochschulen für Angewandte Wissenschaften nennen.

Beispielhaft ist die auf die 1838 gegründete Bau-gewerkeschule zurückgehende **Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur in Leipzig**, die sich in großer Bandbreite den Ingenieur-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Medien-, Informations- und Kulturwissenschaften auf dem sich mehr und mehr verdichtenden Campus im Leipziger Süden widmet und die auch ihre Vermittlerstärke im 1997 gegründeten Forschungs- und Transferzentrum ausspielt. Die **Hochschule Mittweida** liegt mit ihrem Campus der kurzen Wege fast mittig in Sachsen und kann auf eine längere Entwicklung als ursprünglich private Einrichtung zurückblicken, die bereits 1969 zur Ingenieurhochschule erhoben wurde. Seither widmet sie sich der anwendungsorientierten Forschung und macht regelmäßig mit ihrer Lasertechnologie auf sich aufmerksam, mit dem die Einsatzmöglichkeiten der Laserstrahlung zur Anwendung im Werkzeugbau und der Mikrosystemtechnik erforscht werden. Daneben baute sie Kompetenzen in den Feldern Medien und Sozialer Arbeit auf. Rund 6.300 Studierende haben sich hier immatrikuliert. Die **Hochschule Zittau-Görlitz** trat ihren Weg von der Ingenieurhochschule zur Fachhochschule neuen Typs ebenfalls 1992 an. Die Lage der Hochschule prä-

destinierte sie für die internationale Zusammenarbeit im Dreiländereck, die sie mit dem Internationalen Netzwerk NEISSE UNIVERSITY nutzte und dabei insbesondere die Universitäten in Liberec (CZ) und Wrocław (PL) in einen gemeinsamen englischsprachigen Studiengang einbezog. Heute können die rund 3.800 Studierenden an der Hochschule in den Fakultäten Elektrotechnik und Informatik, Management- und Kulturwissenschaften, Maschinenwesen, Natur- und Umweltwissenschaften, Sozialwissenschaften sowie Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsingenieurwesen lernen. Auch am Automobilstandort Zwickau brachte die Gründung der heute **Westfälische Hochschule Zwickau** benannten Fachhochschule mit einem starken ingenieurwissenschaftlichen Gepräge Anknüpfung an bestehende Traditionen. Die Hochschule hat die letzten Jahre jedoch auch genutzt, ihre Basis zu verbreitern und die Schwerpunkte in Richtung angewandter Ingenieurwissenschaften zu legen, so dass heute die rund 5.000 immatrikulierten Studierenden aus rund 40 Studiengängen wählen können. Der Wunsch nach rascher Umsetzung von praxisnaher Forschung in die Entwicklung moderner Produkte sowie die Orientierung auf einen wissenschaftlichen Weiterbildungsbedarf führten bereits 1994 zur Gründung eines Forschungs- und Technologietransferzentrums neben der Hochschule, das als Transmissionsriemen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft tätig wird. Die aus Teilen der Hochschule für Verkehr 1992 gegründete **Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden** reiht sich heute drittmittelstark in die Spitzengruppe der deutschen Hochschulen für angewandte Wissenschaften ein. Technik, Wirtschaft, Gestaltung und „grüne Studien“ bestimmen das Profil, der aus acht Fakultäten bestehenden HTW, die den rund 5.000 Studierenden ein breites Spektrum an praxisorientierten Studiengängen und eine Vielfalt anwendungsorientierter Forschung in einer ausgewogenen Mischung aus Gelegenheiten für Synergien und Überschaubarkeit der Einrichtung bietet.

Die beiden sächsischen Kunsthochschulen in Leipzig und Dresden, die **Hochschule für Bildende Künste in Dresden** (HfBK) und die **Hochschule für Grafik und Buchkunst in Leipzig** (HGB), teilen eine lange gemeinsame Geschichte. Als älteste Hochschulen nach der Universität Leipzig verbindet sie das gemeinsame Gründungsjahr 1764 und die ausdrückliche Errichtung als Kunstakademien. Untergebracht bis heute im faszinierenden Gebäudeensemble auf der Brühlschen Terrasse in Dresden bietet die HfBK nicht nur Bildende Kunst, sondern auch Kunsttechnologie, Konservierung und Restau-

Studentin der TU Bergakademie Freiberg mit Reagenzgläsern  
© TU Bergakademie Freiberg



rierung, Bühnen- und Kostümbild, Theaterausstattung und Kunsttherapie. In nicht minder Ehrfurcht gebietenden Hallen öffnet sich die HGB mit immer wieder frischen und neuen Ideen für und mit ihren 600 Studierenden, die in fünf Studiengängen rund um Malerei, Grafik, Buchkunst, Grafik-Design, Fotografie und Medienkunst immatrikuliert sind.

Auch die Musikhochschulen prägen das Bild des Freistaates sehr stark, die **Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn-Bartholdy“ in Leipzig** (HMT) und die **Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden** (HfM) stehen für die große sächsische Tradition in der Musik. Die HMT zählt unter ihresgleichen mit 700 Events zu den Ausbildungsstätten mit den meisten Veranstaltungen jährlich. Sinfoniekonzerte, Opernaufführungen, Orgelkonzerte, Jazzveranstaltungen, Theaterinszenierungen oder Wettbewerbe sind feste Größen im Leipziger Kulturleben. Die Hochschule mit ihren 1.050 Studierenden arbeitet mit den wesentlichen Kultureinrichtungen der Stadt im Musik- und Theaterbereich (Gewandhaus Leipzig, Oper Leipzig, Musikalische Komödie Leipzig, Schauspielhaus, MDR Sinfonieorchester) zusammen, ohne dabei den Fokus der Ausbildung von Berufsmusikern, Berufsmusikpädagogen und Berufsschauspielern auf höchstem internationalen Niveau zu verlieren. Die Dresdner HfM mit ihrem angegliederten Landesgymnasium, in dem 150 Schülerinnen und Schüler in einem der angesehensten Ausbildungskonzepte früh eingebunden werden, kooperiert mit den anderen großen Kulturinstitutionen der Stadt (Semperoper, Staatsschauspiel, Musikfestspiele). Inszenierungen der Opernklasse finden auf Tournée durch Deutschland, Italien und die Schweiz großen Anklang. Die 600 Studierenden werden auf ein Leben als Berufsmusiker vorbereitet, bereits seit 1962 übrigens auch in den Fächern Jazz, Rock und Pop.

Die von der Tanzikone Gret Palucca 1925 gegründete **Palucca-Hochschule für Tanz** kam erst im Jahr 1993 in den Reigen der staatlichen Kunsthochschulen. Die rund 200 Studierenden setzen sich aus rund 30 Nationen zusammen und werden in den Fächern klassischer Tanz, zeitgenössischer und moderner Tanz und Improvisation unterrichtet.

Eine Betrachtung der letzten 25 Jahre im Hochschulwesen wäre nicht vollständig ohne den Blick auch auf die **privaten Hochschulen** zu lenken, von denen zunächst die staatlich anerkannten die wesentliche Rolle spielen. Dies sind die Handelshochschule Leipzig gGmbH, die Dresden International University GmbH, die Evangelische Hochschule für Kirchenmusik Dresden, die Hochschule für Telekommunikation Leipzig, die Evangelische Fachhochschule für Religions-

pädagogik und Gemeindediakonie in Moritzburg und die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit sowie die private Fachhochschule in Dresden. Nicht alle privaten Angebote waren von Dauer. Die Private FernFachHochschule Sachsen in Chemnitz existierte nur von 2005 bis 2009. Sowohl die Hintergründe für die Entstehung als auch die Ausprägung der sehr individuellen Profile können nicht über einen Leisten geschlagen werden. Während die zwischenzeitlich renommierte Handelshochschule an eine 185-jährige Tradition und die Hochschule für Telekommunikation an die Vorgängereinrichtungen des Post- und Fernmeldewesens anknüpfen kann, stellen andere, wie die 2003 errichtete Dresden International University, eine – sich im übrigen subventionsfrei selbst tragende – Neugründung dar.

Neben den staatlichen und privaten Hochschulen findet sich im Freistaat auch die **Berufsakademie Sachsen** mit ihren Staatlichen Studienakademien an den sieben Standorten Bautzen, Breitenbrunn, Dresden, Glauchau, Leipzig, Plauen und Riesa. An der Berufsakademie Sachsen werden betriebswirtschaftliche, ingenieurwissenschaftlich-technische sowie sozialwissenschaftliche Studieninhalte angeboten. Jedes Semester umfasst ein Halbjahr Theorie und ein Halbjahr mit einem praktischen Studienteil im Unternehmen. Der akkreditierte Bachelorabschluss der Berufsakademie Sachsen ist dem der Hochschulen gleich gestellt und öffnet den Weg zu verschiedenen Masterstudien.

Es bleibt der Ausblick auf die Herausforderungen für die sächsischen Hochschulen. In erster Linie dürfte erkennbar sein, dass es nicht *die* Zukunftsstrategie für alle Hochschulen gibt. Vielmehr wird es notwendig werden, ausgerichtet nach Profil, Größe, Standort und Sichtbarkeit differenzierte Strategien zu entwickeln, die sich jedoch alle an den folgenden Parametern werden messen lassen müssen. Die demografische Entwicklung Sachsens macht eine vollständige Schöpfung der auszubildenden Studierenden aus dem Freistaat selbst heraus ebenso unmöglich wie einen Verzicht auf Studierende von außen. Berücksichtigt man die Biografieverläufe vieler junger Menschen, so ist es auch für den Freistaat genau der richtige Zeitpunkt, neue Bürger zu gewinnen, wenn er Studienplätze anbietet. Die Internationalisierung wird zu einem der Ankerpunkte in der Entwicklung der Hochschullandschaft werden. Offenheit gegenüber internationalen Wissenschaftlern und Studierenden ist ebenso wichtig wie die Offenheit, selbst in die Welt zu gehen. Nicht zuletzt wird der Erfolg der einzelnen Hochschulen auch davon abhängen, wie stark sie in der Lage sind, sich mit der Gesellschaft, der Wirtschaft und anderen Wissenschaftseinrichtungen zu verknüpfen, ohne dabei die eigene Identität zu verlieren.

#### Autoren

Prof. Dr. Ing.-habil  
DEng/Auckland  
Hans Müller-Steinhagen  
seit 2010 Rektor der  
TU Dresden  
Vorsitzender der  
Landesrektorenkonferenz  
Sachsen  
Mommssenstraße 11  
01069 Dresden

Prof. Dr. Achim Mehlhorn  
1994 bis 2003 Rektor der  
TU Dresden, 2006 bis 2010  
Präsident der Dresden  
International University  
Dresden

Robert Denk  
Geschäftsstelle der  
Landesrektorenkonferenz  
Sachsen  
TU Dresden  
Mommssenstraße 11  
01069 Dresden

# Bewahrung der sächsischen Kulturpolitik aus demokratischer Verantwortung

Reiner Zimmermann

Die folgenden Ausführungen entsprechen meinen subjektiven Erinnerungen an die rasanten Prozesse der Neuformierung der sächsischen Kulturlandschaft, in die ich als Leiter der Abteilung Kunst im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst verantwortlich eingebunden war. Herrn Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, ehemaliger Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, sowie Herrn Dr. Heinrich Douffet, dem damaligen Referatsleiter Museen und Denkmalpflege, danke ich für ihre Hinweise.

**Staatsminister  
Prof. Dr. Hans Joachim Meyer und  
Dr. Reiner Zimmermann, 2001**  
Foto: G. Bartholomay

## Auftrag

Mit der Entscheidung des ersten Kabinetts von Kurt Biedenkopf im Januar 1991, der sächsischen Kultur den gleichen Rang wie anderen Politikfeldern zuzubilligen, wurde dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (SMWK) die Verantwortung für die Bewahrung der aus der DDR überlieferten, teilweise überdimensionierten Kultureinrichtungen mit oftmals langer Tradition übergeben, zugleich war damit der Auftrag zu deren Bewertung und Weiterentwicklung eingeschlossen.

Für die großen staatlichen Kultureinrichtungen wie die Sächsische Staatsoper mit Staatskapelle Dresden, das Staatsschauspiel Dresden oder die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden (SKD) sowie weitere große Museen in Dresden wie das Verkehrsmuseum, die Naturkundlichen Sammlungen, das Hygienemuseum und andere war nunmehr der Freistaat Sachsen zuständig. Zugleich musste in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern der Fortbestand größerer kommunaler Kultureinrichtungen, an de-

nen Sachsen so reich ist, ermöglicht werden. Das ergab sich daraus, dass in Sachsen seit Jahrhunderten nicht nur die höfische Kultur in Dresden, sondern durch die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens seit dem 12. Jahrhundert auch die städtische Kultur sowie die des ländlichen Raums von hoher Qualität war, verbunden mit einem entsprechendem Selbstbewusstsein der künstlerisch Tätigen und der zahlenden Bürger.

Für die Leistungsfähigkeit sächsischer Kultureinrichtungen sei nur ein markantes Beispiel genannt: Zum Bachjahr 2000 plante der Sächsische Musikrat gemeinsam mit Kirchen, Musikhochschulen, Musikschulen, Laien-Ensembles und professionellen Musikern an jedem Sonntag und Feiertag vom 1. Januar bis zum 31. Dezember in irgendeiner sächsischen Kirche die Aufführung einer der über 200 Kirchenkantaten von Johann Sebastian Bach. Welches deutsche Land sonst kann auf eine solche Breite künstlerischer Leistungsfähigkeit, basierend auf jahrhundertelanger Tradition, bauen? Diese Vielfalt galt es zu erhalten!

Die anfangs sehr bescheiden besetzte Abteilung Kunst des SMWK, in der wir immer vertrauensvoll zusammenarbeiteten, sah sich einer Fülle von Aufgaben gegenüber, die am liebsten alle auf einmal zu lösen waren. Zunächst standen Strukturüberlegungen im Vordergrund:

- die finanzielle Versorgung der staatlichen Kultureinrichtungen (hier muss daran erinnert werden, dass 1991 keine der Einrichtungen einen vom Parlament beschlossenen Haushalt hatte. Es gab nur sporadische Abschlagszahlungen. Das Gleiche galt für die kommunalen Einrichtungen.)
- die Umsetzung der beiden Bundesprogramme, des Substanzerhaltungsprogramms für größere kommunale Kultureinrichtungen sowie des Infrastrukturprogramms zur Finanzierung von ca. 800 kleineren kommunalen Projekten wie Unterstützung von Fahrbiblio-



theken, Sicherungsmaßnahmen für kleinere kommunale Museen u.v.a.m., korrekt bearbeitet von unserem Haushaltsreferat, Frau Heide Gneipel und Bernd Angrik aus Baden-Württemberg, der für einige Jahre freiwillig zu uns kam und eine große Hilfe war. (Hierfür hatte das Bundesinnenministerium nach § 35,7 des Einigungsvertrages und unter argwöhnischen Blicken der alten Länder ein einigungsbedingtes Sonderprogramm zur Hilfe für die ostdeutschen Länder eingerichtet. Die 42,3 Prozent der Bundesmittel, die Sachsen aufgrund seiner kulturellen Dichte erhielt, mussten schleunigst unter die Einrichtungen verteilt werden. Diese Mittel zahlte der Bund von 1991 bis 1993, und für 1994 gab es dann noch die Hälfte der bisherigen Summe.)

- die Überprüfung aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auf belastende Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR mit entsprechenden Konsequenzen
- die Entscheidung über die Existenz vieler ehemals bezirksgeleiteter Kulturbüros und gegebenenfalls deren Überleitung in neue staatliche Stellen wie den Kunstfonds des Freistaates Sachsen, der die vom ehemaligen Rat des Bezirkes geförderte Bildende Kunst sammelte, oder die Sächsische Landesstelle für das Museumswesen, die kommunale Museen oder in privater Rechtsträgerschaft befindliche Einrichtungen wissenschaftlich beriet
- die Begleitung von kommunalen Entscheidungen über die Existenz von Kultureinrichtungen
- die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements zur Gründung von Vereinen und Landesverbänden
- die Einrichtung beratender Gremien wie Sächsischer Kultursenat, Sächsische Akademie der Künste, Kulturstiftung des Freistaates Sachsen und andere
- die Einbeziehung der künstlerischen Hochschulen – hierfür war Dr. Tatjana Frey verantwortlich – in den allgemeinen Erneuerungsprozess aller sächsischen Hochschulen, den das Ministerium mit Hochdruck vorantrieb.

Dass die Arbeit der Abteilung Kunst in das parlamentarische System des Freistaates und in das föderale System der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Gremien und ihren Verfahrensvorgängen einbezogen war, versteht sich von selbst, brachte zugleich viele Aufgaben mit sich: die Beantwortung parlamentarischer Anfragen, die inhaltliche Vorbereitung von Kabinettsitzungen, von Minister-, Staatssekretärs- und Abteilungsleiterrunden innerhalb der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder und vieler anderer Gremien, welches zum Alltag der Staatsbürokratie gehören.

Dass aber diese Staatsbürokratie eine Aufgabe nicht bediente, das unterschied sie von den vorgegangenen DDR-Behörden: Sie enthielt sich jeglicher inhaltlicher Einflussnahme auf die ihr zugeordneten Einrichtungen. Das erleichterte die Arbeit ungemein und schuf erstmals Vertrauen zwischen Kulturschaffenden und Verwaltung: ein hohes Gut eines demokratisch verfassten Gemeinwesens, das durch Arroganz und Ignoranz der Behörden rasch verspielt werden kann. Da diese täglichen Aufgaben alles andere als spektakulär waren, wurden wir zwar von Abgeordneten der Opposition des Sächsischen Landtags als unfähiges und inkompetentes Ministerium apostrophiert, aber die Abteilung Kunst sah ihre Aufgabe vornehmlich darin, die Voraussetzungen für ein florierendes Kulturleben zu schaffen, zum Beispiel durch Schwerpunktsetzungen in der Kulturförderung.

### Orchester- und Theatertradition

Einer besonderen Herausforderungen sahen sich viele Kommunen und Landkreise durch die Vielzahl der Orchester und Theater gestellt. Auf damals 4,5 Millionen Einwohner in Sachsen kamen 21 Orchester einschließlich Theaterorchester und 13 Mehrspartentheater (im Vergleich dazu hatte Frankreich damals 18 Theater oder Italien 12 Theater) sowie – nicht zu vergessen – über 300 Museen. Statistisch gesehen gab es auf einer Strecke von 300 km zwischen Görlitz bis Plauen alle 15 km ein Orchester. Wenn diese, wie ich auswärtigen Journalisten erläuterte, bei den Proben laut spielten, könnten sie einander hören.

Und alle schauten nun hilfesuchend auf das SMWK und das Theaterreferat von Frigga Schnakenburg. Zwar gab es in Baden-Württemberg eine Regelung, nach der das Land 40 Prozent und der Träger 60 Prozent der anfallenden Kosten für Theater und Orchester übernahm, aber diese Mittel hatte der Freistaat 1991 nicht, da er zunächst selbst von der Gemeinschaft der alten Länder und des Bundes alimentiert wurde. Es war klar, dass die Kommunen und Landkreise die finanziellen Belastungen für all ihre Kultureinrichtungen nicht allein tragen konnten, zumal die Übergangsfianzierung des Bundes für die ostdeutsche Kultur 1994 definitiv auslaufen sollte. So war es daher ein glücklicher Umstand, dass sich auf der Suche nach Lösungswegen für dieses gravierende Problem 1991 Dr. Matthias Theodor Vogt bei uns vorstellte, ein Musiker, Regisseur und Theaterwissenschaftler von universeller Denkungsart. Er hatte zunächst die Idee, eine „Clea-



Gründung der Kulturräume  
auf Schloss Rochsburg, im  
Vordergrund rechts  
Dr. Günther Beick, 12. Juni 1993  
© Reiner Zimmermann

ringstelle“, eine Art Treuhand für Kultureinrichtungen, einzurichten. Im Ergebnis seiner Bemühungen konnte schließlich die eigens gegründete „Naumann-Kommission“ 1993 einen perspektivisch bedeutungsvollen, zunächst heftig umstrittenen Bericht über die Theater und Orchester im Freistaat mit entsprechenden Empfehlungen für Umstrukturierungen vorlegen. Sie war nach dem sächsischen Hofkapellmeister Johann Gottlieb Naumann (1741–1801) benannt, der die Dresdner Hofmusik nach dem Siebenjährigen Krieg im Sinne des Rétablissements reorganisierte und dies danach in Stockholm und Kopenhagen wiederholte. Daraus ergab sich dann der Auftrag, eine gesetzliche Vorlage zur Sicherung größerer kommunaler Kultureinrichtungen über Theater und Orchester hinaus zu erarbeiten.

In einem landesweiten, teils kontrovers geführten Prozess unter Einbeziehung des Sächsischen

Landtages, des Kultursenats, der beiden kommunalen Spitzenverbände, der Bürgermeister und Landräte sowie der Künstler wurde am 17. Dezember 1993 ein in der Bundesrepublik Deutschland einmaliges Gesetz, das Kulturraumgesetz, über die Beteiligung eines Staates an der Finanzierung der kommunalen Kultur beschlossen, das zunächst befristet für eine Übergangsperiode gelten sollte, ab 2008 aber verstetigt wurde. Darin verpflichtete sich der Freistaat, etwa ein Drittel der anfallenden Kosten für die bestehenden Kultureinrichtungen zu übernehmen (1995 waren das 150 Millionen DM), das zweite Drittel wurde von den Rechtsträgern, das dritte Drittel aber von allen Kreisen der sogenannten Kulturräume als solidarische Kulturumlage geleistet. Die Kreise und kreisfreien Städte außer Dresden und Leipzig wurden in kulturellen Zweckverbänden zusammengefasst, die als Kulturräume bezeichnet wurden und etwa den früheren sächsischen Kirchenbezirken entsprachen, also damals auf regionale Besonderheiten Rücksicht nahmen.

So wie 1991 der Bund die besondere Lage der ostdeutschen Länder durch die Übergangsfinanzierung bis 1994 anerkannte, so fand sich der Freistaat Sachsen ab 1995 bereit, die außergewöhnlichen Belastungen der Kreise und Städte durch die vielfältigen kulturellen Angebote, die teilweise von überörtlicher Bedeutung sind, nicht durch Abwicklung, sondern durch Mithilfe zu fördern und qualitativ zu verbessern. Der Referatsleiter Dr. Günther Beick erwies sich als ein besonders findiger Helfer in allen Belangen der Kulturraumfinanzierung.

Einerseits sollte also dieses Kulturraumgesetz zu einer Stabilisierung der Finanzlage beitragen,



Karte der Kulturräume des  
Freistaats Sachsen, Stand 2015

andererseits gab es einen gesetzlich verankerten Auftrag, Strukturen durch Evaluation zu überprüfen und zu hinterfragen. Das erforderte auch die vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen (SMF) ständig vorgebrachten Mahnungen zur Kosteneinsparung, denn die Einnahmen des Freistaates und der Kommunen wuchsen nicht im Verhältnis zu den erforderlichen Ausgaben. Verantwortliche Kulturpolitik stand daher immer im Spagat zwischen Bewahrung der kulturellen Vielfalt und den vorhandenen Finanzmitteln. In diesem Sinne war es notwendig, Theater- oder Orchesterverbände zu schaffen, wobei es auch zur Auflösung von Einrichtungen kam. So führte zum Beispiel die Fusion des Theaters in Döbeln mit dem Theater in Freiberg zu einer Veränderung des Personalbestands, der einerseits in Verringerung des Personals in bestimmten Sparten, andererseits auch zu Aufstockungen führte. So blieb die Anzahl der Spielstätten und damit das kulturelle Angebot erhalten. Solche Entscheidungsprozesse wurden stets von der Abteilung Kunst begleitet, weil es das Ministerium als Verpflichtung ansah, die Kommunen und Kreise mit ihren Entscheidungen nicht allein zu lassen, sie gegebenenfalls finanziell zu unterstützen sowie strukturelle Entscheidungen mitzutragen.

Während der Arbeit an den Grundlagen des Gesetzes gab es in Sachsen eine landesweite Diskussion über Kunst im Freistaat, über deren Bedingungen und Wirkungen. Das führte zu einem größeren Verständnis vieler politischer Verantwortungsträger für kulturelle Leistungen und deren Voraussetzungen. Das Kulturraumgesetz schuf in diesem Sinne auch eine Grundlage für eine Beteiligung der Kulturschaffenden selbst an Entscheidungsprozessen über die jährliche Förderung der Einrichtungen und Projekte. Jede Kunstsparte wie Theater, Museen, soziokulturelle Einrichtungen und andere in einem Kulturraum entsandte Vertreter in den Kulturbeirat, der den politisch Verantwortlichen im Kulturraum, den Landräten und Bürgermeistern, eine zuvor diskutierte Förderliste übergab. Dadurch sind in Sachsen allein in den Kulturräumen etwa 800 Personen mit fachlicher Qualifikation an den Entscheidungen beteiligt.

Die Kulturpflege in Sachsen erschöpfte sich indessen nicht mit den durch das Kulturraumgesetz gesicherten Institutionen. Seit 1990 konnten sich Vereine und Verbände nunmehr entfalten, ohne politisch-ideologisch gegängelt zu werden. Sie waren aber auf öffentliche Zuwendungen nach wie vor angewiesen. Mit Hilfe eines Haushaltstitels, der Allgemeinen Kunst- und Kulturförderung, versuchte die Abteilung Kunst diesen rasanten Prozess der Eigeninitiativen zu unter-



stützen, und zwar immer nach dem Subsidiaritätsprinzip. Der Freistaat finanzierte also nie ausschließlich und allein, sondern bestand darauf, dass mindestens ein weiterer Partner an der Finanzierung beteiligt sein musste. So bildeten sich die Landesverbände wie der Sächsische Musikrat, der Sächsische Filmverband, der Sächsische Literaterrat, der Sächsische Museumsbund, der Landesverband Soziokultur und andere. Wichtig für das Kulturland Sachsen waren auch angesehene Festivals wie das Bachfest Leipzig, die Chemnitzer Begegnungen, die Dresdner Musikfestspiele, das Zwickauer Schumann-Fest, die Silbermann-Tage in Freiberg oder das Musikfest Erzgebirge. Selbst im durch die Grenzlage zwischen Franken und Sachsen bislang völlig abgelegenen Winkel des Vogtlandes, in Mißlareuth, entwickelte sich ein Festival mit dem programmatischen Namen „Mitte Europa“. Es bleibt eine ständige Aufgabe der Festivalleitungen, sich um weitere Finanzierung zu bemühen, Firmen und andere Sponsoren zu gewinnen, was im Osten Deutschlands generell auf Probleme stößt. Zentralen großer Firmen liegen nun einmal nicht auf ostdeutschem Territorium, und andererseits waren genuin ostdeutsche Firmen im Anfang noch nicht solvent genug für großzügiges Sponsoring. Hier war und ist viel Fantasie gefragt, sollte ein anspruchsvolles Programm ohne wesentliche Abstriche präsentiert werden. Diese Zwänge führten dazu, dass sich die Findigkeit vieler Veranstalter freier Projekte erstaunlich gut entwickelte.

So zum Beispiel bei der Planung und Durchführung eines Festivals „Schalom Sachsen“, das

**Spielzeitbeginn im Staatsschauspiel Dresden, von links Hergen Gräper, Staatsminister Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Dr. Reiner Zimmermann und Intendant Holk Freytag, 3. September 2001**

Foto: G. Bartholomay

jüdische Künstler einlud, mit Schwerpunkt in Chemnitz: Es gelang, kurzfristig das Gastspiel eines israelischen Ballettes in Zwickau als Abschlussveranstaltung zu organisieren. Ein weiterer Höhepunkt war der Auftritt des Wiener Chansonniers Georg Kreisler im Dresdner Theaterkahn am 12. März 1996, zumal dieser Künstler damals nur noch selten gastierte.

Die Chemnitzer Oper, 1992 im ansprechend modern sanierten Gebäude am Theaterplatz wiedereröffnet, behauptete ihren Rang neben Dresden und Leipzig sehr selbstbewusst unter anderem durch Aufführungen des „Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner, die viele auswärtige Gäste, auch den Bayreuther Chef Wolfgang Wagner, anzogen. Für 2000 plante das Haus die deutsche Erstaufführung der biblischen Oper von Kurt Weill und Franz Werfel „Der Weg der Verheißung“, dessen Uraufführung 1933 in Berlin der Machtergreifung Hitlers zum Opfer gefallen war. Die Weill-Foundation in New York gab die Erlaubnis zur Aufführung, nur fehlte eine deutsche Bühnenfassung. Auf einer Sitzung des Verwaltungsrates des Deutschen Bühnenvereins in München brachte ich die Chemnitzer Theaterleitung mit dem Dramaturgen des Leipziger Gewandhausorchesters zusammen, woraus eine fruchtbare Kooperation entstand. Mit diesem Werk gastierte das Chemnitzer Opernhaus, unterstützt von der Abteilung Kunst, zur Weltausstellung 2000 in Hannover, in den USA und in Israel.

Die Chemnitzer hatten darüber hinaus den Vorzug und das Vergnügen, eines der letzten Gastspiele von Liorio zu erleben mit seiner Kurzfassung von Wagners „Ring“. Auch bei solchen besonderen Projekten kam ein Teil der Mittel vom SMWK, verantwortungsvoll eingesetzt von Maria-Cornelia Ziesch und Evelin Däberitz.

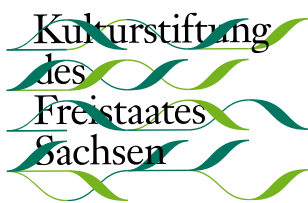
### Weitere Förderinstrumente

Mit der Gründung der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen im Mai 1993, geleitet von Dr. Jürgen-Uwe Ohlau, wurde ein weiteres Instrument geschaffen, um Projekte in allen künstlerischen Bereichen zu unterstützen und Kooperationen mit anderen in der Bundesrepublik tätigen Stiftungen zu entwickeln. Zunächst erhielt die Kulturstiftung Zuschüsse vom Freistaat, bis 1995 durch den Ausstieg Sachsens aus der nach 1990 gebildeten ostdeutschen Stiftung Kulturfonds, dem Überbleibsel der Mittel aus der DDR-Kulturabgabe auf jede Kinokarte, Schallplatte und anderes, ein Kapitalstock angelegt wurde, von dessen Zinsen die Projekte finanziert wurden. 2002 entschied der Minis-

terpräsident, dass die Allgemeine Kunst- und Kulturförderung durch das SKMW beendet und der Kulturstiftung des Freistaates übergeben werden müsse, eine kulturpolitisch kurzschlüssige Entscheidung, da dem Ministerium die Möglichkeit genommen wurde, Schwerpunktbildungen in bestimmten Kunstsparten zu unterstützen. Die Kulturstiftung wirkt nunmehr in den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Kunst und Musik, Film, Literatur, Soziokultur sowie bei spartenübergreifenden Vorhaben. Sie vergibt Arbeits- und Aufenthaltsstipendien zur Förderung von Künstlern und künstlerischem Nachwuchs und finanziert Ankäufe von Kunstwerken und Musikinstrumenten.

Hier sei eine Kuriosität erwähnt: Dr. Ohlau gelang es, den Konzertflügel Clara Schumanns aus Privatbesitz für das Schumann-Haus in Zwickau zu erwerben. Auf dem 100-DM-Schein der Bundesbank war das Porträt von Clara Schumann graviert. Auf der Rückseite sah man diesen Flügel. Dazu meinte der damalige Zwickauer Oberbürgermeister Eichhorn, dieser Geldschein sei eine „Fälschung“, weil der Flügel vier Pedale zeigte, während das Original in Zwickau nur mit drei Pedalen ausgestattet ist.

Das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ im Einigungsvertrag wirkte sich auch auf den Kunstbesitz aus. Alteigentümer verlangten ihre Kunstwerke zurück, welche nach 1945 auf meist verschlungenen Wegen in öffentliche Museen gelangt waren. Nur was tut ein Eigentümer mit Gemälden, unter ihnen einige aus dem 15. Jahrhundert, sollte er sie alle zurückerhalten? Er müsste wohl ein gesichertes Objekt finden mit Klimaanlage, gepanzerten Fenstern und Türen sowie einem Restaurator, der die Kunstwerke ständig im Blick hat: Für einen Privatmann ein unlösbares Problem. Andererseits bestand die Gefahr, dass der jahrhundertlang bewahrte Kulturbesitz einer Familie durch Verkäufe sich in ein Nichts auflöste und damit Erinnerungen verloren gingen. Daher wurden zwischen Eigentümern und Geldgebern (Finanzministerium, Kulturstiftung der Länder u.a.) nach Kompromissen bezüglich der Sammlung Speck von Sternburg gesucht und durch den Referatsleiter Henning Rengshausen ein Vertrag ausgehandelt, der den Ankauf besonders wertvoller Gemälde durch die öffentliche Hand vorsah und deren Erlös eine Art Abfindung für die Eigentümer bedeutete. In diesem Sinne vorbildlich war das Handeln des Freiherrn Speck von Sternburg, der die Entscheidung im Einverständnis mit seiner Familie fällte, die ca. 150 Gemälde umfassende Sammlung aus dem 19. Jahrhundert dem Leipziger Bilder-Museum als Dauerleihgabe in ihrer Gesamtheit zu über-



Logo der Kulturstiftung  
des Freistaates Sachsen



lassen. Dies garantierte dem Museum den Erhalt eines prominenten Sammlungsteils und ermöglichte den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden durch Ankauf die Komplettierung des Cranachschen Katharinenaltars.

Hier ist die Kulturstiftung der Länder als eine Einrichtung zu nennen, die Bund und Länder seit 1988 gemeinsam finanzierten. Sie half Museen und Bibliotheken, wenn national bedeutsame Kulturgüter Gefahr liefen, im Ausland versteigert zu werden. Als Grundlage dient die Liste national bedeutender Kulturgüter, auf die innerhalb kürzester Frist solche gefährdeten Kunstwerke gesetzt werden können. Allerdings entsteht dadurch die Verpflichtung, diese Werke hierzulande anzukaufen. Durch gemeinsame Anstrengungen des Bundes und des jeweiligen Sitzlandes war es bis 2005, als der Bund seine Mitwirkung beendete, gelungen, für die neuen Länder, z. B. für Sachsen-Anhalt, den Quedlinburger Domschatz zu erwerben. Und für Sachsen konnten unter anderem mehrere Autographe von Robert Schumann für das Schumann-Haus in Zwickau angekauft werden.

Inzwischen hat der Bund eine neue Kulturstiftung gegründet, die sich vorrangig der Förderung zeitgenössischer Projekte zuwendet. Sie rechnet bei Anträgen mit dem gleichen Subsidiaritätsprinzip, wie es in Sachsen üblich ist.

Auch das Haus Wettin beantragte die Rückgabe vieler Kunstwerke und Gegenstände, die 1945 enteignet worden waren, nachdem sich der frühere Freistaat Sachsen 1924 mit dem Haus Wettin im Rahmen der Fürstenabfindung geeinigt hatte. Die langen Verhandlungen führten schließlich zu einem Vertrag, der aus Rückgaben und dem Verbleib von Dauerleihgaben bestand, in dessen Folge jedoch eine sorgfältige Überprüfung aller Bestände der SKD und anderer Museen auf ihre Provenienz im Rahmen eines vom Bund finanzierten „Daphne-Projekts“ notwendig wurde.

Es geht ja allgemein nicht nur um die Rückgabe von Kunstwerken ehemals jüdischer Eigentümer wie gegenwärtig bei der Sammlung Gurlitt, sondern durch die „Schlossbergung“ nach 1945, ein euphemistischer Ausdruck für die Plünderung von Adelssitzen und Enteignung großbürgerlicher Sammlungen, um den Nachweis der Rechtmäßigkeit von Kunstbesitz in öffentlicher Hand. Das ist ein weites Feld, doch steht es einem demokratisch verfassten Gemeinwesen wohl an, liebgewordene Besitzstände auf ihre Rechtmäßigkeit hin vorbehaltlos zu überprüfen. Leider war es nicht gelungen, das Haus Wettin davon zu überzeugen, Kunstschatze aus seinem Besitz dauerhaft in einer familiär geprägten Ausstellung in Sachsen zu präsentieren. Ganz im Gegensatz hierzu steht die Präsentation von Kunstbesitz der

Familien von Schönberg und anderer sächsischer Adelsfamilien im Schloss Nossen.

Das SMWK war auch in die komplizierten und langwierigen Verhandlungen mit Polen und Russland über die Rückführung von Kulturgut eingebunden, das im Gefolge des Zweiten Weltkriegs ausgelagert worden war. In Sachsen betrifft dies unter anderem Kunstbesitz aus den SKD oder große Bestände alter wissenschaftlicher Literatur aus den Besitz der Sächsischen Landesbibliothek. Es geht um eine schwierige Balance zwischen den berechtigten Ansprüchen der genannten Länder, die vom NS-Staat systematisch ausgeplündert wurden, und den Wünschen deutscher Einrichtungen nach die Rückführung ihres Kulturgutes. Inzwischen gibt es für die Verhandlungen mit Russland wegen der gegenwärtigen dunklen politischen Großwetterlage keine Aussicht auf baldige Lösungen.

Im Mai 2000 wies ich beim Eröffnungsvortrag auf dem Deutschen Museumstag in Cottbus darauf hin, dass Kultur der unverdächtigste Botschafter in zwischenstaatlichen Beziehungen sei. Als Land mit Grenzen zur Tschechischen Republik und zu Polen muss dem Freistaat an gutnachbarlichen Beziehungen gelegen sein. Deshalb wurde vom Kultusministerium ein deutsch-tschechisches Gymnasium eingerichtet und die Studienbedingungen für polnische und tschechische Studenten an sächsischen Hochschulen geregelt. Zudem forderte ich schon 1992 in Bonn vom Bundesinnenministerium eine Verlagerung des seit 1972 laufenden Zonenrandförderungsprogramms von der Mitte Deutschlands an die neue Ostgrenze. Folglich setzten sich die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen gemeinsam mit Vertretern des Bundes mehrmals an einen Tisch, um die Struktur eines solchen Programms zu entwerfen. Keinesfalls sollte den Nachbarn, die nicht mit der Übernahme der DM rechnen konnten, ein Programm aufgedrängt werden. Es sollten gemeinsame Projekte erarbeitet werden. Leider waren die Verantwortlichen in Bonn nicht von der Notwendigkeit unserer Ideen zu überzeugen.

Etwas zugänglicher erwies sich der Bund, und hier der jeweilige Bundesinnenminister, bei der Förderung des sorbischen Volkes. Galten die Sorben in der DDR als Vorzeige-Minderheit, deren slawische Sprache eine Brücke der unverbrüchlichen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion bildete, so oblag den Ländern Brandenburg (für die Niedersorben) und Sachsen (für die Sorben in der Oberlausitz) eine Förderung ohne ideologischen Hintergrund. Die Stiftung für das Sorbische Volk wird gemeinsam von den zwei Ländern und dem Bund

finanziert und garantiert den Erhalt der sorbischen Sprache, des sorbischen Schriftguts und der Literatur, der sorbischen Einrichtungen und der sorbischen künstlerischen wie volkskundlichen Traditionen, aufmerksam begleitet vom Sorbenreferat des SMWK, geleitet von Stanislaw Brezan.

### **Sanierung, Aus- und Neubau von Kulturbauten**

Anfang der 1990er Jahre gab es einzelne Initiativen, die ohne eine politische Vorgabe praktische Kulturpolitik im Grenzraum betrieben. Dazu gehört die „Europa“, ein Projekt des ersten Intendanten des Görlitzer Theaters nach 1991. Er lud die Bürger aus Zgorzelec, dem polnischen Teil von Görlitz, ins Theater ein, die in heimischer Währung bezahlen konnten. Mit diesem Geld mietete er Probenräume in Zgorzelec an. Es gab Konzertprojekte mit dem Theater in Liberec (Reichenberg), es gab die Junge Europa-Philharmonie, es gab die Dresdner Akademie für Alte Musik in der Europa, und es gab schließlich den Plan des Intendanten, das völlig verschlissene Görlitzer Theater aufzugeben und auf der Neißة eine Brücke mit aufgesetztem Theaterneubau zu errichten, ohne Rücksicht darauf, dass die aufsteigende Feuchtigkeit oder gar die wiederkehrenden Überschwemmungen einem solchen Haus sehr zusetzen würden. Diese Pläne wurden nicht realisiert, aber dafür wurde das Görlitzer Theater in mehrjähriger Tätigkeit gründlich saniert und als ein

wahres Schmuckstück der Theaterbaukunst um 1850 wiedergewonnen. Welch ein Verlust, wenn man es aufgegeben hätte!

Eines Tages rief der Referatsleiter Dr. Ackermann aus dem BKM, also dem Büro des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der im neuen Berliner Kanzleramt residierte, an und fragte mich, was ich von einem Bundesprogramm für Kulturbauten im Osten hielte, wonach der Bund die Hälfte der Kosten und der Rechtsträger die andere Hälfte trüge. Wir reagierten sehr rasch und legten tags darauf die „Liste 1“ vor, der noch sechs weitere Jahreslisten folgten. Der Hintergrund war folgender: Das Finanzministerium wollte, da ihm die 150 Millionen DM als ausschließlich konsumptive Kosten für die Kulturraum-Einrichtungen zu viel waren, 25 Prozent der jährlichen Zuwendungen für investive Zwecke umwidmen. Das hätte die Träger dieser Einrichtungen in große Schwierigkeiten gebracht und über Nacht zu massenweisem Kulturabbau geführt. Die an sich richtige Idee des SMF, auch etwas für die zur DDR-Zeit meist nur mit Ausnahmegenehmigungen arbeitenden und verschlissenen Häuser zu tun, um Technik und Theaterräume, Probenäle, Museumsbauten zu sanieren, ließ sich nicht ohne Verluste aus den Kulturraum-Mitteln realisieren.

Da kam die Idee aus Berlin gerade recht. Meine Frage an einen Oberbürgermeister war stets: „Haben Sie Geld? Sie brauchen nur die Hälfte zu zahlen!“. Das wurde stets beifällig aufge-

**König-Albert-Museum  
in Chemnitz**

Foto: wikimedia, Reinhard Höll





**Kulturkaufhaus DAS Tietz  
in Chemnitz**

Foto: wikimedia, Reinhard Höll

nommen. So wurde das König-Albert-Museum in Chemnitz endlich vollständig saniert, ferner wurde der Umzug der Naturkundlichen Sammlungen in das ehemalige Kaufhaus Tietz unterstützt. Und um den Standort Chemnitz als „Stadt der Moderne“ auch seitens des Freistaates zu fördern, wurde das zentrale Museum des Verbundes „Sächsisches Industriemuseum“ dort errichtet und der Standort des neuen Archäologischen Landesmuseums bekräftigt. Das Robert-Schumann-Haus in Zwickau konnte modernisiert und auch das Görlitzer Theater von Grund auf saniert werden. Als man dort das Zuschauerparkett abtrug, sahen die Fachleute, dass es höchste Zeit war, hing doch das Parkett nur noch an einigen Fäden. Über 50 Baumaßnahmen, die auch der einheimischen Bauwirtschaft zugute kamen, sind später ohne Beanstandungen des Bundesrechnungshofes, der die Mittelausgabe überprüfte, korrekt abgerechnet worden.

Das Gleiche kann auch über die Mittel gesagt werden, die der Bund nach der Flut vom August 2002 bereitgestellt hatte. Unmittelbar nachdem die Scheitelwelle der Flut weitergeflossen war, nahmen wir die Schadensmeldungen, zumeist von kommunalen Einrichtungen, auf. Alles, was an Elbe und Weißeritz, an Mulde und Elster von brauner Flut durchnässt worden war, wurde mit ungefährender Kostenschätzung registriert. Manches Kulturgut ging indessen unwiederbringlich verloren. Am 16. August 2012 erhielten wir wiederum einen Anruf von Dr. Ackermann, der „eine Zahl“ brauchte für eine Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium am selben Nachmittag, wo er ein Sonderprogramm Kultur herauszuschlagen wollte. Wir standen in den wenigen

Stunden unter erheblichem Druck, da die bisherigen vorläufigen und unvollständigen Schadensmeldungen noch keine vorzeigbare „Zahl“ ergaben. Aber dann erreichte uns die Schätzung des Staatshochbauamtes für die Semperoper und das Schauspielhaus, wo die Untermaschinerie 16 Meter unter Wasser stand, und das waren etwa 30 Millionen Euro. Wir meldeten mit diesen Hochrechnungen 56 Millionen Euro an, und das Sonderprogramm Kulturbauten wurde an diesem Tag mit 100 Millionen Euro bedacht, natürlich auch für Sachsen-Anhalt und weitere Anrainer nach Norden, weil dort die Elbe ebenfalls erhebliche Schäden angerichtet hatte.

Unabhängig von den Sanierungsmaßnahmen, die ab September 2002 notwendig wurden, hatte auch der Freistaat die Verpflichtung, seine Kulturbauten – ohne Bundeshilfe – zu sanieren. Die Semperoper bedurfte seit ihrer Eröffnung 1985 der jährlichen Wartung, wobei immer wieder auch technische Neuerungen eingebaut wurden. So stellte beispielsweise der Orchestergraben ein Problem dar: 1985 war er nach den Vorgaben der Denkmalpflege in den Maßen von 1871 wiedererstanden und nicht in der erweiterten Form, die Ernst von Schuch und Richard Strauss schon 1914 durchgesetzt hatten. Eine solche räumliche Beschränkung führte dazu, dass umfangreich besetzte Opern, zum Beispiel von Richard Strauss, nicht befriedigend aufgeführt werden konnten. (1985 kam man für „Elektra“ auf die Notlösung, das Orchester auf die Bühne und das Bühnengeschehen auf einen Sprungturm zu verlegen.) In den 1990er Jahren erhielt der Orchestergraben wieder seine für die moderne musikalische

Praxis notwendige Größe, nachdem sich der neue Intendant Christoph Albrecht dies schon in seinem Vertrag vom August 1990, also vor Gründung des Freistaates, ausbedungen hatte. Sehr viel umfangreicher fiel die Sanierung des Schauspielhauses aus. Nach dem Wiederaufbau von 1948 mussten viele Nachkriegsprovisorien beseitigt und die denkmalgeschützte Untermaschinerie gründlichst überholt werden. Beim Zuschauerraum entschied sich das SMWK für eine Annäherung an die Gestaltung des Innenraums von 1911/13. Unerwarteterweise schwierig gestaltete sich das Problem der Bestuhlung, so dass manchem Zuschauer während der Eröffnungspremiere „Peer Gynt“ vor Spannung die Armlehne aus der Halterung fiel.

Im Kleinen Haus zeigten sich im Jahr 2000 Risse im Mauerwerk; es wurden Messpunkte angebracht, um den Fortgang zu kontrollieren, und es fiel die Entscheidung, das Haus hinter seiner Fassade neu zu errichten. Ich riet Intendant Prof. Görne, eine Ersatzspielstätte zu suchen. Er fand die künftige Schlosskapelle, und sie wurde mit Mitteln des Finanzministeriums kurzfristig als Schlosstheater eingerichtet, in dem eine Reihe bemerkenswerter Aufführungen von Schauspielen stattfinden konnten.

Währenddessen hatte die Musik- und Theaterhochschule in Leipzig hinter dem Hauptgebäude einen Konzertsaal-Neubau vom Freistaat erhalten. Dank einer Spendenaktion konnten Mittel für den Einbau einer zusätzlichen Bühne für studentische Aufführungen eingeworben werden. Das rief die beiden Dresdner Musikhochschulprofessoren Kluttig und Baumann

auf den Plan. Sie wünschten sich einen ebensolchen Neubau einer Studiobühne. Damit konnte ich nicht dienen. Auch mein Hinweis auf das stets zurückhaltende Finanzministerium verfiel nicht, das immerhin einer aufwändigen Sanierung des Hochschulgebäudes am Wettiner Platz sowie einem neuen Konzertsaal zugestimmt hatte. Bisher war die Hochschule mit ihren Inszenierungen ins Theater Meißen ausgewichen, zwar ein funktionierendes Haus, aber ohne technisches Personal von Studenten schwer zu bespielen. In einer Krisensitzung bei Minister Prof. Hans Joachim Meyer kam mir die Idee, noch während des laufenden Umbaus des Kleinen Hauses einen mobilen Graben für ein Studentenorchester einzubauen zu lassen, der bei Bedarf geöffnet werden konnte, hatte doch das Kleine Haus vor Eröffnung der Sempereoper auch als Spielstätte für Kammeropern gedient. Ein Vertrag zwischen Hochschule und Intendanz sichert bis heute die sehenswerten studentischen Aufführungen, die dank eines funktionierenden technischen Hinterlandes stattfinden können.

Viel problematischer waren die Sanierungsarbeiten für die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden und die anderen staatlichen Museen in Leipzig, Görlitz und Herrnhut. Das Finanzministerium war äußerst zurückhaltend bei der Finanzierung von Gebäuden, die zum Teil noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. Lediglich der Semperebau der Galerie Alter Meister, den die Museumsmitarbeiter 1989 mit Rückendeckung der UNESCO hatten schließen lassen, um die DDR-Behörden zu dringend notwendi-

Konzertsaal der Hochschule  
für Musik in Dresden  
Foto: wikimedia, SchiDD





gen Baumaßnahmen zu zwingen, wurde 1992 wieder eröffnet. Momentan ist eine erneute Sanierung im Gange.

Der Wiederaufbau des Dresdner Residenzschlosses als Monument sächsischer Geschichte und Kultur war wohl der Schwerpunkt der Bautätigkeit des Finanzministers Georg Milbradt. Dieses Herzstück der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden erforderte hohe Summen, so dass die Sanierung oder Erweiterung der Museumsbauten Gefahr lief, gänzlich gestrichen zu werden, von Neubauten gar nicht zu reden. Also musste das SMWK mit den SKD die Notwendigkeit von Sanierungsmaßnahmen nachweisen. Das geschah durch einige Museumskonzeptionen, in denen der Bedarf nach nationalen und internationalen Standards berechnet wurde. Die Haushälter des SMF rechneten immer mit und kamen ausnahmslos auf weniger Flächen als die Museen gerade belegen: eine nicht enden wollende Auseinandersetzung, die schließlich der damalige Finanzminister Thomas de Maizière 2002 beendete. Noch heute gibt es zum Beispiel für das Japanische Palais, ein Meisterwerk der Augusteischen Epoche, keine überzeugende Nutzung und infolgedessen keine Sanierung. Immerhin wurde damals das Kaufhaus Schocken in Chemnitz als Standort für ein Archäologisches Landesmuseums ins Gespräch gebracht. Nach

jahrelanger Planung konnte es 2014 unter Beachtung modernster Erkenntnisse der musealen Präsentation und der Museumspädagogik eröffnet werden.

Für das Dresdner Residenzschloss gibt es eine gemeinsam von den Ministern Georg Milbradt und Hans Joachim Meyer eingebrachte Aufbaukonzeption, die das Kabinett 1997 beschloss. Vorausgegangen war eine umfangreiche Bestandsaufnahme und Überprüfung dieser Aufbaukonzeption des Landesamtes für Denkmalpflege, die durch ein internationales Gremium von Architekten, Museologen und Denkmalpflegern bestätigt wurde. Es ist zu hoffen, dass diese Konzeption weiter umgesetzt wird, denn das Dresdner Schloss ist ein einmaliges Ensemble von großer künstlerischer, architektonischer und geschichtlicher Tradition. Allein schon die Schlosskapelle mit dem wiedererstandenen Schlingrippengewölbe ist nicht nur ein sehenswerter musealer Ort, sondern war das Zentrum der evangelischen Kirchenmusik im 16. und 17. Jahrhundert, die von Dresden im Kurfürstentum Sachsen aus den Weg in die Welt nahm. Deren Geburtsort ist die Schlosskapelle auf Schloss Hartenstein in Torgau, der Wirkungsstätte des ersten protestantischen Kantors Johann Walter. Sie wurde im Zuge der 2. Sächsischen Landesausstellung saniert. Alle zwei Jahre wird auf meine Anre-

**Das wiederaufgebaute Residenzschloss in Dresden, heute Museumsstandort der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden**

Foto: wikimedia

gung hin hier die Johann-Walter-Plakette des Sächsischen Musikkrates für herausragende Verdienste um das sächsische Musikleben verliehen.

## Landesausstellungen und Weltkulturerbe-Projekte

Die Idee zu einer Landesausstellung nach österreichischem Vorbild als eine Art Leistungsschau einer Region hatte Finanzminister Georg Milbradt. Für die erste dieser Ausstellungen fiel die Wahl auf das Kloster St. Marienstern in Panschwitz-Kuckau, eines von zwei seit über 700 Jahren ununterbrochen bestehenden Zisterzienserinnenklöster in der Oberlausitz. Die Landesarchäologin Judith Oexle nahm die Sache in ihre organisatorisch strengen Hände, ließ auf dem Gelände des Klosters Gebäude sanieren, ebenso den Kreuzgang, der normalerweise nicht öffentlich zugänglich ist, und wertete den Standort für viele Besucher auf. Das Thema für die Dauer der Ausstellung von 128 Tagen lautete: „Zeit und Ewigkeit“. Bei den ansässigen Nonnen hieß das: 128 Tage sind eine lange Zeit, und es dauert eine Ewigkeit, bis sie vorüber sind. Die 2. Sächsische Landesausstellung 2004 „Glaube und Macht. Sachsen im

Europa der Reformation“ wertete die ehemalige Residenz des ernestinischen Sachsens, das Schloss Hartenstein in Torgau, auf. Einige Flügel des Schlosses wurden für Ausstellungszwecke baulich und klimatisch hergerichtet, da kostbare Gemälde aus den SKD sowie weitere empfindliche Ausstellungsstücke gezeigt werden sollten und somit auch heute noch Ausstellungen möglich sind. Großen Wert legte Minister Prof. Hans Joachim Meyer auf die Sanierung des dortigen Wendelsteins, ein architektonisches Kleinod, das fürstliches Selbstbewusstsein demonstrierte. Er war dann zur Landesausstellung tatsächlich wieder begehbar.

Es war mir aufgefallen, dass bei der Vorbereitung der Landesausstellung in Torgau durch die SKD die Musik nicht einbezogen war. Nun ist die Torgauer Schlosskapelle zweifellos der wichtigste Ort für die frühe evangelische Kirchenmusik. Wir gründeten daher eine Arbeitsgruppe mit Prof. Wolfram Steudte, einem exzellenten Kenner der Musik der Renaissance, und der „Torgauer Ökumene“ – das waren der katholische Kantor und der evangelische Kirchenmusikdirektor. Und tatsächlich erhielt die Musik sogar eine Sonderzuweisung des Finanzministeriums für die Aufführungen eines ausgewählten musikalischen Begleitprogramms.

Lange Schlangen bei der  
1. Sächsischen Landesausstellung  
„Zeit und Ewigkeit“  
in St. Marienstern  
© Landesamt für Archäologie  
Sachsen



Die 3. Sächsische Landesausstellung im Kaisertrutz in Görlitz zeichnete die Wege der „via regia“ nach, der wichtigen Handelsstraße von Ost nach West, deren Benutzer Görlitz im Mittelalter reich gemacht haben.

Görlitz hat aber noch andere Reichtümer: Die vom Zweiten Weltkrieg verschonte Stadt weist eine architektonische Fülle von Bauwerken der Renaissance über Barock bis zur Gründerzeit aus, die bis 1990 sträflich vernachlässigt wurden, obwohl die städtischen Denkmalpfleger schon zur DDR-Zeit sehr wohl den Reichtum der Stadt erkannten, aber mit den damals beschränkten Mitteln kaum den Verfall abwenden konnten. Nun wurde aus Görlitz eine der schönsten Städte Deutschlands, ermöglicht durch die Kombination vieler Förderprogramme und vieler Eigeninitiativen. Auch der Freistaat trug zur Verschönerung des Stadtbildes bei: Auf Anregung von Dr. Heinrich Douffet entstand am Untermarkt 4, im Schönhof und angrenzenden Gebäuden bis zum Fischmarkt, das Schlesische Museum zu Görlitz, getragen von einer Stiftung unter Mitwirkung des Bundes, des Freistaates, der Stadt Görlitz und der Landsmannschaft Schlesien. Die Dauerausstellung zeigt 1000 Jahre Geschichte Schlesiens, die eng mit Görlitz verbunden ist.

Die Planung solcher Vorhaben war ohne den hohen Fachverstand der Mitarbeiter des Landesamts für Denkmalpflege, das dem SMWK zugeordnet war, nicht vorstellbar. Ob Wiederaufbaukonzeption der Frauenkirche, zu der der Freistaat auch einen Beitrag leistete, ob Schlosskonzeption, ob Antrag Weltkulturerbe Dresd-



ner Elbtal, überall war die Handschrift von Hans Nadler, Heinrich Magirius, Gerhard Glaser und später Rosemarie Pohlack zu erkennen. Ohne diese Persönlichkeiten und deren Mitstreiter wäre vieles vom überkommenen oder

Die Torgauer Schlosskapelle als Teil der 2. Sächsischen Landesausstellung „Glaube und Macht“ 2004



Ausstellungsraum der 3. Sächsischen Landesausstellung „Via regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung“ 2011 in Görlitz



Der Schönhof in Görlitz, heute  
Schlesisches Museum  
Foto: wikimedia, Mylius

zerstörten baulichen Erbe nicht rekonstruiert worden oder neu entstanden. Dank kollegialer Verbindung zum Referat Denkmalschutz im Innenministerium konnte auch ein vorbildliches sächsisches Denkmalschutzgesetz entstehen.

Was im Dresdner Elbtal misslang (wegen des Baus der Waldschlösschenbrücke wurde der ursprünglich genehmigte Status des Welterbes wieder aufgehoben), das gelang an der Grenze zu Polen mit dem Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau, der als Weltkulturerbe den auf polnischer Seite gelegenen größeren Parkteil einschließt. Sogar das noch im April 1945 zerstörte Schloss ist inzwischen wieder aufgebaut worden. Ein weiteres Weltkulturerbe-Projekt, initiiert von Dr. Heinrich Douffët, liegt momentan

den internationalen Gremien zu Entscheidung vor. Es handelt sich dabei um die „Montanregion Erzgebirge“, die die Grenzregion auf der tschechischen Seite einschließt.

Die Aufteilung in wissenschaftliche Belange des Denkmalschutzes mit der Anbindung des Landesamtes für Denkmalpflege an das SMWK sowie die Klärung juristischer und finanzieller Belange durch das Innenministerium hatte zur Folge, dass zwei Minister, von denen Prof. Hans Joachim Meyer für einige Jahre dem Deutschen Nationalkomitee Denkmalschutz vorstand, die Interessen des Denkmalschutzes im Kabinett vertraten – ein nicht unerheblicher Vorteil angesichts der verkommenen, aber förderungswürdigen Bausubstanz sächsischer Städte, Schlösser und Burgen. Anfangs war die Abteilung Kunst noch für die im Aufbau befindliche sächsische Schlösserverwaltung zuständig, die dann richtigerweise dem Finanzministerium als Träger staatlicher Liegenschaften zugewiesen wurde.

### Museen und Ausstellungsgebäude

Schon 1992 einigten sich die Stadt Leipzig, der Freistaat und der Bund, das international bedeutendste Forschungsinstitut der Bachforschung, das Bach-Archiv, in eine Stiftung umzuwandeln, die für Forschung, Museum, Bachfeste und Bachwettbewerbe verantwortlich ist, und den in der DDR üblichen hohen Personalbestand zu reduzieren. Die Abteilung Kunst hat die Arbeit des Bach-Archivs stets angemessen unterstützt, da die Stadt Leipzig selbst große Anstrengungen unternahm, diesem Institut alle nötige Förderung zukommen zu lassen bis hin zum Aus- und Umbau des Bosehauses an der Thomaskirche zu einem modernen Bach-Museum.

Auch Einrichtungen aus dem Geschäftsbereich des SMWK wurden in Stiftungen umgewandelt. So das Deutsche Hygienemuseum in Dresden, dessen Domizil, der Wilhelm-Kreis-Bau von 1930, mit Bundeshilfe in den Jahren 2001 bis 2005 gründlich saniert wurde. Freistaat, Stadt Dresden und die DVK Deutsche Krankenversicherungen beteiligen sich an der laufenden Finanzierung.

Das Verkehrsmuseum Dresden hatte das SMWK aus der Konkursmasse des Ministeriums für Verkehr der DDR übernommen. Seine Unterbringung im Johanneum, dem ursprünglichen Stallgebäude der Dresdner Residenz mit Gewehrgalerie im Langen Gang, der nachmaligen Gemäldegalerie und Antikensammlung, der nachmaligen Porzellansammlung und dem späteren Historischen Museum ist für Fahrzeu-





ge aller Art denkbar ungeeignet. Deshalb bemühten sich Dr. Heinrich Douffet und ich, den damaligen Staatssekretär Wolfgang Zeller vom Wirtschaftsministerium zu überzeugen, das Verkehrsmuseum auf einer ebenen großen Fläche unterzubringen, auf der Industrietrache des früheren Leipziger Bahnhofs, im Verlauf des Neustädter Bahnhofs Richtung Elbe gelegen: ein städtebaulich auszubauendes, zentral gelegenes Gelände, noch dazu mit historischer Bausubstanz der Bahnhofshalle von 1871 als Eingangssituation für das Museum. Welche Möglichkeiten hätten sich ergeben: überdachte Hallen mit Schienen für die Eisenbahnen, Plätze für die Flugzeuge und Autos, alles ebenerdig und großzügig. Auch andere Standorte mit anderen Vorteilen hatten keine Chance; unsere Ideen waren offenbar nicht überzeugend genug. Bis heute gibt es keine annehmbare räumliche Lösung. Auch das lernt man: Nicht alle Ideen reifen.

Dagegen gelang es, die Naturkundlichen Sammlungen in Dresden, also das Museum für Tierkunde Dresden, das Museum für Mineralogie und Geologie Dresden, die Naturhistorische Zentralbibliothek sowie das Naturkundemuseum Görlitz in den Verband der der Leibniz-Gemeinschaft angehörenden Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung zu integrieren. Sie wird vom Bund und den Ländern finanziert und versteht sich mehr als Forschungseinrichtung, weniger als museale Präsentationsform. Als die Studienstiftung des deutschen Volkes im Mai 2000 eine Ausstellung mit Werken ihrer Sti-

pendiaten in Dresden anregte, fehlte ein geeigneter Ausstellungsraum. Wiederum kam unerwartet rasche Hilfe vom Finanzminister Georg Milbradt, der, einst selbst Stipendiat dieser Stiftung, das ruinöse Oktogon der Hochschule für Bildende Künste auf der Brühlschen Terrasse kurzfristig unter Beibehaltung der Narben, die der Krieg dem Gebäude zugefügt hatte, in ein ansehnliches Ausstellungsareal verwandeln ließ, das die Hochschule noch heute nutzt. Es zeigte sich immer wieder, dass es trotz der beständigen und verpflichtenden Aufgabe des Finanzministeriums, die Nettokreditaufnahme, also die Staatsverschuldung niedrig zu halten, um künftige Generationen nicht unmaßig zu belasten, zu beachtlichen Kompromissen mit einigen Kollegen des SMF kam, die dem kulturellen Aufbau Sachsens sehr zugute kamen. Dafür muss man dankbar sein, wenngleich wir damals häufig anderer Meinung waren.

Als um 2002 im Freiburger Dom die dem Freistaat zugehörige Begräbniskapelle der Wettiner mit dem Moritz-Monument restauriert wurde, nahm man auch die 16 Meter hoch gelegenen musizierenden Engel von ihren Podesten, um deren Instrumente im Musikinstrumentenmuseum der Universität Leipzig gründlich zu untersuchen. Es handelt sich nicht um ein spezielles Orchester, sondern um den gesamten Instrumentenbestand der weltlichen und geistlichen Musik, wie er am Dresdner Hof der Spätrenaissance verwendet wurde. Dabei stellten sich höchst überraschende Ergebnisse ein, denn teilweise waren originale Streich-Instru-

**Deutsches Hygiene-Museum  
in Dresden**  
Foto: wikimedia

mente eingebaut worden, die im späten 16. Jahrhundert in der näheren Umgebung von Freiberg gebaut worden waren. Es genügte eine zehnmünütige Beratung, um vom Abteilungsleiter Bau im Finanzministerium, Wolf-Karl Reidner, der uns immer gewogen war, weil er für den Kulturbereich so ansehnliche Bauten sanieren konnte, die Erlaubnis für eine Ausstellung der musizierenden Engel im Freiburger Stadtmuseum zu erwirken. Hier konnten die Besucher diese Figuren und Instrumente aus unmittelbarer Nähe betrachten, bevor sie wieder in die Höhe des Chorraumes entschwebten. Dank Spenden sind diese Instrumente nachgebaut worden und werden für Aufführungen der damaligen Musik verwendet.

### Umgang mit DDR-Kunstwerken

Nach dem Ende der DDR fielen viele im Westen voller Häme über die Auftragskunst in der DDR her: Honecker auf Wildschweinleder war die Bestmarke. Dabei herrschte bei den Kritikern größte Unkenntnis, denn die Vergabe von Aufträgen an Künstler aller Sparten gehörte zum kulturpolitischen Konzept der DDR, wonach vorrangig Werke ideologischen Inhalts gefördert wurden. Dass daneben auch kritische oder qualitativ bemerkenswerte Kunst entstand, von verständigen SED-Genossen gedeckt und unterstützt, wurde geflissentlich übersehen.

Einen Bärendienst erwies diesen Vorurteilen 1999 anlässlich der Kulturhauptstadt Weimar eine unqualifizierte Ausstellung „Aufstieg und Fall der Moderne“ mit dem Ziel, alle DDR-Kunst unter Generalverdacht ideologischer Prägung und sie mit der NS-Auftragskunst in eine Reihe zu stellen. Der Kurator dieser Ausstellung, ein Architekturkritiker, erschien eines Tages im Kunstfonds des Freistaates Sachsen und verlangte 400 Gemälde, „egal welche“. Deren Präsentation auf schwarzer Folie und die absichtsvoll lieblose Hängung förderte die Häme gewaltig. Minister Prof. Hans Joachim Meyer reiste inkognito nach Weimar und reagierte sehr zornig. Deshalb begrüßte er einen Dialog in Leipzig, als bei einer großen Runde von Fachleuten aus West und Ost eine sachliche Diskussion über die vielen Missverständnisse ihren Anfang nahm. Wie schwierig sich mancher im Westen anstellte, hat Hans Joachim Meyer eindrücklich in seinen Erinnerungen beschrieben: „Freilich hatte dieser Schritt [die Einheit] für die Beziehungen zwischen Ost und West innerhalb des dann vereinigten Deutschlands erhebliche und bis heute nachklingende Folgen. Denn die tatsächlichen

wie die geistigen Unterschiede aus vierzig Jahren verschwanden ja nicht mit der Einheit. Und je mehr man diese Wirklichkeit zu ignorieren versuchte oder klein redete, umso gravierender sollte ihre Wirkung werden.“<sup>1</sup>

Aus allen möglichen öffentlichen Gebäuden, aus Partei- und Gewerkschaftszentralen, aus Betrieben und „Ferienobjekten“ war ein ziemlich großes Konvolut Bildender Kunst der DDR als „Sondervermögen“ beim Bundesfinanzministerium zusammengekommen, und die Länder wurden eingeladen, um den weiteren Verbleib der Kunstwerke zu klären. Mit meiner Referentin für Bildende Kunst, Sonhild Burghardt, bin ich wohl sechsmal nach Berlin gefahren: Wir wurden peinlich befragt, ob wir die Absicht hätten, ein Mausoleum von DDR-Kunst zu schaffen, was wir guten Gewissens verneinten. Mit Herbert Schirmer, dem letzten DDR-Kulturminister in der Regierung de Maizière, kamen wir schließlich überein, zwei Sammlungszentren zu bilden: für Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin auf Schloss Beeskow, das Schirmer zu einem Zentrum zeitgenössischer Kunst ausbaute. Für Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen übernahm der Kunstfonds des Freistaates Sachsen die Titelaufnahme und Katalogisierung auf einer CD-ROM, die allen Museen zur Verfügung gestellt wurde. Das Depot richtete uns das Finanzministerium auf der Festung Königstein ein, wo die Kunstwerke garantiert sicher lagerten. Anschließend konnte interessierte Museen ihren Bedarf anmelden und die Kunstwerke übernehmen.

Der Kunstfonds des Freistaates hat aber auch die angenehme Aufgabe, alle staatlichen Büros bis hin zu den Amtsgerichtsstuben in Zwickau oder anderswo mit Kunstwerken auszustatten. In meinem Dienstzimmer hing ein wunderschönes Gemälde von Gerda Lepke, das ich nur ein Jahr lang entbehren musste, weil es während der sächsischen Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz in deren Zentrale nach Bonn ausgeliehen wurde.

### Zeitgenössische Kunst und Kultur sowie musische Bildung

Auch wenn Sachsen kein Filmland von der Potenz Hamburgs oder Nordrhein-Westfalens ist, so gehörte es zu den Aufgaben der Kunstabteilung und der Filmreferentin Hedda Gehm sowohl die Filmautoren, die Filmfestivals (an erster Stelle das Leipziger Dokumentarfilmfestival neben kleineren Veranstaltungen auch an der Peripherie) und die Kinos selbst zu unterstützen. Der MDR sah es nicht als seine vor-

<sup>1</sup> Hans Joachim Meyer: In keiner Schublade. Erfahrungen im geteilten und vereinigten Deutschland. Freiburg 2015, S. 169.



Lessing-Museum in Kamenz  
Foto: wikimedia, Brücke-Osteuropa

dringliche Aufgabe an, sächsischen Autoren Sendezeit zur Verfügung zu stellen, aber mit Hilfe der Sächsischen Landesmedienanstalt und anderer Fördermaßnahmen konnten viele interessante Streifen entstehen. Für die Kinos war es wichtig, sich durch Anschaffung von Digitaltechnik auf moderne Vorführweisen einzustellen, zumal in dem gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruch Kinos in kleineren Gemeinden oft die letzte Kulturstätte waren. Auch hierfür stellte das SMWK Fördermittel bereit. Da bekanntlich in Dresden das Defa-Trickfilmstudio bis 1990 seinen Sitz hatte, bestand die Notwendigkeit, alle Produktionen zu archivieren. Diese Aufgabe übernahm das Deutsche Institut für Animationsfilme (DIAF), dessen Arbeit vom Filmreferat des SMWK unterstützt wurde.

Mit der Gründung des Literaturinstituts in Leipzig hatte die DDR-Kulturpolitik ein Zeichen ihrer Einflussnahme auf die „gefährlichsten“ aller Kunstgattungen, eine stets verfügbare Literatur, gesetzt. Das SMWK stand vor der Aufgabe, über den Fortbestand zu entscheiden und bekannte sich zu dieser Einrichtung, natürlich unter neuen Bedingungen und neuer Leitung. Neben dieser Spitze der Literaturentwicklung war es indessen notwendig, das Interesse an Literatur sowohl durch die Anschaffung neuer Literatur in öffentlichen Bibliotheken als auch durch viele Maßnahmen der Leseförderung zu unterstützen. So gelang es, das ehemalige Kornhaus in Zittau, das ein Investor zu einer Hochgarage umbauen wollte, als ein Haus der Literatur mit mehrstöckiger Bibliothek einzurichten.

In Kamenz wird seit 1993 aller zwei Jahre der Lessing-Preis des Freistaates Sachsen als Fort-

setzung des 1955 begründeten Lessing-Preises der DDR verliehen. Er besteht aus einem Hauptpreis, der herausragende Leistungen im Geiste Lessings auf dem Gebiet der Literatur, der Literaturkritik und des Theaters würdigt. Zusätzlich werden zwei Förderpreise vergeben. Die Verleihung erfolgt meist am Vorabend von Lessings Geburtstag am 22. Januar im Rahmen der Lessing-Tage. Die Arbeit der Jury wurde von der Literaturreferentin Renate Brendel jeweils gründlich vorbereitet und begleitet.

Zu den angenehmen, wenn auch oft diplomatisch-heiklen Aufgaben gehörte es, das Protokoll der Staatsregierung bei der Gestaltung von offiziellen Feiern zu beraten. Ich bin noch heute stolz darauf, in den Festakt zur deutschen Einheit am 3. Oktober 2000 auch ein Werk der zeitgenössischen Musik eingeschmuggelt zu haben. Zwischen den Reden von Bundespräsident Johannes Rau, von Staatspräsident Jacques Chirac und anderen, die alle die Zeit überzogen, erklangen nicht nur Chorwerke des Thomanerchors und die „Freischütz“-Ouvertüre von Weber, sondern auch das Flötenkonzert des Berliner Komponisten Siegfried Matthus. Da die Sächsische Staatskapelle unter ihrem Chefdirigenten Giuseppe Sinopoli sich zu diesem Festakt präsentieren konnte, gewann ich zum Ausgleich drei Wochen später das Leipziger Gewandhausorchester für ein Festkonzert im Berliner Schauspielhaus, das der Ministerpräsident Kurt Biedenkopf zum Abschluss seiner Präsidentschaft als Bundesratsvorsitzender am 19. Oktober 2000 zu geben beabsichtigte.

Der scheidende Präsident hielt eine kurze Konzerteinführung, die nicht in der Abteilung Kunst vorbereitet wurde, und verwies darauf, dass bei der Gründung des Gewandhausor-

chesters 1781 hinter jedem Musiker ein vermöglicher Kaufmann stand, was heute die Finanzierung der sächsischen Kultur sehr erleichtern würde. Allerdings bei einer Stärke von 185 Musikern sind gegenwärtig schwerlich so viele finanzkräftige Kaufleute zu finden.

Alle Länder und der Bund haben einen Sitz im Stiftungsrat der Stiftung Preußischer Kulturbesitz. Wir nahmen die Sitzungen ernst, weil es schließlich um national bedeutendes Kulturgut ging, das auf der Berliner Museumsinsel und an anderen Orten präsentiert wird. Die Mitgliedschaft Sachsens im Stiftungsrat kam so zustande: Im Mai 1991 wurde ich auf den Fluren der Staatskanzlei angesprochen, ob denn Sachsen, beim immerwährenden latenten Kriegszustand mit Preußen, dieser Stiftung beitreten solle. Ich erklärte, dass die Preußen die Autographen des mitteldeutschen Komponisten Johann Sebastian Bach (Eisenach, Mühlhausen, Weimar, Köthen, Leipzig) auf das Pfliglichste bewahren, und dazu könne Sachsen auch einen Beitrag leisten. Damit war die Mitgliedschaft beschlossen.

Eines Tages erläuterte mir ein junger Instrumentenforscher, dass Heinrich Schütz 1628 bei einer seiner Italienreisen im Auftrag des Kurfürsten in der Stadt Cremona die modernsten

Streichinstrumente von Stradivari und Amati für die Hofkapelle bestellen hatte. Von dem damals großen Posten Instrumente haben einige Exemplare die Zeitläufte überstanden. Darunter eine Amati-Bratsche, die nach 1945 über private Kanäle so lange hin- und hergeschoben wurde, bis sie Anwalt Wolfgang Vogel im Auftrag der DDR-Regierung für 200.000 DM an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz verkaufte. Als die Berliner Kollegen das Instrument von der Rückseite besahen, entdeckten sie den Brandstempel „Churfürstl. Capelle“ und verständigten das DDR-Kulturministerium, das keinerlei Interesse zeigte, weil Devisen wichtiger waren. Mit diesem Wissen begann ich Verhandlungen mit dem Geschäftsführenden Direktor der Stiftung, die schließlich zum Rückkauf führten. Heute wird das Instrument in Kirchenmusik-Aufführungen in der Dresdener Kathedrale gespielt.

Im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg haben der Bund, der mitfinanziert, und je zwei Länder einen Sitz, neben dem Freistaat Bayern und der Stadt Nürnberg. Im Verwaltungsrat, dem Entscheidungsgremium, sind außerdem Vertreter der Bayrischen Staatsmuseen, der beiden Konfessionen, des Hauses Wittelsbach und der Bürgerschaft aus Nürn-

Schloss Colditz, heute Sitz der Landesmusikakademie des Freistaats Sachsen  
Foto: bennert-monumedia



berg hinzugezogen. In meiner ersten Sitzung wurde ich mit einem Plan der Museumsleitung konfrontiert, eine Ausstellung mit Werken von Willi Sitte, dem ehemaligen Präsidenten des DDR-Verbandes Bildender Künstler, vorzubereiten. Das Museum sammelt, neben vielen Zeugnissen deutscher Geschichte, auch Nachlässe zeitgenössischer Künstler und wollte seine Reihe der neu erworbenen Künstler aus dem Osten Deutschland ausgerechnet mit Sitte beginnen, was einige sächsische Künstler veranlasste, über die Rückforderung ihrer Dokumente nachzudenken. Sitte hatte bereitwillig seine Aktenordner nach vorheriger gründlicher Reinigung übergeben und hoffte auf ein Signal aus Nürnberg. Dr. Bernhard von Loeffelholz, als Nürnberger Patriarch Mitglied im Verwaltungsrat, hatte gerade in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über Machenschaften der Stasi gegenüber dem Dresdner Maler Eberhard Göschel berichtet, in dessen Zusammenhang auch die Rolle Sittes erwähnt wurde. Das Ganze drohte sich zu einem politischen Skandal auszuwachsen, was dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates, dem ansonsten sehr selbstbewussten bayerischen Wissenschafts- und Kunstminister Hans Zehetmair, sehr missfiel. Es gelang schließlich nach komplizierten Debatten, einen Kompromiss auszuhandeln, nach dem zunächst eine wissenschaftliche Konferenz das Umfeld Sittes durchleuchten sollte, um dann über die Ausstellung zu entscheiden. Inzwischen hatte Sitte aber diese selbst abgesagt. Die Wissenschaftliche Konferenz, auf der ich das Eröffnungsreferat über Kunst und Bürokratie in der DDR hielt, zeichnete sich durch aberwitzige Diskussionen aus: So leugnete eine Professorin aus Münster die Existenz der Staatssicherheit im Kunstbereich der DDR generell. Das kam bei den ostdeutschen Teilnehmern gar nicht gut an.

Nicht an den Nachwuchs zu denken, wäre ein fahrlässiges Unterfangen und würde einer nachhaltigen Kulturpolitik die Basis entziehen. So dachte ich darüber nach, ob denn nicht, wie in der DDR, Künstler und Schulen besser zusammenwirken könnten. Ich entwickelte ein Konzept „Musische Bildung“, das in der Öffentlichkeit als „musikalische Bildung“ missverstanden und als überflüssig erachtet wurde, führte viele Gespräche mit interessierten Künstlern und gewann vor allem die Abgeordneten des Sächsischen Landtages im Schulausschuss für dieses Projekt. Danach sollten in den Nachmittagsstunden bestimmte praktische Kunsttechniken weit über den dürftigen Kunstunterricht hinaus vermittelt werden. Ich hatte indessen nicht mit dem erbitterten Widerstand des Kultusministers gerechnet, der sich bei Minister Prof. Hans Joachim Meyer über mein „Wildern“ auf fremdem Gebiet beklagte

und das ganze Projekt in Minutenschnelle absagte. Heute ist das Ganztagsangebot, das dieses musische Angebot einschließt, an den Schulen Normalität. Der Sächsische Kultursenat hat seinerseits die Bildung eines Netzwerkes in der Oberlausitz angeregt und begleitet, das ebenfalls die musische Bildung in den Schulen betrifft.

Auch ein anderes Projekt der musischen Bildung konnte ich nicht durchsetzen: die Gründung einer Landesmusikakademie. Das Finanzministerium bot zwar das riesige Schloss Colditz an, da ich aber fürchtete, dass es so viele musizierende Schüler und Studenten in Sachsen gar nicht gibt, die gefühlten 200 Schlossräume zu füllen, lehnte ich diese Immobilie ab. Doch 2010 gelang der Musikreferentin des SMWK, Rodica Tines, in einem Flügel des Schlosses die Landesmusikakademie unterzubringen; außerdem zog dort noch eine Jugendherberge ein, wodurch sich die Belegung und der Betrieb beider Einrichtungen wesentlich günstiger gestalteten.

Vieles muss hier unerwähnt bleiben: die gemeinsamen Anstrengungen der Länder um den Erhalt der auch in den westdeutschen Kommunen gefährdeten Theater, die Bemühungen, den Deutschen Musikrat vor der Auflösung zu bewahren, der vergebliche Versuch, die mitteldeutschen Länder zu engeren Arbeitsbeziehungen zu veranlassen, und vieles andere mehr.

## Ausblick

In den ersten 10 Jahren des Freistaates konnten somit Grundlagen geschaffen werden, die die Bewahrung und die gedeihliche Entfaltung des künstlerischen und kulturellen Potentials in Sachsen unterstützten. Ohne den politischen, moralischen und menschlichen Rückhalt des Staatsministers Prof. Dr. Hans Joachim Meyer wären viele Entscheidungen nicht in der beschriebenen Weise möglich gewesen. Er hatte am 13. November 1997 in der Regierungserklärung Kultur: „Kultur und Gesellschaft – Kulturpolitik aus demokratischer Verantwortung“ im Sächsischen Landtag Rechenschaft über die bis dahin geleistete Arbeit gegeben und einen Ausblick gewagt: Sachsen ist ein Kulturland sui generis. Wer dessen Grundlagen infrage stellt oder zu wenig für seine Entwicklung tut, der hat nichts begriffen von dem Geist, der in dieser Kulturlandschaft und ihren Gestaltern lebt. Nach der anfänglichen Phase bis etwa 2002, in der unsere Fachkompetenz das wichtigste politische Instrument war, scheint Kulturpolitik gegenwärtig wohl eher dazu zu dienen, damit Juristen verfahrenstechnische Sachverhalte klären können. Es ist daher zu hoffen, dass darüber die Weiterentwicklung der sächsischen Kulturlandschaft nicht vernachlässigt wird.

## Autor

Dr. Reiner Zimmermann  
1991 bis 2003 Abteilungsleiter  
Kunst im Sächsischen  
Staatsministerium für  
Wissenschaft und Kunst  
Kreischka

# Der Neubeginn der sächsischen Landesgeschichte nach 1990

Winfried Müller

Mit der Wiedererrichtung des Landes Sachsen erfüllten sich 1990 nicht nur die kühnsten Träume all jener, die sich mit der 1952 eingeleiteten Auflösung der Länder in der DDR nie abgefunden hatten. Zugleich zeigte sich nach 1990 der enge Konnex von föderativer Ordnung und universitärer wie außeruniversitärer Institutionalisierung des Faches Landesgeschichte, in dem sich die dezentrale und vielgestaltige Tradition der deutschen Geschichte – der bis 1806 unter dem Dach des Alten Reiches zusammengefassten Territorien, dann der Länder des 19. und 20. Jahrhunderts – abbildet.

Eben diese Ländervergangenheit, an die im Übrigen nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst auch in der Sowjetischen Besatzungszone angeknüpft worden war, war es ja, die 1952 mit dem „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik“ überwunden werden sollte, um den „Aufgaben beim planmäßigen Aufbau des Sozialismus gerecht zu werden“. Hierbei habe „sich der staatliche Apparat in den Ländern mit ihren Parlamenten und Regierungen als hemmend erwiesen“. Zugleich sollte der Staat auch „wegen eines historischen Vorgangs“ aus „der Gebundenheit der Länder“ gelöst werden, weil es ja schon längst „keine Fürstenhäuser, keine Könige von Sachsen und keine Großherzöge von Mecklenburg usw. mehr gibt“. Mit der Bezirkseinteilung sollte all das über Bord geworfen werden, was aus Sicht der SED nur mehr überflüssiger Traditionsballast war. Dazu zählte auch die Landesgeschichte, die als die wissenschaftliche Fortsetzung des deutschen Partikularismus begriffen wurde. Auf der universitären Ebene setzte damit eine schleichende Marginalisierung des Faches ein, deren Kulminationspunkt mit der 3. Hochschulreform der DDR erreicht wurde. 1972 war an der Universität Leipzig für die Abteilung Landesgeschichte und ihre Biblio-

thek beim Umzug in das neue Universitäts-hochhaus jedenfalls kein Platz mehr. Damit waren die Reste des 1906 von Rudolf Kötzschke begründeten Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde beseitigt, die „institutionelle Mitte der landesgeschichtlichen Arbeit in Sachsen war ausgelöscht“ (Karlheinz Blaschke).

Ungeachtet dieses Befundes wurde aber gerade in Sachsen landesgeschichtliches Arbeiten stärker als in den anderen ehemaligen Ländern auf dem Gebiet der DDR auch unter ideologisch schwierigen Rahmenbedingungen eingeschränkt fortgesetzt. So konnte die Historische Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig „als einzige ihrer Art in der DDR kontinuierlich weiterarbeiten“ (Reiner Groß) und die Reihe „Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte“ herausgeben, und aus dem Archivbereich erschienen in der „Schriftenreihe des Staatsarchivs Dresden“ wichtige Beiträge zur Landesgeschichte Sachsens. Vor allem aber gab es auch einen stark in der Kötzschke'schen Tradition stehenden Forschungsstrang – außerhalb Sachsens vertreten durch Walter Schlesinger, der in Marburg mit der „Forschungsstelle für geschichtliche Landeskunde Mitteldeutschlands“ gewissermaßen den westdeutschen Brückenkopf der sächsischen Landesgeschichte bildete. Und in Sachsen selbst war es Karlheinz Blaschke, der – wie er es selbst auf den Punkt brachte – als „bürgerlicher Historiker am Rande der DDR“ – zum wichtigsten Hüter der mit dem Leipziger Seminar für Landesgeschichte und Siedlungskunde verbundenen Forschungstraditionen wurde, zunächst als Archivar im Sächsischen Hauptstaatsarchiv Dresden, seit 1969 am kirchlichen Theologischen Seminar Leipzig als Dozent für Geschichte.

In schroffer Abgrenzung von dieser „bürgerlichen“ Landesgeschichte wurde schließlich an der Universität Leipzig eine marxistische Regionalgeschichte konzeptioniert, die 1967

ein „Jahrbuch für Regionalgeschichte“ begründete und die in den 1980er Jahren von dem im Zuge der „Erbe-Diskussion“ neu erwachten Interesse an der Geschichte der Länder profitierte. In diesem Kontext ist die von Karl Czok 1989 noch kurz vor der Friedlichen Revolution herausgegebene, in einzelnen Kapiteln stark ideologisch geprägte „Geschichte Sachsens“ zu sehen – die einzige in der DDR entstandene landesgeschichtliche Gesamtdarstellung, die freilich im Jahre ihres Erscheinens gewissermaßen von der Geschichte überholt wurde.

Umgekehrt boten sich dann in den 1990er Jahren einem Kontinuitätsträger wie Karlheinz Blaschke ganz neue Entfaltungsmöglichkeiten, die er energisch nutzte, unter anderem 1993 mit der Wiederaufnahme des 50 Jahre zuvor eingestellten „Neuen Archivs für Sächsische Geschichte“ oder dem „Atlas zur Geschichte und Landeskunde von Sachsen“. Diese Chance für einen Neuanfang verweist auf den eingangs angesprochenen Zusammenhang von föderativer Ordnung und Landesgeschichte, und unter den neuen Bun-

desländern kam es gerade in Sachsen zu einer Renaissance des Faches. Konkret bedeutete das, dass Blaschke 1992 auf den neu geschaffenen Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte an der Technischen Universität Dresden berufen wurde. Gleichfalls 1992 wurde in Leipzig, wo 1906 die Institutionalisierung des Faches ihren Ausgang genommen hatte, mit dem mit Wieland Held besetzten Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte die landesgeschichtliche Tradition fortgesetzt. Daneben hat in Leipzig nach wie vor die Historische Kommission ihren Sitz, die unter anderem mit der Herausgabe des „Codex diplomaticus Saxoniae“ zur landesgeschichtlichen Grundlagenforschung beiträgt. Und an der Technischen Universität Chemnitz wurde gleichfalls ein landesgeschichtlicher Lehrstuhl eingerichtet, auf den 1994 Reiner Groß berufen wurde, dessen wissenschaftliche Laufbahn im Archivdienst begonnen hatte.

Ergänzt wurde diese Forschungslandschaft bald durch eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung. Dem neu gegründeten landesgeschichtlichen Lehrstuhl in Dresden



Homepage des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde



Essayband zur 3. Sächsischen Landesausstellung „via regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung“ in Görlitz 2011



Katalog zur 1. Brandenburgischen Landesausstellung „Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft“ in Schloss Doberlug 2014

schichtete sich eine volkscundliche Arbeitsgruppe an, die im Rahmen des Wissenschaftlerintegrationsprogramms aus der abgewickelten Dresdner Außenstelle des Instituts für deutsche Volkskunde an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin hervorgegangen war. Diese neue und fruchtbare Kooperation von Volkskunde und Landesgeschichte war es, die Blaschke erstmals 1991 zu einer dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst vorgelegten Denkschrift für die Errichtung eines Forschungsinstituts für sächsische Geschichte veranlasste. Damit war ein erster Impuls gegeben, der 1997 in die auf Beschluss des Sächsischen Landtags erfolgende Gründung des Instituts für Sächsische Geschichte und Volkskunde (ISGV) in Dresden einmündete, dessen Leitung bei den Inhabern der landesgeschichtlichen Lehrstühle der Universität Leipzig und der Technischen Universität Dresden liegt. Das ISGV kommt seit mittlerweile fast 20 Jahren seinem in der Satzung festgeschriebenen Auftrag nach, „die sächsische Geschichte in ihren historischen Räumen bis zur Gegenwart“ sowie „volkscundlich die alltäglichen Lebenswelten, auch im Verhältnis zwischen regionaler Eingrenzung und kulturellem Austausch bis zur Gegenwart“ zu erforschen und die „Erschließung und Dokumentation der einschlägigen Quellen voranzutreiben“.

In der wissenschaftlichen Praxis geschieht dies durch eine Kombination von Projekten der Grundlagenforschung mit Tagungen und Vortragsreihen. Nicht zuletzt definiert sich das ISGV über eine umfangreiche Publikationstätigkeit, die im Segment der klassischen Printmedien vier Buchreihen, allen voran die mittlerweile auf 50 Bände angewachsenen „Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde“, und zwei Zeitschriften umfasst. Da die Gründungsphase des Instituts mit der Etablierung des Internet in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in eine mediale Umbruchphase fiel, lag es zugleich nahe, frühzeitig den Anschluss an innovative Publikationstechnologien zu suchen. Hier kann das ISGV für sich eine Pionierrolle beanspruchen, insofern es nicht nur auf die Retrodigitalisierung etwa älterer Ausgaben des „Codex diplomaticus Saxoniae“ setzt, sondern die elektronische Publikationsform konsequent für die Veröffentlichung aktueller Arbeitsergebnisse nutzt. So wurde beispielsweise mit dem bewussten Verzicht auf alphabetisch geordnete Lexikonbände zugunsten eines ergänzungsoffenen Online-Lexikons bei der „Sächsischen Biografie“ Neuland beschritten.

Die Gründung des ISGV war einerseits das Resultat des mit der Neugründung des Freistaats Sachsen neu erwachten landesgeschichtlichen Interesses. Gleichzeitig war sie Teil einer Wissenschaftspolitik, die in der Phase des Neuanfangs und gesellschaftlicher Umbrüche unter Staatsminister Prof. Dr. Hans Joachim Meyer den Geisteswissenschaften als Medium der Dauerreflexion und kulturellen Selbstvergewisserung einen hohen Stellenwert einräumte und dabei in Sachsen eine beeindruckende außeruniversitäre Forschungslandschaft schuf. Erwähnt seien nur die bereits 1993 erfolgte Gründung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung in Dresden oder des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur 1995 in Leipzig. Wenn dabei für die Geisteswissenschaften seitens der Sächsischen Hochschulentwicklungskommission einmal die Empfehlung ausgesprochen wurde, die „fundamentale Spannung zwischen Globalisierung und Homogenisierung einerseits und der verstärkten Betonung von kulturellen Besonderheiten und Identitäten andererseits“ auszuloten, so ist damit recht gut der Forschungsauftrag der in diesem Beitrag zur Rede stehenden Landesgeschichte umrissen. Der Anspruch auf wissenschaftliche Erklärung und Deutung dieses Spannungsfeldes beinhaltet dabei zugleich die Aufgabe, die Ergebnisse der Grundlagenforschung einer nach wie vor sehr interessierten breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Neben Tagungen, Vorträgen und Publikationen haben sich in dieser Hinsicht in Sachsen seit den 1990er Jahren insbesondere die kulturgeschichtlichen Landesausstellungen als erfolgreiches Format für den Forschungstransfer erwiesen. Der Publikumszuspruch, den die Landesausstellungen 1998 in Kloster St. Marienstern zur Sakralkunst und kirchlichen Kultur des Mittelalters („Zeit und Ewigkeit“), 2004 in Torgau („Glaube und Macht – Sachsen im Europa der Reformationszeit“) und 2011 in Görlitz („via regia – 800 Jahre Bewegung und Begegnung“) gefunden haben und der auch für die 2020 geplante 4. Sächsische Landesausstellung zur Industriekultur in Sachsen zu erhoffen ist, belegt dies ebenso wie die Tatsache, dass auch das Nachbarland Brandenburg 2014 eine 1. Landesausstellung durchgeführt hat. Deren regionale Fokussierung – „Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft“ – spricht wiederum für das stark ausgeprägte Interesse an landesgeschichtlichen Themen gerade in Zeiten der Globalisierung.

#### Autor

Prof. Dr. Winfried Müller  
TU Dresden  
Institut für Geschichte  
Lehrstuhl für Sächsische  
Landesgeschichte  
101062 Dresden



# Wegsuchen und Wegfindungen

## Die christlichen Kirchen im Freistaat Sachsen seit 1990

Gerhard Lindemann

Sachsen verfügt über eine ausgeprägte religiöse Landschaft. Am mitgliederstärksten ist die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens, deren Kirchengebiet mit dem Territorium des früheren Königreichs Sachsen identisch ist. Im Nordosten des Freistaats bestand darüber hinaus als deutsches Restgebiet der ehemaligen schlesischen Provinzialkirche, die zur Evangelischen Kirche der altpreußischen Union gehörte, im preußischen Anteil der Oberlausitz die Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, seit 1992 Evangelische Kirche der Schlesischen Oberlausitz mit zuletzt 72 Gemeinden. Sie fusionierte zum 1. Januar 2004 mit der ebenfalls unierten Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg zur Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Die evangelischen Christen in den Teilen des heutigen Nordsachsens, die 1815 unter preußische Hoheit kamen, gehörten der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen an, die zum 1. Januar 2009 in der

Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) aufging. Überdies gibt es evangelisch-reformierte Gemeinden in Chemnitz, Leipzig und Dresden und eine Reihe von evangelischen Freikirchen, darunter Baptisten, Methodisten und die Herrnhuter Brüdergemeine, mit besonderer Verwurzelung im Erzgebirgsraum, im Vogtland und in der Oberlausitz.

Das römisch-katholische Bistum Dresden-Meißen umfasst große Gebiete Sachsens und einen Teil Ostthüringens. Die Katholiken im ehemals preußischen Anteil der Oberlausitz gehören zum Bistum Görlitz, bis 1994 Apostolische Administratur Görlitz, die 1972 vom Bistum Breslau abgetrennt worden war. Das nordsächsische Gebiet ist dem Bistum Magdeburg zugeordnet.

Das öffentliche Bild der Kirchen, insbesondere in den Medien, aber auch in der überregionalen Wahrnehmung, wird stark durch die Bischöfe bestimmt – für den Berichtszeitraum in der lutherischen Landeskirche Johannes Hempel



Konfirmation in einer evangelischen Kirche  
Foto: Reiner Oettel

(bis 1994), Volker Krefß (bis 2004), Jochen Bohl (bis 2015), dem Carsten Rentzing nachfolgte (Amtseinführung am 29. August 2015), im Bistum Dresden-Meißen die Bischöfe Joachim Reinelt (bis 2012) und Heiner Koch (2013 bis 2015) sowie Weihbischof Georg Weinhold (bis 2008).

## Demokratische Wegbereitungen

Insbesondere die lutherische Landeskirche, die Görlitzer Kirche und einige evangelische Freikirchen hatten während der SED-Herrschaft durch demokratisch gewählte sowie nach den Regeln des Parlamentarismus arbeitende Gremien ihren Mitgliedern Möglichkeiten der Einübung in demokratische Willensbildungs- und Gestaltungsprozesse eröffnet. Seit den späten 1970er Jahren griff die sächsische Landessynode zunehmend Themenkomplexe auf, die gesellschaftliche Tabus berührten. Die Landeskirche wurde damit mehr und mehr zu einem Ersatzraum für den von Staat und Partei verweigerten innergesellschaftlichen Dialog. Vor allem in den großen Städten öffneten zumeist lutherische Kirchgemeinden ihre Räumlichkeiten für politisch-alternative Arbeitskreise. Hier setzten sich Christen und Nichtchristen mit den Themenkomplexen Frieden, Ökologie, Menschenrechte und „Dritte Welt“ auseinander. Diese sogenannten Initiativ- oder auch Basis-Gruppen bildeten eine Wurzel der späteren Bürgerbewegung.

Ihre Themen und Positionen gingen in die Abschlusspapiere der DDR-weiten Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung 1988/89 ein. Daran beteiligten sich auch die römisch-katholische Kirche, elf evangelische Freikirchen und weitere religiöse Gemeinschaften. Zwei der drei Tagungen fanden in Dresden statt. In der Folge entstand in der Elbmetropole das Ökumenische Informationszentrum, das für Dresden und Umgebung zu den Themenfeldern der Versammlung thematische Bildungsarbeit, Materialien und Arbeitshilfen, Beratung, Begegnungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten für ehrenamtliche Gruppen und andere Organisationen anbietet sowie langfristige Projekte verfolgt (z. B. den christlich-islamischen Dialog oder einen Dialog der Kulturen).

Von den „Gruppen“ ging eine breite Kontrolle der Stimmauszählung bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 aus. Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte die sächsische Landessynode Änderungen am Wahlverfahren gefordert und auch eine geheime Stimmabgabe oder gar eine Nichtteilnahme an der Wahl als

für Christen mögliche Handlungsoptionen bezeichnet. Der gelungene konkrete Nachweis einer Nichtübereinstimmung zwischen den Auszählungen in den Wahllokalen und den offiziell in den DDR-Medien bekanntgegebenen Ergebnissen führte zu einem großen Legitimationsverlust des SED-Regimes.

In der Herbstrevolution 1989 waren die Kirchen ein wichtiger Faktor. In der Folge moderierten sie die Runden Tische, die auf der Bezirks-, Kreis- und lokalen Ebene bis zu freien Wahlen den Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie in die Wege zu leiten hatten.<sup>1</sup>

## Das Verhältnis der Kirchen zum Freistaat Sachsen und ihre Positionierung in der politischen Öffentlichkeit

Am 3. Oktober 1990, dem offiziellen Tag der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, hielt Landesbischof Hempel eine der beiden Predigten im offiziellen Festgottesdienst in der (Ost-) Berliner Marienkirche. In seinen Dankadressen nannte er an erster Stelle die Demonstranten des Herbstes 1989 und gleich danach die kirchlichen Friedensgebete sowie die sogenannten „Gruppen“. Zugleich benannte er konkrete Sorgen der Gegenwart, unter anderem Arbeitslose, neue Selbständige mit schlechter Auftragslage, das Erbe der Staatssicherheit oder Kritik an dem Vereinigungsprozess der Kirchen, der manchen zu schnell ging: „Uns liegt auf dem Herzen die von vielen Menschen herbeigesehnte und doch auch gefürchtete westdeutsche Überlegenheit auf fast allen Gebieten. Wird von unserer in und trotz DDR entstandenen Lebens- und Denkungsart etwas übrigbleiben oder ändert sich alles?“<sup>2</sup> Damit artikulierte er bange Fragen vieler Ostdeutscher. Viele Kirchgemeinden verzichteten auf ein Glockengeläut zur Feier der deutschen Einheit, weil man keine religiöse Legitimationsinstanz des Staates sein wollte.<sup>3</sup>

Der sächsische Landtag tagte bis zur Fertigstellung des neuen Parlamentsgebäudes zum 3. Oktober 1993 im Haus der Kirche (Dreikönigskirche) in Dresden. Vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments am 27. Oktober 1990 fand in der Kreuzkirche ein ökumenischer Gottesdienst statt.<sup>4</sup> Ein große Zahl von Christen engagierte sich in der Politik, im Vergleich zu anderen Landeskirchen waren es in Sachsen jedoch nur wenige evangelische Pfarrer. Viele sahen ihren gesellschaftlichen Dienst in der Umbruchs- und Übergangsphase nur als einen vorübergehenden an.<sup>5</sup> Ein weiterer Grund für die Zurückhaltung der Amtsträger wird darin zu sehen sein, dass

1 Vgl. insgesamt Gerhard Lindemann, Kirche und friedliche Revolution im Bereich der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, in: Martin Cordes (Hg.), Durch die Ritzen der Mauer. Kontinuitäten, Brüche, Neuanfänge in kirchlichen Partnerschaften nach 1949, Hannover 2011, S. 161-178.

2 Johannes Hempel, Kirche wird auch in Zukunft sein. Vorträge und Predigten, Leipzig 1994, S. 217.

3 Vgl. z. B. Jürgen Ziemer, Welche Kirche wollen wir?, in: Amtsblatt der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens (künftig: Amtsblatt) 1990, S. B 90.

4 Vgl. Michael Richter, Die Bildung des Freistaates Sachsen. Friedliche Revolution, Föderalisierung, deutsche Einheit 1989/90, Göttingen 2004, S. 848.

5 Vgl. z. B. Kirche in der Mitte der Gesellschaft 1989-1999. Bericht der Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens zur Herbsttagung der 24. Landessynode 1999, in: Amtsblatt 2000, S. B 14.

6 Vgl. Folkert Ihmels, An der Schwelle zu neuer Gemeinsamkeit, in: Amtsblatt 1990, S. B 69.

7 Text: Amtsblatt 1992, S. A 183 f.

8 Vgl. Christoph Münchow, Zur politischen Betätigung kirchlicher Mitarbeiter. Eine Orientierungshilfe zum Gespräch, in: Amtsblatt 1993, S. B 30.

9 Vgl. Kurt Biedenkopf, 1989-1990. Ein deutsches Tagebuch, Berlin 2000, S. 395.

10 Vgl. Richter, Die Bildung (wie Anm. 4), S. 875 f., 924 f., 927.



**Dr. Dr. h.c. Johannes Hempel,**  
Landesbischof der Evangelisch-  
Lutherischen Landeskirche  
Sachsens von 1972 bis 1994,  
Gemälde von Christoph Wetzel,  
2003

© Evangelisch-Lutherische  
Landeskirche Sachsens

**Volker Kreß, Landesbischof  
der Evangelisch-Lutherischen  
Landeskirche Sachsens von  
1994 bis 2004, Gemälde  
von Ursula Wieland, 2006**

© Evangelisch-Lutherische  
Landeskirche Sachsens

die lutherische Landeskirche zunächst von kirchlichen Mitarbeitern, die hauptamtlich ein politisches Mandat oder Amt übernahmen, einen Antrag auf Entlassung aus dem kirchlichen Dienst, von Pfarrern die Rückgabe ihrer Ordinationsurkunde forderte. Eine Rückkehr in das kirchliche Beschäftigungsverhältnis galt als möglich, allerdings nur, sofern eine Kirchengemeinde bereit war, sie auch anzustellen.<sup>6</sup> Im November 1992 erfolgte eine Abmilderung dieser Bestimmungen. Seitdem ruht während der Wahrnehmung des politischen Mandats das kirchliche Dienstverhältnis – bei einer Mitgliedschaft in einer Kommunalvertretung kann es sogar in der Regel weiter bestehen, allerdings haben Pfarrer zuvor den Kirchenvorstand zu konsultieren.<sup>7</sup> Damit trug man einerseits den Spezifika der Friedlichen Revolution Rechnung, zum anderen darf nach Artikel 48 des Grundgesetzes kein Bürger an der Übernahme eines Abgeordnetenmandats gehindert werden.<sup>88</sup> Angesichts eines sich abzeichnenden Übergewichts katholischer Christen „in den führenden Positionen“ – als Ministerpräsident war Kurt Biedenkopf, als Landtagspräsident Ordinariatsrat Erich Iltgen, neben Pfarrer Martin Lerchner Moderator des Runden Tisches des Bezirks Dresden, vorgesehen, Dresdens Oberbürgermeister war der Katholik Herbert Wagner, ein Mitglied der „Gruppe der 20“ – hoffte Hempel, wie er bei einem Besuch des designierten Ministerpräsidenten in seiner Dresdner Wohnung am 19. Oktober 1990 erklärte, auf eine

Besetzung des für die Schulpolitik zuständigen Ministeramtes mit einem Protestanten.<sup>9</sup> Daraufhin teilte Biedenkopf das geplante Ressort für Unterricht, Wissenschaft und Kultur und besetzte das Kultusministerium mit der lutherischen Christin Stefanie Rehm, zugleich seit 1969 Mitglied der Ost-CDU.<sup>10</sup> Wissenschaftsminister wurde Hans-Joachim Meyer, langjährig aktiv in der katholischen Laienbewegung, unter anderem



**Jochen Bohl, Landesbischof  
der Evangelisch-Lutherischen  
Landeskirche Sachsens von  
2004 bis 2015**

Foto: wikimedia

- 11 Vgl. Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 233.  
 12 Vgl. ebd., S. 250.  
 13 Vgl. Volker Kreß, Zur Lage der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern sechs Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands, in: Amtsblatt 1996, S. B 100; ders., Vom Wunsch und der Aufgabe, sich einzumischen, in: Amtsblatt 2000, S. B 5.  
 14 Vgl. Kirche in der Mitte der Gesellschaft (wie Anm. 5), S. B 18 f.  
 15 Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 225.  
 16 Vgl. ebd., S. 226; 227.  
 17 Vgl. Johannes Hempel, „Stellungnahme zu uns selbst“. Wider die einfachen Antworten, in: Amtsblatt 1992, S. B 48.  
 18 Art. 109, Abs. 1.

hatte er der von 1973 bis 1975 in Dresden tagenden Pastoralynode der Jurisdiktionsbezirke der katholischen Kirche in der DDR angehört, die Impulse des Zweiten Vatikanischen Konzils aufnahm. Seit 1990 war er im reformkatholischen Zentralkomitee der deutschen Katholiken engagiert, von 1997 bis 2009 als dessen Präsident. Dem Kabinett Biedenkopf gehörten ausschließlich Mitglieder der beiden „großen“ Kirchen an.

Im Oktober 1991 erklärte Hempel, das aktive politische Engagement katholischer Laien sei „nach ‚Plötzlichkeit‘ und Ausmaß (Menge) überraschend“ gekommen, sollte jedoch nicht Grund zur Klage, sondern für Protestanten ein Ansporn sein.<sup>11</sup> Politiker, unter anderem Ministerpräsident Biedenkopf, ermunterten die evangelische Landeskirche, sich stärker für eine Mitarbeit in der neuen Gesellschaft zu öffnen<sup>12</sup>, damit war ein zu persönlichem gesellschaftlichen Engagement ermutigendes und bisweilen auch beruhigendes Sich-Einbringen gemeint.<sup>13</sup> Allerdings machte man kirchlicherseits auch die Erfahrung, dass aufgrund der Vielstimmigkeit in der pluralen Gesellschaft und der Medienvielfalt manche Verlautbarungen in der Öffentlichkeit und bei ihren Adressaten nicht rezipiert wurden.<sup>14</sup>

Der kirchliche Übergang und Neubeginn im demokratischen Verfassungsstaat stand zunächst unter dem Leitwort der „Wegsuche“.<sup>15</sup> Im Oktober 1991 betonte Johannes Hempel vor der Landessynode, demokratische Wahlen und

Kontrollmöglichkeiten, Rechtsstaatlichkeit und individuelle Freiheiten seien verglichen mit der überwundenen SED-Herrschaft eindeutige Vorteile der neuen Gesellschaftsordnung. Frei gewählte Politiker mit parlamentarischer Ein- oder zumindest Rückbindung und im allgemeinen größeren sachlichen und fachlichen Kompetenzen sowie ein beträchtlicher Anteil von Kirchenmitgliedern unter den politisch Verantwortlichen ließen ein besseres und freundlicheres Staat-Kirche-Verhältnis erwarten.<sup>16</sup> Dennoch sollte, so der Bischof, die Kirche, wo es notwendig erscheine, konstruktive Kritik an politischen Entscheidungen üben oder auf gesellschaftliche Probleme aufmerksam machen.<sup>17</sup>

Die sächsische Verfassung von 1992 wies den Kirchen und Religionsgemeinschaften eine „Bedeutung für die Bewahrung und Festigung der religiösen und sittlichen Grundlagen des menschlichen Lebens“ zu<sup>18</sup>. In der Folge ging es um die nähere Ausgestaltung des zwischen Staat und Kirche bestehenden Rechtsverhältnisses: Am 24. März 1994 wurde im Haus der Kirche in der Dresdner Dreikönigskirche für die evangelischen Landeskirchen der „Evangelische Kirchenvertrag Sachsen“ unterzeichnet. Im gleichen Jahr folgte ein Staatsvertrag mit den Jüdischen Gemeinden, 1996 schloss der Freistaat mit dem Heiligen Stuhl für das Bistum Dresden-Meißen ein Konkordat ab. Die Vertragswerke stehen für ein partnerschaftliches Verhältnis von Staat und Kirchen



Joachim Reinelt, Bischof des  
katholischen Bistums Dresden-  
Meißen von 1988 bis 2012  
© Bistum Dresden-Meißen

Heiner Koch, Bischof des  
katholischen Bistums Dresden-  
Meißen von 2013 bis 2015, jetzt  
Erzbischof von Berlin  
© Bistum Dresden-Meißen



sowie jüdischen Gemeinden. Besondere Anerkennung finden deren Eigenständigkeit und ihr Öffentlichkeitsauftrag.<sup>19</sup>

Bereits 1990 und 1991 richteten die Kirchen ein Katholisches Verbindungsbüro bzw. das Amt eines Beauftragten der evangelischen Landeskirchen beim Freistaat Sachsen ein. Die in der DDR gestrichenen kirchlichen Feiertage Ostermontag, Christi Himmelfahrt, der Reformationstag und der Buß- und Betttag – letzterer seit der bundesweiten Abschaffung 1995 in Sachsen als einzigem Bundesland, allerdings für Arbeitnehmer verbunden mit einem Zusatzbeitrag für die Pflegeversicherung – wurden wieder zu staatlich geschützten Feiertagen.

Landesbischof Krefß bezeichnete im November 1996 vor der Landessynode, die am 12. Mai 1996 mit der Hotelfachfrau Gudrun Lindner erstmals eine Frau in ihr Präsidialamt gewählt hatte, Christen und die Kirchen im Sinne der – hier aber nicht konkret erwähnten – Demokratiedenkenschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) von 1985 als „Mitgestalter dessen, was man den ‚Staat‘ nennt“.<sup>20</sup> Daraus entwickelte die sächsische Kirchenleitung im Herbst 1998 unter der Aufnahme des Paradigmas von der offenen Gesellschaft<sup>21</sup> das Leitwort „Kirche in der Mitte der Gesellschaft“.<sup>22</sup> Die Landeskirche verstand sich als „Kirche für das Volk“ und in dem Sinne weiterhin als Volkskirche sowie als „Kirche in der Öffentlichkeit der Lebensprozesse und Auseinandersetzungen [...], Kirche in der öffentlichen Verantwortung“. Als solche habe sie Position zu beziehen zu den „Lebensfragen des Volkes“ – damit erinnerte man an den 1968 gestrichenen Artikel 41 (2) der DDR-Verfassung von 1949 – „und sich kritisch-konstruktiv zu beteiligen an der gesellschaftlichen Entwicklung“.<sup>23</sup> Ein Jahr später hieß es, man wolle Kirche nahe bei allen Menschen sein, mit sachlich kompetenter Präsenz an den gesellschaftlichen Brennpunkten, bei ungelösten Zeitfragen, zugleich geistlich kompetent die „Mitte der Gesellschaft“ mitbestimmend und -gestaltend.<sup>24</sup>

Zunehmend erwartete die Politik von den Kirchen ein werte- und sinnstiftendes Agieren, womit aber eher eine „gut-bürgerliche“ Moral als konkrete Glaubensaussagen gemeint war.<sup>25</sup> Diese Erwartungshaltung hing nach Deutung der Landeskirche auch mit den großen Umbrüchen in der Gesellschaft<sup>26</sup> und einer noch bis heute eher schwachen Zivilgesellschaft zusammen.

Klare Abgrenzungen gab es seitens beider Kirchen von der 2004 mit 9,2 Prozent der abgegebenen Stimmen erstmals in den Landtag eingezogenen NPD, der, wie Landesbischof Jochen Bohl vor der Landessynode beklagte, offenbar auch evangelische Christinnen und Christen ihre

Stimme gegeben hatten. Bohl erklärte vor den Medien, eine rassistische Weltansicht sei mit dem christlichen Glauben unvereinbar. Zugleich empfahl er, mit christlichen NPD-Wählern, die sich zu dieser Entscheidung offen bekannten, zum Beispiel in Briefen an den Bischof, das Gespräch zu suchen.<sup>27</sup> 2001 bis 2010 begingen auch die in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen zusammengeschlossenen Kirchen Sachsens gemeinsam die Ökumenische Dekade zur Überwindung von Gewalt. 2005 entstand die ökumenische „AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus“. Am 1. Februar 2009 rief die sächsische Kirchenleitung schließlich zur Beteiligung an dem Aktionsjahr „Nächstenliebe verlangt Klarheit. Kirche in Sachsen für Demokratie gegen Rechtsextremismus“ auf.<sup>28</sup> In einem Aufruf zur Landtagswahl 2009 erklärte die Landessynode: „Rechtsextreme Parteien wie die NPD sind für Christen nicht wählbar. Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind mit dem christlichen Glauben nicht vereinbar. Sie widersprechen der biblischen Botschaft von Gott als dem Schöpfer aller Menschen. Rechtsextremistische Anschauungen stehen im Widerspruch zum Versöhnungshandeln Jesu Christi, das allen Menschen gilt. Es bleibt unsere Aufgabe, Demokratie zu stärken und zu gestalten.“<sup>29</sup>

Landesbischof Bohl zeigte sich erleichtert, dass 2014 die NPD den Wiedereinzug in den Landtag knapp verpasste<sup>30</sup>, weitgehend unkommentiert, auch von Seiten der Kirchenleitung, blieb jedoch der Einzug der in Sachsen von Beginn an rechtspopulistisch agierenden Alternative für Deutschland (AfD) in das Landesparlament, unter deren Abgeordneten sich aktive Glieder der evangelischen Kirche befinden. Die AfD hatte während des Wahlkampfes in ähnlicher Weise wie die NPD vor allem in deren bisherigen Hochburgen mit gegen Asylbewerber gerichteten Plakaten für sich geworben und sich in ihrem Wahlprogramm unter anderem für Volksabstimmungen über den Bau von Moscheen ausgesprochen, was in einem diametralen Gegensatz zum im Grundgesetz verankerten Grundrecht auf Religionsfreiheit steht.

Angesichts der sich gegen eine von deren Initiatoren befürchtete Islamisierung des „Abendlandes“ richtenden Pegida-Demonstrationen sprach sich die lutherische Kirchenleitung, ebenso wie das katholische Bistum, im Dezember 2014 für eine „Willkommenskultur“ gegenüber Asylbewerbern aus.<sup>31</sup> Dazu beschloss das Landeskirchenamt im Januar 2015 eine Richtlinie für Gemeinden.<sup>32</sup> In seiner vorweihnachtlichen Predigt vor der Dresdner

19 Vollständiger Text in: Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland 1994, S. 270-276.

20 Volker Krefß, Erkennbare Kirche, in: Amtsblatt 1997, S. B 1.

21 Vgl. Kirche in der Mitte der Gesellschaft (wie Anm. 5), S. B 16.

22 Vgl. auch ebd., S. B 13-19.

23 Betrachtungen zum wirtschaftlichen und sozialen Handeln in Kirche und Diakonie und Überlegungen zum weiteren Weg der Kirche, in: Amtsblatt 1998, S. B 71.

24 Kirche in der Mitte der Gesellschaft (wie Anm. 5), S. B 16.

25 So Volker Krefß, „Wenn aber kommen wird das Vollkommene, so wird das Stückwerk aufhören.“, in: Amtsblatt 2000, S. B 82.

26 Vgl. Volker Krefß, „Die Furcht des Herrn ist eine Quelle des Lebens.“, in: Amtsblatt 2003, S. B 57-60; hier: 57.

27 Vgl. Jochen Bohl, Bericht zur Herbsttagung der 25. Ev.-Luth. Landessynode Sachsens 2004, in: Amtsblatt 2004, S. B 50.

28 Text: Amtsblatt 2009, S. B 12.

29 Text: Amtsblatt 2009, S. B 32.

30 Vgl. Landesbischof Bohl zum Wahlergebnis der Landtagswahl in Sachsen (<http://www.evks.de/aktuelles/nachrichten/24811.html>; Zugriff 11.8.2015).

31 Vgl. [http://www.evks.de/doc/Wort\\_der\\_Kirchenleitung\\_vom\\_5.\\_Dezember\\_2014.pdf](http://www.evks.de/doc/Wort_der_Kirchenleitung_vom_5._Dezember_2014.pdf) (Zugriff 11.8.2015).

32 Vgl. [http://www.evks.de/aktuelles/themen/14895\\_25846.html](http://www.evks.de/aktuelles/themen/14895_25846.html) (Zugriff 14.8.2015).

Frauenkirche erklärte Bohl, bei Pegida gehaltene Reden „schürt[en] Ängste, für die es keinen realen Grund gibt. [...] Jesus hat einmal gesagt und sich unmissverständlich ausgedrückt: In den Hungrigen, den Flüchtlingen, den Kranken begegnen wir Ihm selbst (Matthäus 25, 43-45). Darum sind wir Christinnen und Christen gebunden und können nicht anders, als denjenigen zu widersprechen, die anderes wollen, was nicht christlich wäre. Morgen beginnt das Christfest, an dem das Licht aus der Höhe uns aufscheint. Christus kommt, damit wir zur Barmherzigkeit finden.“<sup>33</sup>

### Neue gesellschaftliche Wirkungsmöglichkeiten

Im Unterschied zu Staat und Gesellschaft waren die christlichen Kirchen nicht zu einem größeren institutionellen und personellen Neubeginn genötigt. Herausforderungen ergaben sich aus einer Anpassung an das Staat-Kirche-Verhältnis in der Bundesrepublik. Dies deutete sich bereits seit dem Frühjahr 1990 an und stieß innerhalb der ostdeutschen Kirchen schon deshalb auf Vorbehalte, weil man, bedingt durch die SED-Herrschaft, eine möglichst große Unabhängigkeit vom Staat zu schätzen gelernt hatte. Es kam vor allem in den evangelischen Landeskirchen zu „harten [...] Auseinandersetzungen“.<sup>34</sup> Ein erster dringender Handlungsbedarf bestand, als im April 1990 die Arbeiten an einer neuen sächsischen Verfassung begannen. Die Kirchen forderten, auch auf die Bitte der westdeutschen Kirchen hin – dort gab es die Befürchtung, dass ein Abweichen von der bisherigen staatskirchenrechtlichen Stellung der Kirchen in der Bundesrepublik diese langfristig auch in den westlichen Bundesländern gefährden würde<sup>35</sup> –, eine Verankerung des Status der Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, des kirchlichen Rechts, Steuern zu erheben, und des Rechts auf schulischen Religionsunterricht im Verfassungstext. Der enge Zeitrahmen bedingte eine vor allem auf evangelischer Seite beklagte mangelnde Rückkoppelung der Kirchenleitungen mit der Mitarbeiter- und Gemeindeebene.<sup>36</sup> Kritisiert wurde vor allem im evangelischen Bereich die Rückkehr zu volkskirchlichen Verhältnissen, ohne dass Erfahrungen der Freiwilligkeits- und Minderheitskirche in der DDR genügend Berücksichtigung fanden. Sollte man, wie der Dresdner Oberlandeskirchenrat Folkert Ihmels im Juni 1990 im hannoverschen Kirchensprengel Osnabrück fragte, Strukturen übernehmen, die, angesichts der dort ebenfalls fortschreitenden Entkirchlichung, wenn auch auf einem zahlenmäßigen höheren Niveau als in der

DDR, auch im Westen irgendwann einmal schwer finanzierbar sein würden? Durch die Übernahme des westlichen Gehaltsgefüges würden kirchliche Mitarbeiter im Osten künftig finanziell deutlich besser als der Bevölkerungsdurchschnitt dastehen und als Profiteure des gesellschaftlichen Umbruchs gelten.<sup>37</sup> Tatsächlich erschienen in der Folgezeit vielen Außenstehenden die größeren Kirchen als privilegiert, in ihren bald stärker an die westlichen Verhältnisse angepassten Strukturen als verwechselbar mit Verbänden oder dem Staat.<sup>38</sup> Auf der anderen Seite gab es in den ostdeutschen Landeskirchen weiterhin volkskirchliche Elemente, an die sich nun anknüpfen ließ. Es hatte sich nicht um reine Freiwilligkeitskirchen gehandelt, sondern um „Minderheitskirchen in volkskirchlichen Strukturen“.<sup>39</sup>

Zum 1. Januar 1991 wurde das westliche Kirchensteuersystem eingeführt. Das dortige Einzugsverfahren auf der Grundlage der allgemeinen Steuerlisten wurde letztlich als gerechter als das bisherige empfunden, da es im Unterschied zum auf der nicht kontrollierbaren finanziellen Selbstauskunft der Mitglieder beruhenden ostdeutschen Verfahren die jährlichen Einnahmen der Steuerpflichtigen konkret erfasste. Jedoch blieben Bedenken, ob dieses System die Besonderheiten der ostdeutschen Situation aufgrund der häufig niedrigen Gehälter, der verbreiteten Arbeitslosigkeit und des weitgehenden Fehlens von sogenannten „Großverdienern“ in den christlichen Gemeinden genügend berücksichtigte.<sup>40</sup> Letztlich knüpfte zusätzlich zur Kirchensteuer ein durch die Gemeinden eingetriebenes Kirchgeld an das bisherige, weniger anonyme Einzugsystem und die dadurch gewachsene Bereitschaft einiger Gemeindeglieder an, ein größeres Maß an finanzieller Mitverantwortung für die Kirche zu übernehmen.<sup>41</sup> In den ersten Jahren nach der Währungsumstellung waren entgegen allen Befürchtungen die Kirchensteuereinnahmen jedoch deutlich ansteigend.<sup>42</sup>

Noch kontroverser war zunächst ein weiteres Feld: Bereits während der Erarbeitung der neuen sächsischen Verfassung setzten sich im Juli 1990 die Kirchen für eine Wiedereinführung des schulischen Religionsunterrichts ein. Dagegen gab es nicht nur innerkirchliche Widerstände.

So plädierte der Vorsitzende des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen, Arnold Vaatz, für eine Beibehaltung der von den Kirchen verantworteten Christenlehre.<sup>43</sup> Kultusministerin Rehm sprach sich im März 1991 für einen freiwilligen schulischen Religionsunterricht in kirchlicher Verantwortung als eine mögliche Ergänzung zu dem obligatorischen Fach „Philosophie und Ethik“ aus. Das stieß unter Verweis auf das Grundgesetz auf einen energischen kirchlichen Protest.<sup>44</sup>

33 <http://www.evls.de/landeskirche/landesbischof/25698.html> (Zugriff 11.8.2015).

34 Folkert Ihmels, Wünsche eines Scheidenden an und für seine Kirche, in: Amtsblatt 1994, S. B 13.

35 Vgl. Ihmels, An der Schwelle (wie Anm. 6), S. B 66.

36 Vgl. Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 221 f. Vgl. auch die Kritik von Pfarrer Johannes Berthold, Borstendorf, in: Amtsblatt 1990, S. B 87.

37 Vgl. Ihmels, An der Schwelle (wie Anm. 6), S. B 66.

38 Vgl. Wolfgang Ratzmann, Wo zu jetzt noch Kirche? Überlegungen zum kirchlichen Dienst heute, in: Amtsblatt 1993, S. B 57.

39 So Hans-Dieter Hofmann, Angst um die Kirche?, in: Amtsblatt 1996, S. B 47.

40 Vgl. Ihmels, An der Schwelle (wie Anm. 6), S. B 67.

41 Vgl. auch Kirche in der Mitte der Gesellschaft (wie Anm. 5), S. B 15.

42 Vgl. Die zurückliegenden fünf Jahre und der weitere Weg unserer Kirche, in: Amtsblatt 2001, S. B 86.

43 Vgl. Richter, Die Bildung (wie Anm. 4), S. 584 f.

44 Vgl. Presseerklärung des Ev.-Luth. Landeskirchenamtes zur Frage des Religionsunterrichtes, in: Der Sonntag, Nr. 12, 24.3.1991, S. 1.

Innerkirchliche Kritiker des Religionsunterrichts befürchteten eine staatliche Bevormundung und einen Verlust der kirchlichen Eigenständigkeit im Bereich der Religionspädagogik, die Ablösung des unbeliebten Faches Staatsbürgerkunde durch ein neues Weltanschauungsfach und eine diesen von ihren Mitgliederzahlen her nicht zustehende Vorzugsposition der Kirchen. Im Hintergrund standen angesichts der geringen personellen Veränderungen in der Lehrerschaft auch Ängste aufgrund vielfacher persönlicher Ausgrenzungserfahrungen als christliche Schüler oder Eltern durch das DDR-Volksbildungssystem.<sup>45</sup> Tatsächlich gab es in der Folgezeit eine Reihe von Fällen, in denen Pfarrer oder andere kirchliche Mitarbeiter, die schulischen Religionsunterricht erteilten, in den Lehrerkollegien Weiterwirkungen des religionsfeindlichen Klimas in der DDR-Volksbildung begegneten.<sup>46</sup>

Der Freistaat Sachsen sah im 1992 gemeinsam mit dem Wahlpflichtfach Ethik eingeführten Religionsunterricht auch einen kirchlichen Beitrag zur innergesellschaftlichen Wertebildung. Die Kirchen wollten den Heranwachsenden Hilfestellungen geben, „um den Fragen und Aufgaben des Lebens zu begegnen“, und zugleich Brücken zu den Gemeinden bauen.<sup>47</sup> Der Unterricht informiert über die christliche Tradition und ihre Wurzeln im Judentum, vermittelt die Kompetenz zu einer eigenständigen Auseinandersetzung mit dem christlichen Glauben, ist damit offen für konstruktiv-kritisches Fragen und Nachdenken, gibt Anregungen zu einer christlichen Lebensgestaltung und bietet den Schülerinnen und Schülern schließlich auch Lebenshilfe und Begleitung an.<sup>48</sup> Auch die Lehrpläne des Faches Ethik enthalten christliche Inhalte.<sup>49</sup>

Zum 1. Juli 2014 nahmen in Sachsen 25,6 Prozent aller Schüler am evangelischen Religionsunterricht teil. Das liegt über dem Anteil der Kirchenmitglieder<sup>50</sup>, allerdings ist der Anteil der nicht getauften Schüler im Vergleich zu den Anfangsjahren mittlerweile gesunken.<sup>51</sup> Immer noch erfolgt der Unterricht mit Ausnahme der gymnasialen Oberstufe in der Regel<sup>52</sup> lediglich mit einer statt der in der Stundentafel vorgesehenen zwei Wochenstunden. Bisweilen übergreifen Lerngruppen mehrere Jahrgänge mit bis zu 28 Schülern, so dass das Landeskirchenamt 2014 von einer Stagnation bis hin zu einer Verschlechterung der Lage sprach.<sup>53</sup>

Besonders umstritten war die Frage der Militärseelsorge. Während der SED-Diktatur hatten Geistliche keinen Zutritt zu den Kasernen der Nationalen Volksarmee gehabt. Soldaten konnten kirchliche Angebote nur während ihres Ausgangs aus der Kaserne oder im Urlaub in Anspruch nehmen. In den westlichen Bundesländern galt seit

1957 ein zwischen der Regierung Adenauer und der EKD abgeschlossener Militärseelsorgevertrag. Dieser war von Beginn an innerkirchlich umstritten – er garantierte den Kirchen freien Zugang zu den Einrichtungen der Bundeswehr, machte jedoch im Gegenzug die dafür zuständigen Geistlichen zu Staatsbeamten. Während die katholische Kirche in Ostdeutschland keine öffentliche Debatte um diese Thematik führte, gab es im evangelischen Bereich eine Reihe von Anfragen, neben der Kritik an dem Beamtenstatus der Militärseelsorger auch der Gesichtspunkt, dass friedensethische Reflexionen während der DDR-Zeit zu einer theologischen Infragestellung des Krieges als Mittel der politischen Konfliktlösung geführt hatten. 1991 gestattete das Bundesverteidigungsministerium für den Zeitraum von zunächst zwei Jahren der evangelischen Kirche in den neuen Bundesländern eine nebenamtliche Soldatenseelsorge durch die zuständigen Ortsgeistlichen. An den acht Bundeswehrstandorten in Sachsen wurde in der Folgezeit unter zusätzlicher Einbeziehung von Diakonen entsprechend verfahren.<sup>54</sup>

Eine Rahmenvereinbarung für den Bereich der östlichen Bundesländer vom Juli 1996 gestand dort übergangsweise den Militärseelsorgern den Status von Kirchenbeamten zu, seit Anfang 2004 gilt auch hier der Militärseelsorgevertrag in seiner ursprünglichen Fassung uneingeschränkt<sup>55</sup>, dem hatte die sächsische Landessynode im April 2003 zugestimmt.<sup>56</sup> Parallel engagierten sich beide Kirchen in der Beratung und Begleitung von Zivildienstleistenden.

Die verbreitete Zurückhaltung gegenüber kirchlichen Kooperationsmöglichkeiten mit dem Staat hing auch damit zusammen, dass die über 40-jährige Erfahrung des eher feindlichen Gegenübers der SED-Herrschaft, die an christlicher Mitgestaltung, wenn überhaupt, nur affirmativ interessiert war, weiterhin Mentalitäten prägte.<sup>57</sup> Es brauchte bei dem einen oder anderen etwas Zeit, den demokratischen Verfassungsstaat als ein Angebot zur bürgerschaftlichen Mitwirkung zu begreifen und dann auch entsprechend mit Leben zu erfüllen.

Die katholische Kirche hatte bei diesen Fragen weniger Vorbehalte, was mit ihrem Auftreten mit dem Selbstverständnis als Weltkirche<sup>58</sup>, aber wohl auch mit einer geringeren institutionalisierten innerkirchlichen Debattenkultur zusammengehangen haben mag. Trotz aller Vorbehalte wuchs im Lauf der Zeit bei beiden christlichen Konfessionen die Wertschätzung der vielfältigen Möglichkeiten zu einer größeren öffentlichen Wirksamkeit und der damit verbundenen Chance, über die sogenannten Kerngemeinden hinaus einen

45 Vgl. Helmut Hanisch, Im Schnittpunkt von Indifferenz und Affirmation. Anmerkungen zum Religionsunterricht im Freistaat Sachsen, in: Friedrich Schweitzer (Hg.), Der Bildungsauftrag des Protestantismus, Gütersloh 2002, S. 145-163; hier: 153 f.

46 Vgl. Klaus Tanner, Bildungsauftrag und öffentliche Bildungsverantwortung der Kirche in der Wissensgesellschaft, in: Amtsblatt 2001, S. B 65.

47 Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung für die Herbstsynode 1992, in: Amtsblatt 1993, S. B 1.

48 Vgl. auch Tätigkeitsbericht des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamtes Sachsens 2013/14, S. 41 ([http://www.evllks.de/doc/VL\\_07\\_TTB\\_LKA\\_2013\\_14.pdf](http://www.evllks.de/doc/VL_07_TTB_LKA_2013_14.pdf); Zugriff 14. 8.2015).

49 Vgl. Tanner, Bildungsauftrag (wie Anm. 46), S. B 65.

50 Vgl. auch Tätigkeitsbericht 2013/14 (wie Anm. 48), S. 43.

51 Vgl. Christoph Gramzow/Helmut Hanisch, Schlussfolgerungen, in: dies. (Hg.), Das Fach Evangelische Religion im Freistaat Sachsen aus der Sicht der Unterrichtenden. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung und eines Symposiums, Leipzig 2015, S. 250-258; hier: 257.

52 So ebd., S. 250 f.

53 Vgl. auch Tätigkeitsbericht 2013/14 (wie Anm. 48), S. 44.

54 Vgl. Volker Kreß, Seelsorge an Soldaten und Militärseelsorgevertrag – eine Problemskizze, in: Amtsblatt 1991, S. B 65-67; hier: 66 f.

55 Vgl. Martin Greschat, Der Protestantismus in der Bundesrepublik Deutschland (1945-2005), Leipzig 2011, S. 209 f.

56 Vgl. Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland (künftig: Kirchliches Jahrbuch) 2003, S. 585.

57 Vgl. Kreß, Zur Lage (wie Anm. 13), S. B 99.

58 Vgl. ebd.

größeren Kreis von Menschen zu erreichen – gemeindeferne Kirchenmitglieder, aber auch Religionslose. Als positiv wurde nun vielfach empfunden, dass Kirche „plötzlich wieder ein erwünschter Teil dieser Gesellschaft“ war.<sup>59</sup> Stark erweitert waren die kirchlichen Möglichkeiten in den Bereichen Krankenhaus- und Gefängnisseelsorge. Ein völliges kirchliches Neuland war die Polizeiseelsorge, wo Pfarrern der berufsethische Unterricht im Rahmen von Laufbahnseminaren übertragen wurde.<sup>60</sup> Neuinstalliert wurde auch die Notfallseelsorge. Beide Kirchen engagieren sich im Bildungsbereich: Evangelische und katholische Schulen wurden wieder gegründet oder entstanden neu, darunter das Evangelische Kreuzgymnasium und das katholische St. Benno-Gymnasium in Dresden oder das ebenfalls katholische Maria-Montessori-Schulzentrum in Leipzig. Nicht selten erwachsen solche Gründungen aus lokalen Initiativen.<sup>61</sup> Allerdings mussten die Kirchen wiederholt eine unzureichende Förderung dieser Einrichtungen durch die Staatsregierung beklagen.<sup>62</sup> Mittlerweile (2015) gibt es in Sachsen 57 anerkannte evangelische und sechs katholische Schulen.<sup>63</sup>

Neue kirchliche Ausbildungsstätten wurden gegründet: das Theologisch-Pädagogische Institut in Moritzburg 1997 für die Aus- und Fortbildung kirchlicher Mitarbeiter in der Gemeindepädagogik und im schulischen Religionsunterricht sowie für die fachliche und kollegiale Begleitung der aktiven Religionslehrer, aber auch anderer Fachlehrer, 1992 in Fortsetzung und Weiterführung der Ausbildungstätigkeit des dortigen Diakonenhauses die Evangelische Hochschule Moritzburg (Religionspädagogik, Gemeinmediakonie und -pädagogik), 1991 die Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit Dresden. Aus der 1949 gegründeten Kirchenmusikschule entstand 1990 die Hochschule für Kirchenmusik der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Die Evangelische Schule für Sozialwesen „Luise Höpfner“ Bad Lausick geht auf das 1953 gegründete Seminar für Kirchlichen Dienst zurück und bildet vor allem für die Tätigkeit in Kindergärten aus.

Geschlossen wurde hingegen das Theologische Seminar, seit 1990 Kirchliche Hochschule Leipzig. Es fusionierte 1992 mit der Theologischen Fakultät an der Leipziger Universität. Diese ist mit über 1.000 Studierenden, vor allem in den Pfarramts- und Lehramtsstudiengängen, eine der größten Evangelisch-Theologischen Fakultäten in Deutschland.<sup>64</sup> 1993 entstanden innerhalb der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Dresden Institute für

Evangelische und für Katholische Theologie, die vor allem für das wissenschaftliche Fachstudium künftiger Religionslehrerinnen und -lehrer zuständig sind.

Der intellektuellen Auseinandersetzung und dem Gespräch von Kirche und Gesellschaft dienen die Evangelische Akademie Meißen und die Katholische Akademie des Bistums Dresden-Meißen (u. a. das „Kathedralforum“ im Haus an der Kathedrale in Dresden). Das Bistum eröffnete 1992 im ehemaligen Rittergut Schmochtitz bei Bautzen das Bischof-Benno-Haus. Die Evangelische Akademie Meißen bezog 1991 neue Räumlichkeiten auf dem Klosterhof St. Afra. Daneben gibt es eine Reihe von Einrichtungen der Erwachsenenbildung, darunter das Haus der Kirche in Dresden.

Christliche Vereine, die während der SED-Herrschaft verboten waren und, allerdings nicht unter ihrem ursprünglichen Namen, unter dem Dach der Kirche weiter existierten, gründeten sich neu – in der evangelischen Jugendarbeit zum Beispiel der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM), der Jugendbund für Entschiedenes Christentum (EC) oder die Christlichen Pfadfinder. Evangelische und Katholische Studierendengemeinden können sich frei entfalten – Glaube, Bildung und Gemeinschaft sind Kernbereiche ihrer Arbeit. Aufgabe der Studierendenpfarrer ist auch die Kontaktpflege und das Vertreten kirchlicher Standpunkte im Bereich der Hochschule.<sup>65</sup>

Neu zu lernen war der kirchliche Umgang mit Medien und ihren Vertretern.<sup>66</sup> In Rundfunk und Fernsehen wuchs mit Andachten, Gottesdiensten und thematischen Sendungen zu religiösen Themen die Präsenz der Kirchen. Mit eigenen Internetauftritten informieren sie über Entscheidungen, Positionen, Entwicklungen, christliches Leben und Veranstaltungstermine oder geben die Möglichkeit zu persönlichem Nachdenken über Glaubensfragen oder zur inneren Einkehr.

Die sächsische Landeskirche trat ebenso wie auch die Görlitzer Kirche und die Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen 1991 der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) bei. Bereits 1990 war durch päpstliches Dekret die Berliner Bischofskonferenz aufgelöst und in die Deutsche Bischofskonferenz integriert worden. Sachsen ist das einzige ostdeutsche Flächenland, in dem seit der staatlichen Vereinigung größere gesamtdeutsche christliche Laienversammlungen stattfanden: 1994 ein Deutscher Katholikentag in Dresden und Deutsche Evangelische Kirchentag 1997 in Leipzig und 2011

59 Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung, in: Amtsblatt 1994, S. B 77.

60 Vgl. Tätigkeitsbericht der Kirchenleitung für die Herbstsynode 1992 (wie Anm. 47), S. B 2.

61 Vgl. Klaus Fitschen, Säkulares Reformationsland? Kirche, Religion und Gesellschaft in Sachsen, in: Konstantin Hermann (Hg.), Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Beucha/Markkleeberg 2010, S. 199-209, hier: S. 208.

62 Vgl. z. B. Bericht zur Herbsttagung der 25. Ev.-Luth. Landes-synode (wie Anm. 27), S. B 66.

63 <http://www.evangelische-schulen-sachsen.de/schulen/>; [http://www.bistum-dresden-meissen.de/front\\_content.t=1&lang=1&idcat=1754](http://www.bistum-dresden-meissen.de/front_content.t=1&lang=1&idcat=1754) (Zugriffe 18.8.2015).

64 Vgl. Tätigkeitsbericht 2013/14 (wie Anm. 48), S. 30.

65 Vgl. ebd., S. 35 f.

66 Vgl. bereits Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 233 f.





**Deutscher Evangelischer Kirchentag 2011 in Dresden, Abschlussgottesdienst am Dresdner Elbufer**

Foto: Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens

in Dresden. Der 100. Deutsche Katholikentag ist für 2016 in Leipzig geplant.

Deutlich erweitert wurde die soziale Tätigkeit der Kirchen: Der Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR sah im Bereich der Wohlfahrtspflege die Übertragung des sogenannten „dualen Systems“, der gleichberechtigten Kooperation von Staat und Kommunen mit freien Trägern, auf die östlichen Bundesländer vor. Auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips delegiert der Staat Aufgaben an freie Träger und sorgt für deren finanzielle Unterstützung. Diakonisches Werk und Caritas wurden auch in Sachsen zu Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege und konnten ihre Tätigkeitsfelder deutlich ausweiten. Es kam zu Übernahmen, Neugründungen oder Erweiterungen von Kindergärten, Einrichtungen der Jugendhilfe, Krankenhäusern, Behindertenwohn- und -werkstätten, Senioreneinrichtungen, Pflegeheimen, Sozialstationen, Hospizdiensten und Palliativstationen.<sup>67</sup> Bei einigen Kindergärten und Sozialstationen handelt es sich um ökumenische Einrichtungen.<sup>68</sup>

Durch neue gesellschaftliche Herausforderungen entstanden auch für die Kirchen zugleich neue Felder sozialen Handelns: Arbeitslosenprojekte und -initiativen, Schuldner- und Suchtkrankenberatung, Obdachlosenarbeit, darunter auch vornehmlich von Ehrenamtlichen getragene ökumenische Nachtcafés in der dunklen Jahreszeit, und die Arbeit

mit Asylbewerbern. Die sächsische Frühjahrssynode 1992 machte das „Zusammenleben mit Ausländern als Aufgabe unserer Kirche“ zu ihrem Hauptthema – es handelte sich vor allem um ehemalige Vertragsarbeiter, insbesondere aus Angola, Vietnam, Kuba, Moçambique, Studierende, Asylbewerber und sogenannte Kontingentflüchtlinge (Juden aus der ehemaligen Sowjetunion). Den Gemeinden sollte deutlich gemacht werden, dass Flucht oft mit Kriegen, der Verletzung von Menschenrechten und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit zusammenhing.<sup>69</sup> Alle hier genannten sozialkaritativen Angebote der Kirchen wurden und werden auch von Nichtchristen wahrgenommen.<sup>70</sup> Das gilt auch für die Ehe- und Familienberatung. Kirchliche Schwangerenkonfliktberatungsstellen entstanden. Die 1991 von der katholischen Kirche initiierte, seit 1994 ökumenisch verantwortete „Woche für das Leben“ widmet sich der Frage des Schutzes von ungeborenem menschlichen Leben. Spätestens seit der Jahrtausendwende gewann das Bedenken bioethischer Problemstellungen in beiden Kirchen an Bedeutung, wie z. B. Fragen der Gentechnik<sup>71</sup>, der Embryonenforschung<sup>72</sup> oder die Massentierhaltung<sup>73</sup>. Diakonie und Caritas beteiligen sich auch aufgrund ihres Selbstverständnisses als „Anwalt und Fürsprecher der Hilfsbedürftigen und Benachteiligten“ an sozialpolitischen Debatten.<sup>74</sup>

67 Vgl. Greschat, Der Protestantismus (wie Anm. 55), S. 206; Betrachtungen (wie Anm. 23), S. B 69; Bistum Dresden-Meißen, [Bautzen 2002], S. 17 f.

68 Vgl. Bistum Dresden-Meißen (wie Anm. 67), S. 13.

69 Vgl. Amtsblatt 1992, S. B 15-18.

70 Vgl. auch Gemeinde leben, in: Amtsblatt 2002, S. B 76.

71 Vgl. Jochen Bohl, Gentechnik als Thema für Gemeinde und Seelsorger, in: Amtsblatt 2000, S. B 35.

72 Vgl. Krefß, Die Furcht (wie Anm. 26), S. B 58.

73 Vgl. Verantwortlicher Umgang mit Nutztieren. Verlautbarung der 24. Ev.-Luth. Landessynode Sachsens vom 10. April 2000, in: Amtsblatt 2000, S. B 33-35.

74 Vgl. Betrachtungen (wie Anm. 23), S. B 70.

75 Vgl. ebd., S. B 69.

76 Vgl. <http://www.diakonie-sachsen.de/wir-ueber-uns-fakten.html> (Zugriff 12.8.2015).

- 77 Vgl. Betrachtungen (wie Anm. 23), S. B 70.  
 78 Vgl. Jochen Bohl, Das Verhältnis von Kirche und Diakonie, in: Amtsblatt 1996, S. B 58.  
 79 Vgl. Krefß, Zur Lage (wie Anm. 13), S. B 97 f.  
 80 Vgl. Bohl, Das Verhältnis (wie Anm. 78), S. B 60.  
 81 Text: Amtsblatt 2000, S. B 8. Zum Hintergrund vgl. Kirche in der Mitte der Gesellschaft (wie Anm. 5), S. B 18; Die zurückliegenden fünf Jahre (wie Anm. 42), S. B 85.

**Die wiederaufgebaute  
evangelische Frauenkirche  
in Dresden**

Foto: Matthias Donath



Die Mitarbeiterzahl in der sächsischen Diakonie stieg von ca. 2.000 1990 auf über 13.000 im Jahr 1998<sup>75</sup> bis zu über 19.000 2015<sup>76</sup>, das Diakonische Werk wurde in einigen sächsischen Regionen zum bedeutendsten Arbeitgeber.<sup>77</sup> Vor allem aufgrund der Übernahme staatlicher Einrichtungen gehörten um die Mitte der 1990er Jahre ungefähr 40 Prozent der Mitarbeiterschaft in der sächsischen Diakonie keiner christlichen Kirche an<sup>78</sup> – wo die Nicht-mitglieder zahlenmäßig überwogen, stellte sich zunächst die Frage nach dem sichtbaren christlichen Profil solcher Häuser.<sup>79</sup> Durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente in den bundesdeutschen Sozialstaat und dessen Ausweitung auf private Wettbewerber seit 1995 stieg auch in der Diakonie der Kostendruck, insbesondere

in den Gesundheitseinrichtungen. Bereits in der Mitte der 1990er Jahre kam es zu Einrichtungen erster Tochtergesellschaften, zum Beispiel in der Krankenhauswäscherei. Das war zum Beispiel mit Lohnsenkungen und einer Einschränkung des Kündigungsschutzes verbunden und blieb nicht ohne kritische Anfragen.<sup>80</sup>

Auch gesellschaftliche Probleme griffen die Kirchen auf: Auf ihrer Herbsttagung 1999 sprach sich die sächsische Landessynode aus sozialen und aus kulturellen Motiven angesichts einer geplanten Lockerung des Ladenschlussgesetzes gegen eine Aufhebung des Sonntagsschutzes aus.<sup>81</sup> Wiederholte Vorstöße beider Kirchen in dieser Frage folgten. Die Landessynode regte im Frühjahr 2006 einen innerkirchlichen Beratungsprozess an über Beiträge „zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung“.<sup>82</sup> 1999 hatte die Synode eine Aussetzung der NATO-Luftangriffe in Jugoslawien gefordert<sup>83</sup> und damit an das friedensethische Engagement in den 1980er Jahren angeknüpft.

Seit der Friedlichen Revolution setzte eine intensive kirchliche Bautätigkeit ein, darunter der Wiederaufbau der Frauenkirche in Dresden – die festliche Weihe fand am 30. Oktober 2005 statt. Mit der am 9. Mai 2015 geweihten Propsteikirche St. Trinitatis gibt es erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wieder eine katholische Kirche in der Leipziger Innenstadt. In Leipzig-Wahren entstand 1998 für den dortigen Konvent der Dominikanerinnen und Dominikaner St. Albert der erste Klosterneubau in den östlichen Bundesländern. 1992 ließen sich neben der romanischen Stiftskirche Heilig Kreuz in Wechselburg Benediktiner aus dem Kloster Ettal nieder. In dem neuen Kloster etablierte sich 2000 eine Familien- und Jugendbildungsstätte. Neben Bildungs- und Beratungsarbeit engagieren sich die sieben Klöster und ca. 20 Ordensniederlassungen in Sachsen in der Gefängnis-, Notfall- und Krankenhausseelsorge sowie im Hospizdienst und unterstützen die Arbeit in einzelnen Pfarrgemeinden.<sup>84</sup>

## Vergangenheitsaufarbeitung und -erinnerung

Bereits Ende März 1990 erklärte Landesbischof Hempel vor dem Zentralkomitee des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf, auch Christen und darunter kirchenleitende Persönlichkeiten hätten durch ihr Verhalten das SED-Regime indirekt stabilisiert.<sup>85</sup> Ende Oktober 1990 gestand er vor der sächsischen Landessynode ein, trotz aller Beharrlichkeit in Gesprächen mit Staatsfunktionären „nicht genug getan“ zu haben. Das galt zum Beispiel für die Vermeidung



**Weihe der neuen katholischen Propsteikirche St. Trinitatis in Leipzig am 9. Mai 2015**  
© Bistum Dresden-Meißen

öffentlicher Proteste in Gegenwart westlicher Medien. Hempel sprach sich für Selbstreflexion und einen Austausch mit anderen über das persönliche Verhalten während der DDR-Zeit aus. „Verdrängungen und Legendenbildung erschweren den Weg in die Zukunft.“<sup>86</sup>

In der Folgezeit wurde vor allem die Frage nach der Zusammenarbeit von ordinierten Pfarrern und haupt- und ehrenamtlichen kirchlichen Mitarbeitern mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) virulent. Nachdem Fälle aus Leipzig und auch Chemnitz öffentlich geworden waren, beantragten Landesbischof Hempel, das Kollegium des Landeskirchenamtes (LKA) und die überwiegende Mehrheit der sächsischen Superintendenten bei der Stasi-Unterlagenbehörde ihre Überprüfung.<sup>87</sup> Die Landessynode traf im März 1991 eine entsprechende Entscheidung für ihre Mitglieder, erweiterte diese jedoch nicht auf die sächsische Pfarrerschaft, da ein solcher Schritt „eine[r] grundsätzliche[n] Misstrauensäußerung gegen das [...] Ordinationsgelübde“ gleichkäme.<sup>88</sup> Allerdings ermöglichte sie zugleich eine Wartestandsversetzung von Pfarrern und Kirchenbeamten in Fällen, wo ein begründeter Verdacht der Zusammenarbeit mit dem MfS vorlag.<sup>89</sup> Hempel mahnte am 5. Oktober 1991 rechtsstaatlichen Kriterien genügende Dokumente, die über reine Karteikarten hinausgingen, und „überzeugende Kriterien“ für die Interpretation der Stasi-Akten an.<sup>90</sup> Das Landeskirchenamt veranlasste schließlich doch die Überprüfung der Pfarrerschaft und der in einem unmittelbaren landeskirchlichen Dienstverhältnis stehenden Mitarbeiter, die Synode beschloss am 7. Oktober 1991 die freiwillige Überprüfung aller Mitarbeiter der Ge-

meinden, Kirchenbezirke und sonstiger Einrichtungen der Landeskirche.<sup>91</sup>

Im April 1993 setzte die Kirchenleitung einen unabhängigen Bewertungsausschuss ein. Dieser erstellte Ende September 1995 seinen Abschlussbericht.<sup>92</sup> Bei den Pfarrern kam es zu drei Dienstentlassungen und einer Kündigung sowie zu einigen Disziplinarstrafen. Das waren zwar, politikgeschichtlich bewertet, sehr geringe Zahlen, doch habe aufgrund des Vertrauensvorschlusses, den Pfarrer auch unter Nichtchristen genießen, diese konspirative Zusammenarbeit mit dem MfS „der Kirche schweren Schaden zugefügt“, so das Gremium. Der Landeskirche warf es vor, verglichen mit dem staatlichen Bereich zu zögerlich und auch erst nach „Druck von unten“ mit der Überprüfung begonnen zu haben. Dadurch sei in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, „die Kirchen hätten viel zu verbergen oder seien besonders belastet.“<sup>93</sup> Im April 1997 untersagte die Landessynode per Kirchengesetz der Pfarrerschaft jede geheimdienstliche Tätigkeit.<sup>94</sup> Auch die NS-Vergangenheit beschäftigte die Kirchen. Anlässlich des 275-jährigen Bestehens des Katharinenhofes in Großhennersdorf, seit 1911 eine Einrichtung für schwerbehinderte Kinder, wurde am 30. August 1996 auf dem Gelände der Einrichtung eine Stele zum Gedenken an die 223 durch die Nationalsozialisten von 1940 bis 1943 ermordeten Heimbewohner enthüllt. Zugleich wurden „Anteile gemeinsamer Schuld von Innerer Mission und Kirche“ benannt.<sup>95</sup> Der sorbische Priester Alois Andritzki, zuletzt Jugendseelsorger an der Dresdner Hofkirche und am 3. Februar 1943 im Konzentrationslager Dachau ermordet, wurde am 13. Juni 2011 seliggesprochen.

82 Wirtschaften im Dienst des Lebens, in: Amtsblatt 2006, S. B 25.

83 Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1999, S. 473.

84 Vgl. Bistum Dresden-Meißen (wie Anm. 67), S. 21-24.

85 Vgl. Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 212.

86 Ebd., S. 220.

87 Vgl. ebd., S. 229 f.

88 Frühjahrstagung der Landessynode, in: Der Sonntag, Nr. 13, 31.3.1991, S. 4.

89 Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1992, S. 639.

90 Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 229 f.

91 Vgl. Amtsblatt 1996, S. B 5.

92 Vgl. ebd., S. A 22.

93 Bericht des Stasi-Bewertungsausschusses der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens, ebd., S. B 5-9.

94 Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1997, S. 475 f.

95 Pfarrer Manfred Wugk, Aus der Ansprache zur Enthüllung der Stele am 30. August 1996, in: Amtsblatt 1996, S. B 104; vgl. auch Michael Ahrens, Tu Deinen Mund auf für die Stummen. 275 Jahre Katharinenhof Großhennersdorf, in: ebd., S. B 102; Folkert Ihmels, Was wird aus dieser „Ehe“?, in: ebd., S. 110 f.



Programm zum Bennofest  
in Meißen 2009

Bischof Joachim Reinelt und Landesbischof Volker Krefß gedachten am 5. April 1995 gemeinsam der „Vernichtung der Juden in Europa“.<sup>96</sup> Beide Amtsträger gehörten zu den Schirmherren der 2001 abgeschlossenen Neuerrichtung der am 9. November 1938 zerstörten Dresdner Neuen Synagoge<sup>97</sup>, des ersten Neubaus eines jüdischen Gotteshauses in Ostdeutschland seit der Friedlichen Revolution.

Zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht erschien im landeskirchlichen Amtsblatt eine Arbeitshilfe.<sup>98</sup> Beklagt wurden einleitend „schuldhaftes Reden und schuldhaftes Schweigen“ der deutschen Christenheit. Es bleibe „viel zu tun an Erinnerungsarbeit und theologischer Arbeit zu einer Neuorientierung aus der Heiligen Schrift“.<sup>99</sup> Das vor allem durch Zuwanderung aus Osteuropa bedingte Wachstum der Jüdischen Gemeinden eröffnete ein größeres Potential für persönliche Begegnungen zwischen Christen und Juden. Dem jüdisch-christlichen Dialog sowie Information, Aufklärung und Erinnerungsarbeit widmen sich die Jüdisch-Christliche Arbeitsgemeinschaft Leipzig sowie die Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Dresden und Zwickau. Sächsische Christen machten regen Gebrauch von der neuen Möglichkeit, nach Israel zu reisen.<sup>100</sup> 2006 gedachte das Bistum Dresden-Meißen des 900. Todestages seines Patrons, Bischof Benno. Ein Höhepunkt war ein ökumenischer Gottesdienst in Meißen. Die lutherische Landeskirche beging 2014 mit mehreren Veranstaltungen, darunter einem Landeskirchentag in Leipzig, die 475-jährige Wiederkehr der Einführung der Reformation in Sachsen.

## Innerkirchliche Entwicklungstendenzen

1990 und in den Folgejahren blieb die insbesondere von westlicher Seite<sup>101</sup> erwartete kirchlich-religiöse Renaissance – eine breite Rückkehr der Menschen in die Kirchen – aus. Die ostdeutsche Gesellschaft blieb mehrheitlich konfessionslos. Das wird nicht zuletzt am Fortbestehen der Jugendweihe mit sehr viel höheren Teilnehmerzahlen als in den westlichen Bundesländern deutlich. Mit verantwortlich für die mangelnde (Wieder-)eintrittsbereitschaft war ein religiöser Traditionsabbruch – die SED-Machthaber hatten christliche Inhalte und Bezüge aus dem Bildungs- und Medienbereich weitgehend verdrängt. Hinzu kam das verbreitete Gefühl, so wenigstens in einem Bereich dem westlichen Anpassungsdruck erfolgreich widerstehen zu können.<sup>102</sup> Konfessionslosigkeit wurde zu einem Spezifikum ostdeutscher Identität. Hinzu kam und kommt in einer Zeit fortschreitender Individualisierungsprozesse eine gewisse Reserviertheit

gegenüber Institutionen, Parteien und Verbänden und eine Zurückhaltung, sich festzulegen.

Es kam somit nicht zu den erhofften breiten Eintritten in die Kirchen, sondern zunächst zu einem Anstieg der Austrittszahlen. Die Mitgliederzahl der lutherischen Landeskirche sank zum Beispiel von 1,4 Millionen 1990 (1945 betrug die Zahl noch 4,3 Millionen<sup>103</sup>) auf 1,15 Millionen 1993, allerdings lässt sich der Rückgang nicht nur auf Austritte (ca. 93.000)<sup>104</sup> zurückführen. Für ganz Sachsen sank der Anteil der Kirchenmitglieder an der Gesamtbevölkerung von 26,5 Prozent Protestanten (1950 waren es noch 81,4 Prozent<sup>105</sup>) und 3,9 Prozent Katholiken 1994<sup>106</sup> auf 19,9 Prozent Protestanten und 3,7 Prozent Katholiken Ende 2013<sup>107</sup>. Seit 2010 lässt sich eine gewisse Stagnation der Werte feststellen, ohne dass weitere größere Rückgänge zu verzeichnen sind.

Der Kirchenbesuch war bald wieder auf dem Stand der Zeit vor dem Herbst 1989.<sup>108</sup> Manche Gemeindegruppen und -kreise wurden deutlich kleiner oder lösten sich gar auf<sup>109</sup> – eine Folge eines verbreiterten auch außerkirchlichen Angebots sowie der gesellschaftlichen Umstrukturierungen, die das Zeitbudget vieler Menschen schrumpfen ließen. Die Positionierung der christlichen Gemeinden in einer „pluralistischen Konsum- und Freizeitgesellschaft“ war auch das Thema eines ökumenischen Pastoralkollegs in Krummenhennersdorf bei Freiberg Anfang April 1991.<sup>110</sup> Der kirchliche Umstrukturierungsprozess und die stärkere Bürokratie, zum Beispiel für die Beantragung von Fördermitteln, banden zudem viele Kräfte, die für die eigentlichen Aufgaben nicht oder sehr viel weniger als zuvor zur Verfügung standen.<sup>111</sup>

Weiterhin waren die ostdeutschen Landeskirchen und Bistümer auf westliche Finanzhilfen angewiesen. In der Mitte der 1990er Jahre kam es zu einem Rückgang der Kirchensteuereinnahmen.<sup>112</sup> Das hing zusammen mit weiteren Abwanderungen in die westlichen Bundesländer, der zunehmenden Überalterung der Gemeinden und der hohen Arbeitslosigkeit.<sup>113</sup> Hinzu kamen bald auch Veränderungen in der Steuergesetzgebung<sup>114</sup> Diese Entwicklung führte seit Mitte der 1990er Jahre zu größeren Sparzwängen.<sup>115</sup> Trotz aller Bemühungen um Sozialverträglichkeit kam es in der Landeskirche auch zu einzelnen Entlassungen.<sup>116</sup> Für junge Theologen gab es hier erstmals Wartelisten.<sup>117</sup> Neben dem Stellenabbau wurden auch neue Steuerungsinstrumente für die Zuweisungen von Finanzen entwickelt.<sup>118</sup> Ein Strukturpapier 1997 brachte Kirchspiele ins Gespräch<sup>119</sup> – letztlich überließ man es nach heftigen Kontroversen den Kirchengemeinden, ob sie sich mit räumlich benachbarten Gemeinden zu einem Kirchspiel als einer Gesamtkirchengemeinde mit einem

96 Kirchliches Jahrbuch 1995, S. 501.

97 Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1996, S. 528.

98 Vgl. Amtsblatt 1998, S. B 55-61.

99 Ebd., S. B 55.

100 Ebd.

101 Vgl. dazu z. B. Krefß, Zur Lage (wie Anm. 13), S. B 96.

102 Vgl. z. B. Kirche in der Mitte der Gesellschaft (wie Anm. 5), S. B 15.

103 Vgl. Ihmels, An der Schwelle (wie Anm. 6), S. B 68.

104 Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen 2 (1993), S. 129; 3 (1994), S. 132.

105 Vgl. Hofmann, Angst (wie Anm. 39), S. B 46.

106 Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen 6 (1997), S. 157.

107 Vgl. Statistisches Jahrbuch Sachsen 23 (2014), S. 145.

108 Vgl. Hempel, Kirche (wie Anm. 2), S. 231.

109 Vgl. Ratzmann, Wozu jetzt noch Kirche (wie Anm. 38), S. B 57.

110 Vgl. Amtsblatt 1991, S. A 7.

111 Vgl. Wolfgang Ratzmann, Kirchliche Jugendarbeit zwischen neuen Hindernissen und künftigen Herausforderungen, in: Amtsblatt 1994, S. B 34.

112 Vgl. Kirchliches Jahrbuch 1996, S. 237.

113 Vgl. Volker Krefß, Kirche der Zukunft, in: Amtsblatt 1997, S. B 51.

114 Vgl. Betrachtungen (wie Anm. 23), S. B 67.



### Übersichtskarte der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens

© Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens

gemeinsamen Kirchenvorstand zusammenschließen oder eine lockerere Schwesterkirchverbindung eingehen.<sup>120</sup> Hinzu kam eine Reduzierung der Kirchenbezirke von 24 auf 18 zum 1. Januar 2013.<sup>121</sup> Auch die Leitung des Bistums Dresden-Meißen leitete 2001 eine Strukturreform ein. Hier kam zu der negativen Mitgliederentwicklung ein zunehmender Priestermangel hinzu. Bis 2010 war eine Reduzierung der Pfarreien von 165 auf etwa 95 vorgesehen. Wie in der Landeskirche setzt man verstärkt auf das Ehrenamt – man möchte „Menschen ermuntern, Verantwortung zu übernehmen, damit Kirche lebendig bleibt.“<sup>122</sup>

Allerdings waren und sind am Heiligabend die Kirchen auch im Osten Deutschlands stark gefüllt, und das nicht nur von Mitgliedern, eine Deutung dieses Phänomens ist ein Bedürfnis der Menschen nach feierlichen Orten.<sup>123</sup> In den Tagen nach den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 gab es eine starke Inanspruchnahme geistlicher kirchlicher Angebote.<sup>124</sup> Wie auch während der Elbüberschwemmungskatastrophe im August 2002 waren offensichtlich die rituelle und die Deutungskompetenz der Geistlichen bei der Bewältigung des medial oder direkt Erlebten gefragt.<sup>125</sup> Das gilt auch für die Mahnwachen und Friedensgebete, die Anfang 2006 in Leipzig für zwei im Irak entführte aus der Stadt stammende Ingenieure stattfanden, und den nach ihrer wohlbehaltenen Rückkehr von über 2.000 Menschen besuchten Dankgottesdienst in der Nikolaikirche am 8. Mai 2006.<sup>126</sup>

Kirchliche Bildungseinrichtungen und -angebote, Kulturveranstaltungen, vor allem die in Sachsen traditionell besonders stark verwurzelte Kirchen-

musik, und Führungen durch kirchliche Gebäude werden auch von Nichtchristen wahrgenommen.<sup>127</sup> Konfessionslose beteiligen sich aktiv an kirchlichen Chören<sup>128</sup> und engagieren sich bei und für den Aufbau und die Sanierung von Kirchen sowie die Instandsetzung von Orgeln.<sup>129</sup>

Die bereits während der DDR-Zeit bestehende innerkirchliche Differenzierung in eher lutherisch-konfessionalistisch, ne pietistisch-evangelikal und charismatisch geprägte Gruppen, Gemeinden und Theologen auf der einen Seite und theologisch Liberale und gesellschaftsethisch Orientierte auf der anderen Seite führte in der Landeskirche in den frühen 1990er Jahren zu Kontroversen über den Schutz ungeborenen Lebens oder die Stellung und Rechte von Mann und Frau in Kirche und Gesellschaft. Aufgrund eines unterschiedlichen Verständnisses von der Auslegung der Bibel konnte hier kein Konsens erzielt werden.<sup>130</sup> Der äußere Druck durch das SED-Regime, der auch eine innerkirchliche Geschlossenheit erforderlich gemacht hatte, bestand nicht mehr.<sup>131</sup> Diese Auseinandersetzungen bedeuteten innerkirchlich einen großen Kräfteverschleiß, sie kosteten „aber auch viel an überzeugender Ausstrahlung nach außen“, erklärte Landesbischof Volker Kreß 1995.<sup>132</sup> Er konstatierte eine „Tendenz [...] zu einfachen, angeblich eindeutigen Antworten“.<sup>133</sup> Zu den theologischen Meinungsverschiedenheiten kamen politische hinzu. Auch in Kirchengemeinden gestaltete sich das Zusammenleben nicht selten spannungsreicher.<sup>134</sup>

Ab 2012 spitzten sich die Konflikte nochmals zu – diesmal ging es um die christliche Bewertung von Homosexualität angesichts der Frage nach

115 Vgl. Dietrich Mendt, Angst um die Kirche?, in: Amtsblatt 1996, S. B 56.

116 Vgl. Betrachtungen (wie Anm. 23), S. B 68.

117 Vgl. Kreß, Zur Lage (wie Anm. 13), S. B 97.

118 Vgl. resümierend Gemeinde leben (wie Anm. 70), S. B 75.

119 Vgl. auch Nur keine Angst, wenn alles anders wird. Interview mit Gudrun Lindner, Präsidentin der Sächsischen Landessynode, in: Der Sonntag, Nr. 45, 9.11.1997, S. 5.

120 Vgl. Die zurückliegenden fünf Jahre (wie Anm. 42), S. B 87.

121 Vgl. Bericht der Kirchenleitung 2014, S. 2 ([http://www.evllks.de/doc/VL\\_08\\_KL-Bericht2014.pdf](http://www.evllks.de/doc/VL_08_KL-Bericht2014.pdf)); Zugriff 11.8.2015).

122 Bistum Dresden-Meißen (wie Anm. 67), S. 13.

123 So Kreß, Wenn aber kommen wird (wie Anm. 25), S. B 82.

124 Vgl. ebd., S. B 83.

125 Vgl. Gemeinde leben (wie Anm. 70), S. B 76.

126 Vgl. auch Jochen Bohl, Das Eigene stärken und die Chancen nutzen, in: Amtsblatt 2006, S. B 46.

127 Vgl. auch Gemeinde leben (wie Anm. 70), S. B 79.

128 Vgl. Jochen Bohl, Zeitenwende, in: Amtsblatt 2009, S. B 75.

129 Vgl. auch Über-Lebensfragen. Perspektiven der Kirche zu Fragen der Zukunft unserer Gesellschaft, in: Amtsblatt 2004, S. B 6.



**Fronleichnamsprozession in der katholischen Kathedrale St. Trinitatis in Dresden (ehemals katholische Hofkirche), 2015**  
© Bistum Dresden-Meißen

130 Vgl. Hempel, Kirche (wie Anm. 2), Leipzig 1994, S. 257.

131 Vgl. auch Ihmels, Wünsche (wie Anm. 34), S. B 13.

132 Volker Kreß, Auf der Suche nach Gewißheit, in: Amtsblatt 1996, S. B 1.

133 Kirchliches Jahrbuch 1997, S. 81.

134 Vgl. Ratzmann, Kirchliche Jugendarbeit (wie Anm. 111), S. B 34.

135 Vgl. [http://www.evllks.de/doc/Bericht\\_zum\\_Gespraechsprozess\\_ueber\\_das\\_Schrift\\_und\\_Kirchenverstaendnis\\_Endfassung.pdf](http://www.evllks.de/doc/Bericht_zum_Gespraechsprozess_ueber_das_Schrift_und_Kirchenverstaendnis_Endfassung.pdf), S. 1-4 (Zugriff 11.8.2015); auch Bericht der Kirchenleitung 2014, S. 5 ([http://www.evllks.de/doc/VL\\_08\\_KL-Bericht2014.pdf](http://www.evllks.de/doc/VL_08_KL-Bericht2014.pdf)); Zugriff 11.8.2015).

136 Vgl. Andreas Roth, Gespräch ohne Prozess, in: Der Sonntag, Nr. 16, 19.4.2015, S. 1.

137 Uwe Naumann, Keine Erschütterungen, in: Der Sonntag, Nr. 6, 10.2.2013, S. 8.

dem Zusammenleben Gleichgeschlechtlicher in sächsischen Pfarrdienstwohnungen aufgrund des Pfarrerdienstgesetzes der EKD aus dem Jahr 2010, das solche Möglichkeiten auch als Konsequenz aus dem staatlichen Lebenspartnerschaftsgesetz von 2001 ausdrücklich vorsieht. Obwohl die sächsische Kirchenleitung am 20./21. Januar 2012 eine stark modifizierte Fassung der EKD-Regelung beschlossen hatte – demnach ist ein solcher Schritt nur in Einzelfällen möglich, überdies ist die „einmütige Zustimmung des zuständigen Kirchenvorstandes“ erforderlich –, kam es zu scharfen Kontroversen. 144 sächsische Kirchenvorstände unterzeichneten neben vielen Einzelpersonen die gegen den Inhalt dieses Beschlusses gerichtete „Markersbacher Erklärung“

– und am 30. Januar 2012 kam es zur Gründung einer Sächsischen Bekenntnis-Initiative.<sup>135</sup> Es ging bis hin Austrittsdrohungen aus der Landeskirche. Ein dreijähriger Gesprächsprozess konnte eine solche Entwicklung zwar verhindern, jedoch blieb es weitgehend bei den gegensätzlichen Positionen, erweitert nun zum Beispiel um Infragestellungen der historisch-kritischen Auslegung der Bibel.<sup>136</sup> Das Konfliktpotential ist vermutlich auch generell mit bedingt durch eine Verstärkung des Stadt-Land-Gefälles in Sachsen aufgrund der recht positiven wirtschaftlichen Entwicklung der Großstädte Leipzig und Dresden und der gleichzeitigen Schwächung ländlicher Regionen sowie mentalitätsmäßiger Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Gebieten.

Am 31. Mai 2015 wählte die Landessynode Carsten Rentzing, Pfarrer in Markneukirchen im Vogtland und ein Unterstützer der Bekenntnis-Initiative, in einer Stichwahl im sechsten Wahlgang mit knapper Mehrheit zum neuen sächsischen Landesbischof. Rentzing, ein promovierter Theologe, hatte während des Gesprächsprozesses im Blick auf das Bibelverständnis von einem „garstigen Graben“ zwischen akademischer und „Gemeindetheologie“ gesprochen und ersterer dafür die Verantwortung zugewiesen. Er stieß damit auf heftigen Widerspruch, unter anderem von Landesbischof Jochen Bohl.<sup>137</sup> Das Wahlergebnis ist Ausdruck einer tiefen Spaltung innerhalb der Landeskirche, bietet womöglich aber zugleich Chancen zu einer gewissen Befriedung, da die sächsische Kirchenverfassung das Bischofsamt als ein kirchliches Einheitsamt versteht. Von daher leitet sich der Auftrag eines sächsischen Landesbischofs ab, integrativ zu wirken.

**Morgenandacht mit Posaunenbläsern**  
Foto: Rainer Oettel

**Autor**  
Prof. Dr.  
Gerhard Lindemann  
TU Dresden  
Institut für  
Evangelische Theologie  
01062 Dresden





**25 JAHRE**  
**FRIEDLICHE**  
**REVOLUTION**  
**UND DEUTSCHE**  
**EINHEIT**

Gefördert durch



Freistaat  
**SACHSEN**

**IMPRESSUM** Sächsische Heimatblätter

ISSN 0486-8234

Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath in Zusammenarbeit mit dem Redaktionsbeirat

Anschrift: Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna  
lars-arne.dannenberg@zkg-dd.de, matthias.donath@zkg-dd.de

Redaktion: Dr. Lars-Arne Dannenberg, Dr. Matthias Donath, Dr. Romy Petrick

Redaktionsbeirat: Dr. Jens Beutmann, Prof. Dr. Enno Bünz, Prof. Dr. Thomas Bürger, Günter Donath, Dr. Heinrich Douffet, Prof. Dr. Angelica Dülberg, Anneliese Eschke, Dr.-Ing. Gerhard Glaser, Klaus Gumnior, Dr. Konstantin Hermann, Dr. Wolfgang Hocquél, Dr. Yves Hoffmann, Prof. Dr. Uwe Ulrich Jäschke, Dr. Igor Jenzen, Katja M. Mieth, Prof. Dr. Winfried Müller, Wolfgang Schwabenicky, Dr. André Thieme, Dr. Ralf Thomas, Dr. Michael Wetzler, Dr. Peter Wiegand

Herstellung: Redaktions- und Verlagsgesellschaft Elbland mbH Meißen

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift ist im Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preis von 30,00 € inklusive MwSt., Versand und Porto zu beziehen. Die Aufnahme eines Abonnements ist jederzeit möglich bei anteiligem Abopreis. Kündigungen müssen schriftlich bis zum 15. November eines Jahres für das Folgejahr an das Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna, eingegangen sein. Im freien Verkauf kostet das Einzelheft zwischen 8,50 € und 12,00 €.

Für den Inhalt der Beiträge sowie die Abbildungsrechte zeichnen jeweils die Autoren verantwortlich. Jede Verwertung der Inhalte außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Nachdruck, auch auszugsweise, darf nur mit Zustimmung der Herausgeber erfolgen.

Titelfoto: Tourismusverband Sächsisches Elbland, Rainer Weisflog

# Verschenken Sie ein Stück sächsischer Geschichte!



Bestellen oder verschenken Sie die „Sächsischen Heimatblätter“ für nur 30,- Euro im Jahr!



Die „Sächsischen Heimatblätter“ berichten in einem breiten Überblick über Kunst und Kultur, Natur und Denkmalpflege, Geschichte und Volkskunde. Dabei berücksichtigen sie alle Landschaften der sächsischen Heimat. Jeder Jahrgang umfasst bis zu **500 Seiten** mit durchgängig farbigen, reich illustrierten und verständlich geschriebenen Beiträgen.

Im Abonnement erhalten Sie vier Ausgaben im Jahr für nur 30,- Euro inklusive Mehrwertsteuer und Porto. Die Einzelhefte kosten zwischen 8,50 Euro und 12,00 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an:  
Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjahna oder an: [shb@zkg-dd.de](mailto:shb@zkg-dd.de)

